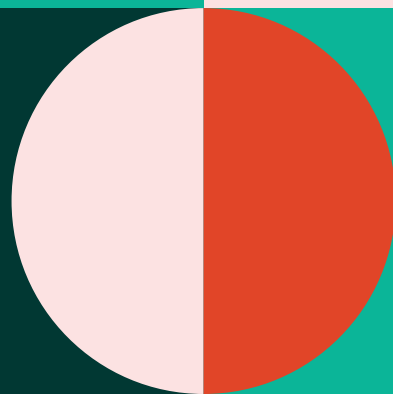


Finanz- bericht 2019

der Hamburg Commercial Bank AG



Inhalt

Zusammengefasster Lagebericht

- 2 Grundlagen**
 - 2 Geschäftstätigkeit
 - 4 Externe Einflussfaktoren und Prozesse
 - 4 Ziele und Strategien
 - 6 Steuerungssystem

- 8 Wirtschaftsbericht**
 - 8 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 - 13 Geschäftsverlauf
 - 16 Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage
 - 24 Segmentergebnisse

- 27 Beschäftigte der Hamburg Commercial Bank**

- 30 Prognose-, Chancen- und Risikobericht**
 - 30 Prognosebericht mit Chancen und Risiken
 - 38 Risikobericht

- 68 Erläuterungen zum Jahresabschluss der Hamburg Commercial Bank AG nach HGB**

Jahresabschluss

- 75 Bilanz**

- 79 Gewinn- und Verlustrechnung**

- 81 Anhang**
 - 81 Allgemeine Angaben und Erläuterungen
 - 82 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
 - 94 Angaben zu Bilanzaktiva
 - 101 Angaben zu Bilanzpassiva
 - 107 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
 - 111 Sonstige Angaben

- 136 Bestätigungsvermerk des Unabhängigen Abschlussprüfers**

- 142 Versicherung der gesetzlichen Vertreter**

- 143 Kontakt & Impressum**

Hinweis zusammengefasster Lagebericht

Der Lagebericht der Hamburg Commercial Bank AG und des Hamburg Commercial Bank Konzerns sind zur Verbesserung der Übersichtlichkeit nach § 315 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 298 Abs. 2 HGB zusammengefasst. Der Jahres- und der Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank (einschließlich des zusammengefassten Lageberichts) werden gemeinsam beim Betreiber des Bundesanzeigers eingereicht und im Bundesanzeiger veröffentlicht. Außerdem stehen der Jahres- und der Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank im Internet unter www.hcobbank.de zur Verfügung. Die folgenden Ausführungen im zusammengefassten Lagebericht beziehen sich grundsätzlich auf den Hamburg Commercial Bank Konzern; bei wesentlichen Abweichungen im Hinblick auf die Hamburg Commercial Bank AG werden gesonderte Erläuterungen gegeben.

Grundlagen des Konzerns

Geschäftstätigkeit

Neue Bank und Transformationsprogramm

Der Verkauf der ehemaligen HSH Nordbank AG markierte die erste erfolgreiche Privatisierung einer Landesbank in Deutschland. Gleichzeitig stellt dies die Zäsur zu der Neuausrichtung der Bank dar, die seit ihrer Umfirmierung am 4. Februar 2019 unter dem neuen Namen Hamburg Commercial Bank AG am Markt auftritt.

Mit der durch das starke Commitment ihrer internationalen Eigentümer unterstützten Neuausrichtung der Bank ist eine tiefgreifende, mehrjährige und umfassende Transformationsphase verbunden, deren Zielsetzung es ist, das Geschäftsmodell der Bank kundenfokussiert und nachhaltig wettbewerbsfähig aufzustellen. Diese Neuausrichtung spiegelt sich zunächst in soliden Finanzkennzahlen wider, welche die Hamburg Commercial Bank im Rahmen ihres strategischen Zielbilds definiert hat. Die Bank strebt dabei auf Basis der aktuellen Unternehmensplanung eine CET1-Kapitalquote von rund 20 %, eine NPE-Quote von maximal 2 %, eine Cost-Income-Ratio im mittleren 40-%-Bereich und eine Rentabilität vor Steuern von oberhalb 8 % an.

Zur Erreichung ihrer strategischen Ziele, die der Bank Anfang 2022 einen nahtlosen Übergang in das Einlagensicherungssystem der Privatbanken ermöglichen sollen, hat die Bank im Rahmen der Neuausrichtung ein umfassendes Transformationsprogramm implementiert. Alle strategischen Maßnahmen des Transformationsprojekts werden an diesem Zielbild, das spätestens im Jahr 2022 vollständig erreicht werden soll, ausgerichtet. Die Maßnahmenpakete aus dem Transformationsprogramm lassen sich nachfolgend genannten fünf Stoßrichtungen zuordnen:

- Entwicklung von profitablen und risikoorientierten Wachstumsstrategien („**Go-to-Market**“),
- Strikte Profitabilitäts- und Ertragsfokussierung („**Portfolio Management**“),
- Diversifizierung und Optimierung der Fundingstruktur („**Liability Optimization**“),
- Konsequentes Kostenmanagement sowie Effizienzsteigerungen („**Operating Efficiency**“) und
- Optimierung der Organisationsstruktur („**Organisational Vitality**“).

Hauptsitz, regionale Ausrichtung, Kunden und Produkte

Die Hamburg Commercial Bank AG, die vormalig als HSH Nordbank AG firmierte, ist die erste privatisierte Landesbank und wird in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft geführt. Der Sitz der Bank liegt in Hamburg.

In der norddeutschen Kernregion ist die Hamburg Commercial Bank einer der führenden Bankpartner der gehobenen mittelständischen Wirtschaft. Zudem ist die Bank in den Geschäftsfeldern Immobilien, Projektfinanzierung, Corporate Banking & Advisory und Shipping deutschlandweit aktiv. Im Projekt- und Immobilienfinanzierungsgeschäft sowie im neugegründeten Geschäftsbereich Diversified Lending liegt der Fokus zusätzlich auf dem europäischen Ausland und ausgesuchten internationalen Märkten. Das Geschäft mit Shipping-Kunden betreibt die Bank weltweit. Ausgehend von der klassischen Kreditfinanzierung bietet die Hamburg Commercial Bank ergänzende Zahlungsverkehrs- und kapitalmarktnahe Produkte sowie individuelle Finanzlösungen für ihre Kunden an.

Segmente, Unternehmensbereiche und Standorte

Die operativen Geschäftsaktivitäten der Hamburg Commercial Bank sind auf die vier Segmente Corporates & Structured Finance (vormalig: Unternehmenskunden), Real Estate (vormalig: Immobilien), Shipping sowie Diversified Lending & Markets (vormalig: Treasury & Markets) aufgeteilt. Die Stabsbereiche und die Gesamtpositionen werden als nicht berichtspflichtige Segmente unter „Sonstige und Überleitung“ ausgewiesen.

Im Berichtsjahr wurde die Segmentberichterstattung in folgender Hinsicht angepasst: Die zum 31. Dezember 2018 noch bestehende Trennung zwischen der Kernbank und der Abbaubank wurde aufgelöst. Die nach der Auflösung noch verbleibenden wenigen Geschäfte der Abbaubank in unwesentlicher Größenordnung sowie die Vorjahresergebnisse der Abbaubank werden fortan in der Segmentberichterstattung in der Spalte „Sonstige und Überleitung“ ausgewiesen. Zudem wurde eine Anpassung der Kostenallokation vorgenommen, die tendenziell zu einer stärkeren Belastung der operativen Segmente führt. Mit dieser Änderung ist eine verbesserte Transparenz hinsichtlich der Ertragslage des Konzerns auf Basis der Performance seiner operativen Segmente verbunden.

Darüber hinaus wurde die Segmentstruktur auf die im Berichtsjahr vorgenommenen Änderungen der internen Organisationsstruktur angepasst. Daraus ergaben sich im Wesentlichen neue Bezeichnungen der Segmente Corporates & Structured Finance und Diversified Lending & Markets sowie leichte Verschiebungen zwischen diesen beiden Segmenten. Auf Basis der vorgenannten drei Änderungen ergab sich das Erfordernis, die Vorjahreszahlen entsprechend anzupassen.

Die Bank ist im Einklang mit ihrer fokussierten Ausrichtung mit Niederlassungen in Athen und Luxemburg weiterhin im Ausland vertreten. Die Niederlassung Singapur soll im Geschäftsjahr 2020 geschlossen werden. Im Inland ist die Bank neben Hamburg auch in Berlin, Düsseldorf, Kiel, Frankfurt am Main, München und Stuttgart präsent.

Die aufgeführten Zweigniederlassungen sind für das Verständnis der Lage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung.

Beteiligungen und Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis für den Konzernabschluss umfasste zum Berichtsstichtag neben dem Mutterunternehmen 26 vollkonsolidierte Tochterunternehmen (31. Dezember 2018: 32 vollkonsolidierte Tochterunternehmen). Dabei waren im Vergleich zum Vorjahresstichtag keine Zugänge zu verzeichnen. Die unterjährig neu gegründete Gesellschaft CAPCELLENCE Vintage Year 19 Beteiligungen GmbH & Co. KG ist noch im Berichtsjahr auf eine Konzerngesellschaft angewachsen.

Der Rückgang des Konsolidierungskreises um sechs Tochterunternehmen resultiert aus der Entkonsolidierung nachfolgend genannter nicht-operativer Gesellschaften (jeweils aufgrund von Unwesentlichkeit für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Hamburg Commercial Bank Konzerns).

- Avia Management S.à.r.l., Luxemburg
- Bu Wi Beteiligungsholding GmbH, Hamburg
- Neptune Finance Partner S.à.r.l., Luxemburg
- Neptune Finance Partner II S.à.r.l., Luxemburg
- Next Generation Aircraft Finance 2 S.à.r.l., Luxemburg
- Next Generation Aircraft Finance 3 S.à.r.l., Luxemburg

Die vorgenannten Konsolidierungskreisänderungen haben keinen wesentlichen Einfluss auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns. Weitere Einzelheiten zum Konsolidierungskreis enthält die Note 5 (Konsolidierungskreis) im Konzernanhang.

Eigentümerstruktur

Nach dem Verkauf der Bank durch die HSH Beteiligungs Management GmbH (94,9 % der Anteile) und die neun Trusts, die von J.C. Flowers & Co. LLC initiiert wurden (5,1 % Anteile), befindet sich die Hamburg Commercial Bank seit dem 28. November 2018 im Besitz renommierter, global agierender, institutioneller Privatinvestoren, die insbesondere über eine hohe Expertise im Bankengeschäft verfügen. Die Eigentümerstruktur ist wie folgt:

Eigentümerstruktur

Mehrere von Cerberus Capital Management, L.P. initiierte Fonds			Ein von J.C. Flowers & Co. LLC beratener Fonds	Ein von GoldenTree Asset Management LP initiiertes Fonds	Centaurus Capital LP	BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft
Promontoria Holding 221 B.V.	Promontoria Holding 231 B.V.	Promontoria Holding 233 B.V.	JCF IV Neptun Holdings S.à.r.l.	GoldenTree Asset Management Lux S.à.r.l.	Chi Centauri LLC	
9,89 %	13,88 %	18,73 %				
42,5 %			35,0 %	12,5 %	7,5 %	2,5 %

Vorstand der Hamburg Commercial Bank verstärkt

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 27. März 2019 beschlossen, den Vorstand neben Stefan Ermisch (CEO), Ulrik Lackschewitz (CRO/Deputy CEO), Dr. Nicolas Blanchard

(CCO) und Oliver Gatzke (CFO/CTO) um zwei weitere Mitglieder zu ergänzen: Herr Ian Banwell hat seine Tätigkeit als Chief Operating Officer (COO) der Hamburg Commercial Bank am 1. April 2019 aufgenommen und seit dem 1. Juli 2019 ist Christopher Brody als Chief Investment Officer (CIO) der Bank tätig.

Weitere Einzelheiten zu den Organmitgliedern enthält Note 60 (Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen).

Einlagensicherung

Mit dem erfolgreichen Vollzug des Privatisierungsverfahrens (Closing) für die Hamburg Commercial Bank AG (vormals: HSH Nordbank AG) am 28. November 2018 sind die rechtlichen Voraussetzungen für die Mitgliedschaft der Hamburg Commercial Bank im Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) entfallen und in der Folge ist die Mitgliedschaft erloschen (§5 der DSGV-Satzung).

Die Mitgliedschaft im Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe (SFG) besteht gemäß des auf Grundlage des § 94 Abs. 4a der Rahmensatzung geschlossenen Vertrags für drei weitere Jahre bis zum 31. Dezember 2021 fort. Sämtliche von der HSH Nordbank AG respektive Hamburg Commercial Bank AG begebene Emissionen (ohne Eigenkapital-/Eigenmittelcharakter; insb. gemäß Randnr. 41, 44 der Mitteilung der EU-Kommission 2013/C 216/01 vom 30. Juli 2013 („Bankenmitteilung“)) fallen damit bis zum 31. Dezember 2021 weiterhin unter die freiwillige Institutssicherung des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe (§ 39 Abs. 1 Rahmensatzung).

Die Sparkassen-Finanzgruppe verfügt über ein institutsbezogenes Sicherungssystem, das Einlagen bei einer Sparkasse, einer Landesbank und Landesbausparkasse schützt. Ziel des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Im Rahmen der freiwilligen Institutssicherung besteht nach Eintritt des Sicherungsfalls kein verbindlicher Rechtsanspruch auf Stützungsmaßnahmen gegenüber dem Sicherungssystem.

Zum 1. Januar 2022 ist der nahtlose Übergang der Hamburg Commercial Bank in das Einlagensicherungssystem der privaten Banken vorgesehen. Dieses setzt sich aus der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken („EdB“, gesetzliche Einlagensicherung) und dem freiwilligen Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. („ESF“) zusammen. Der Umfang der Einlagensicherung des ESF ist insbesondere in § 6 des Statuts des Einlagensicherungsfonds geregelt.

Die Aufnahme der Hamburg Commercial Bank in den EdB erfolgt zum 1. Januar 2022 auf Grundlage des EinSiG durch Zuweisung durch die BaFin. Die Aufnahme der Hamburg Commercial Bank in den ESF zum 1. Januar 2022 setzt voraus, dass die Bank Ende des Jahres 2021 die statuarischen Voraussetzungen für eine Mitwirkung am ESF erfüllt. Ist dies der Fall, wird die Bank wie alle anderen Banken am ESF grundsätzlich mit dem satzungsgemäßen maximalen Einlagensicherungsumfang pro Einleger in Höhe von 15 % der Eigenmittel der Bank mitwirken. Bereits seit dem 1. Januar 2019 begleitet der Prüfungsverband deutscher Banken e.V. in der dreijährigen Übergangszeit die Hamburg Commercial Bank.

Durch dieses mit der Sparkassen-Finanzgruppe und dem Bundesverband deutscher Banken vereinbarte Vorgehen ist für die Sicherheit der Einlagen in der Hamburg Commercial Bank entsprechend der Regelungen der jeweiligen Sicherungseinrichtung weiterhin Kontinuität gegeben.

Externe Einflussfaktoren und Prozesse

Für das Geschäft der Hamburg Commercial Bank sind insbesondere relevant: Die Entwicklung der Konjunktur und der Finanzmärkte (u. a. Zinsniveau, EUR/USD-Wechselkursänderungen), Entwicklungen in den relevanten Branchen wie unter anderem dem Immobilienmarkt und der Schifffahrt, regulatorische Anforderungen und Ermessensentscheidungen der Aufsichtsbehörden, Einschätzungen von Ratingagenturen und Kapitalmarktteilnehmern und anderen Stakeholdern, wie zum Beispiel des ESF, sowie der weitere Verlauf des Transformationsprozesses.

Im Rahmen ihrer Geschäftsorganisation hat die Bank Prozesse definiert, die eine Basis für den Betrieb, die Steuerung und das interne Kontrollsystem der Bank darstellen. Zu den Hauptprozessen zählen dabei Strategie und Planung, Unternehmensmanagement, Kundenmanagement, Finanzierung, Kapitalmarkt sowie Unterstützungsprozesse.

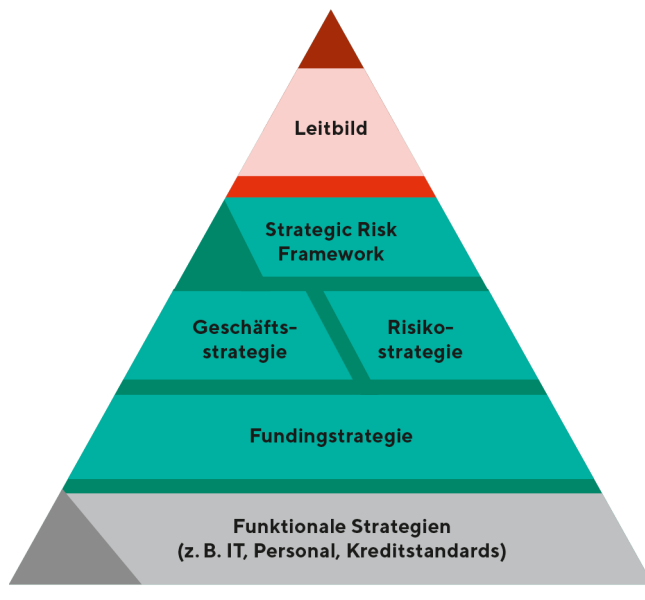
Ziele und Strategien

Die Hamburg Commercial Bank ist der Klarheit verpflichtet; in hanseatischer Tradition macht die privatisierte Geschäftsbank klare, verbindliche Zusagen und begleitet ihre Kunden langfristig. Die Bank ist ihren Kunden zugewandt und steht für Verlässlichkeit sowie Aufrichtigkeit. Sie handelt einfach, entschlossen und exakt. Im Mittelpunkt des Selbstverständnisses steht ein fokussierter und unternehmerischer Ansatz, der Mehrwert für den Kunden, die Gesellschaft, die Aktionäre sowie die Bank und ihre Mitarbeiter schafft.

Das übergreifende Ziel der Bank ist es, das in Norddeutschland verankerte Geschäftsmodell stetig weiterzuentwickeln. Ergänzend strebt die Bank gleichzeitig an, auch selektiv Neugeschäft im Ausland zu tätigen. Mit Blick auf die Anforderungen eines sich sehr schnell wandelnden Bankenumfelds fokussiert sich die Bank auf ihre Transformation zu einer nachhaltig tragfähigen und agilen Unternehmensstruktur. Die Basis dafür bilden ein wirtschaftliches und gleichzeitig bedarfsgerechtes Dienstleistungs- und Produktportfolio, das sich auf wettbewerbsfähige Bereiche konzentriert und im Einklang mit den Kundenbedürfnissen laufend optimiert wird.

Ausgehend von dem Leitbild, in dem Ziele, Strategie, Zweck und Werte zu einem sinnvollen Orientierungsrahmen zusammengefasst sind, umfasst die Strategiearchitektur der Hamburg Commercial Bank folgende zentrale Bausteine:

Strategiearchitektur



Das Strategic Risk Framework (SRF) beschreibt die Ausrichtung des Risikomanagements und bildet das Fundament der Risikokultur. Als konsistenter Leitfaden richtet es die Organisation und den Geschäftsbetrieb effektiv an den wesentlichen risikostategischen Grundsätzen aus. Details zum SRF sowie zu den bankspezifischen Risikoarten werden im Risikobericht erläutert.

Die Geschäftsstrategie wird durch den Vorstand festgelegt und beschreibt die übergreifende strategische Ausrichtung hinsichtlich des Geschäftsmodells und des Geschäftsfeldportfolios. Dadurch wird das Leitbild in eine konkrete Strategie überführt. Darin werden die Ziele für jede wesentliche Geschäftsaktivität sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele beschrieben.

Unter Berücksichtigung der Geschäftsstrategie erfolgt auf Basis des SRF die Festlegung einer konsistenten Risikostrategie. Diese berücksichtigt die Entwicklung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten unter Einbeziehung von risikostategischen Leitplanken sowie Liquiditätsaspekten.

Die Fundingstrategie setzt den Rahmen für die Refinanzierung der Hamburg Commercial Bank. Sie ist eine wesentliche Komponente der Geschäftsstrategie. Bei der Festlegung werden die Anforderungen der Liquiditätsausstattung nachhaltig ausgerichtet, um jederzeit regulatorische Anforderungen und Ratinganforderungen zu erfüllen. Dabei ist das Risiko- und Liquiditätsmanagement unter Berücksichtigung von Profitabilitätsanforderungen auf die sukzessive Optimierung der Passivseite ausgerichtet.

Auf Basis der zentralen Geschäftsstrategie der Bank erfolgt die Definition von weiteren funktionalen Strategien.

Die angeführten Ziele und Strategien sind grundsätzlich darauf ausgerichtet, eine nachhaltige Entwicklung der Bank sicherzustellen. Bei ihrer Definition und Umsetzung orientieren

sich die Mitarbeiter an den grundlegenden Verhaltensvorgaben, die im „Code of Conduct“ zusammengefasst sind. Der „Code of Conduct“ ist ein verbindlicher Verhaltenskodex. Er gibt den Mitarbeitern als normatives Fundament einen verlässlichen Orientierungsrahmen für verantwortungsbewusstes Handeln vor, das den gesetzlichen Anforderungen, aber auch ethischen und gesellschaftlichen Maßstäben gerecht wird. In diesem Kontext werden ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Aspekte ausgewogen berücksichtigt. Um das gesellschaftlich, geschäftspolitisch und auch regulatorisch immer bedeutender werdende Thema „Sustainability“ ganzheitlich für die Hamburg Commercial Bank umzusetzen, wurde gegen Ende des Berichtsjahres ein interdisziplinäres Projekt unter der Schirmherrschaft des CEO gestartet. Ziel dieses Projekts ist es, chancen- und risikoorientiert konkrete Handlungsempfehlungen zur zukünftigen strategischen Ausrichtung der Hamburg Commercial Bank abzuleiten. Der zusammengefasste gesonderte nichtfinanzielle Bericht (nach §§ 315b, 315c i. V. m. § 289b bis § 289e HGB) ist auf der Website der Bank unter <https://www.hcob-bank.de/de/investoren/konzernberichterstattung/konzernberichterstattung> verfügbar und ist nicht Bestandteil des vorliegenden zusammengefassten Lageberichts.

Strategische Stoßrichtungen der Geschäftsfelder

Die Geschäftsbereiche orientieren sich dynamisch an den sich verändernden Markt- und Wettbewerbsbedingungen. Diesbezüglich hat die Hamburg Commercial Bank ihre Rendite-Risikoanforderungen in ihrem strategischen Zielbild angepasst. Neben dem Geschäft in Deutschland plant die Bank zur Sicherstellung einer ausgewogenen Portfoliostruktur und im Hinblick auf die makroökonomische Entwicklung über alle Segmente eine risikoorientierte Anpassung der Portfoliostruktur. Projekt- und branchenbezogene Aktivitäten außerhalb Deutschlands sollen europaweit sowie selektiv international umsichtig ausgebaut werden. Darüber hinaus wird der Produktabsatz auf ein wettbewerbsfähiges Angebot hin optimiert. In diesem Rahmen erfolgt auch eine stärkere Fokussierung auf syndizierungsfähiges Geschäft.

Das Segment **Corporates & Structured Finance** vereint die Geschäftsfelder Corporate Banking & Advisory, Project Finance, Business Development & FIG (Financial Institutions Group) sowie Global Sales & Syndicate.

Im Geschäftsfeld Corporate Banking & Advisory wird die etablierte bundesweite Vertriebsstrategie weiterverfolgt. Die norddeutsche Kernregion steht bei diesen Aktivitäten traditionell im besonderen Fokus. Corporate Banking & Advisory umfasst neben den nach Regionen aufgeteilten Firmenkundenteams die Beratungsfelder Structured Finance, Leveraged Buy-out, Mergers & Acquisitions, Factoring und Leasing.

Das Geschäftsfeld Project Finance nutzt wie bisher Potenziale im Projektfinanzierungsgeschäft im Heimatmarkt

Deutschland als auch im europäischen und selektiv im außer-europäischen Ausland. Der Fokus liegt hierbei auf den Geschäftsfeldern Energy und Infrastructure, bei denen ein hoher Anspruch an Nachhaltigkeitsaspekte erfüllt wird. Zudem fokussiert sich die Bank auf zukunftsgerichtete Nischen, in denen sie mit ihrer Erfahrung und Beratungskompetenz einen Mehrwert für Kunden und Bank generieren kann. Vor diesem Hintergrund ist die Hamburg Commercial Bank in der Lage, ihre Ausrichtung flexibel anpassen. Zusätzlich wird durch die OtD (Originate-to-Distribute)-Strategie der Bank eine weitere Chance der aktiven Portfoliogestaltung und -steuerung genutzt.

Business Development & FIG versorgt als Produktspezialist die Kunden der Marktbereiche mit Zahlungsverkehr- und Trade Finance-Produkten und verantwortet außerdem die Kundenbetreuung von Sparkassen, Banken und institutionellen Kunden.

Darüber hinaus sind die Vertriebsaktivitäten in kapitalmarktnahen Produkten und Zahlungsverkehrsprodukten mit angepasstem zukunftsgerichtetem Produktspektrum wie auch die Syndizierungsaktivitäten unter dem Geschäftsfeld Global Sales & Syndicate vereinigt.

Das Segment **Real Estate** wird unter Berücksichtigung der Entwicklung des deutschen Immobilienmarktes risikobewusst ausgerichtet. Neugeschäft wird daher im Einklang mit der vorausschauenden Geschäfts- und Risikostrategie bis auf Weiteres selektiv und unter Beachtung von angemessenen Risk-/Returnanforderungen abgeschlossen. Der OtD-Ansatz wird weiter verfolgt und ausgebaut. Der behutsame Ausbau internationaler Aktivitäten wird mit ausgewählten etablierten und international agierenden Kunden vorangetrieben. Im Fokus stehen hier europäische Metropolregionen.

Im Segment **Shipping** wird die Bank weiterhin als strategischer Partner auf Basis langfristiger Expertise und unter Beachtung strikter Margen- und Risikovorgaben Neugeschäft abschließen. Der Fokus liegt dabei auf einer Diversifizierung des Portfolios durch inländische und internationale Engagements mit Adressen guter Bonität, um nachhaltig tragfähiges Geschäft zu generieren.

Das Segment **Diversified Lending & Markets** fokussiert sich im Geschäftsfeld Diversified Lending auf internationales Corporates Geschäft sowie „Special Solutions“ in Form von opportunistischen Geschäftschancen im europäischen Ausland. Seit der Neugründung wird das Portfolio sukzessive und im Einklang mit den strengen Risikovorgaben aufgebaut und trägt zur Diversifizierung des Bankportfolios bei.

Die im Rahmen der Transformation neu aufgestellten Aktivitäten im Geschäftsfeld Capital Markets sind nun ausgerichtet auf die Steuerung strategischer Investments sowie auf die

Treasury-Funktion inklusive der zentralen Steuerung der Liquiditäts- und Marktpreisrisiken der Bank, die Bewirtschaftung des Deckungsstocks sowie die Emittententätigkeit.

Steuerungssystem

Zentrale Werttreiber und Kennzahlensystem

Das integrierte Steuerungssystem der Bank ist darauf ausgerichtet, die zentralen Werttreiber – Rentabilität/Ertrag, Effizienz/Kosten, Kapital, Liquidität und Risiko – zielgerichtet und im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen sowie dem SRF zu steuern. Dafür nutzt die Bank ein risikoadjustiertes Kennzahlensystem, das eine einheitliche und effektive Steuerung des Konzerns sicherstellt. Die Steuerung der Bank erfolgt dabei im Wesentlichen auf der Basis von Konzernzahlen nach IFRS bzw. nach einschlägigen bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften und berücksichtigt auch die im SRF definierten Risikolimits und -leitplanken.

Für die Steuerung der einzelnen Geschäftsfelder wird darüber hinaus eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung genutzt. Weitere Elemente der Gesamtbanksteuerung sind der jährliche Strategie- und Planungsprozess, Plan-Ist-Vergleiche sowie der Zielvereinbarungs- und Beurteilungsprozess. Weitere Informationen zur Steuerung enthält der Risikobericht unter „Risikosteuerung durch zentrale Komiteestruktur“ und „Risikoberichtswesen und -messsysteme“.

Steuerungsgrößen des IFRS-Konzerns

Das interne Steuerungssystem der Bank basiert auf zentralen Steuerungskennzahlen zu den einzelnen Werttreibern des IFRS-Konzerns. Die Entwicklung dieser Kennzahlen wird in der externen Berichterstattung einerseits im Vergleich zum Vorjahr und zur Vorjahresprognose für das Berichtsjahr betrachtet (Kapitel „Wirtschaftsbericht“). Andererseits wird auch deren erwartete Entwicklung im Jahr 2020 sowie das strategische Zielbild für das Jahr 2022 beschrieben (Kapitel „Prognose-, Chancen- und Risikobericht“).

Die zentralen Steuerungskennzahlen basieren auf dem strategischen Zielbild des Hamburg Commercial Bank Konzerns und setzen sich aus dem RoE, der CIR, der CET1-Quote, der NPE-Quote, der LCR sowie dem Rating zusammen. Durch das integrierte Steuerungssystem der Hamburg Commercial Bank wird eine umfassende Betrachtung der zentralen Werttreiber angemessen sichergestellt. Die bedeutsamsten Steuerungskennzahlen sind wie folgt definiert:

Definition der bedeutsamsten Steuerungskennzahlen

Finanzielle Steuerungskennzahlen

RoE (Return on Equity)	Der RoE ergibt sich aus der Relation des Ergebnisses vor Steuern zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital und zeigt die Verzinsung des Kapitals an. Die risikoadjustierte Allokation des durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapitals wird auf Basis der regulatorischen Kapitalbindung ermittelt.
CIR (Cost-Income-Ratio)	Die CIR ist eine Kennzahl der Kosteneffizienz und beschreibt das Verhältnis des Verwaltungsaufwands zum Gesamtertrag zzgl. des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses.
CET1-Quote (Common Equity Tier 1)	Die CET1-Quote ist definiert als Quotient aus hartem Kernkapital nach Abzügen ohne hybride Instrumente und der Summe der risikogewichteten Aktiva, ausgedrückt in Prozent.
NPE-Quote (Non Performing Exposure)	Die NPE-Quote beschreibt die Summe der Risikopositionen (EaD, Exposure at Default) ausgefallener Schuldner im Verhältnis zur Summe sämtlicher Risikopositionen der Bank.
LCR (Liquidity Coverage Ratio)	Die LCR stellt die Sicherung der Bank im kurzfristigen akuten Liquiditätsstress über 30 Tage durch Vorhalten eines Liquiditätspuffers (kurzfristige Stresstest-Kennziffer) dar. Die LCR ergibt sich aus dem Verhältnis des Bestands an hochliquiden Aktiva zu den Nettoabflüssen in den nächsten 30 Tagen. Sie wird für Zwecke der internen Steuerung auf Konzernebene ermittelt. Die Berechnung der LCR erfolgt ohne Berücksichtigung der Institutssicherung, d. h. unter Berücksichtigung der Begrenzung der Einlagensicherung von Kundeneinlagen auf 100 Tsd. € pro Kunde.

Nicht-finanzielle Steuerungskennzahlen

Rating	Bonitätseinstufungen der Ratingagenturen bezogen auf das Emittentenrating (langfristig).
---------------	--

Der Umfang der für die Gesamtbanksteuerung in der Hamburg Commercial Bank verwendeten Kennzahlen geht weit über die in diesem Kapitel angeführten bedeutsamsten Steuerungskennzahlen hinaus und berücksichtigt eine Vielzahl von weiteren unterstützenden Steuerungsgrößen, die für Zwecke einer effektiven und ganzheitlichen Finanzressourcensteuerung sowie -allokation durch das Management verwendet werden. Weitere Einzelheiten zu den zentralen Kennzahlen der Risikosteuerung enthält der Risikobericht.

Darüber hinaus hat die Hamburg Commercial Bank entsprechend den gesetzlichen Anforderungen die Konzepte zur Sanierung/Abwicklung aktualisiert bzw. weiterentwickelt. Die gemäß SAG (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz) und EBA (European Banking Authority) definierten Sanierungs- und Frühwarnindikatoren werden dabei regelmäßig überwacht und bewertet, um bei Bedarf zeitnah zielgerichtete Maßnahmen durchführen zu können.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die globale Wachstumsverlangsamung hat sich fortgesetzt, Zinsen per Saldo niedriger, Euro schwächer

Die Expansionsrate der globalen Wirtschaftsleistung hat das zweite Jahr in Folge abgenommen und lag 2019 nur noch bei 3,0 %, nach 3,6 % im Jahr 2018. Das ist der niedrigste Wert seit dem Jahr der schweren Rezession, 2009. Von der Wachstumsverlangsamung blieb nahezu keine Region verschont. Insbesondere die großen Wirtschaftsblöcke USA, die Eurozone und China konnten das Expansionstempo des Vorjahres nicht halten, bedingt durch einen weit fortgeschrittenen Konjunkturzyklus sowie zahlreiche Unsicherheiten. Besonders hart getroffen wurde der globale Industriesektor, der sich seit dem zweiten Quartal 2019 in der Rezession befindet. Der globale PMI-Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe liegt indes seit November wieder knapp über der Expansionsgrenze. Bezüglich der Unsicherheiten ist vor allem der Handelskrieg zwischen den USA und China zu erwähnen, der sich bis zur zweiten Jahreshälfte 2019 zuspitzte. Erst zum Ende des Jahres zeichnete sich eine gewisse Entspannung in diesem Konflikt ab. Ähnlich verhält es sich mit dem Brexit-Prozess, bei dem erst Neuwahlen im Dezember in Großbritannien die notwendige Klarheit brachten, mit der Folge, dass die EU-Mitgliedschaft der Briten am 31. Januar 2020 endete.

In diesem Umfeld sanken die Renditen der deutschen und der US-Staatsanleihen bis August und setzten dann wieder zu einem moderaten Anstieg an. Hier dürften die drei Zinssenkungen der US-Notenbank und die expansiven Schritte der Europäischen Zentralbank im zweiten Halbjahr 2019 eine Rolle gespielt haben, da sie wieder zu etwas mehr Konjunkturoptimismus führten. Der Euro-Wechselkurs zum US-Dollar schwächte sich per Saldo im vergangenen Jahr ab und zeigte zuletzt etwas mehr Stärke. Die Aktienmärkte zeigten eine größere Immunität gegenüber den geopolitischen Unsicherheiten und legte 2019 sowohl in den USA als auch in der Eurozone kräftig zu.

Breit angelegte Wachstumsverlangsamung

Die US-Wirtschaft hat im vergangenen Jahr an Dynamik verloren und expandierte mit einer Rate von 2,4 %, nach 2,9 % im Jahr 2018. Hier machte sich der auslaufende Effekt der 2017 beschlossenen Steuererleichterungen für Unternehmen und

private Haushalte bemerkbar sowie der gut ausgelastete Arbeitsmarkt, der es Unternehmen erschwert, ungehindert zu wachsen. An der schwächeren Investitionsgüternachfrage lässt sich außerdem ablesen, dass einige Unternehmen angesichts der Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Handelskrieg mit China zurückhaltender agiert haben.

In China ist das Wirtschaftswachstum auch im Jahr 2019 gefallen und betrug schätzungsweise 6,1 % (Vorjahr: 6,6 %). Hier machte sich der Handelskrieg mit den USA in Form praktisch stagnierender Exporte bemerkbar. Die Zentralbank hat die Geldpolitik nur geringfügig gelockert, indem sie den Leitzins für Einjahreskredite in der zweiten Jahreshälfte 2019 nur marginal gesenkt hat.

In den meisten anderen Regionen ging das Wachstum ebenfalls zurück, so etwa in Europa und Lateinamerika. Letztere Region machte in den vergangenen Monaten mit zahlreichen sozialen Unruhen auf sich aufmerksam. Das BIP der Eurozone stieg im vergangenen Jahr nur um ca. 1,2 %, nach 1,9 % im Vorjahr. Die globale Rezession der Industrie war in der Eurozone ganz besonders stark zu spüren, wobei Deutschland und Italien negativ hervorzuheben sind. In Deutschland befindet sich die Industrie seit Mitte 2018 in einer Rezession. Die Probleme im Automobilssektor, zu denen nicht nur die mangelhafte Vorbereitung auf neue Abgasregulierungen, sondern auch der Strukturwandel hin zur Elektromobilität zählen, belastet Deutschland überproportional. Entsprechend fällt die Rezession im verarbeitenden Gewerbe hier auch deutlich tiefer aus als in anderen Euroländern.

EZB nimmt Anleihekäufe wieder auf, Aktienmärkte überraschend freundlich, Renditen per Saldo niedriger

Nachdem die EZB Ende 2018 die Nettoanleihekäufe eingestellt hat und den Einlagenzins unverändert beließ, lancierte die Notenbank in der zweiten Jahreshälfte 2019 ein umfangreiches Lockerungspaket, bestehend aus erneuten Anleihekäufen, neuen Langfristtendern (TLTRO) sowie einer Senkung des Einlagenzinses auf -0,5 %.

Die US-Notenbank wiederum senkte von Juli bis Oktober ihren Leitzins um 75 Basispunkte auf eine Bandbreite von 1,50 bis 1,75 %. Außerdem ergriff sie Maßnahmen, um den Mitte September aufkommenden Spannungen am Geldmarkt zu begegnen, darunter auch der Ankauf von kurzfristigen Staatsanleihen. Die Lockerungspakete der beiden großen Notenbanken trugen dazu bei, dass die Angst vor einer Rezession zurückging, was wiederum den Renditen der Staatsanleihen

ab September leichten Auftrieb gab. Am Ende des Jahres rentierten die zehnjährigen Bunds bei -0,19 %, was immer noch deutlich niedriger war als Ende 2018 (+0,25 %).

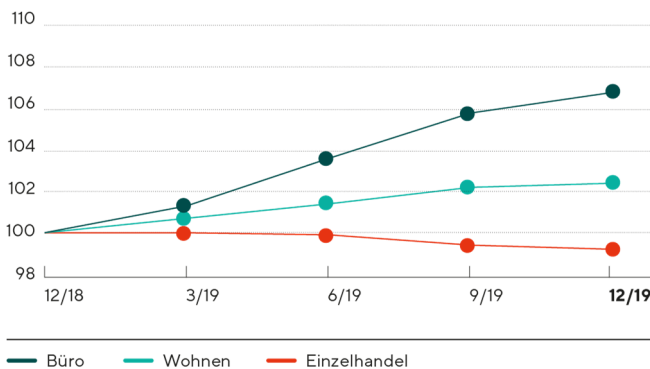
Die Aktienmärkte profitierten von den fallenden Zinsen und ließen sich durch die geopolitischen Ereignisse wie Brexit und Handelskonflikt nur zeitweise beirren. So legten der Dax und der Euro Stoxx 50 im Jahresverlauf jeweils um 25 % zu, der S&P 500 sogar um 29 %. Der Euro wertete gegenüber dem US-Dollar im Jahresverlauf um 1,9 % ab. Zuletzt konnte sich die Gemeinschaftswährung jedoch von ihrem Jahrestief von 1,09 US-Dollar erholen und lag am 31. Dezember 2019 bei 1,12 US-Dollar.

In Summe noch erfreuliche Entwicklung in den relevanten Märkten

Die deutschen **Immobilienmärkte** entwickelten sich im Jahr 2019 mehrheitlich noch positiv. Vor allem auf den Büro- und Wohnimmobilienmärkten der Großstädte sind die Mieten und Immobilienpreise weiter gestiegen, wobei letztere abermals stärker anzogen. Nicht zuletzt dank der anhaltend niedrigen Zinsen blieben Immobilien nach wie vor eine attraktive Anlagealternative für Investoren, der Renditevorteil nahm im Jahresverlauf sogar weiter zu.

Mieten

(indexierte Marktdurchschnitte, 12/2018=100)



Die Bautätigkeit blieb 2019 rege und auf hohem Niveau, wuchs aber nur noch bei Büroimmobilien spürbar. Bei **Wohnimmobilien** nahm die Zahl der Baugenehmigungen im Geschosswohnungsbau hingegen kaum mehr zu, im Eigenheimbereich stagnierte sie. In den Großstädten nähert sich damit das Wohnungsangebot der inzwischen schon merklich langsamer wachsenden Nachfrage an. Gleichwohl blieben die großstädtischen Märkte durch den Nachfrageüberhang geprägt und die Mietpreisrestriktionen bei Wohnungen in den meisten Städten weitgehend wirkungslos, sodass die Mieten nahezu überall weiter spürbar zulegten. Angesichts bereits sehr hoher Wohnkosten hat das Mietpreiswachstum indes auch im Berichtsjahr an Dynamik eingebüßt.

Auf den **Büroimmobilienmärkten** zog die Netto-Flächennachfrage dank der guten Arbeitsmarktlage zwar noch an. Die Personaleinstellungen der Unternehmen gingen in der zweiten Jahreshälfte im Zuge der konjunkturellen Abkühlung allerdings deutlich zurück. Obgleich die Bürofertigstellungen erheblich zunahmen, reichten sie noch nicht aus, um die hohe Nachfrage zu befriedigen. Die Leerstände sanken das neunte Jahr in Folge in allen Metropolen inzwischen unter die Fluktuationsreserve, außer in Düsseldorf und Frankfurt. Dies ließ die Mieten in allen Großstädten teils sehr deutlich ansteigen, am kräftigsten abermals in Berlin. Die Zuwächse in den Rand- und peripheren Lagen standen denen in Spitzenlagen kaum nach.

Auf den **Einzelhandelsimmobilienmärkten** waren die Mietpreisentwicklungen hingegen abhängiger von der Lage und dem Immobilientyp. So setzte sich der Rückgang in den 1a-Lagen vor allem in mittleren und kleinen Großstädten fort, erfasste 2019 aber auch schon einige Metropolen. Von den Einbußen waren nicht zuletzt Shopping-Center betroffen. Dies ist unverändert auf den anhaltenden strukturellen Wandel im stationären Handel zugunsten des Online-Handels zurückzuführen, der die Mietflächennachfrage der Einzelhändler belastet, insbesondere im Non-Food-Bereich. Spürbar resistenter zeigten sich die Mieten in Stadtteillagen, wo die Nahversorgung mit dem Lebensmittelhandel angesiedelt ist, der bislang kaum den Wettbewerb des Online-Handels zu spüren bekam. In den meisten Großstädten blieben die Mieten in diesen Nebenlagen weitgehend stabil, in einigen Metropolen legten sie leicht zu. Die Marktwerte vor allem von Fachmarktzentren konnten trotz des ausbleibenden bzw. bescheidenen Mietwachstums spürbar zulegen. Leichte Werteinbußen verzeichneten hingegen wie im Vorjahr Shopping-Center.

Auf den **europäischen Büroimmobilienmärkten** büßte die Aufwärtsbewegung 2019 im Zuge der nachlassenden Konjunktur an Dynamik ein. Das Wachstum der Bürobeschäftigtenzahlen ließ auf nahezu allen Märkten nach. Auf vielen Märkten zogen die Fertigstellungen zudem merklich an. Sie reichten aber oftmals nicht aus, um die noch hohe Flächennachfrage zu befriedigen, sodass die Leerstände leicht nachgaben. Die Mieten legten folglich auf den meisten Märkten noch leicht zu. Auf dem Büroimmobilienmarkt in London ließ die Flächennachfrage 2019 weiter nach. Dank spürbar weniger fertiggestellter Büroflächen gab der Leerstand jedoch marginal nach und sorgte dafür, dass die Spitzenmieten erstmals seit vier Jahren moderat anzogen. Die Investoren blieben aber ob der 2019 herrschenden Unsicherheit über die Folgen des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union vorsichtig. Dank des sich stabilisierenden Mietmarktes legten auch die Marktwerte moderat zu. Auf den meisten Märkten im übrigen Europa waren bei Büroimmobilien nochmals deutliche Wertzuwächse zu verzeichnen.

Im deutschen **verarbeitenden Gewerbe** lag die Produktionsmenge im Jahr 2019 deutlich unter dem Niveau des Vorjahres und die schon im dritten Quartal 2018 begonnene In-

dustrierezession setzte sich im Berichtsjahr fort. Dabei entwickelten sich alle wesentlichen Bereiche mit Ausnahme des Bau- und des Ernährungsgewerbes negativ, wobei der Automotive-Sektor einen besonders starken Rückgang der Produktionsdaten verzeichnete.

Unternehmen des **Großhandels** verzeichneten auch in 2019 nur verhalten steigende Umsätze im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Der **Einzelhandel** hingegen profitiert noch immer vom konsumgetriebenen Wirtschaftswachstum in Deutschland und verzeichnete auch 2019 eine deutlich positive Umsatzentwicklung, dabei hat sich die Wachstumsdynamik im Vorjahresvergleich sogar erhöht.

Der **Gesundheitsmarkt**, darunter auch der Krankenhausmarkt, wächst im Zuge der demografischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts stetig. Die wirtschaftliche Lage vieler Krankenhäuser bleibt trotz steigender Einnahmen weiterhin angespannt und der Kostendruck ist unverändert hoch. Das Anfang des Jahres 2016 in Kraft getretene Krankenhausstrukturgesetz sollte jedoch mittelfristig zu einer steigenden Profitabilität der Häuser führen.

Im **Logistikbereich** entwickelten sich in den ersten drei Quartalen die Umsätze 2019 (real) noch deutlich positiv, aber mit etwas schwächerer Dynamik im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Das gemessene Geschäftsklima hat sich allerdings im November 2019 im siebten Monat in Folge verschlechtert und liegt erstmals seit dem Jahreswechsel 2012/13 unter der neutralen Marke von 100. Im Vorjahresvergleich haben sich auch die Konjunkturerwartungen weiter eingetrübt.

Das globale **Projektfinanzierungsvolumen** hat im Jahr 2019 spürbar zulegt, lag 3 % über dem Vorjahreszeitraum und erreichte das höchste je verzeichnete Volumen (297 Mrd. USD). Während in Amerika das Projektfinanzierungsvolumen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich zurückging (-6 %), erhöhte sich das Finanzierungsvolumen sowohl im asiatischen Raum (+7 %) als auch in der Region „Europa, Naher Osten und Afrika“ (EMEA) (+9 %) jeweils kräftig.

Investitionen in die **Transportinfrastruktur** entwickelten sich global mit identischer Dynamik wie das globale Projektfinanzierungsvolumen (+3 %), vereinten 2019 aber in der EMEA-Region nur noch 17,7 % des Projektfinanzierungsvolumens auf sich (2018: 21,1 %). Zu den bedeutenden institutionellen Investoren zählen Pensionskassen und Versicherungen, die Infrastrukturinvestitionen als eine ergänzende Anlagealternative im Niedrigzinsumfeld ansehen.

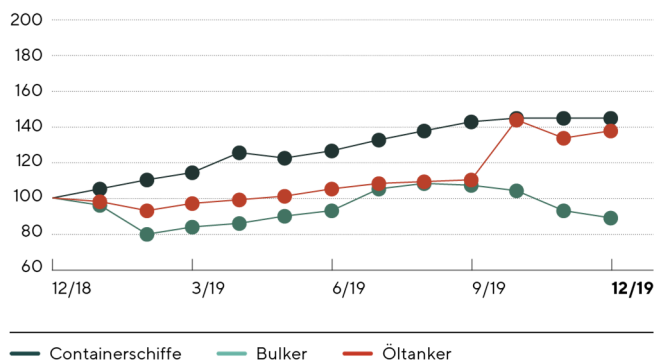
Der Ausbau **erneuerbarer Energien** ist im Laufe des Jahres 2019 sowohl in Europa als auch in Deutschland weiter vorangeschritten, hat sich dabei aber sehr unterschiedlich entwickelt. Die Umstellung hin zum Ausschreibungsverfahren hat in Deutschland zu einer deutlichen Abschwächung der Nachfrage seit 2018 geführt: Der Bruttoleistungszubau im Bereich Windenergie an Land lag im Gesamtjahr 2019 um 55 % unter dem Vorjahr. Damit hat der Bruttoleistungszubau den niedrigsten Stand seit Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2000 erreicht.

Der Ausbau im Solarsegment hat sich in Europa fortgesetzt. Allein in Deutschland summierte sich der Photovoltaik-zubau im Jahr 2019 auf 3.944 Megawatt und lag damit nahezu ein Gigawatt über dem Vorjahreswert.

Die **Schifffahrtsmärkte** wurden im Berichtsjahr stark von Sondereffekten beeinflusst und entwickelten sich uneinheitlich. Charraten für Containerschiffe entwickelten sich sehr positiv, für Öltanker ging es im letzten Quartal sprunghaft nach oben und Bulker litten unter schwacher Nachfrage. Bei den Secondhandpreisen konnten lediglich Öltanker im Jahresvergleich einen Zuwachs ausweisen.

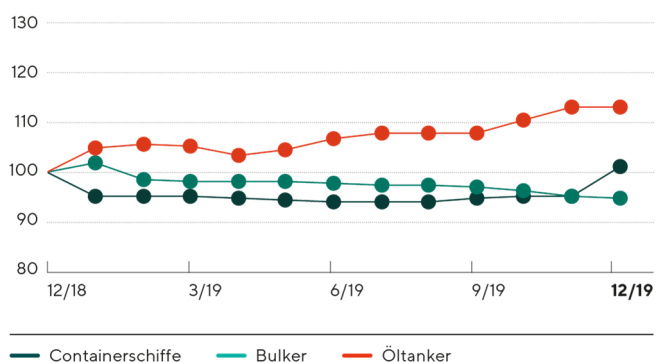
Zeitcharterraten

(indexierte Marktdurchschnitte, 12/2018=100)



Secondhandpreise

(indexierte Marktdurchschnitte, 12/2018=100)



Die Transportnachfrage für **Containerschiffe** entwickelte sich angesichts der Handelskonflikte und der Abkühlung der Weltwirtschaft schwächer. Gleichzeitig hat sich das Flottenwachstum gegenüber 2018 aber etwas verlangsamt. Auslieferungen gingen etwas zurück, während Verschrottungen moderat zulegt. Dies führte insgesamt dazu, dass die Frachtraten auf den Haupttrouten im Jahresvergleich etwas nachgaben.

Dennoch stiegen die Charraten insbesondere für größere Schiffe stetig an. Verantwortlich dafür war insbesondere die Verschärfung der Emissionsvorgaben zum Jahreswechsel 2019/20. Um diese einzuhalten, werden vor allem größere

Schiffe mit Abgasentschwefelungsanlagen („Scrubber“) nachgerüstet. Aufgrund des langwierigen Einbaus steht ein wesentlicher Teil der Flotte nicht zur Verfügung. Die Linien-Reedereien haben Ersatzschiffe eingechartert, was aber mehr und mehr zu Knappheit an verfügbarer Tonnage führte. Da dieser Effekt aber nur temporär ist, nämlich bis alle betroffenen Schiffe ausgerüstet sind, haben sich die Charraten von der nahezu stabilen Entwicklung der Secondhandpreise abgekoppelt.

Im Bereich der **Massengutfrachter** war die Marktentwicklung 2019 ungleich holpriger. Der Beginn des Jahres war gekennzeichnet durch einen Nachfrageeinbruch. Dieser wurde durch den Dambruch in einer brasilianischen Eisenerzmine ausgelöst, in dessen Folge ein wesentlicher Teil der Produktion des Landes stillgelegt wurde. Zwar konnte die Produktion bereits wieder gesteigert werden, die negativen Folgen wirken aber nach. Die Erholung der Charraten im zweiten und dritten Quartal wurde zusätzlich dadurch getragen, dass ein zunehmender Anteil der Flotte aufgrund von Scrubber-Nachrüstungen nicht zur Verfügung stand. In den letzten Monaten des Jahres sorgte insbesondere die rückläufige Nachfrage nach Kohletransporten nach China und Indien sowie der schwächere Getreidehandel für nachgebende Charraten. Secondhandpreise für Bulkertonnage verzeichneten 2019 einen leichten Rückgang.

Die Charraten für **Öltanker** konnten nach einem mäßigen ersten Quartal 2019 in der Folge spürbar zulegen. Hierfür sorgten allen voran die Werftaufenthalte für Scrubber-Nachrüstungen. Im Oktober sprangen die Raten für VLCCs (Very Large Crude Carriers) auf den höchsten Stand seit fast vier Jahren. Auch der bis dato vorsichtige Anstieg der Secondhandpreise beschleunigte sich spürbar. Maßgeblich dafür war eine akute Tonnageknappheit bei Rohöltankern. Im Zuge der US-Sanktionen gegenüber dem Iran und Venezuela wurde ein nicht unerheblicher Teil der Flotte gemieden, der mit diesen Ländern in Verbindung stand. Zudem konnte Saudi-Arabien seine Ölproduktion nach Drohnenanschlägen schnell wieder normalisieren. Des Weiteren profitierten Öltanker von zusätzlicher Nachfrage durch die Emissionsvorgaben. Der Großteil der Flotte muss seit dem Jahreswechsel 2019/20 schwefelarmen Treibstoff nutzen. Dieser muss produziert, verteilt und vorgehalten werden, was zusätzliche Tonnage für Transport und Lagerung bindet. Dadurch konnte auch das deutliche Angebotswachstum infolge höherer Ablieferungen und fast zum Erliegen kommender Verschrottungsaktivitäten kompensiert werden.

Steigender Ertrags- und Konsolidierungsdruck im deutschen Bankensektor

Die volatile geopolitische Lage sowie die makroökonomische Abschwächung schlugen sich im Jahresverlauf in zunehmenden Risiken im Bankenumfeld nieder, die nicht zuletzt ihre Entsprechung in den Aktiennotierungen von Banken diesseits und jenseits des Atlantiks fanden. Allerdings schlugen sich die

amerikanischen Banken hier einmal mehr deutlich besser als ihre europäischen und insbesondere deutschen Wettbewerber. Die strukturelle Profitabilitätsschwäche europäischer Banken, und hier insbesondere der deutschen Institute, wird noch zusätzlich durch das auf absehbare Zeit anhaltende Niedrigzinsniveau verschärft. Gemessen an den jeweiligen Indizes performten die europäischen und deutschen Finanzinstitute jeweils spürbar schwächer als der Gesamtmarkt. Vor diesem Hintergrund stuften die großen Ratingagenturen den Ausblick insbesondere für den deutschen Bankensektor auf negativ zurück.

Angesichts dieser Entwicklungen erhalten die bekannten Themen im europäischen Bankenmarkt neue Dringlichkeit. Insbesondere die deutschen Banken, die hinsichtlich ihrer Profitabilität seit langer Zeit das Schlusslicht in Europa bilden, sind mehr denn je gefordert, eine Überprüfung ihrer strategischen Ausrichtung vorzunehmen. Denn der hohe Margendruck, der auch der Thesaurierungsfähigkeit enge Grenzen setzt, birgt zunehmend die Gefahr einer nicht risikoadäquaten Bepreisung von Kreditfinanzierungen. Zudem sorgt die Expansion von Nichtbanken, im Wesentlichen FinTechs, für zusätzlichen Wettbewerbsdruck. Gleichzeitig machen sich auf der Kostenseite die notwendigen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Institute in Form von hohen Projekt- und IT-Kosten bemerkbar. Vor diesem Hintergrund haben viele Banken neben der Fokussierung ihrer Geschäftsmodelle umfangreiche Kosten- und Effizienzprogramme in die Wege geleitet, um nachhaltig angemessene Renditen erwirtschaften zu können. Dabei ist klar, dass eine klassische Kostensenkung allein nicht ausreichend ist, die Profitabilität nachhaltig zu verbessern. Vielmehr geht es um eine möglichst passgerechte Verbindung zwischen Geschäftsmodell und Kundenprofilen, um die Ausschöpfung des Potenzials von digitalen Technologien und die Implementierung einer zukunftsgerichteten Unternehmenskultur.

Im Rahmen des SREP-Prozesses hat sich die EZB nochmals verstärkt der Überprüfung der internen Risikomodelle der Banken gewidmet. Die Ergebnisse werden sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer Ebene einem Benchmarking unterworfen. Das Ziel aus Sicht der Bankenaufsicht ist es hier, die Ergebnisse von internen Modellen transparenter und vergleichbarer zu gestalten. Im Ergebnis dürften hieraus bereits zeitlich vor der Einführung von Basel IV ab 2022 Auftriebe bei den risikogewichteten Aktiva vieler Banken resultieren.

Weiterhin im aufsichtsrechtlichen Fokus stand die Entwicklung an den Immobilienmärkten vor dem Hintergrund einer Überhitzung und der sich daraus möglicherweise ergebenden Folgewirkungen für den Bankenmarkt. Weitere Schwerpunkte des SREP-Prozesses in 2019 bildeten die Themen Datenqualität, Governance sowie IT- und Cyberrisiken.

Rahmenbedingungen beeinflussen Geschäft der Hamburg Commercial Bank

Das für Banken zunehmend anspruchsvolle und wettbewerbsintensive Umfeld schlug sich auch im Geschäftsverlauf der Hamburg Commercial Bank nieder. Dabei gestaltete sich die Entwicklung der für die Bank relevanten Märkte in 2019 in Summe zwar noch erfreulich, wenn auch uneinheitlich. So war das Immobilienumfeld in Deutschland, nicht zuletzt getragen von dem niedrigen Zinsniveau, weiterhin überwiegend positiv. Die Lage an den Schiffsmärkten zeigte zwar einen volatilen, aber insgesamt noch positiven Verlauf. Im Unternehmenskundenbereich belasteten die gute Liquiditätsausstattung auf Kundenseite sowie das Niedrigzinsniveau Nachfrage und Rentabilität in einem anhaltend wettbewerbsintensiven Umfeld. Weiterhin war insbesondere der industrielle Sektor von der sich eintrübenden konjunkturellen Entwicklung betroffen.

Vor dem Hintergrund der Marktentwicklungen und der strikten Profitabilitäts- und Ertragsfokussierung („Portfolio Management“) der Hamburg Commercial Bank wurde das Neugeschäft selektiv gesteuert. Es erreichte bei einem bewusst niedrigeren Bruttovolumen von 7,2 Mio. € (Vorjahr: 8,4 Mio. €) eine im Vorjahresvergleich spürbar höhere Rentabilität, was auch auf erwartungsgemäß gesunkene Fundingkosten zurückzuführen ist. Auf das Neugeschäftsvolumen hat sich auch der ab dem zweiten Halbjahr noch einmal verstärkt vorsichtigerer Geschäftsansatz, insbesondere in Teilbereichen der Immobilienfinanzierung, ausgewirkt. Gleichzeitig hat das konsequente Portfolio Management unter Einhaltung der strikten, weiter geschärften, Risikovorgaben dazu geführt, dass die Ambitionsniveaus für die Neugeschäftsrentabilität in weiten Teilen übertroffen worden sind.

Trotz der steigenden makroökonomischen und geopolitischen Risiken ergab sich für das Geschäftsjahr 2019 insgesamt eine leichte Nettoauflösung in der Risikovorsorge der Ham-

burg Commercial Bank. Die positive Entwicklung der Kreditrisikovorsorge spiegelt die gute Qualität des Kreditportfolios der Bank wider und ist zugleich Ausdruck der vorausschauenden Risikovorsorgepolitik der Bank, die bereits zum 31. Dezember 2018 makroökonomische Risiken antizipiert und diesen durch entsprechende Risikovorsorgebildung Rechnung getragen hatte. Im Hinblick auf die Entwicklung der Risikovorsorge im Berichtsjahr haben sich weitestgehend im Einklang mit den Marktentwicklungen gegenläufige Entwicklungen in den Segmenten Unternehmenskunden (Nettozuführung von Risikovorsorge) und Shipping (Nettoauflösung) ergeben.

Insbesondere das mittel- und langfristige Zinsniveau ist trotz einer leichten Erholung ab dem vierten Quartal 2019 im Vorjahresvergleich deutlich gesunken. Aus dieser Entwicklung ergaben sich im Berichtsjahr Belastungen für die Vermögens- und Ertragslage. So hat sich das Zinsniveau zum einen erhöhend auf die Bewertung der Pensionsverpflichtungen mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf das Eigenkapital ausgewirkt. Zum anderen führte es zu temporär negativen Bewertungseffekten im Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten, was mit einer Belastung für die Ertragslage verbunden war.

Im Hinblick auf die unter der De-Risking-Strategie verringerten Neugeschäftsziele ergeben sich für die Bank weiter verschärfte Herausforderungen bzgl. der Erreichung einer dem Marktumfeld angemessenen Kostenbasis. Dieser Herausforderung begegnet die Bank durch die Identifikation und Umsetzung von Kosteneinsparungsmaßnahmen, deren Umfang gegen Ende des Berichtsjahres nochmals erhöht wurde, konsequent. Im Berichtszeitraum wurden hierbei weitere Fortschritte erzielt, wobei insbesondere die bereits umgesetzten Personalmaßnahmen ihr volles Kostensenkungspotenzial erst nachlaufend entfalten.

Einzelheiten zum Transformationsprozess, zur Geschäftsentwicklung und zur Lage der Bank werden in den folgenden Kapiteln erläutert.

Geschäftsverlauf – wesentliche Entwicklungen und Ereignisse im Berichtsjahr 2019

Erstes Jahr als Privatbank abgeschlossen: positives IFRS-Ergebnis vor Steuern bei profitabilem Neugeschäft, wichtige Fortschritte in allen Handlungsfeldern des Transformationsprogramms, Strategieweitere Anpassung infolge schwächeren Konjunkturausblicks, Einigung mit Hybridkapitalinvestoren

Zufriedenstellender Geschäftsverlauf mit positivem IFRS-Ergebnis vor Steuern bei profitabilem Neugeschäft

Mit Ablauf des Geschäftsjahres 2019 blickt die Hamburg Commercial Bank auf ihr erstes Jahr als Privatbank zurück. Die neue Bank wird nach Einschätzung des Vorstands gut im Markt angenommen und ihre Neuausrichtung von den relevanten Stakeholdern positiv und konstruktiv begleitet. Intern verändert das umfassende Transformationsprogramm die Bank erwartungsgemäß in allen Bereichen. Die operative Geschäftsentwicklung im ersten Jahr als privatisierte Bank war insgesamt zufriedenstellend.

Vor dem Hintergrund einer bewusst vorgenommenen Einbremsung bei Neugeschäftsabschlüssen im Segment Real Estate sowie geringeren Volumina im Segment Corporate Banking & Structured Finance lag das Brutto-Neugeschäftsvolumen mit 7,2 Mrd. € unter dem Planwert von 8,0 Mrd. € (Vorjahr: 8,4 Mrd. €). Die Neugeschäftsrentabilität konnte bei insgesamt stabilen Brutto-Margen deutlich gesteigert werden. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war einerseits die konsequente Fokussierung auf Geschäftsabschlüsse mit einem angemessenen Renditeniveau, andererseits die nach der Privatisierung erwartungsgemäß gesunkenen Fundingkosten.

Das im Geschäftsjahr 2019 erzielte positive IFRS-Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von 77 Mio. € liegt leicht über den Erwartungen. Gegenüber der Prognose aus dem Vorjahr haben sich Belastungen aus der im Berichtsjahr vollzogenen Einigung mit den Hybridkapitalgläubigern (vgl. dazu den letzten Abschnitt dieses Kapitels) sowie aus temporären Bewertungseffekten im Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten ergeben. Diese Belastungen wurden durch Sondereffekte im Sonstigen betrieblichen Ergebnis, eine positive Entwicklung in der Kreditrisikovorsorge, die auf die gute Qualität des Kreditportfolios der Bank zurückzuführen ist, sowie Erträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen kompensiert.

Die gute Kapitalausstattung und Kreditqualität spiegelt sich in starken Finanzkennzahlen, einer CET1-Quote von 18,5 % sowie einer NPE-Quote von 1,8 % wider, welche zugleich die Säulen für einen weiter erfolgreich verlaufenden Transformationsprozess darstellen. Auch die Entwicklung der übrigen bedeutsamen Steuerungskennzahlen der Bank entspricht insgesamt den Erwartungen.

In allen Handlungsfeldern des Transformationsprozesses wurden im Jahr 2019 wichtige Fortschritte erzielt

Die Bank hat in allen Handlungsfeldern des Transformationsprogramms ihre Ziele für das Berichtsjahr erreicht. Dabei sind folgende Entwicklungen bzw. Ereignisse hervorzuheben:

Strategisches Ziel des **Portfolio Managements** der Bank ist eine strikte Profitabilitäts- und Ertragsfokussierung in Bezug auf die Geschäftsfelder, Kundenbeziehungen und Produkte der Bank. Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt in diesem Handlungsfeld auf der Bereinigung der Geschäftsfelder-, Kunden- und Produktportfolios. Im Zuge dieser Bereinigung hat die Bank zahlreiche Kundenbeziehungen und Produkte, die den internen Ambitionsniveaus nicht entsprechen, beendet oder hinsichtlich der Konditionen verbessert. Zudem wurde der Ausstieg aus im Rahmen der Neuausrichtung der Bank nicht mehr strategiekonformen Geschäftsfeldern wie dem Wealth Management sowie bestimmten Teilen des Global Trade Finance vollzogen.

Im Bereich **Go-to-Market** (der Entwicklung von profitablen und risikoorientierten Wachstumsstrategien) hat die Bank neben der deutlichen Steigerung der Renditen im Neugeschäft im Berichtsjahr (vgl. voriger Abschnitt in diesem Kapitel) auch die Basis für die Erschließung neuer Geschäftsfelder wie die Finanzierung von Factoring- und Leasinggeschäften sowie Vintage Shipping und Diversified Lending geschaffen.

Der zentrale Fokus des Transformationsprogramms der Hamburg Commercial Bank lag im Geschäftsjahr 2019 auf der Umsetzung eines konsequenten Kostenmanagements und der Erreichung von Effizienzsteigerungen („**Operating Efficiency**“). In diesem Handlungsfeld wurden folgende Meilensteine erreicht bzw. sind folgende Entwicklungen hervorzuheben:

Gegen Ende des ersten Quartals 2019 und damit ohne wesentliche Verzögerung konnte in Bezug auf den im Dezember 2018 beschlossenen umfangreichen Personalabbau mit den Sozialpartnern ein Interessenausgleich und Sozialplan vereinbart werden, der eine sozialverträgliche Umsetzung des erforderlichen Stellenabbaus gewährleisten soll. Die herausfordernde operative Umsetzung des Personalabbaus sieht einen Austritt der Mitarbeiter in mehreren Wellen vor und verlief bisher weitestgehend plankonform.

Im Bereich Facility Management konnten im Dezember 2019 Verträge über die Veräußerung von elf konzerneigenen Immobilien abgeschlossen werden. Das Closing der Transaktionen erfolgte im Februar 2020. Mit Abschluss dieser Transaktionen ist die Bank standorttechnisch mit je einem Gebäude an den Standorten Hamburg und Kiel, ausgerichtet auf die Zielgröße der Mitarbeiteranzahl, fokussiert aufgestellt.

Auch im Bereich Business Operations hat sich die Bank im Berichtsjahr strategisch neu aufgestellt. Neben fortlaufenden Prozessoptimierungen hat die Bank im Berichtsjahr mit einem strategischen Partner Outsourcing-Vereinbarungen über bestimmte Operations-Funktionen abgeschlossen. Ziel dieser

Maßnahmen ist die Erhöhung der operativen Effizienz bei einer gleichzeitigen Reduktion der Kostenbasis.

Das für die Erreichung der Kostenziele der Bank zentrale Projekt, die Business IT-Transformation (BIT), ist in der zweiten Jahreshälfte 2019 gestartet und wird mit Hochdruck vorangetrieben. Nachdem Mitte des Jahres die Verträge zum Outsourcing der IT-Anwendungsbetreuung an einen international ausgerichteten strategischen Partner unterzeichnet worden waren, war die zweite Jahreshälfte von den entsprechenden Transitionsaktivitäten geprägt, wobei erste Module gegen Ende 2019 bereits vollständig an den Dienstleister übergeben worden sind. Ferner stand das Berichtsjahr im Zeichen der geplanten umfassenden Erneuerung der IT-Landschaft und war darüber hinaus durch die erfolgreiche Umsetzung von Digitalisierungsinitiativen (beispielhaft: Digitalisierung des Know-Your-Customer-Prozesses sowie Implementierung von Robotics-Software und einer Digital Leadership Solution) gekennzeichnet. Für weitere Details hinsichtlich der Business IT-Transformation und deren Schwerpunkte für das Geschäftsjahr 2020 verweisen wir auf unsere Ausführungen im Abschnitt „Voraussichtliche Geschäftsentwicklung der Hamburg Commercial Bank“ im Kapitel „Prognosebericht mit Chancen und Risiken“.

Im Handlungsstrang **Organisational Vitality** hat die Bank Maßnahmen implementiert, um die Unternehmenskultur und Organisationsstruktur weiter zu optimieren. In diesem Zusammenhang hat die Bank auch strategische Neueinstellungen vorgenommen, wobei das neue Personal Kompetenzen mitbringt, mittels derer die Transformation weiter beschleunigt werden soll, um so letztlich die Wertschöpfung zu steigern. Die Organisationsstruktur wurde im Hinblick auf eine noch engere Ausrichtung am Geschäftsmodell gestärkt und es wurden Anpassungen an den Vergütungssystemen vorgenommen, um die Etablierung einer Leistungskultur weiter zu fördern.

Deutlich vorangekommen ist die Bank auch bei der Diversifizierung und Optimierung ihrer Fundingstruktur (**„Liability Optimization“**). In diesem Zusammenhang wurde im Berichtsjahr unter anderem die Refinanzierung über den Kapitalmarkt signifikant gestärkt. So konnte eine von Moody's mit „Baa2/stable“ geratete Senior Preferred Anleihe mit einem Nominalvolumen von 500 Mio. € und einer Laufzeit von drei Jahren erfolgreich am Kapitalmarkt platziert werden. Darüber hinaus wurde die Laufzeit der Einlagen signifikant erhöht, was spürbar zu der insgesamt längeren durchschnittlichen Laufzeit der Passiva beitrug.

Proaktive Anpassung der Strategie sowie der Mittelfristplanung infolge eines schwächeren Konjunkturausblicks

Vor dem Hintergrund

- eines sich dynamisch wandelnden allgemeinen wirtschaftlichen Umfelds mit Reflexwirkung auf das Bankenumfeld sowie einem insgesamt negativen Ausblick für den deutschen Bankensektor,

- einer Entwicklung des Zinsniveaus, das entgegen den bisherigen Planannahmen weiter gesunken ist, wobei mittelfristig nicht von einer Erholung ausgegangen werden kann,
 - der zunehmenden Gefahr eines wirtschaftlichen Abschwungs bzw. einer Stagnation (insbesondere in Deutschland) sowie
 - der übergeordneten Zielsetzung der Hamburg Commercial Bank AG, Anfang 2022 in die Einlagensicherungssysteme des BdB aufgenommen zu werden,
- hat die Bank im Dezember 2019 ungeachtet der im Berichtsjahr bereits erreichten Erfolge im Transformationsprozess eine proaktive Anpassung ihrer mittelfristigen Strategie sowie Unternehmensplanung vorgenommen.

Die Anpassung besteht im Wesentlichen darin, dass die Abhängigkeit von zyklischem Kreditgeschäft reduziert und damit die Risiken für zukünftige Kreditausfälle minimiert werden sollen. Gleichzeitig wird eine Stärkung der heute schon guten Kapitalposition der Bank angestrebt. Darüber hinaus wird die Hamburg Commercial Bank als Reaktion auf veränderte Marktbedingungen und Kundenbedürfnisse ihr Kapitalmarktgeschäft grundlegend umbauen, wobei der Fokus auf der Einstellung unrentabler Produkte sowie einer erheblichen Komplexitätsreduktion liegt. Mit diesen strategischen Anpassungen wappnet sich die Hamburg Commercial Bank vorausschauend und proaktiv für ein schwächeres ökonomisches Szenario und hält sich durch den Aufbau eines starken Kapitalpolsters mittelfristig alle strategischen Optionen offen, falls es in den Folgejahren zu einer Konsolidierung der deutschen Bankenlandschaft kommen sollte.

Verbunden mit der Anpassung sind geringere Zielvolumina im Kredit- und Kapitalmarktgeschäft, was zwangsläufig zu einer verringerten Ertragsbasis im Vergleich zu der bisherigen Planung führt. Demzufolge müssen auch die bisherigen Personal- und Sachkostenziele der Bank nach unten adjustiert werden. Aufgrund der verringerten Volumina werden weniger Kapazitäten im Front- und Backoffice benötigt. Die Mitarbeiteranzahl im Konzern soll auf dieser Basis auf rund 700 Mitarbeiter (VAK) im Zielbild für 2022 weiter reduziert werden. Anfang 2020 wurden mit den Sozialpartnern Verhandlungen über einen Interessenausgleich aufgenommen, die im ersten Quartal 2020 erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Die Sachkostenziele des Kostensenkungsprogramms 2019 sind durch einzelne betriebswirtschaftliche Maßnahmen hinterlegt.

Verbunden mit der Strategieanpassung ist auch eine Anpassung der strategischen Ziele (2022) für die Bilanzsumme sowie für die bedeutsamen Steuerungskennzahlen CET1-Quote und Cost-Income-Ratio. Für weitere Ausführungen hierzu sowie zu den wesentlichen geplanten Maßnahmen im Rahmen der Strategie-/Plananpassung wird auf das Kapitel „Prognose-, Chancen und Risikobericht“ im Abschnitt „Prognosebericht mit Chancen und Risiken“ verwiesen.

Einigung mit Hybridkapitalinvestoren

Gegen Ende des Berichtsjahres und zu Beginn des laufenden Geschäftsjahres hat die Hamburg Commercial Bank substanzielle Fortschritte bei der Restrukturierung und Optimierung ihrer Kapitalstruktur durch den Rückkauf von Hybridkapitalinstrumenten im Rahmen der sogenannten „Liability Management Exercise (LME)“ gemacht. Bei dem Hybridkapital handelt es sich sowohl um am Kapitalmarkt über Wertpapiere refinanzierte als auch um bilateral mit institutionellen Investoren kontrahierte Hybridkapitalinstrumente (Stille Beteiligungen). Gegen Ende des Geschäftsjahres 2018 hatte die Bank alle zu diesem Zeitpunkt ausstehenden Hybridkapitalinstrumente mit einem Gesamtnominal von ca. 2,3 Mrd. € gekündigt. Die vertraglichen Bestimmungen sehen als Folge der Kündigung vor, dass die Hybridkapitalinstrumente im Jahr 2021 zum HGB-Buchwert des Geschäftsjahres 2020 zurückgezahlt werden. Einzelne bzw. Gruppen von Investoren in Hybridkapitalinstrumente bzw. in diese refinanzierenden Wertpapiere haben Klagen gegen die Bank eingereicht und forderten bzw. fordern neben der Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung die Hochschreibung der Hybridkapitalinstrumente auf den Nennwert bzw. Schadensersatz für entgangene Zinszahlungen.

Im Dezember 2019 und Januar 2020 hat die Bank sich mit der weit überwiegenden Anzahl der Wertpapiergläubiger auf einen freiwilligen Rückkauf durch die Bank geeinigt: In diesem Zusammenhang hat die Bank zunächst im Dezember 2019 einen außergerichtlichen Vergleich (Private Settlement) mit einer großen Klägergruppe geschlossen. Im Rahmen dieser Vereinbarung wurden noch im Dezember 2019 Wertpapiere mit einem Nominalbetrag von ca. 1,15 Mrd. € von der Klägergruppe gegen Zahlung eines Vergleichspreises zuzüglich einer Kostenerstattung sowie einer Einigungsgebühr an die Hamburg Commercial Bank AG übertragen. In diesem

Kontext hat die Klägergruppe das anhängige Klageverfahren mit Wirkung für die betroffenen Kläger zurückgenommen und den Verzicht auf die Vornahme zukünftiger rechtlicher Schritte erklärt. Darüber hinaus hat die Hamburg Commercial Bank ebenfalls im Dezember 2019 ein öffentliches Kaufangebot (Public Tender Offer) veröffentlicht, das sich an die noch verbliebenen Wertpapiergläubiger gerichtet hat. Das Public Tender Offer wurde im Januar 2020 beendet. Als Folge hat die Bank weitere Wertpapiere mit einem Nominalbetrag von fast 0,39 Mrd. € zurückgekauft. Insgesamt wurden bis zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Abschlusses ca. 90 % der kapitalmarktnotierten Hybridinstrumente zurückgekauft.

Darüber hinaus ist es im Berichtsjahr sowie bis Mitte März 2020 auch zum Rückkauf wesentlicher Teile der bilateral abgeschlossenen Stillen Beteiligungen gekommen. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum mit einem Volumen von knapp 0,28 Mrd. € ca. 53 % der ausstehenden bilateral kontrahierten stillen Beteiligungen zurückgekauft.

In Summe sind bis Mitte März 2020 von dem ursprünglichen Nominalvolumen aller Hybridkapitalinstrumente in Höhe von ca. 2,3 Mrd. € ca. 1,8 Mrd. € erworben worden. Die Bank ist weiterhin in Verhandlungen mit Gläubigern bezüglich des Erwerbs weiterer Hybridkapitalinstrumente vor dem Rückzahlungstermin.

Als Folge der oben genannten Entwicklung ergeben sich eine deutliche Entlastung der Komplexität der Kapitalstruktur sowie reduzierte Rechtsrisiken in Bezug auf die Hybridkapitalinstrumente. Die oben genannten Maßnahmen bzw. Ereignisse haben zu wesentlichen Effekten in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung geführt. Diese werden im Kapitel „Wirtschaftsbericht“ näher erläutert.

Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Steuerungskennzahlen Konzern	Ist 2018	Prognose 2019	Ist 2019
Ergebnis vor Steuern (Mio. €)	97	Leicht positiv	77
RoE	2,2%	Zwischen 1% und 3 %	1,8%
CIR	27,2%	Deutlicher Anstieg, da begünstigende Sondereffekte im Umfang wie in 2018 nicht erneut anfallen werden	69,3%
NPE-Quote ¹⁾	2,0%	Rund 2%	1,8%
CET1-Kapitalquote	18,4%	Deutlich oberhalb der aufsichtsrechtlichen Anforderungen	18,5%
LCR	225%	Weiterhin komfortabel oberhalb der aufsichtsrechtlichen Anforderungen	165%

¹⁾ Zum 31.12.2019 sowie zum 31.12.2018 unter Berücksichtigung von wertaufhellenden Erkenntnissen nach dem Berichtsstichtag.

Konzernentwicklung insgesamt leicht über den Erwartungen

Zu der in Summe leicht über den Erwartungen liegenden Geschäftsentwicklung haben insbesondere folgende Aspekte beigetragen:

- Das positive **Ergebnis vor Steuern** in Höhe von 77 Mio. € (Vorjahr: 97 Mio. €) lag leicht über den Erwartungen. Dazu haben folgende Entwicklungen in den wesentlichen Positionen beigetragen: Der Gesamtertrag in Höhe von 463 Mio. € lag leicht unter dem Plan. Diese Entwicklung ist einerseits auf das deutlich negative Ergebnis aus Hybriden Finanzinstrumenten (-181 Mio. €) zurückzuführen, das von den erfolgten Rückkäufen geprägt war. Andererseits hat das negative Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten (-19 Mio. €) belastet, das durch temporäre Bewertungseffekte gekennzeichnet war. Diese Entwicklungen konnten im Gesamtertrag nicht vollständig durch das Ergebnis aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten (+82 Mio. €) kompensiert werden. Positive Entwicklungen in der Kreditrisikovorsorge (Nettoaflösung von 11 Mio. €) haben dazu geführt, dass der Gesamtertrag nach Risikovorsorge mit 474 Mio. € leicht über den Erwartungen lag. Während die Entwicklung des Verwaltungsaufwands (-413 Mio. €) in Summe planmäßig verlaufen ist, konnte das sehr positive Sonstige betriebliche Ergebnis (+133 Mio. €) die Belastungen aus Restrukturierung und Transformation (-66 Mio. €) überkompensieren. Ein Vergleich mit dem Ergebnis vor Steuern des Geschäftsjahres 2018 ist nur sehr eingeschränkt möglich, da die vorangegangene Berichtsperiode in erheblichem Maße durch Sondereffekte beeinflusst war. Ertragsseitig waren in 2018 der Zinsüberschuss und damit auch der Gesamtertrag signifikant durch Bewertungseffekte begünstigt, von denen der aus der Neubewertung des Hybridkapitals (994 Mio. €) herauszuheben ist. Aufwandsseitig hatten insbesondere hohe Zuführungen zur Kreditrisikovorsorge (-367 Mio. €), Restrukturierungs- und Privatisierungsauf-

wendungen (-366 Mio. €) sowie letztmalig Garantieforderungen (-158 Mio. €) das Vorjahresergebnis vor Steuern belastet.

- Auf Basis des Ergebnisses vor Steuern errechnet sich für den Konzern eine im Rahmen der Erwartungen liegende Eigenkapitalrendite (**RoE**) von 1,8 % (31. Dezember 2018: 2,2 %). Die Cost-Income-Ratio (**CIR**) beläuft sich zum Berichtsstichtag auf 69,3 % (31. Dezember 2018: 27,2 %) und liegt damit im Rahmen der Erwartungen. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr entspricht insofern den Erwartungen, als die Ratio zum 31. Dezember 2018 von signifikanten Sondereffekten aus der Neueinschätzung von Zins- und Tilgungs-Cashflows der Hybridinstrumente (994 Mio. €) positiv überzeichnet war. Mit Blick auf die auch im Geschäftsjahr 2019 angefallenen Sondereffekte und die frühe Phase im Transformationsprozess der Bank geben die für das Berichtsjahr ausgewiesenen Steuerungskennzahlen RoE und CIR aktuell noch keine verlässliche Auskunft über die nachhaltige operative Leistungsfähigkeit der Bank.
- Mit dem erfolgreichen Abschluss des Privatisierungsprozesses zum Ende des Jahres 2018 belief sich die **NPE-Quote** zum Berichtsstichtag des Vorjahres auf 2,0 %. Im Berichtsjahr konnte die NPE-Quote weiter als erwartet reduziert werden und beträgt zum Berichtsstichtag 1,8 %. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war der fortgesetzte konsequente Abbau von Risikopositionen im Einklang mit der strategischen Zielsetzung der Bank.
- Die **CET1-Quote** belief sich zum Berichtsstichtag auf 18,5 % (31. Dezember 2018: 18,4 %). Das harte Kernkapital hat sich durch rechnungszinsinduzierte Effekte im Rahmen der Bewertung der Pensionsverpflichtungen sowie gestiegene regulatorische Kapitalanforderungen verringert. Der leichte Anstieg der CET1-Quote im Vorjahresvergleich ist auf einen entsprechenden Rückgang der Risk-Weighted-Assets (RWA) zurückzuführen.
- Die Liquiditätskennzahl **LCR** ist mit 165 % (31. Dezember 2018: 225 %) im Vorjahresvergleich planmäßig gesunken und erfüllt die Prognose der Bank. Sie liegt auf diesem sehr guten Niveau weiter deutlich oberhalb der Mindestanforderungen der EZB.

Auf weitere Einzelheiten, die für den Geschäftsverlauf ursächlich waren, wird nachfolgend in den Kapiteln „Ertragslage“, „Vermögens- und Finanzlage“ und „Segmentergebnisse“ eingegangen.

Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mio. €)	2019	2018	Veränderung in %
Zinserträge aus AC- und FVOCI-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten	861	952 ¹⁾	-10
Zinserträge aus sonstigen Finanzinstrumenten	1.338	1.592	-16
Negative Zinsen aus AC- und FVOCI-kategorisierten Geldanlagen	-25	-21	19
Negative Zinsen aus sonstigen Geldanlagen und Derivaten	-181	-227	-20
Zinsaufwendungen	-1.671	-1.893	-12
Positive Zinsen aus Geldaufnahmen und Derivaten	180	224	-20
Ergebnis aus Hybriden Finanzinstrumenten	-181	994	>-100
Zinsüberschuss	321	1.621	-80
Provisionsüberschuss	61	35	74
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-2	-9	78
Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten	-19	-136	86
Ergebnis aus Finanzanlagen	20	73 ¹⁾	-73
Ergebnis aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten	82	2	>100
Gesamtertrag	463	1.586	-71
Risikovorsorge	11	-316	>-100
Sicherungswirkung aus Kreditderivat Zweitverlustgarantie	-	-51	100
Gesamtertrag nach Risikovorsorge	474	1.219	-61
Verwaltungsaufwand	-413	-402	3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	133	-107	>100
Aufwand für Regulatorik, Einlagensicherung und Bankenverbände	-51	-89	-43
Ergebnis vor Restrukturierung und Transformation	143	621	-77
Ergebnis aus Restrukturierung und Transformation	-66	-366	82
Aufwand für öffentliche Garantien	-	-158	-100
Ergebnis vor Steuern	77	97	-21
Ertragsteuern	-65	-20	>100
Konzernergebnis	12	77	-84
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	-	7	-100
Den Hamburg Commercial Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	12	70	-83

¹⁾ Die Vorjahreszahl wurde angepasst. Für weitere Erläuterungen hierzu wird auf Note 3 verwiesen.

Gesamtertrag erwartungsgemäß gesunken

Der Gesamtertrag ist im abgelaufenen Jahr erwartungsgemäß deutlich gesunken und beträgt 463 Mio. € (Vorjahr: 1.586 Mio. €). Wesentlich für diese Entwicklung ist das Ergebnis aus Hybriden Finanzinstrumenten, dass im Berichtsjahr den Gesamtertrag mit -181 Mio. € belastet hat, wohingegen in der Vorjahresperiode die Neubewertung der Hybridinstrumente mit 994 Mio. € signifikant positiv zum Gesamtertrag beigetragen hat.

In den einzelnen GuV-Positionen sind folgende Entwicklungen hervorzuheben:

Maßgeblich getragen wurde der Gesamtertrag vom **Zinsüberschuss** mit 321 Mio. € (Vorjahr: 1.621 Mio. €). Die Entwicklung des Zinsüberschusses war im Berichtsjahr einerseits gekennzeichnet durch eine planmäßig rückläufige Bilanzsumme. Dabei lag der operative Zinsüberschuss über den Erwartungen. Hier haben sich das höhere Ambitionsniveau von Neugeschäftsabschlüssen sowie die nach der Privatisierung erwartungsgemäß gesunkenen Fundingkosten positiv ausgewirkt. Deutlich belastet wurde der Zinsüberschuss durch das vom Rückkauf des Hybridkapitals getriebene negative Ergebnis aus Hybriden Finanzinstrumenten in Höhe von -181 Mio. €. Der Zinsüberschuss der Vergleichsperiode war in erheblichem Maße durch Sondereffekte gekennzeichnet, insbesondere durch die Neubewertung des Hybridkapitals zum 31. Dezember 2018 sowie aufgrund der Fair-Value-Bewertung der Portfolio-Transaktion im Rahmen der Privatisierung.

Der **Provisionsüberschuss** hat sich planmäßig entwickelt und belief sich zum Berichtsstichtag auf 61 Mio. € (Vorjahr: 35 Mio. €). Im Vorjahresvergleich hat sich der Wegfall von im Provisionsergebnis ausgewiesenen Prämienaufwendungen für eine Ende 2018 beendete synthetische Verbriefungstransaktion positiv ausgewirkt.

Das **Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten** hat den Gesamtertrag mit -19 Mio. € negativ beeinflusst (gleicher Vorjahreszeitraum: -136 Mio. €). Maßgeblich für das negative Ergebnis war insbesondere die Entwicklung des Zinsumfelds. Dadurch ergaben sich temporäre Bewertungseffekte im Zusammenhang mit Zinssicherungsderivaten, die nicht im Rahmen des Hedge Accounting berücksichtigt werden können. Im Vorjahr war das negative Ergebnis in dieser Position maßgeblich durch nachlaufende Bewertungseffekte aus der Portfolio-Transaktion im Rahmen der Privatisierung beeinflusst, wobei diesen negativen Bewertungseffekten Zinserträge in gleicher Höhe gegenüberstanden.

Sonstige Ertragspositionen

Im Berichtsjahr hat das positive **Ergebnis aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten** mit 82 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) bedeutend zum Gesamtertrag beigetragen. Es beinhaltete Vorfälligkeitsentschädigungen für vorzeitige Tilgungen. Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** betrug im Berichtsjahr 20 Mio. € (Vorjahr: 73 Mio. €). Im Vorjahr hatte

diese Position insbesondere von Realisierungsgewinnen aus Wertpapierverkäufen profitiert.

Risikovorsorge (GuV-Ergebnis) mit Nettoauflösung

Die Risikovorsorge (GuV) hat in der Berichtsperiode mit einer Nettoauflösung von 11 Mio. € (Vorjahr: -316 Mio. €) positiv zum Ergebnis beigetragen, was die weiter verbesserte gute Qualität sowie die hohe Risikoabdeckung des Kreditportfolios zum Ausdruck bringt. Vor dem Hintergrund weiter steigender makroökonomischer und geopolitischer Risiken gab es eine Erhöhung der Portfoliowertberichtigungen (-38 Mio. €). Durch Nettoauflösungen von Einzelwertberichtigungen (+47 Mio. €) konnten die Erhöhungen mehr als ausgeglichen werden. Differenziert haben sich die Einzelwertberichtigungen in den einzelnen Segmenten entwickelt. Im Segment Corporates & Structured Finance notwendige Nettozuführungen zu Einzelwertberichtigungen wurden durch Nettoauflösungen im Segment Shipping überkompensiert. Shipping profitierte dabei von strukturellen Verbesserungen der Portfolioqualität, unter anderem da die erwarteten Belastungen aus den ab 2020 geltenden Emissionsvorgaben geringer ausfielen.

Der Vorjahreszeitraum war hingegen stark geprägt durch Zuführungen sowohl zu Einzelwertberichtigungen im Segment Shipping als auch zu Portfoliowertberichtigungen aufgrund der erhöhten geopolitischen Risiken.

Verwaltungsaufwand insgesamt planmäßig entwickelt

Der Verwaltungsaufwand hat sich insgesamt planmäßig entwickelt und betrug zum Berichtsstichtag -413 Mio. € (Vorjahr: -402 Mio. €).

Die Umsetzung des Personalabbaus, insbesondere aus dem Restrukturierungsprogramm 2018, hat auf Jahresresultatbasis zu einer weiteren Reduktion der Mitarbeiterzahl um 234 auf 1.482 (gerechnet in VAK) geführt. Trotz dieses Rückgangs hat sich der Personalaufwand im Berichtsjahr auf -218 Mio. € (gleicher Vorjahreszeitraum: -198 Mio. €) erhöht. Maßgeblich für diese Entwicklung waren höhere Aufwendungen für zurückgestellte variable Vergütungen als im Vorjahr sowie die Neubesetzung von strategischen Positionen. Der Personalabbau wird erst in den kommenden Perioden sein volles Kostensenkungspotenzial in der GuV entfalten. Im Personalaufwand ist nicht reflektiert, dass der Vorstand vor dem Hintergrund der Entwicklung der Corona-Krise in 2020 beschlossen hat auf 30 % seiner variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2019 verzichten zu wollen.

Der Sachaufwand belief sich auf -185 Mio. € (Vorjahr: -186 Mio. €). Bei der Entwicklung im Vorjahresvergleich ist zu berücksichtigen, dass das stringente Kostenmanagement der Bank greift und zu spürbar rückläufigen Aufwendungen in zentralen Aufwandskategorien des Sachaufwands geführt hat, insbesondere im Bereich der externen Dienstleistungen und Projektarbeiten. Demgegenüber haben sich die IT-Aufwendungen im Berichtsjahr durch zukunftsgerichtete Investitionen in den Umbau der technologischen Infrastruktur zunächst

planmäßig erhöht. Im Vorjahresvergleich erhöht haben sich auch die Kosten für Rechtsberatung, was auf einmalige Kosten im Zusammenhang mit der Liability Management Exercise sowie Zuführungen zu Rückstellungen für Prozesskosten in einem von der Bank geführten Aktivprozess zurückzuführen ist.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte haben sich im Vorjahresvergleich vermindert und beliefen sich auf -10 Mio. € (Vorjahr: -18 Mio. €). Ausschlaggebend dafür war der Rückgang der in dieser Position ausgewiesenen außerplanmäßigen Abschreibungen auf -1 Mio. € (Vorjahr: -7 Mio. €).

Sonstiges betriebliches Ergebnis durch Auflösung von Rückstellungen für Prozessrisiken begünstigt

Das Sonstige betriebliche Ergebnis belief sich auf 133 Mio. € (Vorjahr: -107 Mio. €) und trug somit in wesentlichem Maße positiv zum Konzernergebnis vor Steuern bei. Getragen wurden das Sonstige betriebliche Ergebnis insbesondere durch Auflösungen von Rückstellungen für Prozessrisiken sowie darüber hinaus von der ertragswirksamen Erfassung eines Erstattungsanspruchs aus einem Rechtsstreit. Die Auflösungen von Rückstellungen für Prozessrisiken resultieren im Wesentlichen aus der im Berichtsjahr erfolgten Einigung mit der weit überwiegenden Anzahl der Hybridkapitalinvestoren bzw. betreffen die Teilauflösung einer Rückstellung für ein Prozessrisiko aus dem Kreditgeschäft. Im Vorjahr hatten insbesondere Zuführungen für Rückstellungen zu Prozessrisiken diese Ergebnisposition spürbar negativ beeinflusst. Weitere Details enthält die Note 16 im Konzernanhang.

Regulatorische Aufwendungen

Der Aufwand für Regulatorik, Einlagensicherung und Bankenverbände hat -51 Mio. € (Vorjahr: -89 Mio. €) betragen. Der Rückgang der Aufwendungen im Vorjahresvergleich ist darauf zurückzuführen, dass Ende 2018 Rückstellungen für erwartete Einmalzahlungen an den Bundesverband deutscher Banken aufgrund des zum 1. Januar 2022 geplanten Wechsels des Sicherungssystems gebildet wurden. Im Geschäftsjahr 2019 wurden diese Rückstellungen leicht erhöht.

Ergebnis aus Restrukturierung und Transformation

Weitere Ergebnisbelastungen, wenngleich auch signifikant geringer als im Vorjahr, ergeben sich aufgrund von Restrukturierungs- und Transformationsaufwendungen in Höhe von insgesamt -66 Mio. € (Vorjahr: -366 Mio. €).

In der Berichtsperiode hat das Restrukturierungsergebnis mit -24 Mio. € das Konzernergebnis nur vergleichsweise gering belastet, da die Aufwendungen aus den im Dezember 2019 beschlossenen Anpassungen des Transformationspro-

gramms weitestgehend durch die bereits bestehenden Restrukturierungsrückstellungen abgedeckt sind. Auf dieser Basis war im Geschäftsjahr 2019 insgesamt nur eine moderate Zuführung erforderlich.

Die im Berichtsjahr angefallenen Transformationsaufwendungen (-28 Mio. €) betreffen Sachaufwendungen, die unmittelbar in Zusammenhang mit der Transformation der Bank stehen. Im Berichtsjahr sind dies insbesondere Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Wechsel des Zahlungsverkehrsproviders, Maßnahmen im Rahmen der IT-Transformation sowie Beratungskosten.

Darüber hinaus enthält die Ergebnisposition nachlaufende Aufwendungen aus der Privatisierung für Maßnahmen, die überwiegend im Berichtsjahr abgeschlossen worden sind, in Höhe von -14 Mio. €. Im Vorjahr fielen Privatisierungsaufwendungen in Höhe von -66 Mio. € an.

Wegfall von Garantieprämien aufgrund der Beendigung der Zweitverlustgarantie

Die Garantie wurde im Rahmen der abgeschlossenen Privatisierung im vierten Quartal 2018 beendet. Entsprechend sind im Berichtszeitraum keine Garantieprämien mehr angefallen. Der Aufwand für die Garantieprämie einschließlich einer Ausgleichszahlung für die Beendigung der Garantie (-100 Mio. €) belief sich in der Vorperiode auf -158 Mio. € und hatte das Ergebnis der Bank maßgeblich belastet.

Konzernergebnis vor Steuern leicht über den Erwartungen

Die Hamburg Commercial Bank erzielte zum 31. Dezember 2019 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 77 Mio. € (Vorjahr: 97 Mio. €), das zusammenfassend leicht über den Erwartungen lag. Dabei konnten die LME-bezogenen Belastungen des Zinsüberschusses sowie ein negatives Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten durch Sondereffekte im Sonstigen betrieblichen Ergebnis, eine positive Entwicklung in der Kreditrisikoversorge sowie Erträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen kompensiert werden.

Nach Steuern beträgt das Konzernergebnis 12 Mio. € (Vorjahr: 77 Mio. €). Die Position Ertragsteuern beinhaltet einen Steuerertrag aus laufenden Steuern in Höhe von 43 Mio. € sowie einen Steueraufwand aus latenten Steuern in Höhe von -108 Mio. €. Der Ertrag aus laufenden Steuern betrifft weit überwiegend Vorjahre. Der latente Steueraufwand setzt sich aus einem Aufwand aus der Auflösung von latenten Steuern auf temporäre Differenzen (einschließlich aus Konsolidierung) in Höhe von -36 Mio. € sowie der Auflösung von latenten Steuern auf Verlustvorträge in Höhe von -72 Mio. € zusammen.

Vermögens- und Finanzlage

Wesentliche Bilanzpositionen

(Mio. €)	2019	2018	Veränderung in %
Aktiva			
Barreserve	4.850	5.362	-10
Forderungen an Kreditinstitute	2.521	3.167	-20
Forderungen an Kunden	30.708	32.791	-6
Risikovorsorge	-708	-831	-15
Handelsaktiva	2.663	3.094	-14
Finanzanlagen	6.100	10.100	-40
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	355	65	>100
Übrige Aktiva	1.223	1.373	-11
Summe Aktiva	47.712	55.121	-13
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.066	5.470	-7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.966	28.093	-15
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.845	9.458	-17
Handelspassiva	1.946	2.812	-31
Rückstellungen	1.699	1.746	-3
Nachrangkapital	1.349	1.614	-16
Eigenkapital	4.350	4.437	-2
Übrige Passiva	1.491	1.491	-
Summe Passiva	47.712	55.121	-13

Bilanzsumme planmäßig weiter gesunken

Die Konzernbilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr 2019 mit einem Rückgang um rund 13 % auf 47.712 Mio. € (31. Dezember 2018: 55.121 Mio. €) erneut deutlich reduziert. Dabei zeigt sich der Rückgang in allen wesentlichen Bilanzpositionen. Auf der Aktivseite spiegelt sich dieser insbesondere in den Positionen Finanzanlagen sowie Forderungen an Kunden wider, auf der Passivseite bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Im Einzelnen haben sich die folgenden Entwicklungen ergeben:

Die Barreserve verringerte sich im Vergleich zum Vorjahresresultimo auf 4.850 Mio. € (31. Dezember 2018: 5.362 Mio. €).

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich ebenfalls reduziert und beliefen sich auf 2.521 Mio. € (31. Dezember 2018: 3.167 Mio. €). Der Rückgang entfällt im Wesentlichen auf Anlagen mit einer Laufzeit von bis zu drei Monaten bzw. von mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr.

Zum 31. Dezember 2019 betrug der Buchwert der Forderungen an Kunden 30.708 Mio. €, was gegenüber dem 31. Dezember 2018 (Buchwert: 32.791 Mio. €) einem Rückgang von rund 6 % entspricht. Der Rückgang entfällt in etwa gleichen Teilen auf Forderungen gegenüber öffentlichen Haushalte sowie gegenüber gewerblichen Kunden.

Auch die bilanzielle Risikovorsorge hat sich zum 31. Dezember 2019 verringert und beträgt -708 Mio. € (31. Dezember 2018: -831 Mio. €). Bei insgesamt die Zuführungen leicht übersteigenden Auflösungen ist der Rückgang im Wesentlichen auf Verbräuche in der Berichtsperiode zurückzuführen.

Auch die Handelsaktiva reduzierten sich auf 2.663 Mio. € (31. Dezember 2018: 3.094 Mio. €). Während sich die zu Handelszwecken gehaltene Wertpapierposition nur leicht reduzierte, ist der Buchwertrückgang im Wesentlichen auf den im Vorjahresvergleich geringeren positiven Marktwert der Derivate (insbesondere zinsbezogene Geschäfte) zurückzuführen. In dieser Entwicklung kommt der planmäßige Abbau der Derivatebestände zum Ausdruck, der auch zur Komplexitätsreduktion des Geschäftsmodells beitragen soll.

Die Finanzanlagen haben sich durch den konsequenten Abbau von Beständen deutlich von 10.100 Mio. € auf 6.100 Mio. € reduziert, was einem Rückgang von rund 40 % entspricht. Dem Bestandsabbau liegen Maßnahmen zur aktiven Liquiditätssteuerung zugrunde, die auf einen konsequenten Abbau der im Privatisierungszeitraum aufgebauten Überschussliquidität ausgerichtet sind und dem strategischen Zielbild einer abnehmenden Bilanzsumme Rechnung tragen.

Der Anstieg der Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen auf 355 Mio. €

(31. Dezember 2018: 65 Mio. €) steht im Zusammenhang mit der Veräußerung von Krediten gegenüber öffentlich-rechtlichen Schuldner sowie der Gebäudekonsolidierung der Hamburg Commercial Bank. Die entsprechenden Transaktionen wurden kurz nach dem Berichtsstichtag vollzogen.

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten leicht auf 5.066 Mio. € reduziert (31. Dezember 2018: 5.470 Mio. €).

Der spürbare Rückgang des Bilanzvolumens auf der Aktivseite und damit der niedrigere Fundingbedarf hat sich auf der Passivseite insbesondere in einem deutlichen Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden auf 23.966 Mio. € (31. Dezember 2018: 28.093 Mio. €) ausgewirkt. Dabei wurden im Einklang mit der Fundingstrategie insbesondere die kurzfristigen Einlagen planmäßig reduziert.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten waren mit 7.845 Mio. € ebenfalls merklich geringer als zum Vorjahresresultimo (31. Dezember 2018: 9.458 Mio. €). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus einer Zunahme von zurückgekauften eigenen Emissionen, die in der Position Verbriefte Verbindlichkeiten in Abzug gebracht werden.

Die aus negativen Marktwerten von Derivaten bestehenden Handelsspassiva (1.946 Mio. €, 31. Dezember 2018: 2.812 Mio. €) sind korrespondierend mit den positiven Marktwerten der Handelsaktiva gesunken. Analog zu den Handelsaktiva hat sich auch hier die bewusste Reduzierung des Derivateportfolios ausgewirkt.

Die Rückstellungen haben sich leicht reduziert und betragen zum Bilanzstichtag 1.699 Mio. € (31. Dezember 2018: 1.746 Mio. € Mio. €). Der Rückgang entfällt auf Rückstellungen für Prozessrisiken sowie für Restrukturierungen. Gegenläufig wirkte eine Erhöhung der Pensionsverpflichtungen, die im Wesentlichen rechnungszinsbasiert ist.

Das Nachrangkapital beträgt zum 31. Dezember 2019 1.349 Mio. € (31. Dezember 2018: 1.614 Mio. €). Der Rückgang entfällt auf die Stillen Einlagen der Bank und steht im Zusammenhang mit der Restrukturierung und Optimierung der Kapitalstruktur (Liability Management Exercise).

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich trotz des leicht positiven Konzernergebnis nach Steuern reduziert und belief sich auf 4.350 Mio. € (31. Dezember 2018: 4.437 Mio. €). Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren rechnungszinsinduzierte Effekte im Rahmen der Neubewertung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen.

Geschäftsvolumen ebenfalls rückläufig

Das Geschäftsvolumen verringerte sich im Einklang mit der Reduktion der Bilanzsumme auf 55.635 Mio. € (31. Dezember 2018: 64.496 Mio. €). Das außerbilanzielle Geschäft war ebenfalls rückläufig: Die Bürgschaften und Garantien reduzierten sich auf 1.438 Mio. € (31. Dezember 2018: 1.748 Mio. €), die unwiderruflichen Kreditzusagen auf 6.485 Mio. € (31. Dezember 2018: 7.627 Mio. €).

Struktur der Verbindlichkeiten nach Finanzinstrumenten

(Mio. €)	2019		2018	
	Gesamt	davon > 1 Jahr	Gesamt	davon > 1 Jahr
Besichert: Pfandbriefe und Asset-based Funding	10.863	9.562	13.074	11.148
Pfandbriefe	6.481	5.215	8.021	6.772
sonstiges besichertes Funding	4.382	4.347	5.053	4.376
Unbesicherte Verbindlichkeiten (Senior Preferred)	21.609	6.011	23.212	2.873
Unbesicherte Verbindlichkeiten (Senior Non-Preferred)	4.317	3.723	6.555	4.441
Genussrechte und sonst. Nachräge	1.069	1.069	1.067	1.067
Hybridinstrumente	368	368	727	687
Gesamt	38.226	20.733	44.635	20.216

Die vorstehende Tabelle gliedert die Verbindlichkeiten der Hamburg Commercial Bank nach Finanzinstrumenten und trägt damit Anforderungen von Kapitalmarktteilnehmern Rechnung. Dabei werden die Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr separat gezeigt. Die Finanzinstrumente lassen sich auf die Bilanzpositionen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital überleiten. Dabei werden in der vorstehenden Tabelle die Buchwerte der Finanzinstrumente ohne Berücksichtigung von

Tilgung und anteiligen Zinsen den Laufzeitbändern zugeordnet.

Im Rahmen der langfristigen Refinanzierung bilden die besicherten Schuldtitel (Pfandbriefe, Asset-based Funding) einen Schwerpunkt. Hierunter fallen im Wesentlichen die im Rahmen der Pfandbriefprogramme (Hypotheken-, Öffentliche- und Schiffspfandbriefprogramm) begebenen Schuldtitel sowie weitere Asset-based-Funding-Emissionen, Repo-Geschäfte sowie Einlagen von Förderbanken. Das Volumen der gesamten ausstehenden besicherten Schuldtitel belief sich zum 31. Dezember 2019 auf 10.863 Mio. € (31. Dezember 2018:

13.074 Mio. €). Die unbesicherten Verbindlichkeiten, die sich in die Kategorien „Senior Preferred“ und „Senior Non-Preferred“ einstufen lassen, umfassen die im Wesentlichen aus Kundeneinlagen bestehenden Tages- und Termingelder sowie sonstige unbesicherte Finanzierungsinstrumente. Sie betragen zum Stichtag in Summe 25.926 Mio. € (31. Dezember 2018: 29.767 Mio. €). Die Tages- und Termingelder werden zusammen mit strukturierten unbesicherten Finanzinstrumenten in der Kategorie „Senior Preferred“ abgebildet und belaufen sich in Summe auf 21.609 Mio. € (31. Dezember 2018: 23.212 Mio. €). Die Kategorie „Senior Non-Preferred“ besteht im Wesentlichen aus Inhaber und Namensschuldverschreibungen, die keine strukturierten Elemente ausweisen, und beträgt zum 31. Dezember 2019 4.317 Mio. € (31. Dezember 2018: 6.555 Mio. €).

Die beiden Positionen Genussrechte und sonstige Nachträge (1.069 Mio. €, 31. Dezember 2018: 1.067 Mio. €) sowie die Hybridinstrumente (368 Mio. €, 31. Dezember 2018: 727 Mio. €) stellen in Summe das Nachrangkapital dar. Von den Hybridinstrumenten (Resparc I und Resparc II) werden 88 Mio. € (31. Dezember 2018: 180 Mio. €) in der Bilanzposition Verbriefte Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Kapital und Funding

RWA, anrechenbare Eigenmittel und Kapitalquoten

	31.12.2019	31.12.2018
Risikoaktiva (RWA) (Mrd. €)	21,0	22,1
Eigenmittel (Mrd. €)	4,9	5,2
davon: CET1-Kapital (Mrd. €)	3,9	4,1
Gesamtkapitalquote (%)	23,5	23,3
Kernkapitalquote (%)	18,5	18,4
CET1-Kapitalquote (%)	18,5	18,4

CET1-Quote auf gutem Niveau

Die CET1-Quote ist gegenüber dem 31. Dezember 2018 (18,4 %) leicht angestiegen auf 18,5 %. Ursächlich für diese Entwicklung ist der Rückgang der aggregierten RWA. Dieser ist getrieben durch reduzierte RWA für Marktrisiken aufgrund der deutlich reduzierten Bestände im Handelsbuch. Der positiven Entwicklung der RWA von Kreditrisiken stehen Belastungen aufgrund notwendiger Anpassungen der Modellparameter für Kreditrisiken gegenüber. Das harte Kernkapital reduzierte sich im Berichtszeitraum insbesondere aus der rechnungszinsinduzierten erfolgsneutralen Neubewertung der Nettoverbindlichkeiten aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen sowie aufgrund gestiegener regulatorischer Kapitalabzüge. Die CET1-Quote übersteigt weiterhin deutlich das intern festgelegte Limit sowie die aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus dem SREP-Prozess.

Die Kernkapitalquote und die Gesamtkapitalquote sind gegenüber dem 31. Dezember 2018 analog zur harten Kernkapitalquote gestiegen. Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben wurden im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten. Zur Darstellung der Einhaltung der bankaufsichtsrechtlichen Mindestvorgaben wird auf den Risikobericht verwiesen.

Die Leverage Ratio der Hamburg Commercial Bank belief sich zum 31. Dezember 2019 auf sehr solide 8,2 % (31. Dezember 2018: 7,3 %). Die Entwicklung ist durch den Abbau des Leverage Exposures im Berichtszeitraum auf 47,5 Mrd. € (31. Dezember 2018: 55,6 Mrd. €) getrieben. Die Leverage Ratio übersteigt weiterhin spürbar das interne Limit als auch den regulatorischen Richtwert von 3 % (verbindlich ab Ende Juni 2021).

Refinanzierung über Kapitalmarkt signifikant gestärkt

Mit der sehr erfolgreichen Platzierung einer Senior Preferred Emission über 500 Mio. € am Kapitalmarkt hat die Bank ihre Fundingbasis nachhaltig signifikant stärken können. Die Debit-Anleihe hat eine Laufzeit von drei Jahren und war bei starker Nachfrage von institutionellen Investoren aus dem In- und Ausland mehr als zweifach überzeichnet, so dass attraktive Preiskonditionen erreicht werden konnten.

Insgesamt hat die Bank im Geschäftsjahr 2019 rund 2,8 Mrd. € an langfristigen Mitteln aufgenommen.

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquiditätskennzahlen wurden in der Berichtsperiode spürbar übertroffen.

Wichtige Liquiditätskennzahlen

	31.12.2019	31.12.2018
Einlagenbestand (Mrd. €)	13,6	16,7
LCR (%)	165	225
NSFR (%)	114	121

Die LCR reduzierte sich erwartungsgemäß im Kontext der Transformation der Bilanz mit dem Abbau nicht mehr benötigter Liquiditätsbevorratung.

Rating

Ratingübersicht zum 31.12.2019

	Moody's	S&P
Emittentenrating (langfristig)	Baa2, stabil	BBB, stabil
Kurzfristige Verbindlichkeiten	P-2, stabil	A-2, stabil
Stand-alone Rating (Finanzkraft)	ba2, stabil	bbb-, stabil
„Preferred“ Senior Unsecured Debt	Baa2, stabil	-
„Non-Preferred“ Senior Unsecured Debt	Baa3, stabil	-
Öffentlicher Pfandbrief	Aa2, stabil	-
Hypothekendarlehen	Aa2, stabil	-

Die Hamburg Commercial Bank wird von Moody's und S&P gerated. Beide Ratingagenturen sehen die erfolgreiche Privatisierung und den Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens sowie die in dessen Rahmen umgesetzten strukturellen Maßnahmen, die zu einer signifikanten Verbesserung des Finanz- und Risikoprofils geführt haben, als entscheidenden Meilenstein auf dem Weg zu einem nachhaltig tragfähigen Geschäftsmodell. Mit Blick auf den intensiven Transformationsprozess sowie den vereinbarten nahtlosen Wechsel des Einlagensicherungssystems steht die Umsetzung der Maßnahmen insbesondere im Hinblick auf die Verbesserung der operativen Performance im Fokus der Agenturen. Gleichzeitig sehen die Agenturen die Beibehaltung einer komfortablen Kapital- und Liquiditätsposition sowie einer soliden Assetqualität weiterhin als zentrale Säulen des Ratings an.

Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Profitabilitätsdrucks sowie der Erwartung eines ungünstigeren wirtschaftlicheren Umfelds haben beide Agenturen im Herbst 2019 die Ratingausblicke für den deutschen Bankensektor von „stabil“ auf „negativ“ heruntergestuft. Die Ratings der Hamburg Commercial Bank hingegen wurden von beiden Agenturen in Erwartung eines auch weiterhin positiv verlaufenden Transformationsprozesses mit „stabil“ bestätigt.

Ergänzende Informationen zu Kapital- und Refinanzierungslage der Hamburg Commercial Bank enthält der Risikobericht.

Segmentergebnisse

Segmentüberblick

(Mio. €)		Corporates & Structured Finance ⁴⁾	Real Estate	Shipping	Diversified Lending & Markets ⁴⁾	Sonstige und Überleitung ⁵⁾	Konzern
Gesamtertrag	2019	199	266	116	96	-214	463
	2018	274	189	108	166	849	1.586
Risikovorsorge ¹⁾	2019	-63	-25	84	10	5	11
	2018	-54	-55	-205	16	-69	-367
Verwaltungsaufwand ²⁾	2019	-147	-117	-71	-66	-12	-413
	2018	-180	-91	-61	-59	-11	-402
Ergebnis vor Steuern ³⁾	2019	-36	161	124	33	-205	77
	2018	27	33	-182	113	106	97
Segmentaktiva (Mrd. €)	31.12. 2019	12,3	12,5	4,6	12,8	5,5	47,7
	31.12. 2018	13,6	12,4	4,5	17,2	7,4	55,1

¹⁾ Zusammenfassung der Positionen Risikovorsorge und Sicherungswirkung aus Kreditderivat Zweitverlustgarantie.

²⁾ Nach Änderung der Kostenverrechnung; Vorjahreswerte entsprechend angepasst.

³⁾ Ergebnis vor Steuern inklusive Ergebnis aus Restrukturierung und Transformation.

⁴⁾ Nach Änderungen der Bezeichnungen der Segmente Corporates & Structured Finance (vormals: Unternehmenskunden) und Diversified Lending & Markets (vormals: Treasury & Markets) sowie leichten Verschiebungen zwischen diesen beiden Segmenten; Vorjahreswerte entsprechend angepasst.

⁵⁾ Inkl. Abbaubank; Vorjahreswerte entsprechend angepasst.

Anpassungen in der Segmentberichterstattung

Nach dem Vollzug der Portfolio-Transaktion im November 2018 wurde in der Segmentberichterstattung zum 31. Dezember 2018 letztmalig eine Trennung zwischen der Kernbank (als Summe ihrer vier operativen Segmente) und der Abbaubank vorgenommen. Im Geschäftsjahr 2019 wurde im Einklang mit den Anforderungen von IFRS 8 (Management Approach) die Segmentstruktur dahingehend geändert, dass die Abbaubank aufgelöst wurde und die unverändert aufrechterhaltenen operativen vier Segmente folgerichtig nicht mehr unter der Begrifflichkeit „Kernbank“ firmieren. Die wenigen verbleibenden Geschäfte der ehemaligen Abbaubank werden fortan in der Segmentberichterstattung in der Spalte „Sonstige und Überleitung“ aufgeführt. Zudem wurden Veränderungen der internen Organisationsstruktur in der Segmentberichterstattung berücksichtigt. Daraus ergaben sich im wesentlichen Änderungen der Bezeichnungen der Segmente Corporates & Structured Finance (vormals: Unternehmenskunden) und Diversified Lending & Markets (vormals: Treasury & Markets) sowie leichte Verschiebungen zwischen diesen beiden Segmenten. Darüber hinaus wurde eine Anpassung der Kostenallokation vorgenommen, die tendenziell zu einer stärkeren Belastung der operativen Segmente führt. Die Overheadkosten der Bank werden nunmehr vollständig auf die Geschäftsbereiche verteilt. Mit dieser Änderung ist eine verbesserte

Transparenz hinsichtlich der Ertragslage des Konzerns auf Basis der Performance seiner operativen Segmente verbunden. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Geschäftsentwicklung der Segmente

Das Segment **Corporates & Structured Finance** ist gut diversifiziert und vereint zum Berichtsstichtag die Geschäftsfelder Corporate Banking & Advisory sowie Projektfinanzierung in den Bereichen Energie und Infrastruktur. Dabei werden die in diesem Segment gebündelten Kompetenzen in den Beratungsfeldern Structured Finance, Leveraged Buy-out sowie Mergers & Acquisitions für alle Kunden der Bank angeboten. Der Bereich ist ebenso Produktspezialist für Zahlungsverkehr und Trade Finance, Factoring und Leasing, vereint die Vertriebsaktivitäten in kapitalmarktnahen Produkten und verantwortet die bankweiten Syndizierungsaktivitäten inklusive des OtD-Ansatzes sowie die Betreuung institutioneller Kunden.

In dem Segment Corporates & Structured Finance belief sich das Ergebnis vor Steuern in 2019 auf -36 Mio. € (Vorjahr: 27 Mio. €). Ursächlich für diese Entwicklung sind im Wesentlichen negative Ergebniseffekte im Gesamtertrag und in der Risikovorsorge aus nicht strategischen Assets, die im Zuge der Neuausrichtung des Portfolios auf profitable Kundenbeziehungen bereinigt wurden. Zudem wirken negative Bewertungsergebnisse bei Kundenderivaten und die Risikovorsorge

belastend auf das Segmentergebnis. Die Entwicklung des Zinsüberschusses spiegelt sowohl die Geschäftsentwicklung in dem stark wettbewerbsintensiven Umfeld als auch einen bewusst rentabilitätsorientierten Geschäftsansatz wider, der in Verbindung mit einer zurückhaltenden Neugeschäftsentwicklung zu einem geplanten Rückgang des durchschnittlichen zinstragenden Forderungsvolumens führt.

Insgesamt hat das Brutto-Neugeschäft im Segment **Corporates & Structured Finance** 2,0 Mrd. € (Vorjahr: 2,8 Mrd. €) betragen. Während das wettbewerbsintensive Umfeld insbesondere das Geschäftsfeld **Corporate Banking & Advisory** weiterhin belastete, konnte das Geschäftsfeld **Project Finance** seinen Ertragsbeitrag weitestgehend behaupten.

Für das Segment **Real Estate** wurde im Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis vor Steuern von 161 Mio. € (Vorjahr: 33 Mio. €) ausgewiesen. Der solide Zins- und Provisionsüberschuss dokumentiert die gute Marktposition der Bank in diesem Segment. Daneben wirkten positive Effekte aus Vorfälligkeitsentschädigungen im Rahmen von vorzeitigen Rückzahlungen sowie aus der Teilauflösung einer Rückstellung für ein Prozessrisiko aus dem Kreditgeschäft. Das Brutto-Neugeschäft belief sich auf insgesamt 4,0 Mrd. € (Vorjahr: 4,6 Mrd. €) und wurde damit risikobewusst an die aktuellen Entwicklungen des deutschen Immobilienmarktes angepasst. Die positive Entwicklung im Geschäft mit internationalen institutionellen Investoren im deutschen Immobilienmarkt wurde fortgesetzt. Die hohe Marktdurchdringung in der norddeutschen Kernregion konnte weiter gefestigt werden. Der Bereich nutzt seine gute Marktpositionierung auch in den westdeutschen Metropolregionen. Darüber hinaus wurden ausgewählte Kunden auch bei internationalen Aktivitäten mit Fokus auf europäische Metropolregionen begleitet.

Im Segment **Shipping** betrug das Ergebnis vor Steuern 124 Mio. € (Vorjahr: -182 Mio. €). Das operative Ergebnis entwickelte sich positiv im Rahmen der Erwartungen. Die Risikovorsorge profitierte dabei von strukturellen Verbesserungen der Portfolioqualität, u. a. da die erwarteten Belastungen für die ab 2020 geltenden Emissionsvorgaben geringer ausfielen. Das mit nationalen und internationalen Reedereien guter Bonität abgeschlossene Brutto-Neugeschäft lag mit 1,3 Mrd. € über dem Vorjahresniveau (1,0 Mrd. €).

Das Segment **Diversified Lending & Markets** erzielte ein über den Erwartungen liegendes Ergebnis vor Steuern in Höhe von 33 Mio. € (Vorjahr: 113 Mio. €). Insbesondere die konsequente Optimierung der Fundingstruktur und die Steuerung der Liquiditäts- und Marktpreisrisiken führten zu einem positiven Ergebnisbeitrag der Treasury-Funktion. Sowohl die fortlaufende Konzentration auf profitables Kundengeschäft als auch die gute Spreadentwicklung der Positionen in den Investmentbüchern wirkten sich ebenfalls positiv auf die Ergebnisse der Markets Aktivitäten aus. Ursächlich für den Ergebnissrückgang gegenüber dem Vorjahr sind im Vorjahr enthaltene Effekte aus Wertpapierverkäufen. Das internationale

Corporates Geschäft sowie die Wahrnehmung von opportunistischen Geschäftschancen im europäischen Ausland unter dem neu gegründeten Bereich **Diversified Lending** befinden sich im Aufbau und haben noch nicht zum Segmentergebnis beigetragen.

Ergebnis „Sonstige und Überleitung“

Unter „Sonstige und Überleitung“ werden in „Sonstige“ als nicht berichtspflichtige Segmente Stabsfunktionen und Gesamtbankpositionen ausgewiesen. Unter „Überleitung“ sind Überleitungseffekte enthalten, die von den in der Segmentberichterstattung dargestellten Ergebnissen der internen Berichterstattung auf den Konzernabschluss nach IFRS überleiten. Neben den Bewertungs- und Ausweisunterschieden wird hier darüber hinaus das Ergebnis aus Restrukturierung und Transformation vollständig zugeordnet. Zudem werden die Kosten für transformationsbedingte Liquiditätsbevorratung und Fundingstruktur in „Sonstige und Überleitung“ ausgewiesen. Die Bank hatte ihr Liquiditätsmanagement aufgrund der im Privatisierungsprozess naturgemäß bestehenden Unsicherheiten auf eine überdurchschnittliche Liquiditätsbevorratung ausgerichtet. Diese wurde im Berichtszeitraum konsequent zurückgebaut.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich zum Berichtsstichtag auf -205 Mio. € (Vorjahr: 106 Mio. €). Zu diesem Ergebnis haben verschiedene Sondereffekte beigetragen.

Deutlich belastet wurde der Gesamtertrag durch das vom Rückkauf des Hybridkapitals getriebene negative Ergebnis aus Hybriden Finanzinstrumenten in Höhe von -181 Mio. €. Im Vorjahr wirkte sich die Bewertung der Hybridinstrumente mit 994 Mio. € positiv auf den Gesamtertrag aus.

Die vorstehend beschriebenen Kosten der Liquiditätsbevorratung und Fundingstruktur sowie die Belastungen aus Bewertungs- und Hedgeeffekten bei Gesamtbankpositionen haben sich deutlich verringert. Weiterhin sind im Ergebnis vor Steuern die Restrukturierungsaufwendungen mit -66 Mio. € (Vorjahr: -366 Mio. €) und das sonstige betriebliche Ergebnis mit 91 Mio. € (Vorjahr: -118 Mio. €) inklusive der Auflösung der Rückstellungen für Prozessrisiken im Rahmen des Rückkaufs des Hybridkapitals enthalten.

In dem Segmentvermögen unter „Sonstige und Überleitung“ wird im Wesentlichen die Liquiditätsreserve ausgewiesen. Das Segmentvermögen beläuft sich zum 31. Dezember 2019 auf 5,5 Mrd. € (31. Dezember 2018: 7,4 Mrd. €).

Abschließende Beurteilung der Lage der Hamburg Commercial Bank

Die Entwicklung des Hamburg Commercial Bank Konzerns war im Geschäftsjahr 2019 von der tiefgreifenden Transformation hin zu einer profitablen Privatbank geprägt. Dies umfasste zum einen ein striktes Kostenmanagement sowie Maßnahmen zur Bilanzoptimierung auf der Aktiv- und Passivseite, aber

auch eine risiko- und ertragsorientierte Schärfung des Geschäftsmodells sowie Prozessoptimierungen. Im Rahmen dieses umfassenden Transformationsprozesses wurden wesentliche Fortschritte erzielt, nicht zuletzt im Hinblick auf die Eintrittsbedingungen für den BdB. Insgesamt war die Lage zufriedenstellend. Die Bank hat ihre wesentlichen Ziele erreicht; beziehungsweise unter Berücksichtigung von Sondereffekten zum Teil auch übertroffen.

Operativ war die Entwicklung in einem teilweise stark wettbewerbsintensiven Umfeld in Summe erfreulich. Dazu haben die strikte Ertragsfokussierung, die zu steigenden Neugeschäftsmargen und verbesserter Rentabilität geführt hat, sowie ein von Immobilienkunden, Projektfinanzierungen und Shipping getragenes, bewusst selektives Neugeschäft beigetragen. Die Umsetzung des laufenden Kostensenkungsprogramms verlief ebenfalls zufriedenstellend, auch wenn der Verwaltungsaufwand leicht über dem Vorjahr lag (+3 %). Ausschlaggebend dafür waren im Personalaufwand höhere Rückstellungen für variable Vergütungen als im Vorjahr und strategische Neubesetzungen sowie im Sachaufwand Investitionen in die IT-Infrastruktur. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Einsparungen aus dem Personalabbau erst zeitversetzt wirken.

Daneben haben auch Sondereffekte, die im Zusammenhang mit der laufenden Optimierung der Passivseite sowie der tiefgreifenden Transformation stehen, die Entwicklung bedeutend geprägt. Den signifikanten Belastungen, welche sich insbesondere aus der Restrukturierung der Kapitalposition sowie aus Restrukturierungsaufwendungen ergeben, stehen Einmalerträge im Rahmen der Bilanzoptimierung gegenüber. Im Ergebnis kompensierten sich positive und negative Sondereffekte und die Ergebnisprognose auf Konzernebene wurde leicht übertroffen.

Weitere bedeutende Steuerungskennzahlen im Bereich Kapital und Liquidität übersteigen teilweise deutlich die regulatorischen Anforderungen und die internen Limite. Die CET1-Quote beträgt 18,5 % und erreicht damit auch im Wettbewerbsvergleich ein sehr gutes Niveau. Die Entwicklung der Risikokennzahlen steht erwartungsgemäß im Einklang mit der im Rahmen der Privatisierung fortlaufend optimierten Risikostruktur. Die NPE-Quote liegt im Rahmen des strategischen Zielbildes und verbesserte sich leicht auf 1,8 % (31. Dezember 2018: 2,0 %).

In Summe ist die Hamburg Commercial Bank auf ihrem Weg hin zu einem profitablen und in dem herausfordernden Bankenumfeld nachhaltig tragfähigen Geschäftsmodell deutlich vorangekommen, auch im Hinblick auf den angestrebten nahtlosen Übergang in die Einlagensicherung der privaten Banken zum 1. Januar 2022.

Einzelheiten zu den weiter bestehenden Herausforderungen sowie den Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung finden sich im „Prognose-, Chancen- und Risikobericht“.

Beschäftigte der Hamburg Commercial Bank

Die Personalstrategie unterstützt die Gesamtbankstrategie und gibt dabei den Handlungsrahmen für die operative Personalarbeit vor. Hohe Bedeutung hat dabei die Sicherstellung einer angemessenen quantitativen und qualitativen Personalausstattung und damit zusammenhängend die Steuerung und Vermeidung von Personalrisiken. Dies geht einher mit der Bindung, Gewinnung und Weiterentwicklung motivierter und leistungsbereiter Mitarbeit*innen, auch und insbesondere vor dem Hintergrund der Herausforderungen des laufenden Transformationsprozesses. Dabei müssen Personalstrategie sowie die daraus abgeleiteten Personalinstrumente stets das übergeordnete Ziel der Bank, 2022 Mitglied im Bundesverband deutscher Banken zu werden, berücksichtigen und zu der Zielerreichung beitragen.

Der Bereich Human Resources (HR) nimmt seine Governance-Funktion, insbesondere in der Personalkostensteuerung sowie in der Umsetzung, Einhaltung und Weiterentwicklung der rechtlichen und regulatorischen Grundsätze und Richtlinien zum Beispiel für die Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV), wahr. Basis für alle Themen der Personalarbeit bilden moderne und zuverlässige operative Prozesse.

Im Rahmen des Transformationsprogramms wurden die geplanten Maßnahmen, um den Verwaltungsaufwand dauerhaft zu senken, weiter erfolgreich umgesetzt. Die Zielgröße der für 2019 angestrebten Reduzierung des Personalbestands wurde mithilfe der mit dem Betriebsrat vereinbarten Regelungen sozialverträglich nahezu erreicht.

Tiefgreifende Veränderungen der Organisationsstruktur

Basierend auf dem vom Vorstand im Dezember 2018 verabschiedeten Transformationsprogramm lag im Jahr 2019 ein zentraler Fokus auf den Maßnahmen zur Optimierung der Organisations- und Kostenstruktur. Innerhalb des HR-Bereichs kommt zur Erreichung der Kostenziele der Bank dem Personalabbau sowie dessen plankonformer Umsetzung eine elementare Bedeutung zu. Bereits im ersten Quartal 2019 wurden die Verhandlungen zum Interessenausgleich und Sozialplan mit den Betriebsräten abgeschlossen. Im Laufe des Jahres 2019 erfolgte dann die sozialverträgliche Umsetzung des Personalabbaus, die weitestgehend planmäßig verlaufen ist. Zum 31. Dezember 2019 verringerte sich die Zahl der Mitarbeit*innen des Hamburg Commercial Bank Konzerns auf Basis von Vollzeitbeschäftigten auf 1.482 (31. Dezember 2018: 1.716).

Beschäftigte im Konzern

	31.12.2019	31.12.2018
Vollzeitbeschäftigte (VAK) im Konzern¹⁾	1.482	1.716
davon: Frauen	545	631
davon: Männer	937	1.085
davon: Mitarbeiter Inland	1.421	1.648
davon: Mitarbeiter Ausland	61	68
Gesamtzahl Beschäftigte im Konzern („Köpfe“)	1.705	2.021
Mitarbeiter-Kennzahlen		
Teilzeitbeschäftigungsquote (%)	24,8	26,7
Durchschnittsalter in Jahren ²⁾	46,8	46,0
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit in Jahren	15,5	14,8

¹⁾ Gesamtzahl der Beschäftigten ohne Auszubildende, Aushilfen und Praktikanten.

²⁾ Nur Hauptsitze, ohne Niederlassungen und Tochtergesellschaften.

Moderne Personalentwicklung im Fokus

Das Jahr 2019 stand im Zeichen der Transformation der Hamburg Commercial Bank. Der HR-Bereich hat dabei die Führungskräfte sowie die Mitarbeit*innen unterstützt und auf diesem neuen Weg begleitet. Die Schwerpunkte lagen in 2019 auf der Strategieaktivierung und der Digitalisierung.

Die bankweite Strategieaktivierung wird von den Abteilungen/Bereichen HR Strategy, Communications und Strategy & Transformation durch Veranstaltungen mit klarer Ergebnisorientierung, die den Austausch zwischen dem Vorstand und den Führungskräften fördern, unterstützt. Die Führungskräfte nehmen eine wichtige Rolle während der Transformation wahr. Sie haben in 2019 ihren Teams die Unternehmensstrategie nähergebracht und sind dabei mit den Teams in einen Austausch gegangen. Zudem wurde jeder Führungskraft für seinen Bereich ein Qualifizierungsbudget zur Verfügung gestellt; mit Unterstützung der Personalentwicklung ist so die zielgerichtete, individuelle Förderung von einzelnen Zielgruppen wie den Topleistungsträgern oder den Young Professionals noch besser möglich.

Durch das umfangreiche interne Seminarprogramm wurden die Beschäftigten für die Digitalisierung „fit gemacht“. Fachliche und gesundheitsorientierte Seminare runden das Spektrum des Seminarprogrammes ab.

Vergütung der Mitarbeiter*innen

Die konkrete Ausgestaltung der zur Anwendung kommenden Vergütungssysteme in der Hamburg Commercial Bank dient dazu, die Interessen von Vorstand, Mitarbeiter*innen sowie Anteilseignern zu harmonisieren und den Vorstand sowie die Beschäftigten zu motivieren, im Interesse der Hamburg Commercial Bank zu handeln und ihr persönliches Potenzial voll auszuschöpfen.

Das Vergütungssystem unterhalb der Vorstandsebene basiert auf dem Ansatz der Gesamtvergütung, wirkt einer signifikanten Abhängigkeit von der variablen Vergütung entgegen und vermeidet damit, dass die Mitarbeiter*innen übermäßig hohe Risiken zur Realisierung variabler Vergütungspotenziale eingehen.

In 2019 konnte das Vergütungssystem für die Beschäftigten mit den Mitbestimmungsgremien in großen Teilen neu verhandelt und diese Neuerungen konnten bereits umgesetzt werden. Details sind noch in Verhandlung, konnten jedoch bis zum Berichtsstichtag noch nicht final zum Abschluss gebracht werden. Änderungen haben sich im Wesentlichen bei der Allokation der variablen Erfolgsvergütung auf die Beschäftigten ergeben.

Die Höhe des Gesamtbudgets für die variable Erfolgsvergütung ergibt sich wie in den Vorjahren in Abhängigkeit von der Bankperformance, die auf Basis von Parametern, die den Erfolg der Bank widerspiegeln, berechnet wird. Über das Erreichen finanzieller Kennzahlen hinaus berücksichtigen die Parameter u. a. auch die Erfüllung strategischer Ziele, tragen dem Gedanken einer nachhaltigen geschäftlichen Entwicklung im Sinne der InstitutsVergV Rechnung und sind immer auf das Geschäftsmodell sowie die jährlich aktualisierte Gesamtbank- und Risikostrategie abgestimmt.

Die variable Erfolgsvergütung bestimmt sich für die Beschäftigten wie folgt: Für Risk Taker (zur Erläuterung des Begriffs siehe weiter unten) sowie für einen weiteren definierten Mitarbeiterkreis, der sogenannten Fokusgruppe, ergibt diese sich InstitutsVergV-konform in Abhängigkeit von der Bankperformance, dem Erfolg des Unternehmensbereichs sowie den individuellen Zielerreichungen. Für die übrigen bezugsberechtigten Beschäftigten ergibt sich die variable Vergütung in 2020 für das Bezugsjahr 2019 erstmalig ausschließlich auf der Basis der Bankperformance. Zur Gewährleistung angemessener Verhältnisse zwischen fixer und variabler Vergütung wurden gemäß der InstitutsVergV für alle Mitarbeiter*innen des Konzerns feste Obergrenzen für das Verhältnis der variablen Vergütung zur Fixvergütung definiert.

Den besonderen Anforderungen der InstitutsVergV folgend, hat die Hamburg Commercial Bank konzernweit eine Gruppe von Mitarbeiter*innen als sogenannte Risk Taker definiert, die aufgrund ihrer Funktion einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil der Bank haben. Teile von deren variabler Vergütung werden entsprechend der InstitutsVergV zeitverzögert ausgezahlt und sind u. a. gemäß den regulatorischen Anforderungen von der nachhaltigen Entwicklung der Bank abhängig.

Die individuellen und kollektivrechtlichen Vereinbarungen der Bank mit Mitarbeiter*innen und Arbeitnehmervertretungen wurden laufend an die seit 2010 geltende InstitutsVergV zur Regelung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten unter Beachtung des § 14 InstitutsVergV angepasst.

Details zur Vergütung der Mitarbeiter*innen sind, der Anforderung der InstitutsVergV entsprechend, in einem gesonderten Vergütungsbericht auf der Internetseite der Hamburg Commercial Bank veröffentlicht. Der Vergütungsbericht ist nicht Bestandteil des Lageberichts.

Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f und § 315d HGB

Chancengleichheit, Frauen in Führungspositionen und Diversitätskonzept

Die Themen Chancengleichheit sowie Frauenförderung geht der Vorstand der Hamburg Commercial Bank nach erfolgreicher Privatisierung mit Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten aktiv an. Im Zuge des im Mai 2015 in Kraft getretenen Gesetzes zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst sowie der dadurch erfolgten Einführung des § 76 Abs. 4 AktG hat die Bank folgende Quoten festgelegt:

- Für die Ebene der an den Vorstand direkt berichtenden Führungskräfte hatte sich die Hamburg Commercial Bank eine Frauenquote von 16 % zum Ziel gesetzt. Dieses Ziel wurde erreicht. Die Quote der weiblichen Abteilungsleitungen ist mit 24 % (vorgesehen: 15 %) ebenfalls erfüllt. Die Bemühungen, insbesondere weibliche Nachwuchskräfte zu fördern, versetzen die Bank perspektivisch in die Lage, freiwerdende Stellen auf der Ebene der direkt berichtenden Führungskräfte aus dem Kreis der Abteilungsleiterinnen zu besetzen.

Statistik Chancengleichheit zum 31.12.2019¹⁾

	Anzahl			Quote	
	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Direkt berichtende Führungskräfte	3	15	18	17%	83%
Abteilungsleitungen	13	42	55	24%	76%
Gesamt	16	57	73	22%	78%

¹⁾ Head Office ohne freigestellte Mitarbeiter/innen.

- Für den Vorstand der Hamburg Commercial Bank hat der Aufsichtsrat im Juli 2017 grundsätzlich das Ziel bestätigt, bei der nächsten Erstbestellung ein weibliches Vorstandsmitglied zu akquirieren, was damals einem Frauenanteil im Vorstand von 25 % (bei vier Vorstandsmitgliedern) und in der jetzigen numerischen Größe des Vorstands der Bank (sechs Vorstandsmitglieder) einer Quote von knapp 17 % entsprechen würde.

- Die Hamburg Commercial Bank ist im Zusammenhang mit den Anforderungen des ebenfalls im Jahr 2015 neu eingeführten § 111 Abs. 5 AktG gesetzlich dazu verpflichtet, auch auf der Ebene des Aufsichtsrats jeweils Zielgrößen für den Frauenanteil festzulegen. Der Aufsichtsrat hat im Juli 2017 das Ziel einer Frauenquote von 30 % im Aufsichtsrat bestätigt. Nach der Privatisierung und der damit einhergehenden Verkleinerung und Neubesetzung des Aufsichtsrats ist der Frauenanteil von vormals 35 % über 15 % per 31. Dezember 2018 auf 11 % per 31. Dezember 2019 gesunken.

Diese Ziele gehen konform mit der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat, die regelt, dass bei der Ermittlung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Besetzung einer Stelle im Vorstand die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des Vorstands berücksichtigt werden sollen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht mit Chancen und Risiken

Der nachfolgende Abschnitt sollte im Zusammenhang mit den anderen Kapiteln in diesem Lagebericht gelesen werden. Die in diesem Prognosebericht enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf Einschätzungen und Schlussfolgerungen aus den der Bank zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Lageberichts vorliegenden Informationen. Die Aussagen stützen sich auf eine Reihe von Annahmen, die sich auf zukünftige Ereignisse beziehen und die in die Unternehmensplanung der Hamburg Commercial Bank eingeflossen sind. Bezüglich des Eintritts der zukünftigen Ereignisse bestehen Ungewissheiten, Risiken und andere Faktoren, von denen eine Vielzahl außerhalb der Möglichkeit der Einflussnahme durch die Hamburg Commercial Bank stehen. Entsprechend können tatsächliche Ereignisse von den nachfolgend getätigten Zukunftsaussagen abweichen.

Voraussichtliche Rahmenbedingungen

Sofern nicht gesondert angegeben, basieren die Aussagen zu den Rahmenbedingungen auf internen Einschätzungen.

Gesamtwirtschaft und Finanzmärkte

CORONAVIRUS HOHES RISIKO FÜR ENTWICKLUNG DER WELTWIRTSCHAFT

Die Weltwirtschaft wird im laufenden Jahr 2020 voraussichtlich nur eine mäßige Dynamik entfalten. Für die meisten entwickelten Volkswirtschaften rechnet die Bank mit einem nochmals niedrigeren Wachstum als in 2019. Auch in China dürfte die Expansionsrate erneut zurückgehen. Wachstum ist hingegen von Schwellenländern zu erwarten. Dazu zählen beispielsweise die Staaten Lateinamerikas, die sich 2020 von der Stagnation des vergangenen Jahres erholen sollten. Für das Gesamtjahr ist mit einem globalen Wirtschaftswachstum von 3,4 % zu rechnen. Angesichts der globalen Ausbreitung des neuen Coronavirus und der Unterbrechung von globalen Lieferketten ist das Risiko sehr hoch, dass diese Prognose nicht zu halten ist. Insbesondere ist die Gefahr einer Rezession im ersten Halbjahr 2020 gegeben.

In den USA sollte sich das Wachstum auf 2,0 % verlangsamen, bedingt durch eine fortgesetzte Schwäche der Industrie und möglicher Verunsicherung durch Handelskonflikte und die gegen Ende des Jahres stattfindenden US-Präsidentenwahlen. Chinas Expansionsrate dürfte im Zuge des seit 2011 anhaltenden Trends fallender Wachstumsraten mit 5,8 % erstmals seit 1990 unter die Marke von 6 % fallen.

In der Eurozone dürfte die Schwäche der Industrie, die in Deutschland und Italien besonders ausgeprägt ist, zumindest in der ersten Jahreshälfte belasten. Auch bei den Ausfuhren ist nicht von einer besonderen Dynamik auszugehen. Unterstützung ist angesichts einer relativ niedrigen Arbeitslosenrate und steigenden Löhnen weiterhin vom privaten Konsum zu erwarten und leichte expansive Impulse sollten auch vom öffentlichen Sektor kommen. Unter dem Strich dürfte das Wirtschaftswachstum in der Eurozone 2020 bei 1,1 % liegen, in Deutschland bei 0,4 %.

EZB WIRD UNTER DER NEUEN FÜHRUNG KURS HALTEN, DIE FED DEN LEITZINS SENKEN

Die EZB dürfte unter der Führung von Christine Lagarde voraussichtlich den Leitzins bei 0 % und den Einlagenzins bei -0,5 % belassen sowie an den monatlichen Anleihekäufen von 20 Mrd. € pro Monat bis auf weiteres festhalten. Der Spielraum für weitere Lockerungsmaßnahmen erscheint beschränkt, sodass von dieser Seite keine weiteren Schritte zu erwarten sind, obwohl die Inflation in der Eurozone unter dem Inflationsziel bleiben wird. Die Fed hingegen dürfte im ersten Halbjahr im Zuge schwächerer Wirtschaftsdaten den Leitzins senken. Die Renditen der Staatsanleihen sollten im Jahresverlauf von den historisch niedrigen Niveaus aus leicht steigen, unterstützt von einem etwas freundlicheren weltwirtschaftlichen Umfeld.

Die voraussichtliche Zinssenkung der US-Notenbank dürfte dem Euro zu einer leichten Aufwertung auf 1,14 US-Dollar verhelfen.

In Bezug auf die Fiskalpolitik rechnen wir mit einer moderaten Ausgabensteigerung, die erst dann einer expansiven Gangart weichen sollte, falls Deutschland negative Wachstumsraten verzeichnen würde.

Aussichten für relevante Märkte

DEUTSCHE IMMOBILIENMÄRKTE

Die deutschen Immobilienmärkte büßen im Zuge der konjunkturellen Abschwächung nach gut einem Jahrzehnt des Aufschwungs in 2020 zusehends an Wachstumsdynamik ein. Denn die bislang noch robuste Binnenkonjunktur dürfte sich dem Einfluss der Rezession in der Industrie und den sich eintrübenden außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht entziehen können. Zudem haben die äußerst niedrigen Zinsen ihren Tiefpunkt bereits hinter sich gelassen. Dies sollte das Wachstum auf den Immobilienmärkten dämpfen. Somit dürfte die von der Deutschen Bundesbank seit Jahren auf den groß-

städtischen Immobilienmärkten beobachtete tendenzielle Bewertung jenseits fundamental gerechtfertigter Maßstäbe nicht mehr nennenswert zunehmen, sondern in Teilen auch wieder abnehmen.

Auf den **Wohnungsmärkten** der meisten Großstädte dürfte die Nachfrage wegen des spürbar nachlassenden Zugzugs deutlich langsamer wachsen als in den vergangenen Jahren. Sie reicht nicht mehr aus, um das dank des regen Zubaus zunehmende Angebot an Wohnungen abzudecken, sodass der über ein Jahrzehnt währende Abbau von Wohnungsleerständen ausläuft. Die Wohnungsleerstände bleiben gleichwohl noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Neben den schon hohen Wohnkosten für Mieter und der gesetzlichen Begrenzung von Mieterhöhungen bei der Wiedervermietung von Wohnungen dürften auch wachsende Fertigstellungen eine zunehmend dämpfende Wirkung entfalten. Die Wohnungsmieten sollten daher zwar langsamer, aber noch moderat zulegen. Im Hinblick auf das nach den sehr kräftigen Zuwächsen in den Vorjahren erreichte Preisniveau und bei zwar sehr niedrigen, aber nicht weiter sinkenden Zinsen, dürften die Wohnungspreise im Jahr 2020 nur noch moderat zulegen.

Auf den **Büroimmobilienmärkten** ist bei einer nachlassenden Dynamik bei der Einstellung von Beschäftigten mit einer deutlich abnehmenden und daher gerade noch durchschnittlichen Flächennachfrage zu rechnen. Die Zahl von Bürofertigstellungen wird 2020 hingegen erneut steigen. Die auf den Markt kommenden Flächen dürften die schwächere Nachfrage mehr als befriedigen, sodass die Leerstände leicht anziehen. Sie bleiben zwar sehr niedrig, sodass die Büromieten sowohl in zentralen Lagen wie auch in Randlagen weiter zulegen, aber deutlich moderater als in Vorjahren. Ebenso wie bei Wohnimmobilien dürften die Marktwerte von Büroobjekten nach den hohen Zuwächsen der Vorjahre auf Sicht nur noch moderat anziehen.

Bei **Handelsimmobilien** machen sich sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Effekte bemerkbar. So verliert der Einzelhandel durch eine nachlassende Einkommenszuversicht der Konsumenten und merklich zurückgehende Personaleinstellungen an Rückenwind vom Arbeitsmarkt. Das Wachstum der Einzelhandelsumsätze sinkt, nicht zuletzt in den Ladengeschäften zentraler Innenstadtlagen. Ausschlaggebend dafür bleibt der weiterhin überdurchschnittlich wachsende Online-Handel. Der Nahversorgungsbereich vor allem mit Lebensmitteln kann sich diesem Wettbewerb bislang noch weitestgehend entziehen. Die Mieten von Handelsimmobilien dürften daher bestenfalls stagnieren. Dabei bleiben vor allem die 1a-Innenstadtlagen weiterhin mehr unter Druck als die Stadtteilagen mit starken Nahversorgungsstandorten. Die Marktwerte von Handelsobjekten dürften angesichts des anhaltenden Strukturwandels und abhängig von der Lage sowie dem Betriebstyp bestenfalls stagnieren, teils aber auch zurückgehen.

INDUSTRIE, HANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN SOWIE INFRASTRUKTUR UND ERNEUERBARE ENERGIEN

Die Rahmenbedingungen für das deutsche Wachstum bleiben auch 2020 herausfordernd, u. a. durch geopolitische und außenwirtschaftliche Risiken (wie die Gefahr eines ungeordneten Brexits Ende 2020 bei einem Scheitern der Verhandlungen über die langfristigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien bzw. die mögliche erneute Eskalation des Handelskonfliktes zwischen den USA und China trotz der Einigung auf ein erstes Teilabkommen). Die Schwäche zeigt sich dabei in der Exportentwicklung und den Investitionen, die sich günstigenfalls erst ab der zweiten Hälfte des Jahres 2020 erholen dürften. Das Wachstum wird daher voraussichtlich vorerst anämisch bleiben. Für die Fortsetzung zumindest eines niedrigen Wachstumspfades spricht ein robuster privater Konsum aufgrund einer positiven Beschäftigungsentwicklung, weiter steigender Löhne und Gehälter sowie fiskalpolitischer Impulse, was die Nachfrage und damit den **Einzelhandel** stützen dürfte. Die Industriekonjunktur dürfte erst langsam wieder Tritt fassen, sodass auch für das **verarbeitende Gewerbe** und die Unternehmen des **Groß- und Außenhandels** keine unmittelbare kräftige Erholung zu erwarten ist. Insbesondere die **Logistikbranche** unterliegt dabei den Risiken einer länger andauernden Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des Welthandels. Die **Bauproduktion** dürfte in der Nähe der Kapazitätsgrenze liegen, daher sollte hier keine substantielle Expansion mehr zu erwarten sein.

Bei der **Transportinfrastruktur** liefern die wachsende Transportnachfrage im Zuge des wenn auch moderaten Wachstums der Weltwirtschaft einerseits sowie der hohe Instandhaltungsbedarf andererseits positive Impulse für Investitionen. Die Bedeutung institutioneller Investoren dürfte weiter anhalten.

Die Aussichten für den Ausbau der **erneuerbaren Energien** bleiben für das Jahr 2020 durchwachsen. Das deutsche (Onshore-) Windenergiesegment dürfte ohne politische Unterstützung auch 2020 von einer schwachen Performance beim Zubau geprägt sein. Im übrigen Europa dürften die Neuanlagen wieder zunehmen. Im Bereich Solarenergie sollte der absolute Zubau der Erzeugungskapazität in Deutschland – und auch in Europa insgesamt – vor dem Hintergrund der europäischen Klimaschutzziele und der Kostendegression in 2020 weiterhin expandieren. Dabei trüben allerdings einerseits Einschränkungen der staatlichen Förderungen die Aussichten, andererseits könnte der geplante „Green Deal“, der Klimaschutzplan der neuen EU-Kommission zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050, neue Wachstumsimpulse für erneuerbare Energien in Europa geben.

SCHIFFSMÄRKTE

Angesichts der Risiken für die Weltkonjunktur (Geopolitik, Handelskonflikte) und Auswirkungen der regulatorischen Vorgaben ist der Ausblick für die Schifffahrtsmärkte von Unsicherheit geprägt.

Der Markt für **Containerschiffe** dürfte sich 2020 auf erhöhtem Niveau stabilisieren. Die fundamentalen Faktoren sollten sich gegenüber dem Vorjahr moderat verbessern. Das Nachfragewachstum würde von der erwarteten leichten Erholung der Weltwirtschaft und nachlassenden Handelsbeschränkungen profitieren. Auf der Angebotsseite wird das Flottenwachstum abflauen, da das Orderbuch auf relativ niedrigem Niveau steht und die neuen Regulierungsvorgaben für zunehmende Verschrottungen ineffizienter Schiffe sorgen dürften. Allerdings wird der positive Effekt durch Scrubber-Nachrüstungen im Jahresverlauf nachlassen. Daher ist zu erwarten, dass sich die Charraten stabilisieren, während die Schiffswerte moderat steigen.

Für die **Massengutfrachter** dürfte sich das Nachfragewachstum im kommenden Jahr abschwächen. Dies liegt vor allem an den chinesischen Importen von Kohle und Eisenerz, die weiter an Dynamik verlieren sollten. Eine weitere bzw. erneute Eskalation oder längere Dauer der Handelsstreitigkeiten könnte gravierende Folgen haben. Auf der Angebotsseite bleiben die Wachstumsraten auf dem moderaten Niveau des Vorjahres. Im Ergebnis sollte die Auslastung der Flotte in 2020 insgesamt etwa auf dem gegenwärtigen Niveau verharren und die Entwicklung von Charraten und Schiffen eine Seitwärtsbewegung zeigen.

Der **Öltankermarkt** dürfte sich nach der jüngsten Rallye der Charraten tendenziell normalisieren, da die positiven Effekte aus den verschärften Emissionsvorgaben (Scrubber-Nachrüstungen reduzieren die verfügbare Flotte, zusätzliche Nachfrage für Transport und Lagerung des schwefelarmen Treibstoffs) langsam nachlassen. Die im Dezember 2019 beschlossene erneute Produktionskürzung der OPEC+ dämpft die Nachfrage. Weiter zunehmende Rohölexporte der USA können dies zum Teil kompensieren, sodass insgesamt ein solides Nachfragewachstum für Öltankertonnage erwartet wird. Risiken bergen die Geopolitik im Nahen Osten und die Handelskonflikte. Auf der Angebotsseite dürften die Verschrottungen aufgrund der Emissionsvorgaben wieder zunehmen. Mit rückläufigen Ablieferungen sollte das Flottenwachstum daher verhalten ausfallen.

Auch wenn die fundamentalen Einflüsse für die Schifffahrtsmärkte insgesamt moderat positiv erwartet werden, dürften die auslaufenden Sondereffekte spürbar belasten. Insbesondere falls geopolitische Spannungen und Handelskonflikte die Nachfrage beeinträchtigen, könnten größere unterjährige Schwankungen von Charraten und auch Schiffswerten die Folge sein.

BANKENUMFELD

Vor dem Hintergrund der anhaltenden geopolitischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten sowie einer möglicherweise hohen Volatilität an den Finanzmärkten dürfte das gesamtwirtschaftliche Bankenumfeld 2020 herausfordernd bleiben. Auch wenn sich die Wachstumsprognosen aktuell noch relativ

zufriedenstellend darstellen, ist das Downside-Potenzial aufgrund der komplexen Gemengelage (z. B. Handelskonflikte, Iran, Brexit) als weiterhin kritisch einzustufen.

Hinsichtlich der Geldpolitik zeichnet sich vor diesem Hintergrund eine deutlich länger als vor Jahresfrist erwartete Niedrigzinsphase ab – eine Trendwende ist nicht in Sicht. So dürfte die EZB an ihrer expansiven Geldpolitik zunächst festhalten, sodass der aus dem Niedrigzinsumfeld erwachsende Druck auf den Zinsüberschuss voraussichtlich sukzessive noch zunehmen wird. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass der Kreditzyklus deutlich ungünstiger wird und der Bedarf an Risikoversicherung tendenziell steigen wird. Auf mittlere Sicht dürfte dies insbesondere für Teilsegmente des deutschen Immobilienmarkts und weiterhin für den exportabhängigen industriellen Sektor zutreffen.

Im europäischen Vergleich zeigt sich der Anpassungsbedarf im deutschen Bankenmarkt hinsichtlich der Profitabilität am deutlichsten, da die deutschen Institute unterdurchschnittliche zinsunabhängige Erträge, aufgrund der hohen Wettbewerbsintensität niedrige Kreditmargen sowie gleichzeitig sehr hohe Cost-Income-Ratios und entsprechend niedrige unter den Kapitalkosten verharrende RoEs aufweisen. Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Profitabilitätschwäche bei gleichzeitigen Investitionserfordernissen für die Digitalisierung, die ein entscheidender Wettbewerbsfaktor sein wird, erhöht sich der Kostensenkungsdruck auf die deutschen Institute daher erheblich. Gleichzeitig findet eine Überprüfung der Geschäftsmodelle im Hinblick auf eine stärkere Fokussierung statt. Unabhängig davon dürfte der Konsolidierungsdruck im deutschen Bankenmarkt in den kommenden Jahren weiter steigen.

Die zunehmend umfassende Sicht auf die Kapital- und Liquiditätsausstattung der Banken wird noch stärker als bisher in den Fokus von Aufsicht und Marktteilnehmern rücken. Dies gilt insbesondere im Hinblick darauf, inwieweit die Banken auf die neuen Regulierungsstandards für Bail-in-fähige Verbindlichkeiten vorbereitet sind. Unter diese im Rahmen der Abwicklungsmechanismen relevanten Kapital- und Liquiditätsanforderungen fallen insbesondere die durch die nationalen Bankenaufsichten und Abwicklungsbehörden festgelegten institutsspezifischen Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirements on Eligible Liabilities, MREL). Hieraus dürfte sich bei den Banken noch stärker als bisher der Anreiz ergeben, die zunehmend granular zu betrachtende Passivseite im Spannungsfeld zwischen regulatorischen Anforderungen einerseits und Kostengesichtspunkten andererseits zu optimieren.

Darüber hinaus zeichnen sich bereits weitere fundamentale Anpassungen ab. Die unter Basel IV zusammengefassten Änderungen, die u. a. einer besseren Vergleichbarkeit von RWA-Profilen und der Reduktion von Komplexität bei der Risikoermittlung dienen sollen, zielen gleichzeitig auf die Harmonisierung der aufsichtsrechtlichen Praxis in der EU ab und sollen die Transparenz gegenüber den Märkten erhöhen. Im

Zentrum stehen dabei die internen Modelle der Banken zur Risikoermittlung. Die EZB verfolgt hier erkennbar das Ziel, die unterschiedliche Risikogewichtung ähnlicher Geschäftsvorfälle in Europa zu harmonisieren. Ein weiterer Aspekt, den sowohl die Bankenaufsicht als auch die Marktteilnehmer zunehmend im Blick haben, bildet das Thema ESG (Environmental, Social and Governance). Auch hier geht es letztlich darum, die Banken zukunftsfähig aufzustellen.

Die Schwerpunkte des SREP-Prozesses in 2020 werden auf den Prioritätsbereichen Weiterführung der Bilanzsanierung sowie Stärkung der künftigen Widerstandsfähigkeit der Institute liegen. Im Rahmen der Bilanzsanierung liegt der Fokus neben den internen Modellen auf Folgemaßnahmen zum Thema NPL-Leitfaden sowie dem Umgang mit Handelsrisiken und der Bewertung von Vermögenswerten. Im Kontext der Stärkung der künftigen Widerstandsfähigkeit stehen Themen

wie die Qualität der Kreditvergaberichtlinien und der Engagements, Kapital- und Liquiditätssteuerung sowie weiterhin IT- und Cyberrisiken und Governance.

Voraussichtliche Geschäftsentwicklung der Hamburg Commercial Bank

Finanzielle Steuerungskennzahlen

	Ist 2019	Prognose 2020	Strategische Zielsetzung 2022
RoE (%)	1,8	Es wird eine Quote zwischen 2 % und 4 % erwartet	> 8
CIR (%)	69,3	Auf Basis einer sinkenden Kostenbasis und einem planmäßig steigenden Gesamtertrag, der in 2019 maßgeblich durch Sondereffekte negativ beeinflusst war, wird ein merklicher Rückgang der CIR erwartet	Im mittleren Bereich zwischen 40 und 50
CET1-Quote (%)	18,5	Es wird eine Quote oberhalb der Quote zum 31. Dezember 2019 erwartet	~ 20
LCR (%)	165	Die Quote wird weiterhin komfortabel oberhalb der aufsichtsrechtlichen Anforderungen erwartet	> 140
NPE-Quote (%)	1,8	Es wird eine Quote von unter 2 % erwartet	< 2

Nicht-finanzielle Steuerungskennzahlen

	Ist 2019	Prognose 2020	Strategische Zielsetzung 2022
Rating	Baa2/BBB	Stabil auf bereits erreichtem Niveau	Baa1/BBB+

Wesentliche Grundlagen der Prognose

Bei ihrer Unternehmensplanung geht die Bank grundsätzlich davon aus, dass:

- die aktuelle Zins- und Geldpolitik der EZB fortgeführt wird und es damit mittelfristig zu keiner Normalisierung des Zinsumfelds in Europa kommt,
- sich mit einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit das sehr schwache Wirtschaftswachstum in Deutschland und der Eurozone in 2020 fortsetzen wird, wobei die Gefahr eines Downside-Szenarios deutlich zunimmt, womit für das Jahr 2020 eine Rezession für Deutschland und die Eurozone nicht ausgeschlossen werden kann,
- die Entwicklung des Zinsüberschusses als wesentlichem Treiber des Gesamtertrags einerseits von einer planmäßig abnehmenden Bilanzsumme und verringerten Neugeschäftsvolumina geprägt sein wird, andererseits von strukturell verbesserten Margen, was insbesondere auf weiter sinkende Fundingkosten sowie höhere Ambitionsniveaus zurückzuführen sein wird,
- sich die gute Assetqualität der Bank verbunden mit einer aktiven Strategie zur Risikoreduktion (De-Risking-Strategie) nachhaltig in einer für das Geschäftsmodell der Bank angemessenen moderaten Höhe der Kreditrisikovorsorge widerspiegeln wird, wobei für das Jahr 2020 im Vergleich zu den Folgejahren noch eine erhöhte Risikovorsorge erforderlich sein könnte,
- sich im Planungszeitraum eine kontinuierliche spürbare Reduzierung des Verwaltungsaufwands ergibt, da die Kostensenkungsmaßnahmen aus dem Transformationsprogramm 2018 sowie aus dem Kostensenkungsprogramm 2019 im vorgesehenen Umfang und Zeitrahmen umgesetzt werden können,
- sich auf Basis der zum 31. Dezember 2019 bestehenden Restrukturierungsrückstellungen im Planungszeitraum aus

Restrukturierungsmaßnahmen nur moderate Belastungen für die Ertragslage ergeben werden und

- der zum 1. Januar 2022 vereinbarte nahtlose Übergang in das Einlagensicherungssystem der privaten Banken wie vorgesehen erfolgt und die Bank Ende des Jahres 2021 die statuarischen Voraussetzungen für eine Mitwirkung am ESF entsprechend erfüllt.

Nach den im Berichtsjahr erzielten wichtigen Fortschritten im Transformationsprogramm (vgl. dazu das Kapitel „Geschäftsverlauf – wesentliche Entwicklungen und Ereignisse im Berichtsjahr 2019“) wird die Hamburg Commercial Bank auch im Geschäftsjahr 2020 konsequent die Umsetzung der einzelnen Maßnahmenpakete in allen Handlungsfeldern des Transformationsprogramms vorantreiben. 2020 wird nach Einschätzung der Unternehmensführung ein entscheidendes Transformationsjahr, für das sich die Bank insbesondere aufgrund der guten Kapital- und Risikoposition gut aufgestellt sieht.

Im Jahr 2020 kommt es darauf an, die Bank proaktiv so zu positionieren, dass sie auch unter den sich verändernden Bedingungen, insbesondere einer sich abschwächenden Weltwirtschaft, erfolgreich ist. Gleichzeitig soll die Position der Bank von innen heraus weiter gestärkt werden, mit dem Ziel der Sicherstellung der Aufnahme in den BdB. Mittelfristig soll die Bank so aufgestellt sein, dass ihr strategischer Optionsraum möglichst hoch ist, wenn es wieder zu einer positiven Veränderung des Konjunkturzyklus und des Marktumfeldes für Banken kommt.

Um dieses sicherzustellen, hat die Bank im Dezember 2019 ihre Strategie, insbesondere für das Kundengeschäft, angepasst bzw. fokussiert. Die konkreten Kernelemente der Strategieanpassung, die zwangsläufig auch mit einer Anpassung der Mittelfristplanung der Bank verbunden ist, sind (i) die deutliche Verringerung der Neugeschäftsziele, insbesondere in ausgewählten, besonders konjunkturabhängigen Bereichen der gewerblichen Immobilienfinanzierung, sowie (ii) die selektive Ausplatzierung von Kreditportfolien, um Risiken im Kreditbuch abzubauen, bevor diese sich infolge adverser Marktbedingungen möglicherweise materialisieren. Flankiert wird diese De-Risking-Strategie von einer bereits im Berichtsjahr vollzogenen selektiven Verschärfung der Kreditstandards. Beide Maßnahmen führen bereits in 2020 planmäßig zu einer deutlichen Reduktion der Bilanzsumme sowie einer spürbaren RWA-Entlastung. Des Weiteren sieht die angepasste Strategie einen massiven Umbau der Kapitalmarktaktivitäten vor, der mit einer erheblichen Komplexitätsreduktion verbunden sein wird. Dabei soll schwerpunktmäßig das wenig profitable kundenorientierte Geschäft (Derivate, Bonds Trading) eingestellt und kostengünstigere plattformbasierte Lösungen (End-to-End-Business) implementiert und ausgebaut werden.

Unberührt von dieser Strategieanpassung bleibt dabei das grundsätzliche strategische Ziel der Bank, ihr Kundengeschäft (über ökonomische Zyklen hinweg und entlang der Kernkompetenzen als Spezialfinanzierer) ständig weiterzuentwickeln.

Damit verbunden ist der Abschluss von rentablen Geschäften in den Kerngeschäftsfeldern und –märkten der Bank, die Implementierung von effizienten Prozessen mit und für den Kunden sowie der Abbau unprofitabler, hochkomplexer Produkte ohne Skalierbarkeit.

In der Konsequenz wird der Fokus der Bank im Kundengeschäft auch im zweiten Transformationsjahr noch stärker auf der Erzielung von risikoangepassten Erträgen und nicht auf dem Volumenwachstum liegen. Strategisches Ziel ist es dabei, die Ertragsqualität durch eine Diversifizierung der Ertragsquellen sowie eine Steigerung der Rentabilität zu erhöhen, wobei Konzentrationsrisiken durch Vermeidung bzw. Abbau gesteuert werden sollen. Zur Umsetzung der Diversifikationsstrategie soll das im Aufbau befindliche Geschäftsfeld Diversified Lending, die Entwicklung eines diversifizierten strategischen Anlageportfolios sowie eine Ausdehnung des OtD-Geschäfts (insbesondere im Bereich der Projektfinanzierung) beitragen.

Ein zusätzlicher Schwerpunkt liegt auf der kontinuierlichen Optimierung der Fundingsstruktur und der Liquiditätsposition. In diesem Zusammenhang liegt der Fokus auf der angestrebten weiteren Reduzierung der Fundingkosten und auf der Diversifizierung der Fundingstruktur, d. h. der Verbreiterung der Investorenbasis bzw. der Ausweitung der Instrumentenklassen. Zudem soll die Laufzeit der Einlagen und ihre Granularität weiter erhöht werden. Die Liquiditätsposition soll unter Berücksichtigung der abnehmenden Bilanzsumme und des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes weiter optimiert werden.

Operativ und kostenseitig wird in 2020 ein starker Fokus der Unternehmensführung und –steuerung auf der Umsetzung der Business IT-Transformation sowie des Personalabbaus liegen.

Die erfolgreiche Umsetzung der im Berichtsjahr gestarteten Business IT-Transformation ist aufgrund der mit ihr verbundenen wesentlichen Kostenvorteile substantiell für das Erreichen der Kostenziele der Bank. Demzufolge wird das Projekt BIT weiterhin intensiv und konsequent vorangetrieben, wobei für das Geschäftsjahr 2020 folgende Schwerpunkte geplant sind: Abschluss der Auslagerung der IT-Anwendungsbetreuung (Beendigung der Transitionsphase), die Erreichung der nächsten Meilensteine beim Aufbau der effizienten IT-Plattform (SAP S/4 Hana) sowie die Erneuerung der Arbeitsplatzinfrastruktur („modern workplace“). Nach gegenwärtigem Projektstand ist vorgesehen, dass die ersten SAP-Anwendungen, wie Client-Management-Systeme, bereits im Geschäftsjahr 2020 ihren Go-Live haben, während die Inbetriebnahme der Kernbanksysteme planmäßig in 2021 erfolgen soll. Der Start der Implementierung der neuen auf Mobilität und Cloudnutzung ausgerichteten Arbeitsplatzinfrastruktur ist für Ende 2020 vorgesehen.

Das Geschäftsjahr 2020 wird ebenfalls von der operativen Umsetzung des mit dem Restrukturierungsprogramm von Dezember 2018 beschlossenen Personalabbaus, die im Berichtsjahr weitestgehend planmäßig verlaufen ist, geprägt sein. Die

mit dem Kostensenkungsprogramm aus Dezember 2019 beschlossenen weiteren personellen Maßnahmen, die auf eine Zielgröße von rund 700 VAK im Zielbild für 2022 ausgerichtet sind, wurden unmittelbar nach ihrer Verabschiedung kommuniziert und den Sozialpartnern umfassend dargelegt. Die Bank strebt an, die mit der Strategieanpassung zwangsläufig verbundenen Änderungen für die Organisationsstruktur kooperativ mit den Sozialpartnern anzugehen. Auf dieser Basis konnten bereits im ersten Quartal 2020 die Verhandlungen mit dem Betriebsrat über einen Interessenausgleich erfolgreich abgeschlossen werden. Als Ergebnis dieser Einigung werden auch die neuen personalwirtschaftlichen Maßnahmen sozialverträglich auf Basis eines Freiwilligenverfahrens unter dem seit März 2019 bestehenden Sozialplan umgesetzt. Der Abschluss der ersten Trennungsvereinbarungen ist für das zweite Quartal 2020 vorgesehen.

Auf die Bank wirken weiterhin steigende regulatorische Anforderungen. Einen besonderen Fokus legt die Aufsicht hierbei auf Datenbasis, Kalibrierung und Prognosegüte interner Ratingverfahren. Die Bank unterzieht ihre Ratingmullandschaft einer grundlegenden Überprüfung und mit Blick auf die steigenden aufsichtlichen Anforderungen einer umfassenden Weiterentwicklung. Des Weiteren liegt ein Fokus in 2020 auf der Stärkung der Anforderungen des Modells der drei Verteidigungslinien (Three Lines-of-Defence – 3 LoD).

Mit Blick auf die identifizierten operativen Maßnahmen sowie unter Berücksichtigung der vorstehend genannten grundsätzlichen Aspekte geht die Bank davon aus, im Jahr 2020 ein positives **Ergebnis vor Steuern**, das leicht über dem Niveau des Berichtsjahres liegt, und auf dieser Basis einen moderaten positiven **RoE** im Konzern erwirtschaften zu können. Die **Cost-Income-Ratio (CIR)** wird in 2020 planmäßig sinken. Diese Ratio war zum Berichtsstichtag durch negative Effekte im Gesamtertrag (insbesondere durch die bilanziellen Effekte aus dem Rückkauf des Hybridkapitals) deutlich beeinträchtigt. Für das Geschäftsjahr 2020 wird demzufolge einerseits ein steigender Gesamtertrag erwartet, andererseits geht die Prognose von einem weiteren Rückgang des Verwaltungsaufwands aus, insbesondere da im Geschäftsjahr 2020 die Einsparpotenziale aus den bereits realisierten Maßnahmen aus den im Dezember 2018 verabschiedeten Restrukturierungsprogramm erstmals über ein volles Geschäftsjahr wirksam werden. Die Einsparpotenziale aus dem Kostensenkungsprogramm 2019, sowohl die personalwirtschaftlichen als auch die sachkostenbezogenen, werden sich erst sukzessive im Rahmen der Transformationsphase bis einschließlich des Geschäftsjahres 2022 realisieren lassen. Somit wird die strategische Zielsetzung einer CIR im mittleren Bereich von 40 % und 50 % planmäßig auch erst im Jahr 2022 erreicht. Hinsichtlich der **CET1-Quote** nimmt die Bank an, dass sich diese vom guten Niveau zum Jahresresultimo des Berichtsjahres in 2020 weiter erhöhen wird. Der maßgebliche Treiber für die prognostizierte Entwicklung ist eine planmäßig deutliche Verringerung der RWA als Folge der Maßnahmen zur Risikoentlastung der Bilanzstruktur. Für

die **LCR** geht die Bank davon aus, dass diese auch im Jahr 2020 komfortabel über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen liegen wird. Für die **NPE-Quote** wird auf Basis der De-Risking-Strategie und vor dem Hintergrund der guten Assetqualität der Bank auch bei einem sich abschwächenden makroökonomischen Umfeld angenommen, dass die Ratio im Einklang mit der strategischen Zielsetzung im Planungszeitraum unter 2 % beträgt. Grundsätzlich erwartet die Bank, dass sich die erreichten Fortschritte der Transformation sowie die gegen Ende des Berichtsjahres beschlossenen Maßnahmen zur Risikoreduktion und Kapitalstärkung positiv auf die Einschätzung der **Ratingagenturen** auswirken werden, so dass sich die nach dem Closing verbesserte Ratingpositionierung der Hamburg Commercial Bank trotz des negativen Ausblicks für den deutschen Bankensektor insgesamt weiter festigt.

Auf wesentliche Chancen und Risiken der Prognosen geht die Bank nachfolgend ein. Chancen sind dabei definiert als mögliche künftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer für die Bank positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können. Risiken sind demgegenüber im Rahmen des Prognoseberichts definiert als mögliche künftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können. Anschließend werden im Kapitel „Risikobericht“ die bankspezifischen Risikoarten separat erläutert.

Allgemeine Chancen und Risiken

A) VOLKSWIRTSCHAFTLICHE FAKTOREN

Es gibt zahlreiche Risiken, die gegebenenfalls die globale Konjunktur belasten könnten. Dazu zählt eine erneute Eskalation des Handelskrieges, die in Deutschland besonders spürbar wäre, wenn in den USA höhere Zölle auf deutsche Autos eingeführt werden sollten. Das gegen Ende des Jahres aufgetretene Coronavirus stellt aufgrund der Bedeutung Chinas für den Welthandel einen zentralen Risikofaktor für die globale Konjunktur dar, wobei in Deutschland insbesondere der industrielle Sektor betroffen sein wird. Dieses Risiko muss umso höher eingeschätzt werden, da sich das Virus mittlerweile auch in Europa, mithin auch in Deutschland, ausbreitet und damit direkt die Industrie und den Dienstleistungssektor betrifft. Weiter ergibt sich aus den Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien das Risiko, dass bis zur Frist von Ende 2020 kein Freihandelsabkommen geschlossen wird und die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Wirtschaftsräumen erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden. Die US-Präsidentenwahl- und Kongresswahlen könnten die Finanzmärkte über das normale Maß hinaus verunsichern. Vorstellbar ist außerdem eine vom US-Unternehmensanleihemarkt ausgehende Krise, da die Verschuldung in diesem Sektor in den letzten Jahren stark gestiegen ist. In der Eurozone wären vorgezogene Neuwahlen in Italien mit der erneuten Angst über die Zukunftsfähigkeit der italienischen Finanzen verbunden. Geopolitisch könnten die Spannungen zwischen dem Iran und

den USA erneut zunehmen und unter anderem für einen konjunkturbelastenden Anstieg der Ölpreise sorgen. Angesichts der Tatsache, dass der Aufschwung in den USA zu den längsten in der Wirtschaftsgeschichte der Vereinigten Staaten zählt, wäre es nicht vollkommen überraschend, wenn es dort doch noch zu einer Rezession kommen sollte. Schließlich kann man auch nicht ausschließen, dass es einen klimatisch bedingten Konjunkturreinbruch im kommenden Jahr gibt.

Umgekehrt würde die Verunsicherung von Unternehmen zurückgehen, wenn sich die oben genannten Risiken nicht manifestieren bzw. es zu positiven Überraschungen wie etwa einem umfassenden Handelsabkommen einschließlich einer Rückabwicklung der neuen Zölle zwischen den USA und China käme.

B) BRANCHENSPEZIFISCHE FAKTOREN

Vor dem Hintergrund anhaltender Risiken für den Welthandel und nachlassender Unterstützung durch positive Effekte der Verschärfung der Emissionsvorgaben könnte es zu einer deutlich schwächeren Entwicklung der Schifffahrtsmärkte kommen. Auch die exportorientierte deutsche Wirtschaft könnte in einem solchen Szenario stärker in Mitleidenschaft gezogen werden als in der Planung unterstellt. Dagegen würde eine zögerlichere Trendwende in der Geldpolitik der EZB insbesondere die Entwicklung der Immobilienmärkte tendenziell positiv beeinflussen.

C) WETTBEWERB/CYBERRISIKEN/DIGITALISIERUNG

Der hohe Wettbewerb im deutschen Bankenmarkt, insbesondere im anhaltenden Niedrigzinsumfeld, übt weiterhin Druck auf die Aktivmargen aus und belastet die Profitabilität im Kreditgeschäft. Einhergehend mit der für Banken analog zu anderen Sektoren zunehmenden Bedeutung von digitaler Infrastruktur sehen sich die Institute in entsprechend höherem Umfang Cyberrisiken ausgesetzt. Weitere Erläuterungen hierzu sind dem Risikobericht zu entnehmen.

Durch den Einsatz von moderner Informationstechnologie sowie durch die Digitalisierung ergeben sich Chancen, Geschäftsprozesse zu optimieren, neue Ertragsquellen zu erschließen und die IT-Entwicklung positiv zu beeinflussen, wovon insbesondere die Ertrags- und Kostenrelationen profitieren könnten.

Unternehmensspezifische Chancen und Risiken

A) TRANSFORMATIONSPROGRAMM

Sollte die Umsetzung des Transformationsprogramms und insbesondere die damit verbundenen Maßnahmen zur nachhaltigen Kostensenkung sowie zur Steigerung der Rentabilität nicht planmäßig verlaufen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Ertrags- und Kostenrelationen nicht in dem erwarteten Umfang bzw. Zeitrahmen verbessern.

Auf der Ertragsseite besteht das grundsätzliche Risiko, dass die Ziele hinsichtlich der Neugeschäftsrentabilität, für die

insbesondere im Hinblick auf die Fundingziele auch die Akzeptanz der Marktteilnehmer erforderlich ist, nicht in dem erwarteten Umfang erreicht werden.

Auf der Kostenseite kann nicht ausgeschlossen werden, dass es bei den operativen Maßnahmen zur nachhaltigen Kostenreduzierung, die im Rahmen der im Dezember 2019 vollzogenen Strategieanpassung erweitert worden sind, zu zeitlichen Verzögerungen kommt oder dass höhere Aufwendungen anfallen als in der Planung unterstellt. Dieses Risiko besteht insbesondere bei cross-funktionalen Projekten mit sehr hoher Komplexität wie z. B. im Bereich der Business IT-Transformation. Des Weiteren lässt sich nicht ausschließen, dass der im Dezember 2019 ebenfalls im Umfang adjustierte weitere Personalabbau nicht in der geplanten Weise durchgeführt werden kann oder zu steigenden operationellen Risiken führt, die Mitigationsmaßnahmen erfordern. Auch das Risiko, Schlüsselkompetenzen zu verlieren, kann sich durch die Personalmaßnahmen erhöhen.

Andererseits besteht bei erfolgreicher Durchführung des Transformationsprogramms die Möglichkeit, heutige Kostensenkungsstrukturen weiter anzupassen und zusätzliche Kostenpotenziale zu realisieren. Diese könnten sich aus möglichen Synergien sowie gegebenenfalls neuen strategischen Optionen ergeben. Auch besteht die Chance, dass die Bank bei der Umsetzung der Fundingziele schneller vorankommt als erwartet, was sich tendenziell positiv auf die Neugeschäftsrentabilität auswirken würde. Die Bank ist zuversichtlich, die gesteckten Kosten- und Ertragsziele, auch unter Berücksichtigung der bereits in der Vergangenheit erzielten Erfolge, zu erreichen. Ein schneller und erfolgreicher Verlauf des Transformationsprogramms würde wesentlich zur nachhaltigen Effizienzsteigerung und dauerhaften Stabilisierung des Geschäftsmodells der Bank beitragen.

B) ÜBERGANG/MITGLIEDSCHAFT SICHERUNGSEINRICHTUNGEN

Für die Aufnahme der Hamburg Commercial Bank in das Einlagensicherungssystem der privaten Banken zum 1. Januar 2022 wurden Vereinbarungen getroffen, die einen verlässlichen Rahmen für den nahtlosen Übergang in die Vollmitgliedschaft im Einlagensicherungsfonds (ESF) bilden. Sollten die getroffenen Vereinbarungen nicht eingehalten werden und infolgedessen oder aus anderen Gründen die Aufnahme in das Sicherungssystem des Bundesverbandes deutscher Banken nicht wie geplant zum 1. Januar 2022 gelingen, könnte dies zu bedeutendem Abfluss von Einlagen und zu einem spürbaren Anstieg der Fundingkosten führen.

Auch infolge der unterschiedlichen Funktionsweise der Einlagensicherungssysteme, das heißt Institutssicherung im Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe versus Absicherung der Einlagen, bestehen im Zusammenhang mit dem Wechsel des Einlagensicherungssystems Risiken für Liquiditätsabflüsse.

Aufgrund der Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und aufgrund der europäischen Bankenabgabe können im Fall von zukünftigen Entschädigungs- und Unterstützungsmaßnahmen, die zu einer Unterdotierung dieser Einrichtungen führen, auch von der Hamburg Commercial Bank Sonderzahlungen eingefordert werden. Ob und in welcher Höhe es zu derartigen Zahlungen kommen wird, ist auch aufgrund des Berechnungsschemas, das insbesondere auf eine relative Entwicklung von institutsspezifischen Parametern im Vergleich zur Branche abstellt, derzeit nicht absehbar. Derartige Zahlungen können jedoch grundsätzlich zu Belastungen in der Ertragslage führen.

C) REGULATORISCHES UMFELD

Neue Regulierungsinitiativen bergen das Potenzial von höheren RWA für die Hamburg Commercial Bank. Dies betrifft insbesondere den Anpassungsbedarf bei der Verwendung bzw. Anwendung interner Modelle im Vorfeld von Basel IV.

Gesamtaussagen und Ergebnisprognose

Das Jahr 2020 ist ein entscheidendes Transformationsjahr für die Hamburg Commercial Bank. Der Fokus liegt darauf, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Aufnahme in den Bundesverband deutscher Banken Anfang 2022 zu schaffen. Diesbezüglich stellen die im Geschäftsjahr 2019 erzielten Fortschritte in dem umfangreichen Transformationsprogramm sowie die gute, nochmals gestärkte Kapital- und Risikoposition der Bank eine gute Ausgangsbasis dar. Angesichts des zunehmend herausfordernden wirtschaftlichen Umfelds hat die Bank ihr Transformationsprogramm proaktiv adjustiert und um neue Initiativen ergänzt, die in Summe darauf abzielen, die gute Kapitalposition auszubauen, die Risikoposition auch in einem sich abschwächenden wirtschaftlichen Umfeld zu behaupten sowie die Rentabilität zu steigern.

Die Bank ist nach dem auf Basis des IFRS-Konzernabschlusses insgesamt zufriedenstellenden Verlauf des Geschäftsjahres 2019 aus heutiger Sicht zuversichtlich, ihre für das Gesamtjahr 2020 gesteckten Ziele erreichen zu können. Dabei wird das Geschäftsjahr 2020 auf der Ertragsseite bei einem bewusst verringerten Neugeschäftsvolumen von den Initiativen zur Umsetzung der De-Risking-Strategie sowie zur strukturellen Verbesserung der Ertragsqualität geprägt sein. Gleichzeitig geht die Bank davon aus, ihre Funding-Position am Kapitalmarkt weiter auszubauen. In diesem Zusammenhang sollte auch die erfolgte Einigung mit den wesentlichen Hybridkapitalinvestoren positiv wirken. Auf der Kostenseite liegen die Schwerpunkte auf der weiteren Umsetzung der Business IT-Transformation sowie des umfangreichen Personalabbaus. Zur Sicherstellung einer erfolgreichen Umsetzung des Transformationsprogramms werden die damit verbundenen Einzelmaßnahmen im Rahmen eines Maßnahmencontrollings laufend überprüft und bei Bedarf entsprechend adjustiert.

Unter Berücksichtigung der zum Berichtsstichtag gebildeten Restrukturierungsrückstellungen geht die Bank für das Geschäftsjahr 2020 von einem positiven IFRS-Ergebnis vor Steuern, das leicht über dem Niveau des Berichtsjahres liegt, aus. Die Ergebnisprognose versteht sich vorbehaltlich etwaiger nicht vorhersehbarer Effekte aus der Umsetzung der Restrukturierung/Transformation, unvorhersehbaren geopolitischen Einflüssen und einer signifikanten Ausweitung der wirtschaftlichen Belastungen infolge des Coronavirus.

Für die Ergebnisprognose sowie die zukünftige Entwicklung der Hamburg Commercial Bank ergeben sich wesentliche Herausforderungen, die detailliert im Prognose- sowie Risikobericht beschrieben wurden.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Grundsätze des Risikomanagements

Das aktive Risikomanagement ist eine wesentliche Komponente der Gesamtbanksteuerung der Hamburg Commercial Bank. Die kontinuierliche Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems erfolgt im Einklang mit der Geschäftsstrategie und den Risikopositionen der Bank. Den regulatorischen Rahmen für die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems bildet insbesondere die aktuelle Fassung der von der Aufsicht vorgegebenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Ergänzend sind umfassende Anforderungen aus dem europäischen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) und den EZB-Leitfäden zum Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) sowie zum Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) zu beachten.

Unter Risiko versteht die Hamburg Commercial Bank ungünstige zukünftige Entwicklungen, die sich nachteilig auf die Vermögens-, Ertrags- oder Finanzlage der Bank auswirken können.

Zur Identifizierung der im Sinne der MaRisk wesentlichen Risiken führt die Hamburg Commercial Bank eine jährliche Risikoinventur durch. Dabei werden unter Berücksichtigung des Risikoappetits der Bank die bestehenden quantitativen und qualitativen Kriterien zur Bestimmung der Wesentlichkeit überprüft und gegebenenfalls neu festgelegt. Aufbauend auf den Ergebnissen der Risikoinventur wird zwischen „Financial Risks“ und „Non Financial Risks (NFR)“ unterschieden. Unter dem Begriff Financial Risk wird dabei das Risiko der Wertänderung eines Vermögensgegenstands mit Einfluss auf die Finanzkennzahlen verstanden. Als NFR gelten Risiken für Verluste aus unzureichenden internen Verfahren, Kontrollen bzw. aus dem operativen Betrieb der Bank. Während die Bank auf die Wertentwicklung eines Vermögensgegenstands an sich nur wenig Einfluss nehmen, dafür aber Kapital- oder Liquiditätspuffer vorhalten kann, können Non Financial Risks vor allem über ein stringentes Management, eine angemessene Personal- und Ressourcenausstattung, adäquate Prozesse und einen aus der Risikokultur abgeleiteten Risikoappetit von der Bank selbst beeinflusst werden. Zu den wesentlichen quantifizierbaren Risikoarten zählen in der Hamburg Commercial Bank bei den Financial Risks das Ausfallrisiko, das Marktrisiko sowie das Liquiditätsfristentransformationsrisiko als eine Ausprägung des Liquiditätsrisikos und bei den NFR das operationelle Risiko, das auch Rechts- und Compliance-Risiken beinhaltet. Diese Risikoarten werden entsprechend in der Beurteilung der Kapitaladäquanz berücksichtigt.

Weitere wesentliche Risikoarten der Hamburg Commercial Bank sind bei den Financial Risk das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als zweite Ausprägung des Liquiditätsrisikos und als sogenannte „sonstige NFR“ das geschäftsstrategische Risiko und das Reputationsrisiko. Aufgrund des Geschäftsmodells der Hamburg Commercial Bank stellt das Ausfallrisiko die bedeutendste Risikoart dar.

Festlegung Risikoappetit und Risikoleitplanken

Das Strategic Risk Framework (SRF), als Fundament der Risikokultur, beschreibt die Ausrichtung des Risikomanagements der Bank und definiert die Ziele der Risikosteuerung auf Basis der geplanten Entwicklung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele. Im Vordergrund stehen dabei die Sicherstellung und Verteilung der knappen Ressourcen Kapital und Liquidität sowie die nachhaltige Ertragsoptimierung unter Berücksichtigung des Risikoappetits, der geschäftsstrategischen Ziele, des Marktumsfelds sowie des bestehenden und des geplanten Portfolios.

Durch seine Vorgaben unterstützt das SRF die Transformation hin zu einer profitablen Privatbank, die Umsetzung der Ziele der neuen Eigentümer sowie das Erreichen der Vorgaben weiterer Stakeholder, insbesondere Bankenaufsicht und Einlagensicherungsverband.

Das SRF enthält risikostrategische Grundsätze („tone from the top“) als zentrale Leitsätze risikobewussten Handelns und Eckpfeiler einer nachhaltigen Risikokultur. Diese bilden den Rahmen für die Formulierung des Risk Appetite Statement (RAS) und der Risikostrategie. Des Weiteren ist das SRF die Basis für die Geschäftsstrategie und bildet eine zentrale Grundlage der Bankplanung.

Das RAS untergliedert sich aufbauend auf dem Risikoinventurprozess in Financial und Non Financial RAS und zielt auf eine komprimierte Darstellung des Risikoappetits zur Erreichung der Gesamtbankziele ab. Das Financial RAS besteht aus einem Kennzahlenkatalog, das Non Financial RAS aus qualitativen Vorgaben zur Risikokultur. Die Operationalisierung wird über die Risikostrategie und das Limitsystem sichergestellt, wobei die Risikostrategie die Steuerung der Risiken auf Basis der Risikoinventur im Einklang mit Geschäftsstrategie und RAS beschreibt. Sie gibt den Rahmen für die Teilrisikostراتيجien vor (Ausfallrisiko jeweils für Performing und Non Performing Exposure, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko und Non Financial Risk mit Reputationsrisiko, operationellen und geschäftsstrategischen Risiken).

Das SRF wird vom Vorstand beschlossen und mindestens jährlich überprüft. Bei Bedarf erfolgen auch unterjährig Anpassungen. Es ist ferner umfassend in die Bankprozesse integriert, beispielsweise durch Verankerung in den Bankzielen, der Definition von Vorgaben für den Strategie- und Planungsprozess, im Risikoreporting und im Code of Conduct.

Wesentliche Risikokennziffern des Konzerns

Ein funktionierendes Limitsystem setzt eine stringente Ableitung des Risikoappetits voraus. Ausgehend von der Risk Capacity der Bank erfolgt die Ableitung des Risikoappetits getrennt für die drei knappen Ressourcen regulatorisches und ökonomisches Kapital sowie Liquidität. Die Bank hat sich alle

drei Ressourcen betreffend ein System von Risikolimiten und -leitplanken gegeben, das dazu dient, bestandsgefährdende Risiken abzuwenden und die risikostrategischen Ziele zu erreichen.

Wesentliche Risikokennziffern des Konzerns

	31.12.2019		Limit	Leitplanke
Auslastung ICAAP in der ökonomischen Perspektive/ RTF	51%	<	90%	-
Ökonomischer Eigenkapitalbedarf (in Mrd. EUR)	2,0	<	2,5	-
davon: für Ausfallrisiken	1,0	<	1,4	-
für Marktrisiken	0,6	<	0,7	-
für Liquiditätsrisiken	0,1	<	0,3	-
NPE-Quote	1,8% ¹⁾		-	< 3,0%
CET1-Quote (phasengleich) ²⁾	18,6%	>	11,0%	-
T1-Quote (phasengleich) ²⁾	18,6%	>	12,5%	-
Gesamtkapitalquote (phasengleich) ²⁾	23,6%	>	14,5%	-
MREL	25,6% ³⁾	>	10,1%	-
Leverage Ratio	8,2%	>	4,0%	-
Liquidity Coverage Ratio (LCR)	165%	>	115%	-
Net Stable Funding Ratio (NSFR)	114%	>	102%	-
NLP2 im Stress-Case (in Mrd. EUR)	6,4	>	0,5	-
1. Monat				
2. Monat	6,1	>	0,5	-
3. Monat	5,7	>	0,5	-

¹⁾ Unter Berücksichtigung von wertaufhellenden Erkenntnissen nach dem Berichtsstichtag.

²⁾ Phasengleich: Ceteris-paribus-Berechnung unter vollständiger Berücksichtigung der bilanziellen Wertansätze zum Stichtag.

³⁾ Die ausgewiesene MREL-Quote basiert auf vorläufigen Werten, dadurch sind Abweichungen zur finalen Quote möglich.

Organisation des Risikomanagements

Die Organisation des Risikomanagements der Hamburg Commercial Bank orientiert sich in erster Linie an den Erfordernissen des Geschäftsmodells und trägt zudem den regulatorischen Anforderungen Rechnung.

Die Verantwortung für das Risikomanagement der Hamburg Commercial Bank einschließlich der anzuwendenden Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -steuerung und -überwachung liegt beim Gesamtvorstand.

Der Risikoausschuss des Aufsichtsrats ist insbesondere verantwortlich für die Prüfung der aktuellen und künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Hamburg Commercial Bank. Zudem berät er den Aufsichtsrat hinsichtlich der aktuellen und zukünftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch den Vorstand. Der Risikoausschuss wird vom Vorstand regelmäßig in Sitzungen über die Risikolage und das Risikomanagement der Bank informiert.

Der Chief Risk Officer (CRO) ist als Mitglied des Vorstands für das Risikocontrolling der Hamburg Commercial Bank einschließlich der Risikoüberwachung sowie für die Marktfolge verantwortlich. Im Einzelnen umfasst dies die Unternehmensbereiche Risk Control, Credit Risk Management sowie Non Financial Risk & Compliance. Der CRO entscheidet unabhängig von den für die Marktbereiche und den Handel zuständigen Vorstandsmitgliedern und informiert regelmäßig den Gesamtvorstand sowie den Risikoausschuss über die Risikolage des Hamburg Commercial Bank Konzerns. Auf diese Weise wird der aufsichtsrechtlich geforderten Funktionstrennung zwischen den Markt- und Handelsbereichen einerseits und dem Risikocontrolling, der Abwicklung und Kontrolle sowie der Marktfolge andererseits auf allen Ebenen aufbauorganisatorisch Rechnung getragen.

Der Unternehmensbereich Risk Control ist für die risikostrategische Ausrichtung, die regulatorisch erforderliche Risikocontrolling-Funktion sowie die methodischen Vorgaben und Modelle zur Berechnung aller risikorelevanten Kompo-

zenten verantwortlich. Er entwickelt die Methoden und Instrumente zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung der Risiken und unterstützt durch Festlegung von Risikolimiten und Risikoleitplanken die im Unternehmensbereich Bank Steering in wesentlichen Teilen verantwortete operative Portfoliosteuerung.

Der Bereich Credit Risk Management verantwortet unter anderem die Kreditrisikoanalyse einschließlich der Erstellung und Festsetzung des Ratings sowie die Erstellung der Kreditentscheidungsvorlagen für das gesamte Kreditgeschäft der Bank. Zudem verantwortet das Credit Risk Management die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäfts der Hamburg Commercial Bank.

Die Abteilung Special Credit Management ist für die Betreuung von Sanierungsengagements zuständig.

Das Risikovorsorgemanagement ausgefallener Forderungen (IFRS Stufe 3) fällt in den Zuständigkeitsbereich des Credit Risk Managements. Auch die Abwicklung und Verwaltung des Kreditgeschäfts nebst laufender Sicherheitenbewertung ist hier angesiedelt.

Die Abwicklung der Handelsgeschäfte erfolgt im Unternehmensbereich Business Operations, die Risikoüberwachung im Unternehmensbereich Risk Control.

Der unabhängige Bereich Non Financial Risk & Compliance ist verantwortlich für das Compliance Risk Management. Der Bereich wirkt auf die Einhaltung von Rechts- und Regeltreue mit Blick auf den Code of Conduct sowie Themen wie Kapitalmarkt Compliance, Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstige strafbare Handlungen gemäß § 25h KWG hin.

Die Aufbauorganisation der Hamburg Commercial Bank orientiert sich an dem Modell der drei Verteidigungslinien (Three Lines-of-Defence - 3 LoD). Die Risiken der Bank sind dezentral zu steuern (1st LoD), unabhängig zu überwachen (2nd LoD) und in die prozessunabhängige Prüfung einzubeziehen (3rd LoD).

In der Hamburg Commercial Bank sind die Verteidigungslinien klar definiert, die Aufgaben und Verantwortlichkeiten abgegrenzt und zeichnen sich durch folgende Eigenschaften aus:

Die erste Verteidigungslinie bilden alle Unternehmensbereiche der Bank. Sie geht durch ihre operativen (Geschäfts-)Tätigkeiten grundsätzlich Risiken ein, trägt diese Risiken und die Ergebnisverantwortung. Sie ist insbesondere für die Steuerung der kunden- und geschäftsspezifischen Risiken und die Ausgestaltung von Kontrollen unter Beachtung der Methodenvorgaben durch die zweite Verteidigungslinie verantwortlich.

Für alle wesentlichen Risikoarten ist eine zweite Verteidigungslinie zur unabhängigen Überwachung etabliert. Hauptaufgabe ist eine holistische Gesamtbetrachtung aller (systematischer) Risiken auf Einzelfallbasis sowie auf Portfolioebene. Die Hamburg Commercial Bank unterscheidet hierbei

die spezialisierte (II a) und die übergreifende (II b) zweite Verteidigungslinie. Die Unternehmensbereiche Risk Control und Non Financial Risk & Compliance fungieren dabei als Verteidigungslinie II b. Die Verteidigungslinie II a ist grundsätzlich für die Überwachung und Kontrolle sowie Festlegung von Verfahren zur Begrenzung der jeweiligen Risiken verantwortlich. Sie definiert sich durch die rechtlich geforderten Beauftragten-Funktionen, aber auch durch analoge Überwachungsaufgaben in anderen Bereichen der Bank.

Die Interne Revision bildet die dritte Verteidigungslinie und erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Organisation bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese verbessern hilft. Die interne Revision überwacht und validiert die fristgerechte Beseitigung von Mängeln, die durch eigene Aktivitäten oder durch externe Prüfungen festgestellt wurden. Als ein Instrument des Gesamtvorstands der Hamburg Commercial Bank ist sie elementarer Bestandteil der Corporate Governance. Sie informiert den Gesamtvorstand sowie den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats regelmäßig über die Ergebnisse ihrer Prüfungen, die auf einem risikoorientierten Prüfungsplan basieren, der jährlich vom Gesamtvorstand genehmigt wird.

Mithilfe eines Global-Head-Konzepts wird eine konzernweit einheitliche Geschäftsfeldsteuerung erreicht. Auf dieser Grundlage ist die Leitung der einzelnen Unternehmensbereiche als jeweiliger Global Head konzernweit für die Strategie der ihr zugeordneten Geschäftsfelder und die disziplinarische Führung der in ihrem Geschäftsfeld tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verantwortlich. Bei der Umsetzung in den ausländischen Niederlassungen werden die Global Heads durch die Leitung der jeweiligen Niederlassung (General Manager) unter Wahrung der Funktionstrennung gemäß MaRisk unterstützt. Der General Manager ist verantwortlich für die Einhaltung der lokalen gesetzlichen sowie regulatorischen Anforderungen. Das Global-Head-Konzept gilt gleichermaßen für das Risikocontrolling, sodass ein konzernweit aufeinander abgestimmtes Risikocontrolling gewährleistet ist.

Die Hamburg Commercial Bank hat gemäß den MaRisk-Vorgaben Regelungen festgelegt, nach denen vor Geschäften mit neuen Produkten oder in neuen Märkten formalisierte Prüfprozesse (NPNM-Prozesse) durchlaufen werden. Hierdurch wird sichergestellt, dass die risikogerechte Abbildung der Produkte in den relevanten Systemen, ihre Berücksichtigung in den relevanten Prozessen sowie deren Wirtschaftlichkeit gewährleistet sind und Geschäfte mit neuen Produkten oder in neuen Märkten nur mit Zustimmung des Vorstands bzw. der Gremien abgeschlossen werden. Es besteht außerdem ein NPNM-Review-Prozess, mit dem die sachgerechte Abbildung älterer Produkte regelmäßig überprüft wird.

Für die konzernweite Risikosteuerung legt die Hamburg Commercial Bank einen „ökonomischen Konsolidierungskreis“ zugrunde. Er umfasst diejenigen Unternehmen, die aufgrund wesentlicher Risiken auf Konzernebene in besonderem Maße zu überwachen sind.

Risikosteuerung durch zentrale Komiteestruktur

Der Vorstand hat Komitees etabliert, die ihn bei der Überwachung und Steuerung aller wesentlichen Risiken unterstützen. Neben Mitgliedern des Vorstands sind die Komitees auch aus der Leitung der Risiko- und weiterer Fachbereiche besetzt, womit ein regelmäßiger Informationsaustausch zu Fragen des Risikos sichergestellt ist. Soweit interne oder externe Regularien keine Delegation von Entscheidungen auf die Komitees zulassen, sind diese für die Vorbereitung entsprechender Beschlussfassungen im Gesamtvorstand zuständig.

Im Rahmen der Transformation der Bank wurde die Komiteestruktur im Berichtsjahr geändert. Das Gesamtbanksteuerungskomitee (GBS-Komitee) als zentrales Gremium zur Finanzressourcensteuerung und Allokation, zur Befassung mit strategischen Marktrisikopositionen sowie der Überwachung des Sanierungsplans wurde im Berichtsjahr aufgelöst. Die Aufgaben sind auf andere Gremien übergegangen oder werden direkt durch den Vorstand ausgeübt.

Ende 2019 bestanden die nachstehenden Komitees mit folgenden Zusammensetzungen und Aufgaben:

Das Asset Liability Committee (ALCO) ist das Gremium, das für die Steuerung und Allokation der finanziellen Ressourcen im Rahmen der Risikolimits und Planvorgaben verantwortlich ist. Wesentliche Ziele des ALCO sind das Monitoring und die Steuerung der knappen Ressource Liquidität und Funding, die Steuerung von Marktrisiken des Bankbuches zusätzlich Overlaysteuerung sowie die Vermögens- und Kapitalallokation. Bei Überschreitung von Risikolimits, Leitplanken oder Ambitionen wird die Notwendigkeit potenzieller Gegenmaßnahmen für die vom ALCO verantworteten Themen diskutiert und vorbereitet, bevor entsprechende Beschlüsse durch den Vorstand gefasst und umgesetzt werden.

Aufgabe des Franchise Komitees ist die Bewertung wesentlicher Transaktionen und Geschäfte. Die Steuerung der Einzelgeschäfte erfolgt unter Berücksichtigung von Profitabilität, Dealstruktur und Risikogesichtspunkten.

Das Kreditkomitee hat die Aufgabe, Kreditentscheidungen für wesentliche Engagements zu treffen. Das Kreditkomitee votiert vorab auch die Kreditanträge der Kompetenzstufe des Gesamtvorstandes. Weitere Aufgaben sind die Bearbeitung grundlegender Fragen des Kreditgeschäfts und die Impulsgebung für regelmäßige Anpassungen der Kreditstandards der Hamburg Commercial Bank.

Risikoberichtswesen und -messsysteme

Zur Analyse, Überwachung und zum Reporting von Risiken verfügt die Hamburg Commercial Bank über zentralisierte Da-

tenhaltungssysteme und Risikomessverfahren, die die internen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigen. Das Risikoreporting wird generell durch Steuerungs- und Reportingsysteme im Unternehmensbereich Risk Control sichergestellt. Die eingerichteten Risikomanagementsysteme stellen eine effektive Risikosteuerung sicher und sind dem Profil und der Strategie der Hamburg Commercial Bank angemessen.

Zum Gesamtrisiko werden folgende wesentliche Berichte erstellt:

- Der Management Report, der als holistischer Finanz- und Risikoreport über die Gesamtsituation der Hamburg Commercial Bank im Hinblick auf die zentralen Werttreiber und Leistungskennzahlen informiert, insbesondere über Erträge, Kosten, Liquidität, Kapital und Risiko, Strukturanalysen zu Geschäftsfeldern, Risikomodellen/-verfahren sowie der Entwicklung der Sanierungsplanindikatoren, geht dem Vorstand zu. Die Einhaltung der für die ökonomische Kapitalsteuerung relevanten Risikolimits und Risikoleitplanken aus den SRF-Vorgaben wird mithilfe dieses Reports überwacht. Der Management Report wird grundsätzlich monatlich erstellt. Ergänzend findet eine Aktualisierung im wöchentlichen Turnus für ausgewählte Kennzahlen statt. Die Anforderungen des Managements an Aufbau, Inhalt, Häufigkeit, Fristen und Form des im Management Report gebündelten, internen Berichtswesens werden mittels der Management Reporting Policy vorgegeben.
- Zusätzlich werden dem Risikoausschuss für seine vierteljährlichen Sitzungen relevante Auszüge des Management Reports sowie die Entwicklung von aggregierten Risikokenngrößen der Hamburg Commercial Bank vorgestellt.

Zu den weiteren Gesamtrisikoberichten gehören der Offenlegungsbericht gemäß Teil 8 der Capital Requirements Regulation (CRR) sowie der Risikobericht im Geschäftsbericht.

Neben dem risikoartenübergreifenden Reporting bestehen risikoartenbezogene Reportinginstrumente. So wird der Vorstand täglich über die Marktrisiko- und Ergebnisentwicklung sowie Limitauslastungen und der CRO sowie die betroffenen Unternehmensbereiche über die Entwicklung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos im Normal Case und Stress Case informiert. Der OpRisk-Lenkungskreis erhält vierteljährlich einen Bericht über die Entwicklung der Risikolage, wesentliche Schadenfälle und in diesem Zusammenhang adressierte Steuerungsmaßnahmen. Der Gesamtvorstand wird regelmäßig über den Kapitalbedarf, die Schadenfallentwicklung sowie wesentliche Schadenfälle und Schadenpotenziale sowie erforderliche Maßnahmen informiert.

Internes Kontrollsystem

BANKWEITES INTERNES KONTROLLSYSTEM

Der Vorstand der Hamburg Commercial Bank trägt die Gesamtverantwortung für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation des Hamburg Commercial Bank Konzerns einschließlich eines angemessenen und wirksamen internen Kontrollsystems (IKS).

Das IKS der Hamburg Commercial Bank basiert auf einer bankweiten Haupt- und Teilprozessstruktur (Prozesslandkarte), die auch die in- und ausländischen Niederlassungen einschließt. Für alle Hauptprozesse ist ein Prozessverantwortlicher benannt.

Oberste Ziele der IKS-Betrachtung sind die strukturierte und systematische Auseinandersetzung mit potenziellen und/oder bereits bekannten Prozessrisiken sowie die Definition und Entscheidung über Maßnahmen zu deren Mitigation. Darüber hinaus trägt das IKS durch bankeinheitliche Vorgaben zur Wirtschaftlichkeit der Prozesse bei. Ein implementierter Regelkreis stellt die Überprüfung des IKS hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit, Funktionsfähigkeit sowie Angemessenheit und Wirksamkeit sowie dessen kontinuierliche Weiterentwicklung sicher. Zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung im Rahmen des IKS-Regelkreises sind entsprechende Verantwortlichkeiten und Rollen etabliert.

Die zentrale Verantwortung für die Steuerung und Überwachung des IKS-Regelkreises sowie für methodische Vorgaben und deren Weiterentwicklung liegt bei der IKS-Stelle in der Organisationseinheit Non Financial Risk.

Ihr obliegt auch eine stichprobenartige Qualitätssicherung und die ordnungsgemäße Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat.

Um eine nachhaltige Funktionsfähigkeit des Systems sicherzustellen, erfolgt eine enge Begleitung durch eine kontinuierliche bankweite Kommunikation und Governance.

Die Teilprozesse der Bank werden jährlich für das Durchlaufen des Regelkreises in Abhängigkeit von dem für sie ermittelten Risikograd und ihrem letzten Durchlauf festgelegt. Daneben wird jährlich über die Steuerung des IKS für die wesentlichen Auslagerungen an den Vorstand berichtet.

Darüber hinaus erfolgt jährlich eine Einstufung der Tochterunternehmen der Hamburg Commercial Bank hinsichtlich deren Wesentlichkeit für das IKS der Bank. Die Prozesse aller als wesentlich klassifizierten Töchter werden im IKS der Bank berücksichtigt.

INTERNES KONTROLLSYSTEM IM HINBLICK AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Die Verantwortung für den Prozess zur Erstellung des Konzern- und Jahresabschlusses der Hamburg Commercial Bank und für die Ordnungsmäßigkeit der Konzernrechnungslegung liegt beim Unternehmensbereich Finance. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem dient der Sicherstel-

lung der Einhaltung von Vorschriften und Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Hierdurch soll ein Qualitätsstandard gesichert werden, der eine zuverlässige und korrekte Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gewährleistet. Wesentliche Grundlage des IKS ist die schriftlich fixierte Ordnung, die sämtliche interne Anweisungen und Regelungen umfasst.

Die Rechnungslegungsprozesse werden regelmäßig von den zuständigen Prozessverantwortlichen überprüft und an die aktuellen Rahmenbedingungen und Erfordernisse angepasst. Zusätzlich erfolgen prozessunabhängige Prüfungen durch die interne Revision.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Die Hamburg Commercial Bank ermittelt die Höhe der erforderlichen Eigenkapitalunterlegung für Ausfall-, Markt- und operationelle Risiken sowie für die Risiken kreditinduzierter Bewertungsanpassungen von OTC-Derivaten (Credit Valuation Adjustments, CVA) gemäß den Vorgaben der CRR. Hierbei wird für Ausfallrisiken der sogenannte IRB Advanced Approach verwendet, für den die Aufsicht der Bank die entsprechende Zulassung erteilt hat. Für einen geringen Anteil des Portfolios wird auf den Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) zurückgegriffen. Damit berücksichtigt die Bank für die regulatorische Meldung (COREP) und das interne Ausfallrisikomanagement des IRBA-Portfolios konsistente Parameter. Die Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen ermittelt die Hamburg Commercial Bank nach den vorgegebenen bzw. wählbaren Standardverfahren. Operationelle Risiken berücksichtigt die Hamburg Commercial Bank gemäß dem Standardansatz. Für CVA verwendet die Hamburg Commercial Bank die Standardmethode.

Entsprechend den Anforderungen von Teil 8 der CRR i. V. m. § 26a Abs. 1 Satz 1 KWG veröffentlicht die Hamburg Commercial Bank in einem separaten Offenlegungsbericht wesentliche qualitative und quantitative Informationen über das Eigenkapital und eingegangene Risiken. Als Institut, das den IRB Advanced Approach auf nahezu das gesamte Portfolio anwendet, gelten hier für die Hamburg Commercial Bank besondere Anforderungen. Inhaltlich geht das Dokument über die Offenlegung auf Basis der angewandten Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen dieses Geschäftsberichts hinaus, indem es einen umfassenden Einblick in die regulatorischen Rahmenbedingungen und die aktuelle Risikosituation der Bank auf Basis aufsichtsrechtlicher Zahlen gibt. Der Offenlegungsbericht per 31. Dezember 2019 ist vier Wochen nach Veröffentlichung dieses Geschäftsberichts auf unserer Internetseite www.hcobank.com verfügbar. Der Offenlegungsbericht ist nicht Bestandteil des Lageberichts. Mit der Veröffentlichung setzt die Hamburg Commercial Bank die Anforderungen der dritten Baseler Säule (Marktdisziplin) um. Die Anforderungen an die Offenlegung der Risikomanagementziele und -politik gemäß Artikel 435 Abs. 1 CRR und Abs. 2 Buchstabe e CRR sind in

diesem Risikobericht umgesetzt. Ebenfalls in diesem Risikobericht umgesetzt ist die gemäß Artikel 438 Buchstabe a CRR geforderte Beschreibung des Ansatzes, nach dem das Institut die Angemessenheit seines internen Kapitals zur Unterlegung der aktuellen und zukünftigen Aktivitäten beurteilt (Kapitaladäquanzprozess). Gleiches gilt für die Beschreibung der bei der Bestimmung von spezifischen und allgemeinen Kreditrisikooanpassungen angewandten Ansätze und Methoden gemäß Artikel 442 Buchstabe b CRR.

ANFORDERUNGEN AUS DEM AUFSICHTSRECHTLICHEN ÜBERPRÜFUNGS- UND ÜBERWACHUNGSPROZESS

Im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Überwachungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) werden das Geschäftsmodell, die Governance, die Risikosituation sowie die Kapital- und Liquiditätsausstattung der Bank überprüft. Auf Basis der Analysen kann die Aufsicht über die bestehenden aufsichtlichen Mindestvorgaben hinausgehende Anforderungen an die Kapital- bzw. Liquiditätsausstattung erlassen. Die von der EZB der Bank zugewiesenen und im Rahmen des SREP-Prozesses jährlich überprüften individuellen Mindestkapitalquoten wurden im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten. Für 2020 gelten für die Bank folgende SREP-Anforderungen. Die Gesamtkapitalanforderung (P2R) ohne kombinierte Kapitalpufferanforderungen beträgt 10,75 % inkl. eines Säule II CET1-Zuschlags von 2,75 %. Darüber hinaus besteht eine Säule II-Empfehlung (P2G) von 1,0 %. Die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen inkl. der kombinierten Kapitalpufferanforderungen betragen für das harte Kernkapital (CET1) ca. 10,0 %, (inklusive P2G ca. 11,0 %) für das Kernkapital (T1) ca. 11,5 % und für das Gesamtkapital ca. 13,5 %.

Daneben werden die regulatorischen Mindestkapitalquoten über die normative Perspektive im ICAAP über einen mehrjährigen Zeithorizont in einem Base- und Stress-Szenario in der Zukunft geprüft.

Aufsichtsrechtliche Kapitalquoten¹⁾

(%)	31.12.2019	31.12.2018
Gesamtkapitalquote	23,5%	23,3%
Kernkapitalquote	18,5%	18,4%
CET1-Kapitalquote	18,5%	18,4%

¹⁾ Aufsichtsrechtliche Gruppe nach CRR.

Eigenmittel¹⁾

(Mrd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Eigenmittel	4,9	5,2
davon: Kernkapital	3,9	4,1
davon: CET1-Kapital	3,9	4,1
davon: Zusätzliches Kernkapital	-	-
davon: Ergänzungskapital	1,0	1,1

¹⁾ Aufsichtsrechtliche Gruppe nach CRR.

Risikogewichtete Aktiva (RWA)¹⁾

(Mrd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Marktrisiken	0,2	1,0
Operationelle Risiken	1,5	1,7
Kreditrisiken	16,5	19,0
Sonstige RWA	2,8	0,4
RWA gesamt	21,0	22,1

¹⁾ Aufsichtsrechtliche Gruppe nach CRR

Die Reduktion der aggregierten RWA auf Gruppenebene sind primär auf reduzierte RWA für Marktrisiken aufgrund des deutlichen Rückgangs der Bestände im Handelsbuch zurückzuführen. Die RWA für Kreditrisiken haben sich zum einen durch den Rückgang des Exposure at Default und zum anderen durch eine verbesserte Risikostruktur – insbesondere durch höhere Standards im Neugeschäft – reduziert. Dem gegenüber steht ein RWA-Anstieg aufgrund notwendiger Anpassungen der Modellparameter für Kreditrisiken (ausgewiesen unter Sonstige RWA).

Die aufsichtsrechtliche CET1-Quote für das Einzelinstitut nach den HGB-Rechnungslegungsstandards belief sich zum 31. Dezember 2019 auf 16,2 % (Vorjahr: 18,2 %). Hier wirkten sich insbesondere der Jahresfehlbetrag sowie gestiegene regulatorische Kapitalabzüge negativ auf das harte Kernkapital aus. Die entsprechende Kernkapitalquote erreichte einen Wert von 16,2 % (Vorjahr: 18,2 %), die entsprechende Gesamtkapitalquote betrug 20,9 % (Vorjahr: 22,9 %). Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalquoten des Einzelinstituts (HGB) wurden im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten.

Die BRRD (Bank Recovery and Resolution Directive der EU) fordert, dass Banken in EU-Mitgliedsstaaten eine hinreichende Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungskapazität in Form von aufsichtsrechtlichem Eigenkapital und definierten Verbindlichkeiten vorhalten. Dazu wurde eine institutsspezifische MREL-Anforderung (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities) für die Hamburg Commercial Bank von der für sie zuständigen europäischen Abwicklungsbehörde SRB (Single Resolution Board) i. H. v. rund 8,4 % TLOF (Total Liabilities and Own Funds) auf Gruppenebene

festgelegt. Die Anforderung wurde im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten.

Risiken für die Entwicklung der Kapitalquote

Neben den im folgenden Abschnitt „Szenariorechnungen“ beschriebenen Risiken für die Kapitalquoten können sich Risiken aus dem regulatorischen Umfeld, etwa aus aufsichtsrechtlichen Auslegungsentscheidungen oder Prüfungen, ergeben.

So wäre es möglich, dass sich aus dem turnusmäßigen SREP-Prozess in der Bankenunion zusätzliche individuelle und erhöhte Kapitalanforderungen ergeben. Zusätzliche Ermessensentscheidungen der Aufsicht und branchenweite Kapitalanforderungen (Kapitalpuffer für systemische und zyklische Risiken) können damit zu höheren Kapitalanforderungen führen. Ermessensentscheidungen der Aufsicht in Bezug auf Modellrisiken bzw. -validierungen können bei den zukünftigen LGD-/PD-Schätzungen in den internen Modellen zu RWA-Erhöhungen und damit Belastungen der Kapitalquoten führen.

Außerdem besteht ein potenzielles Risiko der Belastung der GuV und im Ergebnis der zukünftigen Kapitalquoten aus Klagen gegen die Bank aufgrund der im Rahmen der Restrukturierung und Optimierung der Kapitalstruktur zu Ende 2018 gekündigten Stillen Einlagen der Bank. Damit werden die ausstehenden Hybridkapitalinstrumente entweder im Jahr 2021 zum HGB-Buchwert des Geschäftsjahres 2020 getilgt bzw. im Rahmen möglicher freiwilliger Rückkaufangebote durch die Bank bereits vor dem Tilgungszeitpunkt 2021 zurückgezahlt. Einzelne bzw. Gruppen von Investoren in Hybridinstrumente haben vor Gericht Klagen gegen die Bank eingereicht und fordern neben der Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung die Hochschreibung auf den Nennwert bzw. Schadensersatz für entgangene Zinszahlungen. Mit dem ganz überwiegenden Teil der Kläger konnte eine aus Sicht der Bank positive Einigung erzielt werden, die bereits zu einer teilweisen Rücknahme von Klagen geführt hat und zu einer zeitnahen Erledigung weiterer Klagen führen wird. Sollten die verbleibenden Kläger wider Erwarten vor Gericht erfolgreich sein, könnte das die GuV und im Ergebnis die zukünftigen Kapitalquoten belasten.

Sofern mehrere der dargestellten Risiken (inkl. der im folgenden Kapitel „Szenariorechnungen“ beschriebenen) in Kombination miteinander eintreten sollten, können zusätzliche Maßnahmen zur Kapitalstärkung erforderlich werden. Unter CRR III könnten weitere Belastungen für die Kapitalquoten aus den beabsichtigten Änderungen der regulatorischen Anforderungen – zum Teil als „Basel IV“ bezeichnet – voraussichtlich ab dem Jahr 2022 sukzessive bis zum Jahr 2027 entstehen. Für die Hamburg Commercial Bank sind insbesondere die Verschärfungen aus Basel IV im Bereich der Adressrisiken von Relevanz. Die Hamburg Commercial Bank nutzt umfangreich aufsichtsrechtlich abgenommene Modelle zur Abbildung der Adressrisiken (Internal Ratings-Based Approach, IRBA). Im Rahmen von Basel IV ist geplant, die Vorteilhaftigkeit von

IRBA-Modellen deutlich einzuschränken, indem die Kapitalunterlegung stärker an dem Standardansatz orientiert wird (KSA-Floor) und indem die Nutzung der IRBA-Modelle auf bestimmte Forderungsklassen beschränkt sowie die Verwendung eigener Risikoparameter eingeschränkt wird (Constrained IRBA).

Der angestrebte Wechsel in das freiwillige Sicherungssystem des Bundesverbands deutscher Banken (BdB) ist mit Anforderungen unter anderem auch an die Risikotragfähigkeit/Kapitalisierung verbunden. Sollte eine Aufnahme in die Vollmitgliedschaft des Sicherungssystems des BdB nicht wie geplant gelingen, so könnte dies, wie im Abschnitt zum Liquiditätsrisiko beschrieben, zu deutlichen Belastungen für das Geschäftsmodell der Bank führen.

ICAAP in der ökonomischen Perspektive/Risikotragfähigkeit

Die Hamburg Commercial Bank beurteilt gemäß EZB-Leitfaden zum Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) die Kapitaladäquanz in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive. Unter Kapitaladäquanz versteht die Bank die kontinuierliche Sicherstellung der finanziellen Solidität, in dem Sinne, dass die Risiken hinreichend durch Kapital abgedeckt sind, um die Umsetzung der Ziele des Geschäftsmodells sicherzustellen. Durch die regelmäßige Ermittlung wird die Kapitaladäquanz im Rahmen des internen Reportings festgestellt, eng gesteuert und an die Aufsicht der Bank gemeldet.

Die ökonomische Perspektive dient dazu, zeitpunktbezogen zu überprüfen, ob alle wesentlichen Risiken durch internes Kapital unterlegt sind. Gegenüber der regulatorischen Sicht (CRR) basiert sie auf einem deutlich eingeschränkten Kapitalbegriff und einem erweiterten Risikobegriff. Die Messung von Risiken basiert auf verfeinerten, ökonomischen Methoden und Verfahren. Im Rahmen der Überwachung der Risikotragfähigkeit stellt die Hamburg Commercial Bank regelmäßig die Summe des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs für alle wesentlichen nach bankinternen Verfahren quantifizierbaren Risikoarten (Gesamtrisiko) dem verfügbaren ökonomischen Risikodeckungspotenzial gegenüber.

Das Risikodeckungspotenzial berücksichtigt neben dem für ökonomische Zwecke modifizierten regulatorischen Kernkapital unter anderem einen negativen Saldo aus Stillen Reserven und Stillen Lasten aller Aktiva und Passiva. Ein positiver Saldo sowie positive Eigenbonitätseffekte werden aufgrund der ICAAP-Vorgaben nicht angesetzt.

Die umfassende Analyse der Risikotragfähigkeit erfolgt in der Hamburg Commercial Bank vierteljährlich sowie im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses.

Das Risikodeckungspotenzial lag per 31. Dezember 2019 bei 3,8 Mrd. € (Vorjahr: 3,7 Mrd. €).

Das Gesamtrisiko berücksichtigt das Ausfallrisiko, das Marktrisiko – unterteilt in Zinsrisiken im Anlagebuch (IRRBB) sowie sonstige Marktrisiken, das operationelle Risiko sowie das

Liquiditätsfristentransformationsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos. Der ökonomische Eigenkapitalbedarf als Ausdruck der unerwarteten Verluste wird für Ausfall-, Liquiditäts- und Marktrisiken monatlich methodisch konsistent mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Risikohorizont von einem Jahr ermittelt. Die ökonomischen Eigenkapitalbedarfe der einzelnen Risikoarten werden zum ökonomischen Gesamtrisiko aggregiert. Hierbei werden keine risikomindernden Korrelationen angesetzt.

Das ökonomische Gesamtrisiko ist gegenüber dem Jahresende 2018 um 0,4 Mrd. € angestiegen und betrug zum Berichtsstichtag 2,0 Mrd. € (Vorjahr: 1,6 Mrd. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem erhöhten Eigenkapitalbedarf für Marktrisiken. Dieser ist vor allem getrieben durch die von der Aufsicht geforderte und in 2019 eingeführte Methodik der separaten Berechnung der Zinsrisiken im Anlagebuch (IRRBB) von den sonstigen Marktpreisrisiken ohne Berücksichtigung risikomindernder Diversifikationseffekte.

Der ökonomische Eigenkapitalbedarf für Ausfallrisiken wird in enger Anlehnung an die regulatorische Kapitalunterlegung ermittelt unter Berücksichtigung ökonomischer Anpassungen, insbesondere für Risikokonzentrationen. Zum Berichtsstichtag betrug der ökonomische Eigenkapitalbedarf für Ausfallrisiken 1,0 Mrd. € (Vorjahr: 1,1 Mrd. €).

Das Marktrisiko (Value at Risk, VaR) wird auf Basis des von der Bank gewählten Konfidenzniveaus und einer Haltedauer von einem Tag zu einem ökonomischen Eigenkapitalbedarf für Marktrisikopositionen zur Steuerung der Risikotragfähigkeit mit einem Risikohorizont von einem Jahr hochskaliert. Der ökonomische Eigenkapitalbedarf für Marktrisiken lag per 31. Dezember 2019 bei 0,6 Mrd. € (Vorjahr: 0,2 Mrd. €). Hier- von entfallen 0,4 Mrd. € auf Zinsrisiken im Anlagebuch (IRRBB).

Zur Quantifizierung des Liquiditätsfristentransformationsrisikos verwendet die Hamburg Commercial Bank ebenfalls einen VaR-Ansatz. Dieses langfristige/strukturelle Liquiditätsrisiko ist Ausdruck der Gefahr einer Erhöhung der Refinanzierungskosten für die spätere Schließung offener Liquiditätspositionen. Der Liquidity Value at Risk (LVaR) als Maß des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs für Liquiditätsrisiken betrug am 31. Dezember 2019 0,1 Mrd. € (Vorjahr: 0,1 Mrd. €). Das für die Steuerung des Liquiditätsrisikos grundsätzlich bedeutendere Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird hingegen mit einem Puffer an liquiden Mitteln unterlegt. Angaben zum Management des Zahlungsunfähigkeitsrisikos enthält der Abschnitt „Liquiditätsrisiko“.

Die operationellen Risiken werden anhand eines modifizierten Standardansatzes, der auch Ergebnisse aus Szenario-Analysen berücksichtigt, ermittelt. Der entsprechende ökonomische Eigenkapitalbedarf betrug zum 31. Dezember 2019 0,2 Mrd. € (Vorjahr: 0,2 Mrd. €).

Die Auslastung des Risikodeckungspotenzials lag zum Berichtsstichtag bei 51 % (Vorjahr: 43 %). Die wesentliche Ursa-

che für den Anstieg der Auslastung des Risikodeckungspotenzials war die erforderliche Aufspaltung der Marktrisikoeermittlung. Die Risikotragfähigkeit war jederzeit während des Berichtszeitraums sichergestellt.

Die folgende Tabelle zeigt das ökonomische Risikodeckungspotenzial des Konzerns, den ökonomischen Eigenkapitalbedarf für die einzelnen Risikoarten, den verbleibenden Risikodeckungspotenzial-Puffer sowie die Auslastung des Risikodeckungspotenzials.

ICAAP/Risikotragfähigkeit des Konzerns

(Mrd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Ökonomisches Risikodeckungspotenzial	3,8	3,7
Ökonomischer Eigenkapitalbedarf	2,0	1,6
davon: für Ausfallrisiken	1,0	1,1
für Marktrisiken	0,6	0,2
Zinsrisiken im Anlagebuch (IRRBB)	0,4	n.a.
sonstige Marktrisiken	0,2	n.a.
für Liquiditätsrisiken	0,1	0,1
für operationelle Risiken	0,2	0,2
Risikodeckungspotenzial-Puffer	1,9	2,1
Auslastung des Risikodeckungspotenzials (in %)	51	43

Die Ergebnisse sowohl der ökonomischen als auch der normativen Sicht werden entsprechend den Anforderungen der FinaRisikoV an die Bankenaufsicht gemeldet.

Szenariorechnungen

Neben der oben beschriebenen ökonomischen Perspektive wird zudem die Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen über einen mittelfristigen Horizont (mind. 3-Jahresperspektive im Base und Stress Case) innerhalb der normativen internen Perspektive gemäß dem EZB-Leitfaden für den Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) beurteilt. Durch die vierteljährliche Ermittlung der regulatorischen Kapitalquoten zum Stichtag und über einen mehrjährigen Szenariohorizont wird die Einhaltung der geforderten Kapitalkennzahlen und -anforderungen geprüft. Diese Anforderungen beziehen sich explizit auf die Kapitalplanung sowie auf dynamische Szenariorechnungen im Basis- und adversen Szenario (Base- und Downside-Planung). Während in der Base-Planung grundsätzlich alle Kennzahlenanforderungen einzuhalten sind, können im Downside-Szenario temporär auch Verletzungen der Kapitalpufferanforderungen auftreten. Der nor-

mative Ansatz beschränkt sich nicht auf die in den regulatorischen Kapitalanforderungen erfassten Säule I-Risiken, sondern berücksichtigt auch wechselseitige Beziehungen mit ökonomischen Effekten auf die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen.

Um die Auswirkungen von potenziellen Belastungen auf wesentliche Steuerungsgrößen wie den ICAAP/die Auslastung der Risikotragfähigkeit, regulatorische Kapitalquoten und Liquidität und damit auf die Gesamtrisikolage der Hamburg Commercial Bank besser einschätzen zu können, führt die Bank regelmäßig neben risikoartenspezifischen auch risikoartenübergreifende Stresstests durch. Zur Durchführung dynamischer Stresstests beschließt der Szenariosteuerungskreis (SSK) regelmäßig auf Basis beobachteter Marktentwicklungen makroökonomische und segmentspezifische Prognosen. Diese Erwartungs- und Stressprognosen fließen auch in die normative Perspektive in unterschiedliche Simulationsszenarien ein und werden vierteljährlich dem ALCO und dem Gesamtvorstand vorgestellt.

Wesentliche makroökonomische Risiken für die Kapitalkennzahlen und die risikogewichteten Aktiva (RWA) resultieren aus einer potenziellen Verschlechterung der Markt- und Risikoparameter in den Kernmärkten der Bank einschließlich der Zinsprognosen und eines stärkeren US-Dollars. Es werden daher die Auswirkungen von makroökonomischen Szenarien, wie zum Beispiel eines schweren konjunkturellen Abschwungs oder assetspezifischer Krisen, sowie die Belastungen aus möglichen aufsichtsrechtlichen Entwicklungen auf die Kapitalquoten der Säule I und II sowie auf die Verschuldungsquote regelmäßig berechnet.

Sollte die im Rahmen der Planung u. a. unterstellte Seitwärtsbewegung in der Schifffahrt nicht eintreten oder eine Verschlechterung des Immobilienmarktes (insbesondere der Immobilienwerte) eintreten oder ein deutlich schwächeres makroökonomisches Umfeld sowie ein deutlich stärkerer USD-Kurs vorliegen (Downside-Szenario), würde dies zu einer wesentlichen Verschlechterung der Risikoparameter führen. Bei einer dadurch bedingten Verschlechterung wesentlicher Kapitaladäquanz- bzw. SRF-Kenngrößen würden Maßnahmen zur Stärkung der Kapitalquoten erforderlich, um die bankinternen erforderlichen Kenngrößen und damit die regulatorischen Anforderungen (Säule II-Anforderung) auf der Ebene des Hamburg Commercial Bank Konzerns einzuhalten. Sofern es in einem entsprechenden Szenario trotz umgesetzter Maßnahmen zur Nichteinhaltung von Kapitalpufferanforderungen (Säule II-Anforderung) kommen sollte, wäre ein Kapitalerhaltungsplan gemäß § 10i Abs. 3 KWG aufzustellen. Für die Gesamtkapitalquote wird sowohl im Base-Szenario als auch im Downside-Szenario für das Folgejahr von einem Wert deutlich oberhalb des intern gesetzten Mindestwertes von 14,5 % ausgegangen.

Für Zwecke der ökonomischen Perspektive werden ergänzend so genannte Ad-hoc-Stressbetrachtungen durchge-

führt, d. h. es werden die Auswirkungen von Risikoparameterveränderungen ausgehend vom aktuellen Portfolio für einen einjährigen Risikohorizont untersucht.

Die Ergebnisse finden Eingang in das interne Berichtswesen der Hamburg Commercial Bank und werden vom Vorstand regelmäßig im Sinne eines maßnahmenorientierten Steuerungsdialogs analysiert. Neben der Prüfung der Kapitaladäquanz für den in der ökonomischen Perspektive zum Stichtag und in den unterschiedlichen Stressszenarien vorgehaltenen Puffer an Risikodeckungspotenzial, regulatorischem Kapital und Liquidität, dient diese Analyse der Erörterung der Notwendigkeit von Handlungsoptionen zur Stärkung der finanziellen Stabilität der Hamburg Commercial Bank.

Einen vergleichbaren Zweck verfolgt der Sanierungsplan der Hamburg Commercial Bank gemäß Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG). Dieser dient sowohl der Früherkennung etwaiger Ressourcenengpässe anhand geeigneter Indikatoren als auch deren Behebung mittels vordefinierter Handlungsoptionen in Krisensituationen. Die Wirksamkeit der identifizierten Handlungsoptionen, der gewählten Sanierungsplanindikatoren sowie der zugehörigen Prozesse wird jährlich im Sanierungsplan anhand konkreter Belastungsszenarien überprüft und nachgewiesen.

Beide Prozesse dienen insbesondere dem Ziel, die Fähigkeit des Instituts zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Mindestanforderungen und interner Vorgaben auch unter Stressbedingungen zu gewährleisten. Zusätzlich führt die Hamburg Commercial Bank mindestens einmal jährlich inverse Stresstests durch. Hierbei werden Szenarien identifiziert, die die Hamburg Commercial Bank in ihrer Überlebensfähigkeit gefährden könnten. Auch diese Informationen dienen dem Vorstand der Hamburg Commercial Bank als Orientierung bei der Erörterung und dem Beschluss etwaiger Handlungsbedarfe bei existenzgefährdenden Entwicklungen.

Zusätzlich zu den risikoartenübergreifenden Stresstests hat die Hamburg Commercial Bank Verfahren für die frühzeitige Erkennung von Fehlentwicklungen auf Ebene der einzelnen Risikoarten eingerichtet, die in den nachfolgenden Kapiteln erläutert werden.

Ausfallrisiko

Die Hamburg Commercial Bank differenziert das Ausfallrisiko nach Kredit-, Erfüllungs-, Länder- und Beteiligungsrisiko.

Bestandteile des Kreditrisikos sind neben dem klassischen Kreditrisiko das Kontrahentenrisiko und das Emittentenrisiko. Das klassische Kreditrisiko bezeichnet das Risiko des vollständigen oder teilweisen Verlusts aufgrund einer Bonitätsverschlechterung der Gegenpartei bei Kreditgeschäften. Ein Kontrahentenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass ein Kontraktpartner innerhalb der Laufzeit eines Geschäfts ausfällt und sich die Hamburg Commercial Bank am Markt gegebenenfalls nur zu einem ungünstigeren Marktpreis mit einem neuen Kontrakt für die Restlaufzeit eindecken kann. Das Emittentenrisiko

bezeichnet das Risiko, dass aufgrund eines Ausfalls bzw. durch die Verschlechterung der Bonität eines Emittenten ein Wertverlust in einem Finanzgeschäft eintritt.

Das Erfüllungsrisiko setzt sich aus dem Abwicklungs- und dem Vorleistungsrisiko zusammen. Das Abwicklungsrisiko besteht in einem möglichen Wertverlust, wenn aus einem bereits fälligen Geschäft Liefer- oder Abnahmeansprüche bestehen, die beidseitig noch nicht erfüllt wurden. Ein Vorleistungsrisiko liegt vor, wenn die Hamburg Commercial Bank ihre Verpflichtung bereits vertragsgemäß erfüllt hat, die Gegenleistung durch den Vertragspartner jedoch noch aussteht.

Unter Länderrisiko versteht die Hamburg Commercial Bank das Risiko, dass vereinbarte Zahlungen aufgrund von staatlich verfügten Beschränkungen des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs nicht oder nur unvollständig bzw. verspätet erbracht werden (Transferrisiko). Das Risiko ist nicht in der Bonität des Schuldners begründet.

Unter dem Beteiligungsrisiko wird die Gefahr eines finanziellen Verlusts aufgrund von Wertminderungen des Beteiligungsbesitzes verstanden.

Alle genannten Bestandteile des Ausfallrisikos werden im Rahmen der Eigenkapitalsteuerung berücksichtigt. Für Risikokonzentrationen und Beteiligungsrisiken gibt es zusätzliche Steuerungsmaßnahmen.

Organisation des Ausfallrisikomanagements

Das Credit Risk Management verantwortet für das Kreditgeschäft die Analyse einschließlich der Erstellung und Festsetzung des Ratings sowie die Erstellung der Kreditentscheidungsvorlagen. Zudem verantwortet das Credit Risk Management die Gestaltung der Regelwerke des Kreditgeschäfts einschließlich der entsprechenden Prozesse. Der Unternehmensbereich Business Operations ist für die Abwicklung des Kreditneugeschäfts, die Verwaltung des Bestandsgeschäfts sowie die Überwachung der Sicherheiten zuständig. Die Sicherheitenbewertung erfolgt im Credit Risk Management. Die Abteilung Special Credit Management ist für die Betreuung der Sanierungsengagements und die damit verbundenen operativen Sanierungstätigkeiten verantwortlich. Sofern ein Engagement als Sanierungsfall eingestuft wird, erfolgt eine Übergabe aus dem jeweiligen Marktbereich an das Special Credit Management sowie an das entsprechende Sanierungsanalyseteam im Credit Risk Management. Die Bearbeitung der Abwicklungsengagements erfolgt in den Sanierungsanalyseteams des Credit Risk Managements. Die Kreditentscheidungen für Normal- und Intensivbetreuungengagements werden vom jeweiligen Marktbereich und von der Marktfolge gemeinsam getroffen, die Kreditentscheidungen über Sanierungsengagements gemeinsam von Special Credit Management und Credit Risk Management. Eine Entscheidung gegen das Votum der Marktfolgeeinheit Credit Risk Management ist jeweils ausgeschlossen. Kreditentscheidungen über Abwicklungsengagements werden unterhalb der Gremienkompetenz im Credit Risk Management getroffen.

Die Funktion des Risikovororgemanagements ist im Bereich Credit Risk Management angesiedelt.

Für Kreditgeschäfte in bestimmten Geschäftsarten und unterhalb bestimmter Größenordnungen, die als nicht risikorelevant eingestuft werden, macht die Hamburg Commercial Bank im Sinne der MaRisk-Öffnungsklausel von der Möglichkeit Gebrauch, von der Einbindung der Marktfolge abzusehen.

Die Überwachung der Handelslinien für Kontrahenten- und Emittentenrisiken erfolgt im Unternehmensbereich Risk Control. Im Rahmen der Handelslinienüberwachung wird das sogenannte Potential Future Exposure von Derivaten auf Basis eines 95 %-Quantils für jeden Kunden täglich neu berechnet und dem jeweiligen Handelslimit gegenübergestellt.

Der Unternehmensbereich Risk Control ist außerdem verantwortlich für die unabhängige Analyse und Überwachung der Risiken auf Portfolioebene, das unabhängige Berichtswesen sowie die Steuerung der Länderrisiken. Dies umfasst auch die Sicherstellung der Portfoliotransparenz und die unabhängige Geschäftsfeldanalyse (einschließlich Szenariosimulationen) sowie den Betrieb eines Frühwarnsystems auf Einzelgeschäftsebene zur rechtzeitigen Identifikation von Kreditengagements, bei denen sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die im Kredithandbuch der Hamburg Commercial Bank enthaltenen Grundsätze und Regelungen, insbesondere zu Kreditkompetenzen (Festlegung von Entscheidungskompetenzen für Kreditentscheidungen der Bank sowie Festlegung von Entscheidungskompetenzen über das Eingehen, Verändern und Beenden von Beteiligungen), zur Begrenzung und zum Reporting von Konzentrationen bei Adressenausfallrisiken, zur Ratingermittlung, zur Behandlung von Sicherheiten, zur Engagementüberwachung und zur Ausfalldefinition. Danach werden Kreditrisiken, die nach dem Kreditbegriff des Artikels 389 CRR erfasst werden, in Abhängigkeit von Besicherung, Kreditart, Ratingklasse sowie Ausprägung des Kreditrisikos differenziert betrachtet und behandelt. Zugrunde gelegt wird das Gesamtengagement, das der Hamburg Commercial Bank Konzern mit der Gruppe verbundener Kunden (GvK) nach Artikel 4 Abs.1 Nr. 39 CRR unterhält, wobei als relevanter Kreditnehmer stets der wirtschaftliche Risikoträger betrachtet wird.

Für die Unterscheidung von besicherten und unbesicherten Krediten hat die Hamburg Commercial Bank die für sie werthaltigen Sicherheiten festgelegt. Dabei wird auf die Erfüllung der Anforderungen aus der CRR (zum Beispiel Vorhandensein eines Marktwerts, Verwertungsmöglichkeiten, fehlende Korrelation zum besicherten Kredit, rechtliche Durchsetzbarkeit, Laufzeitkongruenz) abgestellt. Der Kreis der anerkannten Sicherheiten kann nach Prüfung durch ein marktunabhängiges Team aus Spezialisten der Unternehmensbereiche Credit Risk Management, Risk Control sowie Legal, Board Office & Taxes erweitert werden.

Das einzelrisikobezogene Kreditrisikomanagement wird insbesondere ergänzt durch Regelungen zur Engagementüberwachung und Früherkennung von Risiken sowie die im SRF verabschiedeten ausfallrisikobezogenen Limitüberwachung für bestimmte Teilportfolien (u. a. Immobilien, LBO, Shipping).

Management des Ausfallrisikos

Korrespondierend zur geschäftsstrategischen Ausrichtung der Hamburg Commercial Bank – als einer der führenden Bankpartner der gehobenen mittelständischen Wirtschaft – mit dem Ankerprodukt Kredit machen die Ausfallrisiken den größten Anteil am Gesamtrisikopotenzial aus. Zu ihrer Messung und Steuerung wendet das Risikomanagement Verfahren und Methoden an, die kontinuierlich auf Angemessenheit überprüft und weiterentwickelt werden.

Wesentliche Messgrößen für das Ausfallrisiko sind der erwartete und der unerwartete Verlust. Der erwartete Verlust entspricht dem Ausfall, der bei gegebener Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD), Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD) und Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default, EaD) für einen Kreditnehmer innerhalb eines Jahres erwartet wird. Das EaD ist der erwartete Forderungsbetrag unter Berücksichtigung einer potenziellen (Teil-) Ziehung von Zusagen und Eventualverbindlichkeiten, der die Risikotragfähigkeit bei Ausfall belasten wird. Der maximale Betrag, um den ein tatsächlicher Verlust den erwarteten Verlust mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (99,9 %) innerhalb eines bestimmten Zeitraums (ein Jahr) übersteigen kann, wird als unerwarteter Verlust bezeichnet. Relevante Risikoparameter sind hierbei ebenfalls PD, LGD und EaD. Ausgehend von der Berechnung der Eigenkapitalunterlegung gemäß CRR erfolgt die Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs für die interne Steuerung unter Berücksichtigung ökonomisch begründeter Anpassungen. Bei der Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs für Ausfallrisiken werden zusätzlich institutsspezifische Asset-Korrelationen sowie Granularitätsanpassungen zur Abdeckung bestehender Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Der ökonomische Eigenkapitalbedarf für Ausfallrisiken betrug zum Berichtsstichtag 1,0 Mrd. € (Vorjahr: 1,1 Mrd. €). Der gesunkene ökonomische Eigenkapitalbedarf für Ausfallrisiken ist bedingt durch den Portfolioabbau im Jahr 2019, der auch im Jahr 2020 weiter fokussiert wird.

Zur Steuerung des Non Performing Exposure (NPE) als Summe aller Risikopositionen ausgefallener Schuldner dient als bedeutsame Steuerungsgröße, die auch als Risikoleitplanke im SRF festgelegt wurde, die NPE-Quote. Die NPE-Quote ist im Einklang mit den Erwartungen gesunken, da konsequent am Abbau leistungsgestörter Engagements gearbeitet wurde. Die NPE-Quote belief sich zum Berichtsstichtag unter Berücksichtigung von wertaufhellenden Erkenntnissen auf 1,8 %.

Zudem wird die NPE Coverage Ratio AC (Quotient aus der Summe der Risikovorsorge auf das Non Performing Exposure zur Summe des gesamten Non Performing Exposure AC) auf Gesamtbankenebene überwacht. Die NPE Coverage Ratio AC betrug zum Berichtsstichtag unter Berücksichtigung von wertaufhellenden Erkenntnissen solide 57,1 %.

Die Syndizierung von Kreditgeschäften trägt dazu bei, die Portfoliozusammensetzung aktiv zu gestalten und die Einzelfinanzierungsrisiken (sog. Final Takes) auf die Bilanzrelationen auszurichten. Die Bank unterzieht in einem Kreditkomitee alle potenziellen Neugeschäfte ab einer bestimmten Volumengrenze einer Marktkonformitätsprüfung bzw. einem Syndication-Assessment durch das Kreditsyndikat in der Abteilung Syndicate & Credit Solutions. Das Kreditkomitee bzw. das Kreditrisikomanagement entscheiden dann zusammen mit dem Kreditsyndikat und dem Vertrieb im Dealteam, ob eine Syndizierung im Rahmen des Neugeschäfts- bzw. Underwritingprozesses vorzusehen ist.

RATINGVERFAHREN, LGD UND CCF

In der Hamburg Commercial Bank werden Ratingmodule für Banken, Corporates, internationale Gebietskörperschaften, Länder- und Transferrisiken, Versicherungen, Leveraged Finance, Sparkassen-StandardRating und Leasing sowie im Bereich der Spezialfinanzierungen für Schiffe, Immobilien und Projekte eingesetzt. Neben quantitativen Informationen sind auch diverse qualitative Merkmale Teil eines jeden Ratingmoduls. Im Ergebnis ergibt sich für jeden Kreditnehmer eine Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und damit die Zuordnung zu einer konkreten Bonitätsklasse. Die Bank verwendet für alle Module eine identische Rating-Masterskala, die nicht nur unterschiedliche Portfoliosegmente vergleichbar macht, sondern auch ein Mapping mit externen Ratings ermöglicht.

Um für Eventualverbindlichkeiten und Zusagen die bei einem möglichen Ausfall zu erwartende Inanspruchnahme zu ermitteln, werden sogenannte Credit Conversion Factors (CCF) empirisch ermittelt und angewendet. Der mit einem CCF gewichtete ausstehende Kreditbetrag wird als EaD bezeichnet.

Zur Prognose der Verlustquoten bei Ausfällen (Loss Given Default, LGD) verwendet die Hamburg Commercial Bank eine differenzierte LGD-Methodik. Dabei werden auf Basis historischer Verlustinformationen sicherheitenspezifische Verwertungserlösquoten und kreditnehmerspezifische Einbringungsquoten geschätzt. Aus dem EaD wird mittels der LGD der jeweils erwartete Ausfallbetrag ermittelt.

Im Rahmen des jährlichen Validierungsprozesses werden für jedes Berichtsjahr auf Basis von anonymisierten, gebündelten Daten die Vorhersagekraft der Ratingmodule hinsichtlich der prognostizierten Ausfallwahrscheinlichkeiten überprüft sowie in vergleichbarer Form auch die LGD- und CCF-Verfahren validiert und fortlaufend weiterentwickelt.

RISIKOKONZENTRATIONEN

Im Rahmen regelmäßiger Geschäftsfeldanalysen werden potenzielle Ausfallrisikokonzentrationen zum Beispiel bezüglich Gruppen verbundener Kunden (GvK), Regionen oder Branchen im weiteren Sinne identifiziert und deren Entwicklung überwacht. Die wesentliche Risikokonzentration der Hamburg Commercial Bank im Kreditrisiko lag Ende 2019 im Immobilienportfolio mit einem Anteil von 29 % am Gesamtportfolio (Vorjahr: 24 %).

Für die Überwachung der Großkreditobergrenzen gemäß Art. 395 CRR besteht ein interner Prozess, der die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben sicherstellt. Ergänzend hierzu werden die wesentlichen Adresskonzentrationen des Bestands über die Methodik einer ratingabhängigen Nett nominalobergrenze sowie einer ratingunabhängigen Bruttonominalobergrenze identifiziert und vierteljährlich an den Vorstand und den Risikoausschuss berichtet. Zur Vermeidung künftiger Adresskonzentrationen wird die Einhaltung der Obergrenzen auch bei jedem Neugeschäft geprüft.

Im Rahmen des Managements von Risikokonzentrationen stellt die Länderrisikolimitierung eine zusätzliche Steuerungsdimension dar. Die Länderrisikokonzentrationen werden auf Ebene der Hamburg Commercial Bank Gruppe durch Länderobergrenzen beschränkt. Die Auslastung der entsprechenden Risikoleitplanken wird laufend zentral von der Länderrisiko steuerung überwacht.

BETEILIGUNGSRISIKO

Die Hamburg Commercial Bank hat ihr Beteiligungsportfolio und damit einhergehend das Beteiligungsrisiko über die letzten Jahre stark reduziert und somit erfolgreich an die strategische Neuausrichtung der Bank angepasst. Das Eingehen neuer Beteiligungen erfolgt ausschließlich im Einklang mit den strategischen Zielen der Hamburg Commercial Bank. Chancen und Risiken eines möglichen Beteiligungsengagements werden vor Geschäftsabschluss ausführlich analysiert.

Ein wesentliches Instrument zur Überwachung und Steuerung des Beteiligungsrisikos stellt die regelmäßige Unternehmensbewertung dar. Mindestens einmal jährlich wird die Werthaltigkeit aller Beteiligungen der Hamburg Commercial Bank überprüft. Dabei werden bedeutende Beteiligungen einer detaillierteren Analyse unterzogen.

Darüber hinaus wird durch die Gestaltung der Gesellschaftsverträge und Geschäftsordnungen sichergestellt, dass eine möglichst intensive Steuerung im Interesse der Hamburg Commercial Bank erfolgen kann.

Für drei Gesellschaften des Beteiligungsportfolios hat die Hamburg Commercial Bank harte Patronatserklärungen ausgegeben und steht somit für die Verbindlichkeiten dieser Gesellschaften ein. Bisher ist aus diesen Erklärungen keine Verpflichtung für die Hamburg Commercial Bank entstanden. Mit zwei weiteren Beteiligungen hat die Hamburg Commercial Bank jeweils einen Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen.

STEUERUNG DES AUSFALLRISIKOS IN DER VOR- UND NACHKALKULATION

In der Hamburg Commercial Bank wird bankweit ein einheitliches Verfahren zur Vorkalkulation von Kreditgeschäften mit einer barwertigen Berechnung der erwarteten und unerwarteten Verluste aus Ausfallrisikopositionen verwendet. In die Vorkalkulation gehen dabei neben Liquiditätskosten und Vollkosten die intern ermittelten geschäftsindividuellen Risikoparameter Rating, LGD und EAD über die Standardrisikokosten und die regulatorische Eigenkapitalunterlegung ein. Analog findet monatlich eine Nachkalkulation (Profit-Center-Rechnung) der Geschäfte unter Berücksichtigung der oben genannten Kostenkomponenten statt. Auf Basis der aktuellen Risikoparameter der einzelnen Geschäfte werden die Standardrisikokosten und darauf aufbauend Deckungsbeiträge ermittelt. Zur Steuerung des Ausfallrisikos werden außerdem regelmäßig die Auslastungen der im Rahmen der jährlichen Bankplanung festgelegten regulatorischen Eigenkapitalbindung auf Ebene der Unternehmensbereiche ermittelt. Im Falle einer Überziehung der Engpassressourcen gelten für Neugeschäfte und Prolongationen verschärfte Zustimmungspflichten.

AUSFALLRISIKOSTRUKTUR

Die nachfolgenden Darstellungen zur Ausfallrisikostuktur basieren auf dem Exposure at Default (EaD). Das EaD entspricht dem im Risiko stehenden Volumen der Kreditforderungen, Wertpapiere, Beteiligungen, derivativen Finanzinstrumente (positive Marktwerte nach Netting) und außerbilanziellen Geschäfte unter Berücksichtigung des Credit Conversion Factors. Im EaD sind keine risikomindernden Effekte (z. B. Anrechnung von Sicherheiten) enthalten. Zum 31. Dezember 2019 belief sich das EaD insgesamt auf 48.554 Mio. €.

In der folgenden Tabelle ist das EaD aufgedgliedert nach den bankinternen Ratingklassen dargestellt. Der Anteil des EaD mit Investment-Grade-Rating (Ratingklasse 1 bis 5) umfasst auf Konzernebene 71 % des Gesamtengagements (Vorjahr: 73 %).

Ausfallrisikostruktur nach Ratingklassen¹⁾³⁾

(Mio. €)	31.12.2019		
	Geschäftsfelder	Sonstige und Überleitung	Gesamt
1 (AAAA) bis 1 (AA+)	10.643	1.967	12.610
1 (AA) bis 1 (A-)	7.315	1.793	9.108
2 bis 5	12.229	338	12.567
6 bis 9	11.033	2	11.035
10 bis 12	1.472	-	1.472
13 bis 15	689	4	693
16 bis 18 (Ausfallklassen)	735	-	735
Sonstige ²⁾	96	239	335
Gesamt	44.211	4.343	48.554

¹⁾ Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeiten (in %): 1 (AAAA) bis 1 (AA+): 0,00–0,02; 1 (AA) bis 1 (A-): 0,03–0,09; 2 bis 5: 0,12–0,39; 6 bis 9: 0,59–1,98; 10 bis 12: 2,96–6,67; 13 bis 15: 10,00–20,00; 16 bis 18: 100,00.

²⁾ In der Position Sonstige werden Geschäfte berücksichtigt, für die keine interne oder externe Ratingeinstufung vorliegt, wie zum Beispiel Forderungen unserer konsolidierten Beteiligungen gegenüber Dritten.

³⁾ Ohne Berücksichtigung von wertaufhellenden Erkenntnissen nach dem Berichtsstichtag.

Ausfallrisikostruktur nach Ratingklassen¹⁾⁴⁾

(Mio. €)	31.12.2018		
	Geschäftsfelder	Sonstige und Überleitung ³⁾	Gesamt
1 (AAAA) bis 1 (AA+)	13.389	3.648	17.037
1 (AA) bis 1 (A-)	7.992	2.104	10.096
2 bis 5	14.005	175	14.180
6 bis 9	10.642	1	10.643
10 bis 12	1.848	-	1.848
13 bis 15	1.539	5	1.544
16 bis 18 (Ausfallklassen)	699	183	882
Sonstige ²⁾	92	319	411
Gesamt	50.207	6.434	56.641

¹⁾ Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeiten (in %): 1 (AAAA) bis 1 (AA+): 0,00–0,02; 1 (AA) bis 1 (A-): 0,03–0,09; 2 bis 5: 0,12–0,39; 6 bis 9: 0,59–1,98; 10 bis 12: 2,96–6,67; 13 bis 15: 10,00–20,00; 16 bis 18: 100,00.

²⁾ In der Position Sonstige werden Geschäfte berücksichtigt, für die keine interne oder externe Ratingeinstufung vorliegt, wie zum Beispiel Forderungen unserer konsolidierten Beteiligungen gegenüber Dritten.

³⁾ Im Segment Sonstige und Überleitung werden Geschäfte des zum Jahresende 2018 noch bestehenden Segments Abbaubank berücksichtigt.

⁴⁾ Ohne Berücksichtigung von wertaufhellenden Erkenntnissen nach dem Berichtsstichtag.

In der folgenden Tabelle ist das EaD nach den für die Hamburg Commercial Bank wesentlichen Branchen dargestellt:

Ausfallrisikostruktur nach Branchen

(Mio. €)	31.12.2019		
	Geschäftsfelder	Sonstige und Überleitung	Gesamt
Industrie	7.140	-	7.140
Schifffahrt	4.921	-	4.921
Handel und Transport	2.473	-	2.473
Kreditinstitute	2.118	2.604	4.722
Sonstige Finanzinstitute	1.834	17	1.851
Grundstücke und Gebäude	10.713	1	10.714
Sonstige Dienstleistungen	4.502	369	4.871
Öffentlicher Sektor	10.182	1.343	11.525
Private Haushalte	327	9	336
Sonstige	-	-	-
Gesamt	44.211	4.343	48.554

Ausfallrisikostruktur nach Branchen

(Mio. €)	31.12.2018		
	Geschäftsfelder	Sonstige und Überleitung ¹⁾	Gesamt
Industrie	7.930	7	7.937
Schifffahrt	4.999	137	5.136
Handel und Transport	2.836	-	2.836
Kreditinstitute	3.603	3.276	6.879
Sonstige Finanzinstitute	2.135	16	2.151
Grundstücke und Gebäude	10.875	39	10.914
Sonstige Dienstleistungen	4.528	401	4.929
Öffentlicher Sektor	12.912	2.546	15.458
Private Haushalte	389	13	402
Sonstige	-	-	-
Gesamt	50.207	6.434	56.641

1) Im Segment Sonstige und Überleitung werden Geschäfte des zum Jahresende 2018 noch bestehenden Segments Abbaubank berücksichtigt.

In der folgenden Tabelle ist das EaD nach Restlaufzeiten dargestellt:

Ausfallrisikostuktur nach Restlaufzeiten

(Mio. €)	31.12.2019		
	Geschäftsfelder	Sonstige und Überleitung	Gesamt
Bis 3 Monate	8.861	404	9.265
> 3 Monate bis 6 Monate	2.260	176	2.436
> 6 Monate bis 1 Jahr	2.728	485	3.213
> 1 Jahr bis 5 Jahre	17.216	2.222	19.438
> 5 Jahre bis 10 Jahre	8.647	765	9.412
> 10 Jahre	4.498	291	4.789
Sonstige	-	-	-
Gesamt	44.211	4.343	48.554

Ausfallrisikostuktur nach Restlaufzeiten

(Mio. €)	31.12.2018		
	Geschäftsfelder	Sonstige und Überleitung ¹⁾	Gesamt
Bis 3 Monate	9.717	728	10.445
> 3 Monate bis 6 Monate	1.864	156	2.020
> 6 Monate bis 1 Jahr	2.841	198	3.039
> 1 Jahr bis 5 Jahre	20.944	3.383	24.327
> 5 Jahre bis 10 Jahre	9.660	1.607	11.267
> 10 Jahre	5.182	362	5.544
Sonstige	-	-	-
Gesamt	50.207	6.434	56.641

¹⁾ Im Segment Sonstige und Überleitung werden Geschäfte des zum Jahresende 2018 noch bestehenden Segments Abbaubank berücksichtigt.

Einen Überblick über die Aufteilung des Auslandsobligos nach Regionen, das per 31. Dezember 2019 18.073 Mio. € (Vorjahr: 16.689 Mio. €) erreichte, gibt nachfolgende Tabelle:

Auslandsobligo nach Regionen¹⁾

(Mio. €)	31.12.2019		
	Geschäftsfelder	Sonstige und Überleitung	Gesamt
Eurozone	9.053	850	9.903
Westeuropa	2.567	876	3.443
Osteuropa	206	-	206
Afrikanische Länder	466	-	466
Nordamerika	594	79	673
Lateinamerika	844	-	844
Mittlerer Osten	74	-	74
Asien-Pazifik-Raum	2.123	-	2.123
Internationale Organisationen	16	282	298
Internationale Börsenplätze	42	-	42
Gesamt	15.985	2.088	18.073

¹⁾ Die Werte zum 31.12.2019 basieren auf der überarbeiteten Zuordnung nach dem juristischen Sitzland ohne weitere Sicherheitenallokationen. Die Angaben und Erläuterungen zum 31.12.2018 sind nicht angepasst und entsprechen den zum dargestellten Stichtag ermittelten Beträgen.

Auslandsobligo nach Regionen¹⁾

(Mio. €)	31.12.2018		
	Geschäftsfelder	Sonstige und Überleitung ²⁾	Gesamt
Eurozone	7.889	876	8.765
Westeuropa	3.479	943	4.422
Osteuropa	245	2	247
Afrikanische Länder	530	49	579
Nordamerika	518	-	518
Lateinamerika	401	-	401
Mittlerer Osten	28	5	33
Asien-Pazifik-Raum	1.057	79	1.136
Internationale Organisationen	69	508	577
Internationale Börsenplätze	76	-	76
Gesamt	14.292	2.463	16.755

¹⁾ Gegenüber Darstellung zum Stichtag 31. Dezember 2018 separater Ausweis internationaler Börsenplätze.

²⁾ Im Segment Sonstige und Überleitung werden Geschäfte des zum Jahresende 2018 noch bestehenden Segments Abbaubank berücksichtigt.

Im Berichtszeitraum wurde die Länderrisikosteuerung fachlich und mit Blick auf eine verbesserte Nachvollziehbarkeit für externe Adressaten überarbeitet. Grundlage für die Zuordnung der Geschäfte zu den Regionen und für die Darstellung ausgewählter europäischer Länder ist jetzt das Brutto-Exposure auf Basis des juristischen Sitzlandes. Der Ausweis erfolgt nun ohne weitere Sicherheitenallokationen.

Aufgrund ihrer ungünstigen Fiskal- und Wirtschaftsdaten unterliegt eine Reihe europäischer Staaten einer verstärkten

Überwachung. Hierzu zählen insbesondere Griechenland, Italien, Portugal und Spanien.

Infolge der wirtschaftlichen Entwicklung und der EU-Sanktionen werden auch Engagements mit Russland und der Türkei verstärkt überwacht.

Die folgende Tabelle zeigt das EaD der Engagements in den genannten europäischen Ländern.

Exposure at Default in ausgewählten europäischen Ländern¹⁾

(Mio. €)	Staat		Banken		Unternehmen/Sonstige		Gesamt	
	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Griechenland	-	-	-	-	1	337	1	337
Italien	4	15	-	-	164	270	168	286
Portugal	63	56	-	-	94	96	157	153
Russland	-	-	-	-	-	28	-	28
Spanien	50	93	30	30	292	329	372	451
Türkei	-	-	-	27	135	31	135	58
Gesamt	117	164	30	57	686	1.091	833	1.313

¹⁾ Die Werte zum 31.12.2019 basieren auf der überarbeiteten Zuordnung nach dem juristischen Sitzland ohne weitere Sicherheitenallokationen. Die Angaben und Erläuterungen zum 31.12.2018 sind nicht angepasst und entsprechen den zum dargestellten Stichtag ermittelten Beträgen.

Das zuvor bereits niedrige direkte Staatsengagement in den genannten Ländern wurde 2019 weiter abgebaut. Bei den Engagements im Sektor Unternehmen/Sonstige des Landes Türkei handelt es sich im Wesentlichen um hermesgedeckte Firmenkunden- bzw. Schiffsfinanzierungen, die aufgrund der vorhandenen Sicherheiten transferrisikofrei sind. Ferner wird aufgrund der noch offenen Verhandlungen über das langfristige Verhältnis nach Ablauf der Übergangsphase zwischen Großbritannien und der EU das Exposure in Großbritannien (967 Mio. €) verstärkt überwacht.

RISIKOVORSORGE

Im Rahmen des Risikomanagements richtet die Hamburg Commercial Bank größte Aufmerksamkeit auf Ausfallrisiken. Eingetretene Wertminderungen eines Kreditengagements werden durch Risikovorsorge der LECL Stufe 3 nach konzern-einheitlichen Maßstäben bei Forderungen und Rückstellungen bei außerbilanziellem Geschäft in Höhe des potenziellen

Ausfalls bevorsorgt. Darüber hinaus bildet die Hamburg Commercial Bank Risikovorsorge der Stufe 1 (12-Monats-ECL) und Stufe 2 (LECL Stufe 2) zur Abdeckung zukünftiger Risiken, deren Höhe der Bank noch nicht bekannt ist.

Alle Sanierungs- und Abwicklungsengagements sowie Intensivbetreuungsengagements mit einer Ratingeinstufung größer/gleich 13 durchlaufen jedes Quartal einen umfangreichen zweistufigen Prüfprozess. Im ersten Schritt wird dabei anhand objektiver Kriterien (sogenannte Trigger-Events) geprüft, ob eine Wertminderung der Forderung vorliegen könnte (Impairment Identification). Ist dies der Fall, findet im zweiten Schritt die Untersuchung der identifizierten Kredite auf das tatsächliche Vorliegen eines Risikovorsorgebedarfs und dessen Höhe statt (Impairment Measurement). Die Risikovorsorge wird gemäß IFRS 9 nur für AC-kategorisierte Geschäfte gebildet.

Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft

(Mio. €)	01.01.- 31.12.2019								
	Risikovor- sorge Stufe 3	Risikovor- sorge Stufe 1 und 2	Wertber- richtigun- gen bei Finanz- anlagen	Risikovor- sorge (RV) vor Devisen- ergebnis und Kom- pensation	Devisen- ergebnis Risiko- vorsorge	Kompen- sations- posten	Gesamt	Sicherungs- wirkung aus Kreditderi- vat Zweit- verlust- garantie	RV inkl. Sicherungs- wirkung Kredit- derivat
Corporates & Structured Finance	- 60	- 3	-	- 63	-	-	- 63	-	- 63
Shipping	97	- 13	-	84	-	-	84	-	84
Real Estate	-	- 24	-	- 24	- 1	-	- 25	-	- 25
Diversified Lending & Markets	5	1	4	10	-	-	10	-	10
Sonstige & Überleitung	5	1	-	6	- 1	-	5	-	5
Konzern	47	- 38	4	13	- 2	-	11	-	11

Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft

(Mio. €)	01.01.- 31.12.2018								
	Risikovor- sorge Stufe 3	Risikovor- sorge Stufe 1 und 2	Wertber- richtigun- gen bei Finanz- anlagen	Risikovor- sorge (RV) vor Devisen- ergebnis und Kom- pensation	Devisen- ergebnis Risiko- vorsorge	Kompen- sations- posten	Gesamt	Sicherungs- wirkung aus Kreditderi- vat Zweit- verlust- garantie	RV inkl. Sicherungs- wirkung Kredit- derivat
Corporates & Structured Finance	- 45	- 9	-	- 54	-	-	- 54	-	- 54
Shipping	- 178	- 26	-	- 204	- 1	-	- 205	-	- 205
Real Estate	5	- 60	-	- 55	-	-	- 55	-	- 55
Diversified Lending & Markets	-	14	2	16	-	-	16	-	16
Sonstige & Überleitung ¹⁾	9	1	-	10	2	- 30	- 18	- 51	- 69
Konzern	- 209	- 80	2	- 287	1	- 30	- 316	- 51	- 367

¹⁾ Im Segment Sonstige und Überleitung werden Geschäfte des zum Jahresende 2018 noch bestehenden Segments Abbaubank berücksichtigt.

Die Veränderung der Kreditrisikovorsorge belief sich zum Berichtsstichtag auf +13 Mio. € (gleicher Vorjahreszeitraum: -287 Mio. €).

Vor dem Hintergrund weiter steigender makroökonomischer und geopolitischer Risiken gab es eine Erhöhung der Risikovorsorge der Stufen 1 und 2 (-38 Mio. €). Durch Nettoauflösungen von Risikovorsorge der Stufe 3 (+47 Mio. €) konnte die Erhöhung mehr als ausgeglichen werden. Differenziert hat sich die Risikovorsorge in den einzelnen Segmenten entwi-

ckelt. Im Segment Corporates & Structured Finance notwendige Nettozuführungen wurden durch Nettoauflösungen im Segment Shipping überkompensiert. Shipping profitierte dabei von strukturellen Verbesserungen der Portfolioqualität, unter anderem da die erwarteten Belastungen aus den ab 2020 geltenden Emissionsvorgaben geringer ausfielen.

Nach Deviseneffekten und Kompensation beläuft sich die Veränderung der Risikovorsorge auf insgesamt +11 Mio. € (gleicher Vorjahreszeitraum unter Berücksichtigung der Sicherungswirkung aus dem Kreditderivat: -367 Mio. €).

Die einzelnen Bestände der Risikovorsorge zeigt die folgende Tabelle:

Risikovorsorgebestand

(Mio. €)	2019	2018
Forderungen an Kunden AC	28.409	30.057
Forderungen an Kreditinstitute AC	2.466	3.000
Wertberechtigtes Forderungsvolumen (Bruttobuchwerte Stufe 3)	649	955
Risikovorsorgebestand (Stufe 3) für Forderungen an Kunden	- 344	- 496
Risikovorsorgebestand (Stufe 1 und 2) für Forderungen an Kunden	- 364	- 335
Risikovorsorgebestand (Stufe 1/2 und 3) für Forderungen an Kreditinstitute	-	-
Risikovorsorgebestand für Bilanzposten	- 708	- 831
Rückstellungen für Stufe 3 im Kreditgeschäft	- 46	- 48
Rückstellungen für Stufe 1 und 2 im Kreditgeschäft	- 7	- 12
Risikovorsorgebestand für außerbilanzielle Posten	- 53	- 60
Risikovorsorgebestand gesamt	- 761	- 891

Der nach IFRS 9 ermittelte Risikovorsorgebestand im Konzern betrug per 31. Dezember 2019 -761 Mio. € (Vorjahr: -891 Mio. €).

Der Risikovorsorgebestand Stufe 3 setzt sich zusammen aus dem Risikovorsorgebestand für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (Stufe 3) in Höhe von -344 Mio. € (Vorjahr: -496 Mio. €) sowie den Rückstellungen für Stufe 3 im Kreditgeschäft in Höhe von -46 Mio. € (Vorjahr: -48 Mio. €) und betrug insgesamt -390 Mio. € (Vorjahr: -544 Mio. €).

Die Risikovorsorge Stufe 1 und 2 betragen insgesamt -371 Mio. € (Vorjahr: -347 Mio. €) und setzen sich zusammen aus dem Risikovorsorgebestand für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (Stufe 1 und 2) in Höhe von -364 Mio. € (Vorjahr: -335 Mio. €) sowie aus -7 Mio. € Risikovorsorge aus Rückstellungen für Stufe 1 und 2 im Kreditgeschäft (Vorjahr: -12 Mio. €).

Details zum Bestand der Risikovorsorge im Kreditgeschäft werden in den Notes 14, 26 und 40 des Anhangs dargestellt.

Marktrisiko

Marktrisiken bezeichnen potenzielle Verluste, die aus nachteiligen Marktwertveränderungen von Positionen im Handels- und Anlagebuch entstehen können.

Das Marktrisiko der Hamburg Commercial Bank setzt sich zusammen aus:

- Zinsrisiko als potenzieller Verlust aus nachteiligen Marktwertänderungen aufgrund von Änderungen der Zinssätze. Hierunter fallen Zinsrisiken im Anlagebuch (IRRBB) sowie im Handelsbuch.
- Sonstige Marktrisiken als potenzielle Verluste aufgrund von Änderungen der Credit Spreads (Credit Spread Risiko), der Wechselkurse (Währungsrisiken), der Aktienkurse, Indizes und Fondspreise (Aktienrisiken), jeweils einschließlich ihrer Volatilitäten (Volatilitätsrisiken).

Organisation des Marktrisikomanagements

Der Vorstand legt die Methoden und Prozesse zur Marktrisikomessung, -limitierung und -steuerung fest und budgetiert aus einem risikoartenübergreifenden Limit einen Eigenkapitalbedarf für Marktrisiken. Im Rahmen dieser Verlustobergrenze werden die Risiken aller marktrisikotragenden Geschäfte durch ein System von Verlust- und Risikolimiten begrenzt.

Die aktive Umsetzung der Steuerung der Marktrisiken erfolgte im Berichtsjahr im Unternehmensbereich Capital Markets. Der Unternehmensbereich Bank Steering nimmt die zentrale Steuerungsfunktion für Zins- und Währungsrisiken im Bankbuch wahr. Für ausgewählte strategische Positionen mit Marktrisiken ist der Gesamtvorstand verantwortlich.

Eine im Sinne der MaRisk aufbauorganisatorische Trennung von Marktrisikococontrolling, Finanzcontrolling sowie Abwicklung und Kontrolle auf der einen und den positionsverantwortlichen Handelsbereichen auf der anderen Seite ist auf allen Ebenen gewährleistet. Alle wesentlichen methodischen und operativen Aufgaben zur Risikomessung und -überwachung sind im Unternehmensbereich Risk Control gebündelt.

Management des Marktrisikos

MARKTRISIKOMESSUNG UND -LIMITIERUNG

Grundlage des Systems zur Messung und Steuerung von Marktrisiken ist das ökonomische Tagesergebnis und ein Value-at-Risk-Ansatz. Das ökonomische Ergebnis wird dabei aus der barwertigen Veränderung gegenüber dem Ende des Vorjahres ermittelt. Der Value at Risk einer Position stellt den Wertverlust (in Euro) dar, der bis zur Sicherung oder Liquidierung der Position innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Der Value at Risk (VaR) wird in der Hamburg Commercial Bank nach der Methode der historischen Simulation ermittelt. Die Berechnung basiert konzernweit auf einem Konfidenzniveau von 99,0 % und einer Haltedauer von einem Tag bei einem historischen Beobachtungszeitraum von gleichgewichteten 250 Handelstagen. Das von der Hamburg Commercial Bank eingesetzte und laufend weiterentwickelte VaR-Modell beinhaltet alle wesentlichen Marktrisiken der Bank in adäquater Form.

Die wesentlichen Marktrisiken in der Hamburg Commercial Bank sind primär das Zinsrisiko sowie das Credit Spread- und das Fremdwährungsrisiko. Der VaR der Hamburg Commercial Bank deckt neben diesen Risikoarten auch die Aktienrisiken sowohl für das Handelsbuch als auch für das Anlagebuch ab. Bei der Ermittlung des VaR wird auch das Basisrisiko berücksichtigt. Das Basisrisiko bezeichnet den potenziellen Verlust oder Gewinn, der sich aus Veränderungen im Preis- bzw. Zinsverhältnis ähnlicher Finanzprodukte innerhalb eines Portfolios ergibt.

Die Limitierung auf täglicher Basis erfolgt durch ein VaR-Limit für das Gesamt-Marktrisiko der Bank und durch ein Stop-Loss-Limit für gegebenenfalls auflaufende Verluste. Darüber hinaus erfolgt auf monatlicher Basis eine Limitierung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs für Marktrisiken. Die Auslastung des auf Marktpreisrisiken allokierten ökonomischen Eigenkapitals wird ermittelt durch eine separate Berechnung des IRRBB-Standalone-Bedarfs sowie des Bedarfs für Marktrisiken ohne IRRBB. Beide Komponenten werden anschließend addiert. Diversifikationseffekte werden daher bei der ökonomischen Bedarfssicht nicht berücksichtigt.

Für Limitanpassungen und -überschreitungen bestehen klar definierte Prozesse.

Im Rahmen des Value-at-Risk-Ansatzes werden auch der Gesamt-VaR im Handelsbuch, der Zins-VaR im Anlagebuch und der Credit Spread-VaR begrenzt. Zusätzlich werden die potenziellen barwertigen Verluste limitiert, die sich aus einem 200 bp Zinsschock (Baseler Zinsschock) in Relation zu den Eigenmitteln der Bank ergeben würden.

Die barwertige Sicht in der Marktrisikomessung wird ergänzt durch eine ertragsorientierte Perspektive, in der bis zu einem 5-Jahres-Horizont die durchschnittliche Zinsertragsentwicklung in verschiedenen Zinsszenarien simuliert wird. Als relevante Kennzahl wird die Differenz aus dem Zinsertrag bei einer Entwicklung gemäß Forwards und dem Zinsertrag im schlechtesten plausiblen Stressszenario ermittelt.

Zur Steuerung bzw. Reduzierung der Marktrisiken geht die Hamburg Commercial Bank bei Bedarf Sicherungsgeschäfte ein, um den Auswirkungen ungünstiger Marktbewegungen auf die eigenen Positionen entgegenzuwirken. Als Sicherungsinstrumente dienen insbesondere derivative Finanzinstrumente, wie zum Beispiel Zins- und Zinswährungsswaps. Die Auswirkungen der eingegangenen Sicherungsgeschäfte sind in dem ausgewiesenen VaR enthalten. Weitere Informationen hierzu und zu Art und Kategorien der von der Hamburg Commercial Bank eingegangenen Sicherungsgeschäfte und Sicherungsbeziehungen sowie zur Art der jeweils gesicherten Risiken werden im Konzernanhang dargestellt. Insbesondere wird auf den Abschnitt I. F) der Note 7 „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“, Note 10 „Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen“, Note 27 „Hedge-Accounting nach IFRS 9“ und Note 57 „Bericht über das Derivategeschäft“ verwiesen.

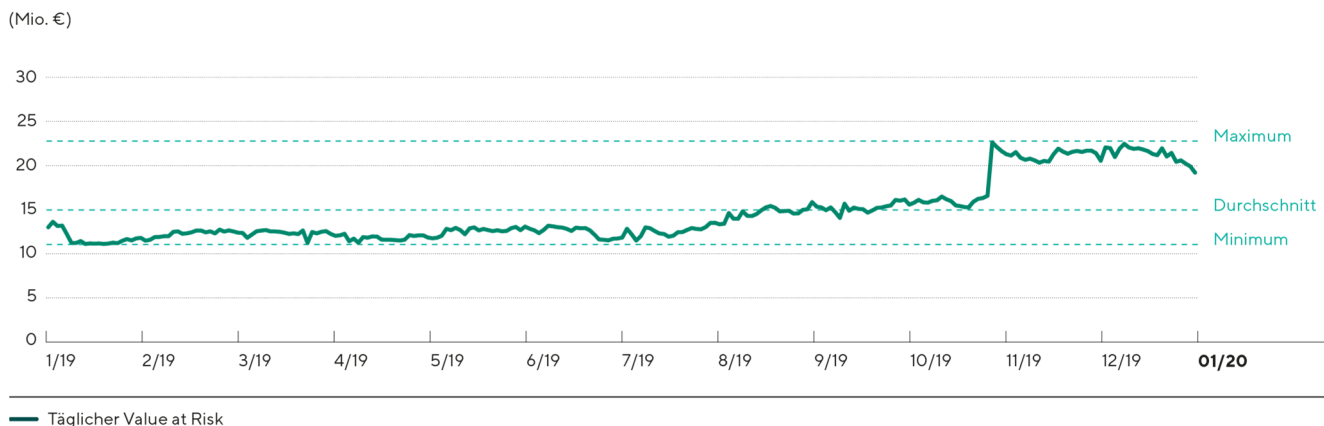
Marktrisiken aus dem Kreditgeschäft und den Passiva der Hamburg Commercial Bank werden an die Handelsbereiche übertragen und in den entsprechenden Risikopositionen berücksichtigt. Dort werden sie im Rahmen eines aktiven Portfoliomanagements gesteuert und über externe Geschäfte abgesichert.

Die Zuordnung der Positionen zum Anlage- und Handelsbuch erfolgt anhand klar definierter Vorgaben, insbesondere hinsichtlich der im Handelsbuch zulässigen Haltedauern. Die Zugehörigkeit einzelner Positionen zum jeweiligen Buch ist in den Marktrisikosystemen eindeutig erkennbar. Zur Erfüllung der Anforderungen an eine ordnungsgemäße Führung des Handelsbuchs wurden verschiedene Prozesse und Kontrollen etabliert, die regelmäßig auf ihre Angemessenheit überprüft werden.

TÄGLICHER VALUE AT RISK IM BERICHTSJAHR

Die folgende Abbildung zeigt den Verlauf des täglichen VaR für die Gesamtheit der Handels- und Anlagebuchpositionen der Hamburg Commercial Bank im Jahresverlauf 2019.

Täglicher Value at Risk im Jahresverlauf 2019



Zum 31. Dezember 2019 belief sich das tägliche Marktrisiko der Handelsbuchpositionen auf 0,1 Mio. €, das der Anlagebuchpositionen betrug 19,4 Mio. €. Das aggregierte Marktrisiko – das sich aufgrund von risikoreduzierenden Korrelations-effekten nicht additiv aus dem VaR der Handels- und Anlagebuchpositionen ergibt – betrug 19,3 Mio. €. Das tägliche Zinsrisiko im Anlagebuch (IRRBB) belief sich auf 22,1 Mio. €. Des Weiteren enthält der Value at Risk des Hamburg Commercial

Bank Konzerns neben dem systemgestützt ermittelten Risiko per 31. Dezember 2019 ein VaR-Add-on i. H. v. 1,9 Mio. € für das Backtesting (berücksichtigt nur auf Ebene des Hamburg Commercial Bank Konzerns).

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Gesamt-VaR und der einzelnen Marktrisikokarten. Maximum und Minimum kennzeichnen die Grenzen, in denen sich der jeweilige Risikowert im Laufe des Berichtsjahres bewegte.

Täglicher Value at Risk des Konzerns

(Mio. €)	Zinsrisiko ¹⁾		Credit Spread-Risiko ¹⁾		Währungsrisiko		Aktienrisiko		Gesamt ²⁾	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018
Durchschnitt	14,8	5,6	6,8	7,3	1,8	8,9	0,8	1,2	14,6	13,3
Maximum	27,6	7,1	8,6	9,3	6,2	14,9	1,0	1,9	22,7	17,2
Minimum	6,5	3,8	5,6	5,9	0,4	3,3	0,6	0,7	11,0	9,9
Periodenendwert	22,0	5,8	8,0	6,1	0,9	4,2	0,6	0,8	19,3	11,4

¹⁾ Zinsrisiko ohne Credit Spread-Risiko.

²⁾ Aufgrund von Korrelationen ergibt sich der VaR nicht additiv.

Das Marktrisiko der Hamburg Commercial Bank ist im Wesentlichen gekennzeichnet durch das Zins- und Währungsrisiko aus dem Kreditgeschäft, der Refinanzierung und dem Handelsbuch, das überwiegend Positionen des Zins- und Währungsderivatehandels mit Kunden sowie des Rentenhandels beinhaltet. Ferner enthält das Marktrisiko das Credit Spread-Risiko aus den Wertpapierpositionen in den durch gute Bonitäten geprägten Liquiditätspuffer- und Deckungsstockportfolien. Das Marktrisiko ist im Jahr 2019 gestiegen. Die Ursache liegt vor allem in einem signifikanten Anstieg im Zinsrisiko. Maßgebliche Treiber waren hier im August das Ausbilden neuer relevanter Risikoszenarien aufgrund stark sinkender Zinsen sowie im Oktober die verbesserte Abbildung negativer Zinsen in der Bewertung der relevanten Finanzinstrumente. Das Währungsrisiko sank zu Beginn des Jahres aufgrund von Anpassungen von Refinanzierungsgeschäften in US-Dollar im Kontext des Closings des Verkaufs der Bank.

BACKTESTING

Zur Überprüfung der Angemessenheit ihrer VaR-Prognosen führt die Hamburg Commercial Bank tägliche Backtests durch. Dabei werden unter der Annahme unveränderter Positionen die aufgrund der beobachteten Marktentwicklung des Folgetags theoretisch erzielten Tagesergebnisse den jeweils mittels historischer Simulation prognostizierten VaR-Werten des Vortags gegenübergestellt. Unter Annahme des in der Hamburg Commercial Bank verwendeten Konfidenzniveaus von 99,0 % weisen bis zu vier Ausreißer auf eine ausreichende Prognosegüte für die Marktrisiken hin. Aufgrund des mit dem Zinsrückgang einhergehenden deutlichen Anstiegs der Volatilität ist die Anzahl der Ausreißer in 2019 deutlich gestiegen. Um auf

Ebene des Hamburg Commercial Bank Konzerns eine ausreichende Prognosegüte zu gewährleisten, wurde der auf Grundlage der historischen Simulation errechnete VaR mit einem Aufschlag (Add-on) korrigiert.

STRESSTESTS

Zusätzlich zur limitbasierten Steuerung des täglichen VaR werden neben dem Baseler Zinsschock (+/-200 bp) weitere Stresstests durchgeführt, die die Auswirkungen außergewöhnlicher Marktschwankungen auf den Barwert der Positionen der Bank untersuchen.

Die Hamburg Commercial Bank unterscheidet im Marktrisiko zwischen standardisierten, historischen und hypothetischen Stressszenarien. Während standardisierte Szenarien risikokartenspezifisch definiert sind (zum Beispiel Verschiebung oder Drehung der Zinskurve), wirken historische und hypothetische Stresstests auf mehrere Marktrisikofaktoren gleichzeitig. Dabei bilden historische Szenarien tatsächlich in der Vergangenheit aufgetretene Korrelationen zwischen den verschiedenen Risikofaktoren ab, während hypothetische Szenarien fiktive Veränderungen von Risikofaktoren unterstellen. Die hypothetischen Szenarien werden zudem unterschieden nach volkswirtschaftlichen Szenarien, die einen konjunkturellen Abschwung des makroökonomischen Umfelds simulieren, und portfoliospezifischen Szenarien, die eine Bedrohung für den Wert einzelner Teilportfolien der Hamburg Commercial Bank darstellen können. Dabei werden die hypothetischen Szenarien je nach Änderung des Marktumfelds regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

INSTRUMENTE ZUR STEUERUNG DES MARKTRISIKOS IM RAHMEN DER BILANZIERUNG VON SICHERUNGSBEZIEHUNGEN

Der Bereich Capital Markets setzt zur Steuerung der Marktrisiken aus Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Wertpapieren auch derivative Finanzinstrumente ein. Insbesondere Zinsswaps und sonstige Zins- bzw. Zins-Währungsderivate kommen zur Absicherung der Zins- und Währungsrisiken aus den Grundgeschäften zum Einsatz. Hierbei kann die Absicherung der Marktrisiken auf Mikro-, Portfolio- und Makro-Ebene erfolgen.

Dabei werden Wertänderungen von Derivaten aufgrund der FVPL-Klassifizierung stets erfolgswirksam erfasst. Werden Grundgeschäfte der Klassifizierung AC oder FVOCI durch Derivate abgesichert, entsteht eine Verwerfung in der GuV, die nicht dem ökonomischen Sachverhalt entspricht. Eine Möglichkeit zur Vermeidung dieser Verwerfungen ist die Nutzung von Fair-Value-Hedge-Accounting. Durch Fair-Value-Hedge-Accounting werden auch die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Wertänderungen der Grundgeschäfte erfolgswirksam berücksichtigt. Dabei berücksichtigt die Bank ausschließlich Absicherungen des beizulegenden Zeitwertes gegen Zinsrisiken. Als Grundgeschäfte (Sicherungsgegenstand) werden festverzinsliche Kredite, Emissionen und Wertpapierpositionen, als Sicherungsinstrumente ausschließlich konzernexterne Zins- und Zinswährungsswaps designiert. Entsprechende Absicherungen von Grundgeschäften durch konzernexterne Derivate bildet die Hamburg Commercial Bank im Rahmen des Portfolio-Fair-Value-Hedge-Accounting sowie in Einzelfällen durch Micro-Hedge-Accounting ab, soweit die Anforderungen des IFRS 9 erfüllt sind.

Liquiditätsrisiko

Die Hamburg Commercial Bank beurteilt gemäß EZB-Leitfaden zum Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) die Liquiditätsadäquanz in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive.

Die normative Perspektive betrachtet hierbei die Fähigkeit, alle regulatorischen, aufsichtlichen und teilweise internen Liquiditätsanforderungen und -vorgaben heute und auch zukünftig zu erfüllen und erstreckt sich über einen mehrjährigen Betrachtungshorizont. Ziel ist die zukunftsgerichtete Beurteilung der Liquiditätsadäquanz. Dabei sind für die Prognose der Messgrößen neben einem Basisszenario auch adverse Szenarien zu berücksichtigen

Die ökonomische Perspektive stellt hingegen sicher, dass alle wesentlichen Risiken, die die Zahlungsfähigkeit negativ beeinflussen können, mit eigenen Methoden identifiziert, quantifiziert und durch interne Liquidität abgesichert sind, so dass die Geschäftsstrategie fortwährend verfolgt werden kann und so der Fortbestand des Unternehmens laufend gesichert ist. Ziel der ökonomischen Perspektive ist es, die wirtschaftlichen Risiken zu steuern und durch Stresstestprogramme die

Liquiditätsadäquanz sicherzustellen. In der ökonomischen Sicht werden ausschließlich interne Messgrößen (Säule II-Kennzahlen) aus heutiger Perspektive, d. h. auf Basis der heutigen Bilanz, betrachtet. Dabei werden ggfs. strukturelle Ereignisse in der Bank oder im Umfeld berücksichtigt. So wird bei der internen Liquiditätsrisikosteuerung zwischen dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko und dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko unterschieden.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko bezeichnet die Gefahr, gegenwärtige oder zukünftige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht in vollem Umfang erfüllen zu können. Wesentlicher Treiber dieses Liquiditätsrisikos ist die Cashflow-Struktur in der Liquiditätsablaufbilanz (LAB), die durch die Aktiva (Laufzeit-/Währungsstruktur) und die Passiva (Refinanzierungsstruktur nach Laufzeiten/Währungen/Investoren) determiniert wird.

Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko beschreibt das Risiko, dass sich aus den abweichenden Konditionsbindungsfristen der Aktiva und Passiva, der sogenannten Liquiditätsfristentransformationsposition, und der Änderung des eigenen Refinanzierungsaufschlags ein Verlust ergibt.

Organisation des Liquiditätsrisikomanagements

Die strategische Liquiditätssteuerung erfolgt durch den Unternehmensbereich Bank Steering. Ziel der Liquiditätssteuerung ist es, die Zahlungsfähigkeit der Hamburg Commercial Bank jederzeit, an allen Standorten und in allen Währungen sicherzustellen, die regulatorischen Liquiditätskennzahlen einzuhalten, die Verwertbarkeit der liquiden Aktiva des Liquiditätspuffers zu steuern und Konzentrationsrisiken in der Refinanzierungsstruktur zu vermeiden. Die operative Umsetzung der Mittelaufnahme und die Marktpflege obliegen dem Unternehmensbereich Capital Markets.

Der Unternehmensbereich Risk Control verantwortet die Methoden zur Messung und Limitierung der Liquiditätsrisiken im Konzern und führt die Risikomessung und Limitüberwachung durch. Die Ergebnisse der Risikomessung unterstützen den Unternehmensbereich Bank Steering bei der Disposition der Liquidität aller Laufzeitbereiche und versetzen ihn in die Lage, möglichen Risiken frühzeitig entgegenzutreten.

Das Gremium ALCO ist für die Steuerung der Ressource Liquidität zuständig und wird dabei von dem Franchise Komitee sowie dem Kreditkomitee durch eine aktive Portfoliosteuerung auf Ebene wesentlicher Einzelgeschäfte unterstützt.

Die Hamburg Commercial Bank verfügt über einen Liquiditätsnotfallplan, der geregelte Verfahren und Verantwortlichkeiten für den Fall einer Liquiditätskrise enthält. Darüber hinaus werden im Rahmen der Notfallprozesse auch institutsspezifische, risikoorientierte und kapitalmarktorientierte Frühwarnindikatoren zur Abwendung eines Liquiditätsnotfalls berücksichtigt. Der Liquiditätsnotfallplan ist eng mit dem Sanierungsplan gemäß SAG verknüpft.

Management des Liquiditätsrisikos

LIQUIDITÄTSRISIKOMESSUNG UND LIMITIERUNG

Die Einhaltung des untertägigen Risikolimits wird täglich überwacht.

Zur Messung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos bzw. des Refinanzierungsbedarfs werden die liquiditätswirksamen Geschäfte im Konzern in Zahlungsströmen und mit ihren Ein- bzw. Auszahlungen nach Laufzeitbändern geordnet dargestellt (Liquiditätsablaufbilanz). Die Differenz zwischen Zahlungsein- und -ausgängen zeigt den Liquiditätsüberschuss oder -bedarf (Gap) in den jeweiligen Laufzeitbändern an. Die Gaps werden kumuliert vom ersten Tag bis zu zwölf Monaten zur Abbildung des zukünftigen Liquiditätsbedarfs dargestellt. Sie werden den Liquiditätspotenzialen gegenübergestellt, die jeweils zur Schließung der kumulierten Gaps in den einzelnen Laufzeitbändern herangezogen werden und damit das jeweilige Limit für das Zahlungsunfähigkeitsrisiko darstellen. Als Nettogröße aus den Gaps und den Liquiditätspotenzialen ergibt sich die Nettoliquiditätsposition, die damit das Maß für das Zahlungsunfähigkeitsrisiko darstellt.

Neben dem gesamten bilanziellen Geschäft fließen in die Liquiditätsablaufbilanz auch bereits erteilte Kreditzusagen, Bürgschaften, vorvalutierte und sonstige außerbilanzielle Geschäfte ein. Zur besseren Abbildung der wirtschaftlichen Fähigkeiten werden für einige Positionen Ablaufszenarien verwendet. Dabei werden zum Beispiel mögliche Bodensätze aus Einlagen sowie Liquidierungsfristen und -beträge von Aktiva grundsätzlich konservativ modelliert. Regelmäßig wird eine Überprüfung der Modellierungsannahmen vorgenommen, die auch in den MaRisk gefordert wird.

Das zum Schließen der Gaps zur Verfügung stehende Liquiditätspotenzial setzt sich aus einem Wertpapierportfolio, das zur Krisenvorsorge gehalten wird (Liquiditätspufferportfolio), weiteren Wertpapieren entsprechend ihrer Liquidierbarkeit sowie notenbankfähigen Wirtschaftskrediten zusammen. Der überwiegende Teil des Portfolios aus Wertpapieren ist an liquiden Märkten investiert und kann über die Refinanzierungskanäle Notenbanken, Eurex-Repomarkt, bilateraler Repomarkt oder Kassamarkt liquidiert werden.

Die Komponenten des Liquiditätspotenzials – u. a. der gemäß MaRisk vorzuhaltende Liquiditätspuffer – werden gemäß internen und externen Mindestanforderungen laufend überprüft und validiert.

Die Hamburg Commercial Bank misst das Liquiditätsfristentransformationsrisikos mittels eines Value-at-Risk-Ansatzes, dem Liquidity Value at Risk (LVaR). Die Berechnung des LVaR erfolgt monatlich über eine historische Simulation (Konfidenzniveau von 99,9 %) der Liquiditätsspreads und deren barwertigen Effekt auf die Geschäfte, die theoretisch notwendig wären, um die aktuelle Fristentransformationsposition sofort schließen zu können. Die Limitierung des LVaR erfolgt auf Konzernebene und ist Bestandteil des Risikotragfähigkeitskonzepts.

LIQUIDITÄTSSTEUERUNG

Die Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsausstattung und der regulatorischen Liquiditätskennziffern findet anhand von Rahmenparametern, die der Unternehmensbereich Bank Steering vorgibt, statt und wird operativ durch den Unternehmensbereich Capital Markets wahrgenommen. Neben den regulatorischen Vorgaben ist u. a. die Liquiditätsablaufbilanz für das Festlegen der Rahmenparameter relevant. Die Festlegung oder Veränderung einzelner Parameter bzw. der Rahmenvorgaben wird vom ALCO bzw. vom Vorstand beschlossen. Die Hamburg Commercial Bank ist somit in der Lage, flexibel auf die Entwicklung der Märkte zu reagieren.

Bei der Steuerung der mittelfristigen Liquiditätsausstattung orientiert sich die Hamburg Commercial Bank an der sogenannten Expected-Case-Liquiditätsablaufbilanz sowie dem Stress Case Forecast, die erwartete planerische bzw. gestresste Cashflows enthalten und für den überjährigen Bereich erstellt werden. Mit diesem Instrument wird prognostiziert, wie sich das schlechteste Stressszenario bzw. die Stress-Case-Liquiditätsablaufbilanz im Zeitverlauf entwickeln wird.

Das überjährige Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird mittels der Bestandsablauf-Liquiditätsablaufbilanz gesteuert. Sie stellt den reinen Bestandsablauf im Base-Case-Szenario dar.

Die Sicherheitenstellung der Hamburg Commercial Bank aus Guthaben, Wertpapieren und förderfähigen Kreditforderungen (Collateral Pool) wird vom Unternehmensbereich Bank Steering koordiniert, um das Potenzial an besicherten Refinanzierungen optimal zu nutzen.

Bei Überschreiten der relevanten Limite gemäß SRF würden Maßnahmen zur Stärkung der Liquiditätsposition erforderlich werden, um die bankintern erforderlichen Kenngrößen und damit die regulatorischen Anforderungen (Säule II) auf Ebene des Hamburg Commercial Bank Konzerns einzuhalten.

STRESSTESTS

Die Auswahl der Stresstests ist das Ergebnis einer Analyse historischer Ereignisse und hypothetischer Situationen. Die Auswahl wird mindestens jährlich geprüft und gegebenenfalls an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Für das Zahlungsunfähigkeitsrisiko werden im Rahmen der unterschiedlichen Stressmodellierungen neben der täglichen Berechnung einer Stress-Case-Liquiditätsablaufbilanz monatlich weitere marktspezifische Szenarien (zum Beispiel Rating-Downgrade der Hamburg Commercial Bank AG, Kapitalmarktgerüchte) betrachtet. Ein gestresster US-Dollar (sukzessiver Anstieg) wird in den Szenarien Marktliquiditätskrise und schwerer Konjunkturabschwung berücksichtigt.

Im Rahmen eines Stresstests für das Liquiditätsfristentransformationsrisiko wird untersucht, wie sich der LVaR bei ansteigenden Liquiditätsspreads sowie gestressten Liquiditätsgaps verhält. Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr bei der turnusmäßigen Durchführung inverser Stresstests Ereignisse untersucht, die sich kritisch auf die Zahlungsfähigkeit der Hamburg Commercial Bank auswirken könnten.

RISIKOKONZENTRATIONEN

Risikokonzentrationen sind die Gefahr einer unausgewogenen Refinanzierungsstruktur z. B. nach Laufzeiten, Einlegern und Währungen.

Die Hamburg Commercial Bank hat ein Überwachungssystem zur Steuerung der Konzentrationen sowohl von Aktiv- als auch von Passivinstrumenten etabliert. Im besonderen Fokus stehen dabei die Einlagen, die hinsichtlich Einlegerstruktur (Einleger, Sektoren) und Laufzeiten (Ursprungs- und Restlaufzeiten) analysiert und berichtet werden.

Das Einlagenvolumen verringerte sich in 2019 in Einklang mit der Konzernstrategie gegenüber dem Vorjahr deutlich. Zum 31. Dezember 2019 betrug das Gesamtvolumen noch 13,6 Mrd. € (Vorjahr: 16,7 Mrd. €). Die Adresskonzentrationen haben sich im Jahresvergleich erhöht. Die zehn größten Einleger umfassen rund 21,3 % der Gesamteinlagen (Vorjahr: 16,6 %). Der Anteil der Retaileinlagen sank, bedingt durch eine angepasste Bankstrategie, auf 5,0 % (Vorjahr: 18,9 %). Bezogen auf die Laufzeitstruktur ist der Anteil der täglich fälligen Einlagen mit 46,7 % weiterhin hoch (Vorjahr: 44,5 %).

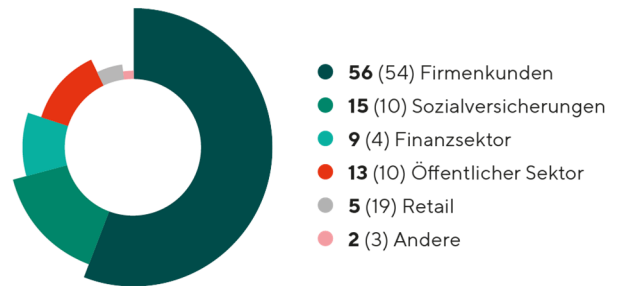
QUANTIFIZIERUNG DES LIQUIDITÄTSRISIKOS

Die folgende Grafik zeigt die relativen Auslastungen des Liquiditätspotenzials in der Normal-Case- und Stress-Case-Liquiditätsablaufbilanz für einzelne kumulierte Liquiditätsgaps am

Folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung der Einlagen nach Sektoren:

Einlegerstruktur per 31. Dezember 2019

(%, Vorjahreswerte in Klammern)

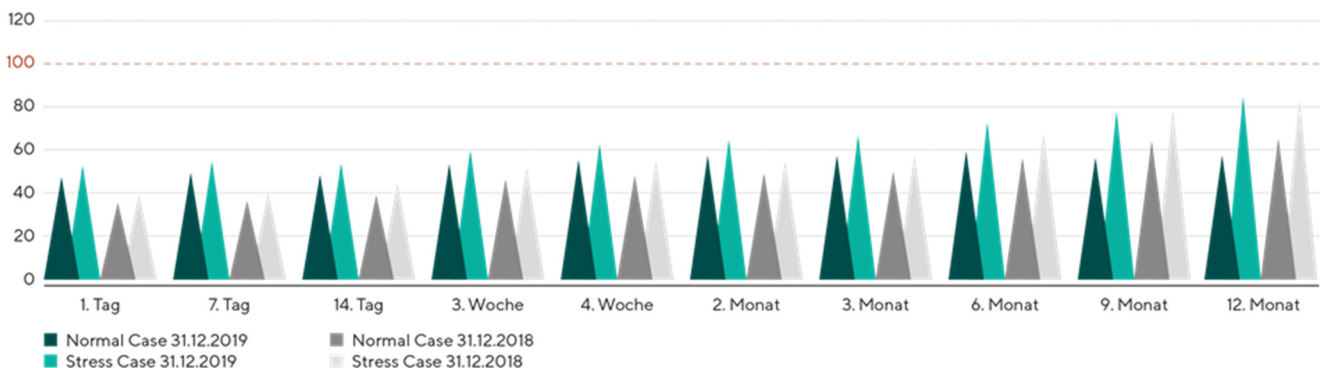


Neben der Analyse der Einlegerstruktur hinsichtlich bestehender Einlegerkonzentrationen werden auch Risikokonzentrationen bezüglich der US-Dollar-Aktiv-/Passiv-Position untersucht. Zur Analyse der Abhängigkeit vom US-Dollar werden zudem regelmäßig eine US-Dollar-Liquiditätsablaufbilanz erstellt sowie Sensitivitätsanalysen und ein US-Dollar-Stresstest durchgeführt.

31. Dezember 2019 sowie zum Ultimo 2018. Die Auslastung entspricht jeweils dem Anteil des kumulierten Gaps am gesamten Liquiditätspotenzial, das auch den aufsichtsrechtlich geforderten Liquiditätspuffer enthält.

Limitierung der kumulierten Liquiditätsgaps

(Auslastung des Liquiditätspotenzials in %)



Der Risikoappetit der Hamburg Commercial Bank im Hinblick auf die Liquiditätsrisiken spiegelt sich u. a. in der Definition einer Survival Period im Sinne einer Mindestüberlebensdauer wider, die beschreibt, wie lange im Normal Case und im Stress Case des Zahlungsunfähigkeitsrisikos eine Auslastung des Liquiditätspotenzials unter 100 % erreicht werden soll.

In der Normal-Case-Betrachtung, die einen Geschäftsverlauf in einem gewöhnlichen Marktumfeld unterstellt, beträgt

die maximale Auslastung 57 % im zwölften Monat. Damit werden alle Limite innerhalb des betrachteten 12-Monats-Zeitraums eingehalten. Die Stress-Case-Liquiditätsablaufbilanz weist im steuerungsrelevanten Szenario weder für die in den MaRisk definierte Mindest-Survival-Period von einem Monat noch für die aus dem SREP-Beschluss 2018 abgeleitete Mindest-Survival-Period von drei Monaten eine Überschreitung

des Liquiditätspotenzials auf. Vielmehr geht die Mindest-Survival-Period Ende 2019 über den 12-Monats-Zeitraum hinaus. Im Vergleich zu Ende 2018 haben sich die Auslastungsgrade im Normal Case und Stress Case in nahezu allen Laufzeitbändern leicht erhöht. Die Verschlechterungen resultieren insbesondere aus dem Abbau von Überschussliquidität. Kritische Limitauslastungen waren im Laufe des Berichtszeitraums weder in der Normal-Case- noch in der Stress-Case-Liquiditätsablaufbilanz zu verzeichnen. Die zusätzlich zur Stress-Case-Liquiditätsablaufbilanz ermittelten Ergebnisse der markt- und institutsbezogenen Stressszenarien zeigen per Dezember 2019, dass der Liquiditätsbedarf der Hamburg Commercial Bank trotz der Worst-Case-Annahmen in allen Szenarien über zwölf Monate durch das Liquiditätspotenzial gedeckt ist. Damit wird die Mindest-Survival-Period von drei Monaten in allen Szenarien eingehalten. Die Ergebnisse belegen, dass die Hamburg Commercial Bank entsprechend auf die betrachteten Krisenszenarien vorbereitet ist.

AUFSICHTSRECHTLICHE LIQUIDITÄTSKENNZAHLEN

Die aufsichtsrechtliche Steuerungsgröße für Liquiditätsrisiken ist die Liquidity Coverage Ratio (LCR), die eine Sicherstellung der Liquidität in einer akuten Stressphase von 30 Tagen gewährleisten soll. Bei der Berechnung der LCR wird der Bestand an hochliquiden Aktiva ins Verhältnis zu den Nettoabflüssen in den nächsten 30 Tagen gesetzt. Die Grundlagen ihrer Berechnung sind in der CRR bzw. der CRR Delegierten Verordnung (EU) 2015/61 festgelegt. Die Mindestquote gemäß CRR von 100 % wurde im Berichtszeitraum stets eingehalten. Zum 31. Dezember 2019 betrug der Wert 165 % (Vorjahr 225 %).

Die frühestens ab 2021 einzuhaltende Net Stable Funding Ratio (NSFR) ergibt sich aus der Relation der verfügbaren stabilen Refinanzierungsmittel über alle Laufzeiten zu den erforderlichen stabilen Refinanzierungsmitteln und soll nach vollständiger Einführung ebenfalls mindestens 100 % betragen. Zum 31. Dezember 2019 betrug die NSFR der Bank im Rahmen der QIS (Regelwerk nach Basel) 114 % (Vorjahr: 121 %).

Die Hamburg Commercial Bank ermittelt zudem seit dem 31. März 2018 die gemäß der Durchführungsverordnung 2016/313 angepasste Additional Liquidity Monitoring Metrics (AMM) inklusive der vertraglichen Liquiditätsablaufbilanz.

Anhand der AMM wird seitens der Aufsicht die LCP (Liquidity Capacity Period) ermittelt. Dabei werden die Zu- und Abflüsse aus vertraglicher Sicht ohne jegliche Prolongations- oder Neugeschäftsannahmen den freien liquiden Mitteln der Counterbalancing Capacity abzüglich Haircuts gegenübergestellt. Ab dem Zeitpunkt, an dem die kumulierten Zahlungsströme einen Bedarf an liquiden Mittel ergeben, der über den Bestand hinausreicht, ist die LCP nicht mehr eingehalten. Zu diesem Zeitpunkt reicht die Liquiditätsreserve der Bank aus rein vertraglicher Sicht nicht mehr aus, um weiteren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Aufsicht hat der Bank für das Jahr 2019 eine Mindestperiode der LCP von vier Wochen vorgeschrieben, die über einen Zeitraum von fünf Banktagen

nicht unterschritten werden darf. Diese Kennzahl wird von der Bank täglich ermittelt und betrug per 31. Dezember 2019 mindestens neun Monate.

REFINANZIERUNGS-LAGE

Die Hamburg Commercial Bank hat ihre Fundingstrategie im Geschäftsjahr 2019 erfolgreich umgesetzt. Insbesondere ist mit der Platzierung einer Senior-Preferred-Emission im Benchmarkformat ein sehr erfolgreicher Wiedereintritt in den Kapitalmarkt gelungen. Zur Refinanzierung des Geschäfts trugen neben den Emissionsaktivitäten insbesondere Einlagen von Firmenkunden, institutionellen Anlegern sowie die Einlagen von Retailkunden bei. Im Rahmen der Überarbeitung der Strategie zur Nutzung von Retailfunding wird sich der Anteil des Retailfundings vorerst reduzieren. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquiditätskennzahlen wurden in der Berichtsperiode jederzeit eingehalten. Die künftige Refinanzierung und die Diversifizierung der Fundingstruktur stellen sich weiterhin als wesentliche Herausforderungen dar. Der bisher eingeschränkte Zugang zum Kapitalmarkt hat sich durch die Emission einer Benchmark-Anleihe im ersten Halbjahr 2019 verbessert. Aufgrund kurzfristiger Liquiditätssteuerungsmaßnahmen sind die Einlagen institutioneller Geschäftspartner verbunden mit einer merklichen, im Jahresvergleich etwas erhöhten Adresskonzentration. Sollte sich der Zugang zu den bestehenden Refinanzierungsquellen ganzheitlich verschlechtern, würde dies die Fundingmöglichkeiten wesentlich einschränken, was zu negativen Auswirkungen auf das Rating der Bank führen könnte.

Potenzielle Spannungen an den Finanzmärkten können zudem Fundingmaßnahmen am Markt erschweren. Auch könnte eine weniger unterstützende Geldpolitik der wesentlichen Notenbanken die Refinanzierungsmöglichkeiten deutlich einschränken und die Fundingkosten erhöhen.

Sollte eine Aufnahme in die Vollmitgliedschaft des Sicherungssystems des Bundesverbandes Deutscher Banken (BdB) nicht wie geplant gelingen, würde dies wahrscheinlich zu einem wesentlichen Abfluss von Einlagen und zu einem deutlichen Anstieg der Fundingkosten führen. Auch infolge der unterschiedlichen Funktionsweise der Einlagensicherungssysteme, d. h. Institutsicherung im Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe versus Absicherung der Einlagen im Rahmen des Sicherungsregimes des Bundesverbandes Deutscher Banken, besteht im Zusammenhang mit dem Wechsel des Einlagensicherungssystems das Risiko erhöhter Liquiditätsabflüsse. Darüber hinaus würde die Nicht-Aufnahme in das private Sicherungssystem nachhaltigen Druck auf die mittlerweile gefestigte Ratingposition ausüben.

Die Liquiditäts- und Fundingplanung der Hamburg Commercial Bank basiert für die Entwicklung der kurzfristigen Einlagen auf Verhaltensannahmen der Kunden auf Basis von Bodensätzen und Verweildauern. Daher besteht in kritischen marktweiten oder insbesondere idiosynkratischen Sondersi-

tuationen das Risiko, dass selbst entsprechend konservativ gewählte Verhaltensannahmen für die Simulation von Stressszenarien nicht wie angenommen eintreten, sondern es im wesentlichen Umfang zu ungeplanten Liquiditätsabflüssen kommen kann. Dies würde ohne bewusste Steuerungsmaßnahmen zu einer Verschlechterung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen wie LCR und NSFR sowie der ökonomischen Überlebensdauer führen.

Ein Teil der Refinanzierung von Fremdwährungsaktiva erfolgt über Derivate (zum Beispiel durch EUR/USD-Basiswaps). Zwar führt eine Aufwertung des US-Dollars nach wie vor zu einem Anstieg des zu stellenden Cash Collateral (Barsicherheiten) und damit unter sonst gleichen Bedingungen zu einer Belastung der Liquiditätsposition, jedoch konnte im Verlauf des vergangenen Jahres dieser Effekt durch einen gesunkenen Bedarf an USD-Funding deutlich reduziert werden.

Im Rahmen des turnusmäßigen SREP-Prozess in der Bankenunion ist es möglich, dass sich im Rahmen von Ermessensentscheidungen der Bankenaufsicht zusätzliche Anforderungen in verschiedenen bankaufsichtlichen Regelungsbereichen, wie zum Beispiel Liquidität, ergeben.

Operationelles Risiko

Die Hamburg Commercial Bank definiert das operationelle Risiko (OpRisk) als die Gefahr von direkten und indirekten Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens der internen Infrastruktur, interner Verfahren (inklusive der IT-Infrastruktur), von Mitarbeitern oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Definition bezieht dabei Gefahren von Schäden aus Rechtsrisiken, Compliance-Risiken und IT-Risiken mit ein.

Für Zwecke der Risikotragfähigkeitssteuerung werden die operationellen Risiken anhand eines modifizierten Standardansatzes, der auch Ergebnisse aus Szenario-Analysen berücksichtigt, ermittelt.

Organisation des Managements operationeller Risiken

Das Management operationeller Risiken in der Hamburg Commercial Bank ist dezentral ausgerichtet. Die Risiken werden unmittelbar in den einzelnen Organisationseinheiten der Bank identifiziert und gesteuert. Entsprechend verantworten die Bereichsleitungen die Durchführung und die Qualität des Managements operationeller Risiken in ihrem Zuständigkeitsbereich. Die operative Umsetzung wird durch OpRisk-Beauftragte in den einzelnen Unternehmensbereichen unterstützt. Das OpRisk-Controlling wird vom Unternehmensbereich Risk Control verantwortet.

Als bankweites Steuerungsgremium für operationelle und sonstige Risiken im Konzern tagt vierteljährlich der OpRisk-Lenkungskreis, der den Gesamtvorstand bei der Umsetzung der OpRisk-Strategie unterstützt. Ziel des interdisziplinären OpRisk-Lenkungskreises ist es, den Dialog zwischen den Beteiligten auf allen Hierarchieebenen zu fördern und geeignete

Maßnahmen zur Minderung operationeller Risiken zu beschließen.

Management des operationellen Risikos

Die Identifikation, Analyse, Bewertung und Überwachung operationeller Risiken und die Förderung einer entsprechenden Risikokultur im Konzern sind ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Hamburg Commercial Bank. Dabei kommen verschiedene Verfahren und Instrumente zum Einsatz.

So werden die Schadenfälle aus operationellen Risiken für die Hamburg Commercial Bank und die relevanten Tochtergesellschaften in einer zentralen Schadenfalldatenbank zusammengeführt. Die Schadenfälle werden von den betroffenen Unternehmensbereichen erfasst und an das OpRisk-Controlling weitergeleitet.

Im Berichtsjahr sind 32 (Vorjahr: 36) operationelle Schadenfälle eingetreten, davon 20 in der Ursachenkategorie Mitarbeiter (Bearbeitungsfehler), zehn in der Kategorie externe Einflüsse (v. a. Sachschäden) und jeweils ein Schadenfall in den Kategorien Interne Infrastruktur und Interne Verfahren.

Als weiteres Verfahren führt die Hamburg Commercial Bank jährlich eine konzernweite Risikoinventur operationeller Risiken auf Basis definierter Szenarien durch. Die hieraus gewonnenen Informationen über die Risikosituation der Unternehmensbereiche ergänzen das OpRisk-Reporting und dienen der präventiven Steuerung und Überwachung der operationellen Risiken.

Ausgehend von einer Ursachenanalyse bedeutender Schadenfälle und den Ergebnissen der Risikoinventur werden geeignete Maßnahmen festgelegt, um zukünftige Schäden so weit wie möglich zu vermeiden. Die identifizierten Maßnahmen sollen hierbei unter Kosten-Nutzen-Aspekten sachgerecht sein. Die Instrumente der Risikominderung bestehen dabei vor allem aus einer Vielzahl organisatorischer Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen, die auch im internen Kontrollsystem zur Anwendung kommen. Mit dem Maßnahmencontrolling überwacht das OpRisk-Controlling die tatsächliche Umsetzung der festgelegten Maßnahmen.

Vierteljährlich werden Risikoindikatoren erhoben und in das OpRisk-Reporting integriert. Die Indikatoren werden auf Basis der eingeschätzten Risikolage ausgewählt und regelmäßig auf Aktualität hin geprüft. Durch eine fortlaufende und vergleichende Analyse von Schadenfällen und Risikoindikatoren sollen Risiken frühzeitig erkannt und ihren Ursachen vorgebeugt werden.

Für die nachfolgend aufgeführten Elemente des operationellen Risikos bestehen zusätzlich zu den oben genannten Methoden spezifische Verfahren und Verantwortlichkeiten innerhalb der Hamburg Commercial Bank.

Management von Personalrisiken

Das Personalrisiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten, die aus einem ungeplanten Ausscheiden von Leistungsträgerinnen und -trägern der Hamburg Commercial Bank, einem Engpass an qualifiziertem Personal oder einer unzureichenden Motivation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern resultieren können. Dieses Risiko könnte sich insbesondere vor dem Hintergrund des aktuellen Personalabbaus realisieren. Daher fokussiert der Unternehmensbereich Human Resources verstärkt auf Maßnahmen zur Minderung des Personalrisikos und begleitet den geplanten Personalabbau aktiv.

Um ein ungeplantes Ausscheiden von Leistungsträgerinnen und -trägern zu vermeiden, wird eine Vielzahl von personalwirtschaftlichen Instrumenten zur Mitarbeiterbindung eingesetzt. Darüber hinaus wird für relevante Positionen eine Nachfolge geplant und regelmäßig überprüft.

IT-Risikomanagement

Der Unternehmensbereich IT verantwortet das IT-Risikomanagement. In der IT-Strategie wurde als primäres Ziel des IT-Risikomanagements festgelegt, IT-Risiken frühzeitig zu erkennen und auf Basis des Schutzbedarfs zu bewerten, um auf Grundlage klarer Verantwortlichkeiten insbesondere schwerwiegende Schäden zu verhindern bzw. zu mindern.

Es sind IT-spezifische Risikoinstrumente im Einsatz, mit denen die Risiken in Projekten, in der Linie und bei den IT-Outsourcing-Partnern aktiv gesteuert und durch eine überwachte Maßnahmenumsetzung reduziert werden.

In enger Abstimmung mit dem Business wird die IT der Hamburg Commercial Bank grundlegend umgebaut. Dabei lagert der Bereich IT zunächst die Anwendungsbetreuung an einen externen Dienstleister aus, anschließend werden die IT-Anwendungslandschaft und Infrastruktur erneuert und Digitalisierungsinitiativen auf neuer Basis unterstützt. Die Risiken dieser Business IT-Transformation werden durch ein schrittweises Vorgehen mit vielen Parallelphasen von alter und neuer Welt gesenkt sowie durch tragfähige Partnerschaften, effektive Steuerung und unabhängige Qualitätssicherung.

Management von sonstigen Informationsrisiken

Sonstige Informationsrisiken stellen Risiken dar, die die Verfügbarkeit, Integrität, Authentizität und Sicherheit von Daten/Informationen außerhalb von IT-Systemen, beeinträchtigen können.

Stabile, sichere und geordnete Produktionsabläufe sind die Grundvoraussetzung für Bankdienstleistungen. Primäres Ziel des Informationsrisikomanagements ist es, Informationsrisiken frühzeitig zu erkennen und insbesondere schwerwiegende Schäden zu verhindern bzw. zu mindern. Hierfür wurden entsprechende Verfahren und Instrumente implementiert.

Management von Cyberrisiken

Das Cyberrisiko bezeichnet die Möglichkeit, Opfer von vorsätzlichen, zielgerichteten IT-gestützten Angriffen zu werden,

die Daten und IT-Systeme kompromittieren. Der Angriffsvektor bei Cyberattacken kommt stets von außerhalb des Unternehmens.

Primäres Ziel ist es auch hier, Cyberrisiken frühzeitig zu erkennen und insbesondere schwerwiegende Schäden zu verhindern bzw. zu mindern. Bei erfolgreichen Cyberangriffen muss die Bank in der Lage sein, die Schäden und deren Ursachen zu analysieren sowie Daten und den Ausgangszustand wiederherzustellen. Hierfür wurden entsprechende Verfahren und Instrumente implementiert, die auch entsprechende Meldeprozesse an die Aufsicht und Betroffene berücksichtigen.

Business Continuity Management

Die Hamburg Commercial Bank ist Risiken aus unvorhergesehenen Ereignissen ausgesetzt, die zu einer Unterbrechung des Geschäftsbetriebs führen können. Das Business Continuity Management in der Organisationseinheit Non Financial Risk hat mit Einbindung der jeweiligen Unternehmensbereiche Prozesse etabliert, um die Risiken aus IT-, Dienstleister- oder Personalausfällen zu begrenzen. Ziel der etablierten und regelmäßig zu überprüfenden Business-Continuity-Pläne ist es, die Funktionsfähigkeit kritischer Geschäftsabläufe und Aktivitäten auch im Notfall sicherzustellen.

Internes Kontrollsystem

Das Thema operationelles Risiko ist eng mit dem internen Kontrollsystem (IKS) der Hamburg Commercial Bank verbunden. So ist eine wesentliche Zielsetzung des IKS die Optimierung der bankinternen Prozesse, um Schäden, die sich beispielsweise aus Bearbeitungsfehlern ergeben können, zu vermeiden. Ausführliche Informationen zum IKS enthält das Kapitel „Risikomanagementsystem“.

Management von Rechtsrisiken

Zu den operationellen Risiken zählen auch die Rechtsrisiken. Dabei umfassen Rechtsrisiken wirtschaftliche Risiken aufgrund nicht erfolgter oder nicht vollständiger Berücksichtigung von Vorschriften bzw. des durch die Rechtsprechung definierten Rahmens, insbesondere des Handels-, Steuer- oder Gesellschaftsrechts. Die Realisierung dieser Risiken kann dazu führen, dass die finanziellen Belastungen höher als geplant eintreten.

Verantwortlich für die Steuerung dieser Risiken ist der Unternehmensbereich Legal, Board Office & Taxes. Zur Risikominderung, -begrenzung oder -vermeidung erfolgt eine intensive juristische Beratung aller Unternehmensbereiche durch regelmäßig geschulte Mitarbeiter, ggf. unter Hinzuziehung externer Berater.

Für Prozessrisiken und -kosten hat die Hamburg Commercial Bank zum Berichtsstichtag Rückstellungen in Höhe von 144 Mio. € (Vorjahr: 250 Mio. €) gebildet. Zusätzlich bestehen Eventualverbindlichkeiten aus Rechtsstreitigkeiten. Ein wesentlicher Teil der Rückstellungen für Prozessrisiken resultiert aus den im Folgenden genannten Prozessen.

Die Hamburg Commercial Bank AG befindet sich seit 2005 in Rechtsstreitigkeiten mit einer türkischen Reederei-gruppe und hatte bisher im Jahr 2013 insgesamt 54 Mio. US-Dollar aufgrund rechtskräftiger Entscheidungen türkischer Gerichte zu zahlen. Die Kläger haben später weitere Klagen bei türkischen Gerichten eingereicht, mit denen weitere Schadensersatzansprüche wegen entgangenen Gewinns und wegen Drittverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Verwertungsmaßnahmen von zugunsten der Bank bestellten Kredit-sicherheiten der Bank bei einem Kredit geltend gemacht werden.

Darüber hinaus wird die Hamburg Commercial Bank AG von einem früheren Darlehensnehmer auf Zahlung verklagt. Die Klageanträge wurden im vierten Quartal 2018 vom Kläger erhöht und umgestellt. Der Kläger macht verschiedene Ansprüche, insbesondere auf Schadenersatz und aus ungerechtfertigter Bereicherung im Zusammenhang mit Maßnahmen der Bank bei einem problembehafteten Kredit, geltend. Mit erstinstanzlichem Urteil wurde im zweiten Quartal 2019 die Klage ganz überwiegend zugunsten der Hamburg Commercial Bank abgewiesen. Berufungen wurden eingelegt.

Mit dem ganz überwiegenden Teil der Investoren in Hybride Finanzinstrumente, die vor Gericht Klagen gegen die Bank eingereicht und neben der Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung die Hochschreibung auf den Nennwert bzw. Schadenersatz für entgangene Zinszahlungen gefordert haben, konnte eine aus Sicht der Bank positive Einigung erzielt werden, die bereits zu einer teilweisen Rücknahme von Klagen geführt hat und zu einer zeitnahen Erledigung weiterer Klagen führen wird.

Steuerisiken als Bestandteil der Rechtsrisiken resultieren vor allem daraus, dass sich die verbindliche Auslegung von interpretierbaren Vorschriften in konkreten Einzelfällen aufgrund des langen Zeitraums noch ausstehender Betriebsprüfungen erst nach mehreren Jahren herausstellen kann. Die Betriebsprüfungen für die Zeiträume 2008–2011 sowie für 2012–2015 sind derzeit noch nicht final abgeschlossen. Für die Auswirkungen der Betriebsprüfungen ist entsprechende bilanzielle Vorsorge getroffen.

Für steuerliche Risiken hat die Hamburg Commercial Bank AG zum Berichtsstichtag Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten (inklusive Zinsen) in Höhe von insgesamt 11 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €) gebildet.

Management von Ein- und Auslagerungen

Unter dem Begriff Auslagerungsrisiko werden die Risiken zusammengefasst, die sich aus der Auslagerung von Aktivitäten oder Prozessen i. S. v. § 25b KWG gem. Definition AT 9 Tz. 1 MaRisk ergeben. Dies sind externe Einflüsse (z. B. Ausfall, Nichterfüllung, Schlechterfüllung), interne Verfahren (z. B. unangemessene Vergabe-, Steuerungs- und Überwachungsverfahren), unzureichende Wirtschaftlichkeitsberechnungen sowie der Verlust von Know-how und die Gefahr der Abhängigkeit von Dienstleistern. Unter dem Einlagerungsrisiko wird das

Risiko verstanden, dass aus einer dauerhaften bzw. regelmäßigen Erbringung von Dienstleistungen durch die Bank innerhalb und außerhalb der Bankgruppe gegenüber Dritten entstehen kann.

Auslagerungen oder die Reorganisation wesentlicher Aktivitäten erfolgen nur, sofern die Einbindung in alle relevanten Bankprozesse sichergestellt ist und die einbezogenen Dienstleister ein angemessenes Risikocontrolling sowie internes Kontrollsystem besitzen. Für wesentliche ausgelagerte Tätigkeiten und Prozesse müssen in den Verträgen für HCOB Richtlinien und Auditrechte vereinbart werden.

Management von Compliance-Risiken

Das Compliance-Risiko ergibt sich aus der Nichteinhaltung von rechtlichen Regelungen und Vorgaben, die zu Sanktionen durch den Gesetzgeber oder die Aufsicht, finanziellen Verlusten oder zu negativen Auswirkungen auf die Reputation der Bank führen kann.

Das Management der Compliance-Risiken wird durch den Unternehmensbereich Non Financial Risk & Compliance verantwortet. Zusätzlich wird die Einhaltung der unterschiedlichen rechtlichen Anforderungen durch die jeweils betroffenen Unternehmensbereiche sichergestellt. Der Unternehmensbereich Non Financial Risk & Compliance überwacht die Einhaltung der Verhaltensvorgaben für die Themengebiete Kapitalmarkt-Compliance, Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbarer Handlungen gemäß § 25h KWG sowie die Einhaltung der allgemeinen Datenschutzbestimmungen (DSGVO) sowie von Finanzsanktionen und Embargos. Zusätzlich nimmt der Unternehmensbereich die Compliance-Funktion gemäß AT 4.4.2 MaRisk wahr und wirkt in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben in der Hamburg Commercial Bank implementiert und eingehalten werden.

Der Code of Conduct fasst Anforderungen verschiedener Rechtsquellen und interner Richtlinien zusammen. Er gilt für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für den Vorstand der Hamburg Commercial Bank und ist ein verbindlicher Bestandteil der Gesamtbankziele. Die konkreten Verhaltensvorgaben des Unternehmensbereichs Non Financial Risk & Compliance sind im internen Anweisungswesen detailliert niedergeschrieben.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank werden regelmäßig in den Compliance-relevanten Themengebieten geschult. Ziel der Trainings ist es, Compliance fest in der Unternehmenskultur zu verankern, relevante Normen und deren Änderungen zu vermitteln sowie neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schnell mit der Unternehmenspraxis vertraut zu machen und damit die Einhaltung der rechtlichen Anforderungen sicherzustellen.

Über interne Meldewege und die sogenannte Whistleblowing-Stelle erhält die Bank Kenntnis von Verdachtsfällen regelwidrigen Verhaltens und leitet diese an die zuständigen

Stellen weiter. Die Whistleblowing-Stelle wird von unabhängigen Ombudsmännern der BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft besetzt und ermöglicht die Abgabe auch anonymer Hinweise sowohl von Beschäftigten der Bank als auch von externen Dritten.

Abweichungen von der DSGVO sind rechtzeitig zu melden und zu beheben. Gegebenenfalls ist die zuständige Behörde zu informieren. Die Maßnahmen und der Zeitplan für die Umsetzung erfordern die Einbeziehung des Datenschutzbeauftragten. Diese wichtige Funktion hat die Bank an externe Spezialisten ausgelagert

Management von Modellrisiken

Modelle sind von großer Bedeutung für die Steuerung der Bank. Der Einsatz von Modellen ist naturgemäß mit Unsicherheiten verbunden, die finanzielle Verluste infolge unangemessener Geschäftsentscheidungen, regulatorische Risiken durch fehlerhaften Ausweis von Kapital-, Bilanz- und Liquiditätskennzahlen und Reputationsrisiken verursachen können.

Das Modellrisikomanagement der Bank umfasst eine sorgfältige Modellentwicklung, eine unabhängige Modellvalidierung sowie eine übergreifende Modell-Governance, welche den Rahmen für den Umgang mit Modellen sowie Modellrisiken setzt und überwacht.

Weitere wesentliche Risiken

Das geschäftsstrategische Risiko und das Reputationsrisiko zählen zu den weiteren wesentlichen Risikoarten der Hamburg Commercial Bank. Zusammen mit dem operationellen Risiko bilden sie die Non Financial Risk (NFR) der Bank. Um der Vielfältigkeit der verschiedenen Risikoarten, die gemeinhin als NFR bezeichnet werden, und auch aufsichtlichen Entwicklungen besser gerecht zu werden, hat die Bank ein Non Financial Risk Framework verabschiedet, das einen Überblick über die Rollen und Verantwortlichkeiten im Three Lines-of-Defence-Modell, die Verfahren, Methoden und den Ablauf des NFR-Managements der Bank gibt.

Geschäftsstrategisches Risiko

Das geschäftsstrategische Risiko beinhaltet das Geschäftsrisiko sowie das strategische Risiko.

Das strategische Risiko ist die Gefahr eines finanziellen Schadens durch langfristige strategische Entscheidungen, die auf falschen Annahmen beruhen, und die insbesondere den laufenden Transformations- sowie den Geschäftsentwicklungsprozess gefährden könnten.

Unter dem Begriff Geschäftsrisiko versteht die Bank das Verlustpotenzial, das auf Änderungen des Verhaltens der Kunden oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld sowie der wirtschaftlichen Bedingungen insgesamt zurückgeführt werden kann.

Sollte es der Hamburg Commercial Bank nicht gelingen, Veränderungen in den für sie relevanten Märkten rechtzeitig

zu erkennen, könnte sich dies negativ auf ihre Wettbewerbsfähigkeit auswirken.

Darüber hinaus könnten beispielsweise Änderungen von Gesetzen und Vorschriften oder neue regulatorische Anforderungen die Umsetzung des Geschäftsmodells der Hamburg Commercial Bank gefährden.

Die Steuerung dieses Risikos erfolgt über die jährliche Prüfung und Aktualisierung der Geschäftsstrategie und den damit eng verbundenen, in der Bank etablierten Gesamtbankplanungsprozess. Die Verantwortung für die Strategie der Hamburg Commercial Bank obliegt dem Gesamtvorstand, wobei die Prozessverantwortung für die Erstellung der Geschäftsstrategie durch den Unternehmensbereich Strategy & Transformation und für das Strategiecontrolling durch den Unternehmensbereich Bank Steering wahrgenommen wird. Der unterjährige maßnahmenorientierte Steuerungsdialog – u. a. zu den strategischen Geschäftszielen – erfolgt dabei im Rahmen des Geschäftsfeldsteuerungsdialogs.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr eines direkten oder indirekten Schadens durch Rufschädigung des Unternehmens. Das Reputationsrisiko ist die Gefahr, aufgrund einer negativen Wahrnehmung der Bank durch eine relevante Anspruchsgruppe, einen finanziellen Schaden z. B. in Form eines verminderten Ertrages oder eines Verlustes sowie Abfluss von Einlagen zu erleiden. Reputationsrisiken können in allen Bereichen der Bank entstehen und werden daher im laufenden Betrieb stets beachtet.

Die Hamburg Commercial Bank steuert Reputationsrisiken insbesondere mittels präventiver Maßnahmen zum einen über transaktionsspezifische Prüfungen, zum anderen durch prozessuale Regelungen, um den Eintritt von Reputationssschäden möglichst zu verhindern. In Ergänzung zu den bestehenden Regelungen und Anweisungen, wie zum Beispiel dem Code of Conduct, sind in der jährlich verabschiedeten Reputationsrisikostategie die bankweiten Grundsätze zur Steuerung von Reputationsrisiken definiert.

Zusammenfassende Risikobewertung und Ausblick

Das Geschäftsjahr 2019 war geprägt von den weiteren Fortschritten in der Umsetzung des Transformationsprogramms hin zu einer profitablen Privatbank infolge des Eigentümerwechsels sowie von dem kontinuierlichen Abbau risikobehafteter, nicht strategischer Kredit- und Kapitalmarktgeschäfte.

Die Risikotragfähigkeit der Hamburg Commercial Bank war im Berichtsjahr nach aufsichtlichen Vorgaben durchgängig gegeben.

Für die zukünftige Entwicklung der Hamburg Commercial Bank ergeben sich wesentliche Herausforderungen, die detailliert im Prognose-, Chancen- und Risikobericht beschrieben wurden.

Die von uns dargestellten Risiko- und Banksteuerungssysteme sind darauf ausgerichtet, Risiken systematisch zu berücksichtigen. Dies gilt auch für unsere Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Markt- und Geschäftsentwicklung. Nach unserer Überzeugung haben wir das Gesamtrisikoprofil des Hamburg Commercial Bank Konzerns sowie die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung unserer Geschäftsaktivitäten im „Prognosebericht mit Chancen und Risiken“ und in diesem Risikobericht angemessen und umfassend vermittelt.

Erläuterungen zum Jahresabschluss der Hamburg Commercial Bank AG nach HGB

Bericht zur Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Die Ertragslage der Hamburg Commercial Bank AG war im Berichtsjahr bei einer insgesamt zufriedenstellenden operativen Geschäftsentwicklung insbesondere durch die erwarteten Effekte im Zusammenhang mit dem Rückkauf von Hybridinstru-

menten gekennzeichnet. Diese haben sich in einem hohen negativen außerordentlichen Ergebnis niedergeschlagen. Die Zusammensetzung und Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung im Vorjahresvergleich kann der folgenden Übersicht entnommen werden.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mio. €)	2019	2018	Veränderung in %
Zinsüberschuss	298	498	-40
Provisionsüberschuss	58	-132	>100
davon: Provisionen für Zweitverlustgarantie	-	-165	100
Nettoergebnis des Handelsbestands	-4	33	>-100
Verwaltungsaufwand	-465	-485	-4
davon: Personalaufwand	-196	-181	8
davon: Sachaufwand	-269	-305	-12
Sonstiges betriebliches Ergebnis	53	-101	>100
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung	-60	-187	68
Risikovorsorge/Bewertung	29	-287	>-100
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge/Bewertung	-31	-474	93
außerordentliches Ergebnis	-572	-340	-68
Ertragsteuern	19	194	-90
Erträge aus Verlustübernahme	236	327	-28
Jahresergebnis	-348	-293	-19

Ertragslage gekennzeichnet durch hohes negatives außerordentliches Ergebnis

Für die Ertragslage waren folgende Entwicklungen in den einzelnen Ertragspositionen maßgeblich:

Der **Zinsüberschuss** belief sich auf 298 Mio. € gegenüber 498 Mio. € im Vorjahr. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Rückgang des Zinsüberschusses zu einem großen Teil auf Aufwendungen für die vorzeitige Beendigung von Zinssicherungsinstrumenten zurückzuführen. Die Terminierung dieser Geschäfte resultiert aus Wertpapierverkäufen, die im Rahmen der auf den Abbau von Überschussliquidität ausgerichteten

aktiven Liquiditätssteuerung der Bank im Berichtsjahr erfolgten. Diesen Aufwendungen stehen Erträge aus den Wertpapierverkäufen in entsprechender Größenordnung gegenüber, die im Ergebnis aus Risikovorsorge/Bewertung ausgewiesen werden. Im Vorjahresvergleich spürbar erhöht haben sich Erträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen aufgrund vorzeitiger Tilgungen. Ferner war die Entwicklung des Zinsüberschusses im Berichtsjahr gekennzeichnet durch eine planmäßig rückläufige Bilanzsumme. Dabei lag der operative Zinsüberschuss über den Erwartungen. Hier haben sich das höhere Ambitions-

niveau von Neugeschäftsabschlüssen sowie die nach der Privatisierung erwartungsgemäß gesunkenen Fundingkosten positiv ausgewirkt.

Die deutliche Erhöhung des **Provisionsergebnisses** auf 58 Mio. € (Vorjahr: -132 Mio. €) profitierte bei weitestgehend stabilen Provisionsüberschüssen aus dem Kreditgeschäft sowie dem Zahlungs- und Auslandsgeschäft zum einen von dem Wegfall der letztmalig im Geschäftsjahr 2018 angefallenen Garantieprämien für die Zweitverlustgarantie (Aufwand 2018: -165 Mio. €, davon 100 Mio. € für eine Ausgleichszahlung für die Beendigung der Garantie). Zum anderen hat sich der Wegfall von Aufwendungen für eine Ende 2018 beendete synthetische Verbriefungsaktion positiv ausgewirkt (Aufwand 2018: -25 Mio. €).

Das **Nettoergebnis des Handelsbestands** reduzierte sich auf -4 Mio. € (Vorjahr: 33 Mio. €). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist auf das verminderte, leicht negative, Nettoergebnis aus Zinsgeschäften zurückzuführen. Aufgrund des negativen Ergebnisses erfolgte keine Einstellung in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB aus dem Nettoerfolg des Handelsbestands (Vorjahr: 4 Mio. €).

Der **Verwaltungsaufwand** belief sich im abgelaufenen Jahr auf -465 Mio. € (Vorjahr: -485 Mio. €). Dabei haben sich folgende Entwicklungen beim Personal- und Sachaufwand ergeben:

Die Umsetzung des Personalabbaus, insbesondere aus dem Restrukturierungsprogramm 2018, hat auf Jahresultimobasis zu einer weiteren Reduktion der Mitarbeiterzahl von 1.510 auf 1.311 (gerechnet in Vollzeitbeschäftigten, VAK) geführt. Trotz dieses Rückgangs hat sich der Personalaufwand im Berichtsjahr auf -196 Mio. € (Vorjahr: -181 Mio. €) erhöht. Maßgeblich für diese Entwicklung waren höhere Aufwendungen für zurückgestellte variable Vergütungen als im Vorjahr sowie die Neubesetzung von strategischen Positionen. Der Personalabbau wird erst in den kommenden Perioden sein volles Kostensenkungspotenzial in der GuV entfalten. Im Personalaufwand ist nicht reflektiert, dass der Vorstand vor dem Hintergrund der Entwicklung der Corona-Krise in 2020 beschlossen hat auf 30 % seiner variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2019 verzichten zu wollen.

Der Sachaufwand betrug -269 Mio. € und hat sich damit um 36 Mio. € gegenüber -305 Mio. € im Vorjahr vermindert. Ausschlaggebend dafür war, dass sich die regulatorischen Aufwendungen, die insbesondere die Bankenabgabe sowie die Einlagensicherung betreffen, von -87 Mio. € im Vorjahr auf -51 Mio. € reduziert haben. Dabei war der Vorjahresaufwand für die Einlagensicherung maßgeblich durch die Bildung von Rückstellungen geprägt. Diese betrafen Einmalzahlungen aufgrund des geplanten Wechsels des Sicherungssystems Anfang 2022. Bei der Entwicklung des Sachaufwands ist ferner zu berücksichtigen, dass das stringente Kostenmanagement der Bank greift und zu spürbar rückläufigen Aufwendungen in zentralen Aufwandskategorien des Sachaufwands geführt hat,

insbesondere im Bereich der externen Dienstleistungen. Demgegenüber haben sich die IT-Aufwendungen im Berichtsjahr durch zukunftsgerichtete Investitionen in den Umbau der technologischen Infrastruktur zunächst planmäßig erhöht. Im Vorjahresvergleich erhöht haben sich auch die Kosten für Rechtsberatung, was auf einmalige Kosten im Zusammenhang mit der Liability Management Exercise sowie Zuführungen zu Rückstellungen für Prozesskosten in einem von der Bank geführten Aktivprozess zurückzuführen ist.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** belief sich auf 53 Mio. € (Vorjahr: -101 Mio. €). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der Veränderung der Rückstellungen für Prozessrisiken. Während sich in der Berichtsperiode eine Nettoauflösung von 111 Mio. € ergab, war die Vorperiode durch eine Zuführung in Höhe von 138 Mio. € belastet. Darüber hinaus konnten in der Berichtsperiode Erstattungen aus Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 30 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €) vereinnahmt werden.

Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge belief sich auf -60 Mio. € nach -187 Mio. € im Vorjahr. Während sich die von Sondereffekten beeinflussten Veränderungen im Zins- und Provisionsüberschuss im Vorjahresvergleich weitestgehend neutralisiert haben, ist der Anstieg im Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung auf das Sonstige betriebliche Ergebnis zurückzuführen, das durch einen deutlichen Rückgang der Rückstellungen für Prozessrisiken geprägt war.

In Summe weitestgehend ausgeglichenes Ergebnis aus Risikovorsorge/Bewertung

Das Ergebnis aus Risikovorsorge/Bewertung hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht und beträgt 29 Mio. € (Vorjahr: -287 Mio. €). Dabei haben die Ergebnisse aus Wertpapieren Belastungen aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft mehr als ausgeglichen. Im Einzelnen ergaben sich folgende wesentliche Entwicklungen in dieser Position.

Für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft weist die Hamburg Commercial Bank AG in der Berichtsperiode einen Aufwand von -74 Mio. € (Vorjahr: -287 Mio. €) aus. Dieser ergibt sich durch eine Erhöhung der Pauschalwertberichtigungen (PWB). Die Erhöhung der PWB ergibt sich einerseits methodisch aufgrund der Erstanwendung des Rechnungslegungsstandards IDW RS BFA 7, aber auch durch die Berücksichtigung weiter steigender makroökonomischer und geopolitischer Risiken. Bei den Einzelwertberichtigungen ergab sich eine Nettoauflösung, was die weiter verbesserte gute Qualität sowie die hohe Risikoabdeckung des Kreditportfolios dokumentiert. Der Vorjahreszeitraum war stark geprägt durch Zuführungen sowohl zu Einzelwertberichtigungen im Segment Shipping als auch zu Portfoliowertberichtigungen aufgrund der erhöhten geopolitischen Risiken.

Im Wertpapiergeschäft konnte das Ergebnis deutlich erhöht werden und belief sich auf 100 Mio. € gegenüber

18 Mio. € im Vorjahr. Das sehr positive Ergebnis ist bei einem leicht negativen Bewertungsergebnis auf Realisierungsgewinne im Rahmen von Wertpapierverkäufen zurückzuführen. Diesen stehen in entsprechender Größenordnung Belastungen des Zinsüberschusses aus der vorzeitigen Beendigung damit verbundener Zinssicherungsinstrumente gegenüber.

Das Bewertungsergebnis aus Beteiligungen hat sich ebenfalls leicht erhöht und betrug im Berichtsjahr 3 Mio. € (Vorjahr: -17 Mio. €).

Hohes negatives außerordentliches Ergebnis aufgrund von Effekten im Zusammenhang mit dem Rückkauf von Hybridinstrumenten

Die Belastung aus dem außerordentlichen Ergebnis, das wie im Vorjahr maßgeblich für den Jahresfehlbetrag war, stieg deutlich auf -572 Mio. € gegenüber -340 Mio. € im Vorjahr. Im Berichtsjahr ergibt sich diese aus mehreren Effekten im Zusammenhang mit dem Rückkauf von Hybridinstrumenten in Höhe von insgesamt -511 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €). Darüber hinaus sind Restrukturierungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Bank in Höhe von -80 Mio. € (Vorjahr: -345 Mio. €) im außerordentlichen Ergebnis enthalten. Demgegenüber stehen wie im Vorjahr in vergleichsweise geringem Umfang Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen aus vorherigen Restrukturierungsprogrammen.

Die Effekte aus dem Hybridkapital betreffen insbesondere Abschreibungen auf zurückgekaufte, am internationalen Kapitalmarkt platzierte Hybridinstrumente (-282 Mio. €) sowie die Zuführung zu Drohverlustrückstellungen (-146 Mio. €). Zudem enthalten sie mit insgesamt -83 Mio. € Aufwendungen aus Tilgungsverlusten bei bilateralen Stillen Einlagen sowie SPARC-Wertpapieren. Für weitere Einzelheiten zu den im Berichtsjahr und bis zur Aufstellung dieses Abschlusses eingetretenen Ereignissen im Zusammenhang mit den Hybridinstrumenten vgl. auch die Anhangsangabe Nr. 54.

Von den Restrukturierungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Bank in Höhe von insgesamt -80 Mio. € (Vorjahr: -345 Mio. €) entfallen netto -11 Mio. € (Vorjahr: -235 Mio. €) auf den Restrukturierungsaufwand für Personalmaßnahmen und -26 Mio. € (Vorjahr: -44 Mio. €) auf Sachaufwendungen.

Des Weiteren enthält die Position Transformationsaufwendungen in Höhe von -29 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) sowie nachlaufende Privatisierungsaufwendungen von -14 Mio. € (Vorjahr: -67 Mio. €).

Hohes negatives Jahresergebnis

Das Ergebnis vor Steuern belief sich auf -603 Mio. € (Vorjahr: -814 Mio. €). Nach Berücksichtigung von Ertragsteuern in Höhe von 19 Mio. € (Vorjahr: 194 Mio. €) und Erträgen aus Verlustübernahme von 236 Mio. € (Vorjahr: 327 Mio. €) weist die Hamburg Commercial Bank AG ein negatives Jahresergebnis von -348 Mio. € aus (Vorjahr: -293 Mio. €) aus. Das abweichend zum leicht positiven IFRS Konzernergebnis negative Jahresergebnis entspricht den grundsätzlichen Erwartungen der Bank.

Die Ertragsteuern haben mit 19 Mio. € wie im Vorjahr (194 Mio. €) positiv zum Jahresergebnis beigetragen. Die Position beinhaltet Erträge aus laufenden Steuern in Höhe von 38 Mio. €, die weitestgehend auf Vorjahre entfallen. Gegenläufig wirkte ein latenter Steueraufwand von -19 Mio. €. Der latente Steueraufwand setzt sich aus einem Aufwand aus der Auflösung von latenten Steuern auf Verlustvorträge in Höhe von -57 Mio. € sowie einem Ertrag aus der Bildung von latenten Steuern auf temporäre Differenzen in Höhe von 38 Mio. € zusammen.

Bei Feststellung eines Jahresfehlbetrags bzw. eines Bilanzverlusts für das jeweilige laufende Geschäftsjahr dürfen keine Ausschüttungen auf stille Einlagen vorgenommen werden. Außerdem müssen die Eigenkapitalinstrumente entsprechend ihrer vertraglichen Vereinbarung am Bilanzverlust bzw. Jahresfehlbetrag beteiligt werden. Im Geschäftsjahr 2019 haben die Stillen Einlagen in Höhe von 236 Mio. € (Vorjahr: 327 Mio. €) am Verlust der Hamburg Commercial Bank AG teilgenommen. Die am Kapitalmarkt notierten Hybridkapitalinstrumente wurden am Bilanzverlust (inkl. Bilanzverlustvortrag aus dem Jahresabschluss 2018) beteiligt. Die Buchwerte der am Kapitalmarkt notierten Hybridinstrumente belaufen sich infolge von Verlustbeteiligungen zum Berichtsstichtag auf 8,1 % des ursprünglichen Nominalwerts.

Vermögens- und Finanzlage

Bilanz

(Mio. €)	2019	2018	Veränderung in %
Aktiva			
Barreserve, Schuldtitel öffentlicher Stellen, rediskontfähige Wechsel	4.844	5.355	-10
Forderungen an Kreditinstitute	1.614	2.277	-29
Forderungen an Kunden	29.777	31.521	-6
Wertpapiere	7.969	10.508	-24
Handelsbestand	1.519	2.157	-30
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	670	654	2
Restliche Aktiva	2.171	2.124	2
Bilanzsumme	48.564	54.596	-11
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.425	6.012	-10
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24.390	28.427	-14
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.870	10.399	-5
Handelsbestand	982	1.163	-16
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.058	1.055	0
Fonds für allgemeine Bankrisiken	2.366	2.366	-
Eigenkapital	1.893	2.641	-28
Restliche Passiva	2.580	2.533	2
Bilanzsumme	48.564	54.596	-11
Eventualverbindlichkeiten	1.521	1.869	-19
Andere Verpflichtungen	6.694	7.646	-12
Derivate des Anlagebestands (Kreditäquivalente)	450	449	0
Summe außerbilanzielles Geschäft	8.665	9.964	-13
Geschäftsvolumen	57.229	64.560	-11

Bilanzsumme planmäßig weiter gesunken

Die Bilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr 2019 mit einem Rückgang um rund 11 % auf 48.564 Mio. € (31. Dezember 2018: 54.596 Mio. €) planmäßig erneut deutlich reduziert. Dabei zeigt sich der Rückgang in allen wesentlichen Bilanzpositionen. Auf der Aktivseite spiegelt sich dieser insbesondere in den Positionen Wertpapiere sowie Forderungen an Kunden wider, auf der Passivseite bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Im Einzelnen haben sich die folgenden Entwicklungen ergeben:

Die Barreserve verringerte sich im Vergleich zum Vorjahresresultimo auf 4.844 Mio. € (31. Dezember 2018: 5.355 Mio. €).

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich ebenfalls reduziert und beliefen sich auf 1.614 Mio. € (31. Dezember 2018: 2.277 Mio. €). Der Rückgang entfällt im Wesentlichen auf Anlagen mit einer Laufzeit von bis zu drei Monaten bzw. von mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr.

Zum 31. Dezember 2019 betrug der Buchwert der Forderungen an Kunden 29.777 Mio. €, was gegenüber dem 31. Dezember 2018 (Buchwert: 31.521 Mio. €) einem Rückgang von rund 6 % entspricht. Der Rückgang entfällt auf Restlaufzeiten mit einer Laufzeit von über einem Jahr.

Die Wertpapierposition hat sich durch den konsequenten Abbau von Beständen deutlich von 10.508 Mio. € auf 7.969 Mio. € reduziert, was einem Rückgang von rund 24 % entspricht. Teilweise gegenläufig wirkte in der Position eine Erhöhung der eigenen Schuldverschreibungen infolge des Rückkaufs eigener Emissionen. Insgesamt waren die Entwicklungen in dieser Position gekennzeichnet von Maßnahmen zur aktiven Liquiditätssteuerung, die auf einen konsequenten Abbau der im Privatisierungszeitraum aufgebauten Überschussliquidität ausgerichtet sind und dem strategischen Zielbild einer abnehmenden Bilanzsumme Rechnung tragen.

Der aktivische Handelsbestand verringerte sich auf 1.519 Mio. € (31. Dezember 2018: 2.157 Mio. €). Ausschlaggebend für diese Entwicklung war ein Rückgang der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere des Handelsbestands. Der Buchwert der derivativen Finanzinstrumente blieb ungefähr auf Vorjahresniveau. Die Effekte aus dem planmäßigen Abbau der Derivatebestände (Volumen) wurden im Hinblick auf die Buchwertentwicklung durch die Zinsentwicklung sowie ein höheres Nettingvolumen neutralisiert.

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten leicht auf 5.425 Mio. € reduziert (31. Dezember 2018: 6.012 Mio. €).

Der spürbare Rückgang des Bilanzvolumens auf der Aktivseite und damit der niedrigere Fundingbedarf hat sich auf der Passivseite insbesondere in einem deutlichen Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden auf 24.390 Mio. € (31. Dezember 2018: 28.427 Mio. €) ausgewirkt. Dabei wurden im Einklang mit der Fundingstrategie insbesondere die kurzfristigen Einlagen planmäßig reduziert.

Der Buchwert der Verbrieften Verbindlichkeiten war mit 9.870 Mio. € (31. Dezember 2018: 10.399 Mio. €) leicht geringer als im Vorjahr.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten verharrten ungefähr auf dem Niveau des Vorjahrs (31. Dezember 2019: 1.058 Mio. €, Vorjahr: 1.055 Mio. €).

Das bilanzielle Eigenkapital war mit 1.893 Mio. € per 31. Dezember 2019 deutlich niedriger als zum Vorjahresresultimo (31. Dezember 2018: 2.641 Mio. €). Ursächlich ist neben dem Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2019 die Verlustbeteiligung der Stillen Einleger, die zu einem niedrigeren Buchwert dieser Instrumente geführt hat. Im Hinblick auf die Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten wird auf den Risikobericht im zusammengefassten Lagebericht der Hamburg Commercial Bank verwiesen.

GESCHÄFTSVOLUMEN IM EINKLANG MIT DER BILANZSUMME GESUNKEN

Das Geschäftsvolumen verringerte sich korrespondierend zur rückläufigen Bilanzsumme und belief sich auf 57.229 Mio. € (31. Dezember 2018: 64.560 Mio. €). Auch die Eventualverbindlichkeiten, die sich im Wesentlichen aus Bürgschaften und Gewährleistungen zusammensetzen, verzeichneten einen Rückgang auf 1.521 Mio. € (31. Dezember 2018: 1.869 Mio. €). Reduziert haben sich ebenfalls die Anderen Verpflichtungen, deren wesentlicher Bestandteil die unwiderruflichen Kreditzusagen sind, und die zum 31. Dezember 2019 6.694 Mio. € betragen (31. Dezember 2018: 7.646 Mio. €).

Refinanzierung

Die Hamburg Commercial Bank AG hat ihre Fundingstrategie im Rahmen der Nutzung verschiedener Refinanzierungsquellen im Berichtsjahr erfolgreich umgesetzt. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquiditätskennzahlen wurden in der Berichtsperiode spürbar übertroffen. Weitere Details können dem zusammengefassten Lagebericht der Hamburg Commercial Bank entnommen werden.


Hamburg, den 30. März 2020



Stefan Ermisch



Ulrik Lackschewitz



Ian Banwell



Dr. Nicolas Blanchard



Christopher Brody



Oliver Gatzke

Jahresabschluss der Hamburg Commercial Bank AG

Bilanz der Hamburg Commercial Bank AG

zum 31. Dezember 2019

Aktivseite

(Tsd. €)	(Anhangangabe Nr.)	31.12.2019	31.12.2018
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		6	826
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		4.773.672	5.292.704
darunter:		4.773.678	5.293.530
bei der Deutschen Bundesbank	4.769.326 (Vorjahr: 5.289.089)		
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		70.573	61.647
		70.573	61.647
3. Forderungen an Kreditinstitute	(5, 6, 23-26)		
a) täglich fällig		373.724	409.149
b) andere Forderungen		1.239.844	1.867.690
		1.613.568	2.276.839
4. Forderungen an Kunden	(5, 6, 23-26)	29.776.996	31.521.343
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert	10.495.451 (Vorjahr: 9.814.741)		
Kommunalkredite	2.858.051 (Vorjahr: 3.810.967)		
durch Schiffspfandrechte gesichert	3.928.751 (Vorjahr: 3.754.336)		
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(8, 23-28, 31)		
a) Geldmarktpapiere			
aa) von anderen Emittenten		-	8.405
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten		2.733.679	5.073.244
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.662.487 (Vorjahr: 5.000.869)		
bb) von anderen Emittenten		3.035.621	4.698.544
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.837.600 (Vorjahr: 4.493.945)	5.769.300	
c) eigene Schuldverschreibungen			
Nennbetrag	2.183.637 (Vorjahr: 706.717)	2.188.312	718.572
		7.957.612	10.498.765
Übertrag		44.192.427	49.652.124

Aktivseite

(Tsd. €)	(Anhangangabe Nr.)	31.12.2019	31.12.2018
	Übertrag	44.192.427	49.652.124
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	(8, 27, 28, 31)	11.847	8.958
6a. Handelsbestand	(9, 29)	1.518.664	2.156.581
7. Beteiligungen	(15, 27, 31, 63)	11.837	7.496
darunter:			
an Kreditinstituten	8.077 (Vorjahr: 3.734)		
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	(15, 27, 31, 63)	658.356	646.924
darunter:			
an Kreditinstituten	82.590 (Vorjahr: 82.590)		
9. Treuhandvermögen	(30)	2.464	3.220
darunter:			
Treuhandkredite	2.464 (Vorjahr: 3.220)		
10. Immaterielle Anlagewerte	(16, 31)		
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		199	570
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		5.542	6.597
		5.741	7.167
11. Sachanlagen	(17, 31)	79.089	80.404
12. Sonstige Vermögensgegenstände	(32)	1.416.603	1.325.128
13. Rechnungsabgrenzungsposten	(5, 19, 33)	28.475	53.441
14. Aktive latente Steuern	(18, 34)	638.815	654.827
Summe der Aktiva		48.564.318	54.596.270

Passivseite

(Tsd. €)	(Anhangangabe Nr.)	31.12.2019	31.12.2018
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(19, 37-39)		
a) täglich fällig		84.696	266.179
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5.340.553	5.745.951
		5.425.249	6.012.130
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(19, 37-39)		
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		9.392	10.721
		9.392	10.721
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig		6.935.050	7.933.858
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		17.446.014	20.482.580
		24.381.064	28.416.438
		24.390.456	28.427.159
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	(19, 39, 67)		
a) begebene Schuldverschreibungen		9.869.492	10.398.837
		9.869.492	10.398.837
3a. Handelsbestand	(9, 40)	981.559	1.162.845
4. Treuhandverbindlichkeiten	(41)	2.464	3.220
darunter:			
Treuhandkredite		2.464	
		(Vorjahr: 3.220)	
5. Sonstige Verbindlichkeiten	(42)	783.974	815.757
6. Rechnungsabgrenzungsposten	(5, 19, 43)	76.149	71.651
6a. Passive latente Steuern	(18, 44)	17.328	14.609
7. Rückstellungen	(20)		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		892.414	840.189
b) Steuerrückstellungen		16.123	25.388
c) andere Rückstellungen	(45)	791.726	761.437
		1.700.263	1.627.014
8. Nachrangige Verbindlichkeiten	(46)	1.057.908	1.055.396
9. Fonds für allgemeine Bankrisiken	(47)	2.366.156	2.366.156
davon Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB		56.354	
		(Vorjahr: 56.354)	
Übertrag		46.670.998	51.954.774

Passivseite

(Tsd. €)	(Anhangangabe Nr.)		31.12.2019	31.12.2018
	Übertrag		46.670.998	51.954.774
10. Eigenkapital	(48)			
a) Gezeichnetes Kapital				
aa) Grundkapital		3.018.225		3.018.225
ab) Stille Einlagen		193.801		594.017
			3.212.026	3.612.242
b) Kapitalrücklage			76.535	76.535
c) Bilanzgewinn/-verlust			-1.395.241	-1.047.281
			1.893.320	2.641.496
Summe der Passiva			48.564.318	54.596.270
1. Eventualverbindlichkeiten	(60)			
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.520.583	1.869.321
2. Andere Verpflichtungen	(60)			
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			6.693.666	7.646.258

Gewinn- und Verlustrechnung der Hamburg Commercial Bank AG

Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

(Tsd. €)	(Anhangangabe Nr.)			2019	2018
1. Zinserträge	(49, 50)				
a) aus Kredit- und Geldmarktgeschäften				2.157.200	2.237.822
abzüglich negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		-106.151	2.051.049		-141.406
b) aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen				138.352	211.968
abzüglich negative Zinsen aus Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		-	138.352		-
				2.189.401	2.308.384
2. Zinsaufwendungen	(50)				
aus dem Bankgeschäft				1.980.981	1.928.000
abzüglich positive Zinsen aus dem Bankgeschäft		-57.015			-75.878
				1.923.966	1.852.122
				265.435	456.262
3. Laufende Erträge aus	(49)				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				8	296
b) Beteiligungen				226	9.479
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				32.657	31.515
				32.891	41.290
4. Provisionserträge	(49, 51)			76.973	82.975
5. Provisionsaufwendungen	(51)			18.555	215.275
				58.418	-132.300
6. Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands	(49)			-3.782	33.410
7. Sonstige betriebliche Erträge	(49, 52)			284.458	171.068
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter				168.341	153.804
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				28.388	26.742
				196.729	180.546
darunter:					
für Altersversorgung		6.530			
		(Vorjahr: 3.857)			
b) andere Verwaltungsaufwendungen	(57)			262.029	297.003
				458.758	477.549
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	(31)			6.928	7.674
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(53)			230.448	269.177
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				-	328.056
Übertrag				-58.714	-512.726

(Tsd. €)	(Anhangangabe Nr.)	2019	2018
	Übertrag	-58.714	-512.726
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		7.449	-
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		28.891	57.653
14. Aufwendungen aus Verlustübernahme		7.708	16.592
15. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-30.082	-471.665
16. Außerordentliche Erträge	(54)	19.368	5.197
17. Außerordentliche Aufwendungen	(54)	591.408	345.348
18. Außerordentliches Ergebnis	(54)	-572.040	-340.151
19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(55)	-19.165	-193.859
20. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 10 ausgewiesen		1.116	2.715
		-18.049	-191.144
21. Erträge aus Verlustübernahme	(56)	236.337	327.303
22. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		224	-
23. Jahresfehlbetrag		-347.960	-293.369
24. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-1.047.281	-753.912
25. Bilanzgewinn/-verlust		-1.395.241	-1.047.281

Anhang für das Geschäftsjahr 2019

Allgemeine Angaben und Erläuterungen

1. Die Hamburg Commercial Bank AG und ihre Anteilseigner

Die Hamburg Commercial Bank AG, vormals HSH Nordbank AG, mit Sitz in Hamburg, wurde im Rahmen der Verschmelzung der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –, Hamburg, und der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, am 2. Juni 2003 neu gegründet. Handels- und steuerrechtlich erfolgte die Fusion rückwirkend zum 1. Januar 2003. Seit dem 28. November 2018 hat die Bank voneinander unabhängige Aktionäre: Cerberus Capital Management, L.P., J. C. Flowers & Co. LLC, GoldenTree Asset Management LP, Centaurus Capital LP und der BAWAG P.S.K bzw. von diesen

initiierte Fonds. Seit dem 4. Februar 2019 firmiert die Bank als Hamburg Commercial Bank AG.

Die Hamburg Commercial Bank AG ist unter der Nummer HRB 87366 im Handelsregister Hamburg eingetragen.

Die Hamburg Commercial Bank AG stellt als oberstes Mutterunternehmen einen Konzernabschluss auf.

Die folgende Übersicht zeigt die Anteilseigner der Hamburg Commercial Bank AG mit ihren jeweiligen mittelbaren und unmittelbaren Anteilen am stimmberechtigten Kapital zum 31. Dezember 2019:

Eigentümerstruktur

Mehrere von Cerberus Capital Management, L.P. initiierte Fonds			Ein von J.C. Flowers & Co. LLC beratener Fonds	Ein von GoldenTree Asset Management LP initiiertes Fonds	Centaurus Capital LP	BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft
Promontoria Holding 221 B.V.	Promontoria Holding 231 B.V.	Promontoria Holding 233 B.V.	JCF IV Neptun Holdings S.à.r.l.	GoldenTree Asset Management Lux S.à.r.l.	Chi Centauri LLC	
9,89%	13,88%	18,73%				
42,5%			35,0%	12,5%	7,5%	2,5%

2. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Bank hat im Rahmen der Restrukturierung und Optimierung ihrer Kapitalstruktur (Liability Management Exercise) im Berichtsjahr in wesentlichem Umfang Hybridkapitalinstrumente zurückerworben. Teile der Transaktion wurden nach dem Bilanzstichtag getätigt. Details zu dem Rückkauf sind der Anhangangabe Nr. 54 Außerordentliches Ergebnis zu entnehmen.

Im Dezember 2019 konnten Verträge über die Veräußerung von mehreren bankeigenen Immobilien abgeschlossen werden. Das Closing der Transaktionen erfolgte im Februar 2020.

In der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2020 wird der nach dem Bilanzstichtag erfolgte Rückerwerb der Hybridkapitalinstrumente einseitig zu Tilgungsverlusten führen, die sich belastend auf das Außerordentliche Ergebnis auswirken. Andererseits resultieren hieraus Sonstige betriebliche Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Prozessrisiken, die – zusammen mit den ebenfalls anfallenden Sonstigen betrieblichen Erträgen aus dem Immobilienverkauf – die Belastungen im außerordentlichen Ergebnis weitestgehend kompensieren.

Die globale Ausbreitung des neuen Coronavirus („COVID 19 Pandemie“) in 2020 und die Bekämpfung ihrer gesundheitlichen Folgewirkungen, haben weltweit zu einer signifikanten Reduzierung der wirtschaftlichen Aktivität geführt. Die bisherigen Entwicklungen weisen darauf hin, dass erhebliche negative Beeinträchtigungen für die globale wirtschaftliche Entwicklung in 2020 möglich sind. Gegenwärtig besteht große Ungewissheit über die Dauer und Intensität der Corona-Krise einerseits und die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise bzw. deren Abmilderung durch bereits umgesetzte oder adressierte Hilfsprogramme andererseits.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise können das Erreichen der finanziellen Ziele der Hamburg Commercial Bank AG negativ beeinflussen, wobei aufgrund der bestehenden Ungewissheiten noch keine konkreten Prognosen zu Auswirkungen möglich sind. Grundsätzlich können für die Hamburg Commercial Bank AG negative Effekte auf die Höhe der Erträge, die Zuführungen zur Kreditrisikovorsorge, die Non-Performing-Loans sowie die Kapitalquoten bzw. Risikoaktiva resultieren.

3. Einlagensicherung, Gewährträgerhaftung und Anstaltslast

Die Hamburg Commercial Bank AG ist als Mitgliedsinstitut der Sicherungsreserve der Landesbanken in das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe eingebunden.

Die Sparkassen-Finanzgruppe verfügt über ein institutsbezogenes Sicherungssystem. Dieses ist seit dem 3. Juli 2015 als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt.

Das wichtigste Ziel des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise soll ein Einlagensicherungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkung fortgeführt werden (freiwillige Institutssicherung).

Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe erfüllt durch die amtliche Anerkennung als Einlagensicherungssystem auch die Voraussetzungen für die gesetzliche Einlagensicherung nach dem EinSiG. In der gesetzlichen Einlagensicherung hat der Kunde gegen das Sicherungssystem einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen bis zu 100.000 €.

Zum 1. Januar 2022 ist der nahtlose Übergang der Hamburg Commercial Bank AG in das Einlagensicherungssystem der privaten Banken vorgesehen. Dieses setzt sich aus der

Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EdB, gesetzliche Einlagensicherung) und dem freiwilligen Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. (ESF) zusammen.

Die in der Brüsseler Verständigung vom 17. Juli 2001 gefundene Übergangsregelung zum Auslaufen der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung am 18. Juli 2005 gilt gemäß § 2 des Staatsvertrags zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Verschmelzung der Vorgängerinstitute vom 4. Februar 2003 gleichermaßen für die Hamburg Commercial Bank AG. Somit sind Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 begründet wurden, unabhängig von ihrer Laufzeit durch die Gewährträgerhaftung gedeckt.

Als Alteigentümerin der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale haftet die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, im Rahmen der oben dargestellten Gewährträgerhaftung für die bis zu ihrem Ausscheiden mit Wirkung vom 23. Mai 2003 vereinbarten und im Wege der Verschmelzung auf die Hamburg Commercial Bank AG übergegangenen Verbindlichkeiten sowie die Westdeutsche Landesbank, Düsseldorf, bzw. ihre Rechtsnachfolgerin für bis zum Wegfall der Gewährträgerhaftung eingegangene Verbindlichkeiten.

4. Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Den Jahresabschluss und den Lagebericht der Hamburg Commercial Bank AG zum 31. Dezember 2019 haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (Rech-KredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Daneben haben wir die einschlägigen Verlautbarungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) beachtet.

Weitere Erläuterungen zu ausgewählten Posten und Sachverhalten werden nachfolgend dargestellt.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt unter Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern). Grundlage der getroffenen Annahme der Unternehmensfortführung ist die Unternehmensplanung der Bank.

5. Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden (Aktivpositionen 3 und 4) setzen wir zum Nennwert bzw. zu den Anschaffungskosten an. Agien bzw. Disagien werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und linear über die Laufzeit oder die kürzere Festzinsbindungsdauer aufgelöst. Anteilige Zinsen grenzen wir periodengerecht ab und weisen sie in den entsprechenden Forderungspositionen aus. Dem strengen Niederstwertprinzip tragen wir durch eine stringente Anwendung unserer nachfolgend erläuterten Grundsätze zur Risikovorsorge Rechnung.

Liegt bei sogenannten unechten Verbriefungstransaktionen kein Abgang unserer bilanziellen Forderungen vor und verbleiben die Risiken aus den Forderungen vollständig bei der Hamburg Commercial Bank AG, erfassen wir ggf. erforderliche Wertberichtigungen ausschließlich bei unseren originären Forderungen.

6. Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft (Risikovorsorge)

Zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft bilden wir gemäß den folgenden Grundsätzen Wertberichtigungen, die wir von den entsprechenden bilanziellen Beständen aktivisch absetzen. Für außerbilanzielle Geschäfte erfolgt die Risikovorsorge durch die Bildung von Rückstellungen. Um sicherzustellen, dass unsere Risikovorsorge alle erkennbaren Adress- und Länderrisiken abdeckt, ermitteln wir sie in drei Schritten:

Unsere Kreditengagements werden laufend überwacht. Für alle bei dieser Einzelbetrachtung erkennbaren Adressrisiken im Kreditgeschäft bilden wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des erwarteten Ausfalls. Wir ermitteln den erwarteten Ausfall aus dem Buchwert der Forderung abzüglich des Barwerts aller noch erwarteten Zahlungseingänge. Die erwarteten Zahlungseingänge umfassen insbesondere alle erwarteten Zins- und Tilgungszahlungen sowie Eingänge aus der Verwertung von Sicherheiten; dabei werden entstehende Verwertungskosten berücksichtigt.

Schließlich bilden wir auf die übrigen nicht wertberichtigten, aber mit latenten Risiken behafteten Kreditengagements handelsrechtlich Pauschalwertberichtigungen.

Die Hamburg Commercial Bank AG macht von der Möglichkeit der vorzeitigen freiwilligen Anwendung des BFA 7 Gebrauch und wendet für die Bemessung der Pauschalwertberichtigungen die IFRS 9-Methodik an. Bei einer signifikanten Erhöhung des Kreditausfallrisikos wird dabei eine nach der IFRS 9-Methodik erhöhte Risikovorsorge zugrunde gelegt. Ein getrennter Ausweis der Pauschalwertberichtigungen nach latentem und signifikant erhöhtem Kreditausfallrisiko erfolgt nicht. Diese Änderung der Bewertungsmethode führt zu einer Erhöhung der Pauschalwertberichtigung in Höhe von 55 Mio. €.

Im Rahmen der Dotierung der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden nach dem Modell der erwarteten Kreditverluste wurden zum 31. Dezember 2019 auch Anpassungen in Form von Model Overlays berücksichtigt. Diese Anpassungen ergeben sich einerseits aus technisch nicht abbildbaren

Elementen an der Methodik, die standardkonform die Eintrittswahrscheinlichkeit makroökonomischer Szenarien sowohl auf Gesamtbankebene als auch auf Ebene einzelner Geschäftsbereiche reflektiert und so erwartete Entwicklungen in den Berechnungsparametern berücksichtigt, andererseits aus der Bildung von Overlays, die Risiken adressieren, die mit auf Einzelgeschäftsebene vorliegenden Daten nicht im ausreichenden Maße berücksichtigt werden können. Die Ursachen hierfür sind unterschiedlich, als Beispiel sind bisher in den Parametern unberücksichtigte portfoliospezifische Erkenntnisse, wie beispielsweise die Auswirkungen der ab dem Jahr 2020 geltenden Emissionsvorgaben für Schiffe zu nennen.

Die Einschätzung hinsichtlich der notwendigen Risikovorsorge wird vielfach auf Basis von Informationen getroffen, die zum Teil vorläufigen Charakter (z. B. geplante Restrukturierungen der Kreditnehmer, Sanierungsgutachten im Entwurfsstadium) haben oder einer erhöhten Volatilität (z. B. Sicherheitswerte von Immobilien und Schiffen) unterliegen. Hierdurch besteht eine erhöhte Schätzungsunsicherheit hinsichtlich wesentlicher Parameter der Risikovorsorge. Die größte Unsicherheit hierbei liegt in der Einschätzung der erwarteten Zahlungsströme, die abhängig von Kreditnehmern, Branchen, der gesamtwirtschaftlichen Einschätzung und anderer Faktoren ist. Die getroffenen Annahmen werden einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen und sofern notwendig an veränderte Rahmenbedingungen angepasst.

Für steuerliche Zwecke werden die Pauschalwertberichtigungen gemäß dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994 ermittelt.

Sofern das Kreditrisiko entfällt oder sich vermindert, werden die genannten Arten der Risikovorsorge in entsprechender Höhe aufgelöst. Damit kommen wir dem steuer- und handelsrechtlichen Wertaufholungsgebot nach.

Stellt die Bank fest, dass eine Forderung vollständig oder teilweise als uneinbringlich eingestuft werden muss, wird die Abschreibung veranlasst.

7. Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts

Als den beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bezeichnet man den Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts für Finanzinstrumente erfolgt grundsätzlich anhand des notierten Preises auf einem aktiven Markt (Mark-to-Market) oder, falls dies nicht möglich ist, mittels anerkannter Bewertungstechniken und -modelle (Mark-to-Matrix bzw. Mark-to-Model).

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts durch die Mark-to-Market-Methode ist möglich, wenn ein Marktpreis, zu dem ein Geschäft abgeschlossen werden könnte oder abgeschlossen worden ist, vorliegt. Dies ist in der Regel der Fall für börsengehandelte Wertpapiere und Derivate, die auf liquiden Märkten gehandelt werden.

Die Mark-to-Matrix-Methode wird zur Ermittlung des Fair Values angewendet, sofern der beizulegende Zeitwert nicht aus Markt- oder Transaktionspreisen des identischen Finanzinstruments ermittelbar ist. Hierzu werden alternativ Preise vergleichbarer Finanzinstrumente bzw. Indizes, die für das Finanzinstrument repräsentativ sind, herangezogen und, soweit notwendig, angepasst.

Die Ermittlung des Fair Values nach der Mark-to-Model-Bewertung über ein geeignetes Modell (z. B. Optionspreismodell, Discounted-Cashflow-Methode, Collateralized-Debt-Obligation-Modell) erfolgt dann, wenn eine abgeleitete Bewertung nicht oder nicht in ausreichender Qualität möglich ist. Handelsaktiva und -passiva werden mit Mittelkursen bewertet.

In Bezug auf die Bewertungstechniken und -modelle kann unterschieden werden zwischen Verfahren, die ausschließlich auf beobachtbare Marktdaten zurückgreifen bzw. nur in unwesentlichem Umfang nicht beobachtbare Parameter zugrunde legen, und Verfahren, die in wesentlichem Umfang auf nicht beobachtbaren Parametern basieren. Beobachtbare Marktdaten sind gewöhnlich für liquide Wertpapiere und einfache OTC-Derivate, die an liquiden Märkten gehandelt werden (bspw. Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Devisenoptionen in bestimmten Währungen sowie Aktienderivate auf bestimmte börsennotierte Aktien bzw. Indizes), verfügbar. Bewertungstechniken und -modelle, die auf nicht beobachtbare Marktdaten oder Bewertungsparameter zurückgreifen und

damit Annahmen bezüglich dieser Parameter erfordern, sind gewöhnlich notwendig für strukturierte Wertpapiere bzw. allgemeiner für Wertpapiere, deren Markt illiquide ist, sowie komplexe OTC-Derivate. Nicht beobachtbare Parameter sind beispielsweise spezielle Korrelationen und Volatilitäten. In diesen Fällen sind sowohl im Hinblick auf die Wahl des Modells als auch im Hinblick auf die Parametereinschätzungen in wesentlichem Umfang Ermessensentscheidungen erforderlich. Berücksichtigt der über eine Bewertungstechnik oder ein Bewertungsmodell ermittelte Wert eines Derivats nicht in angemessener Weise Modellrisiken, Parameterunsicherheiten, Fundingkosten und -vorteile sowie Kredit- bzw. Kontrahentenausfallrisiken, ermittelt die Bank entsprechende Wertanpassungen. Die angewendeten Verfahren greifen dabei partiell auf nicht am Markt beobachtbare Parameter in Form von Schätzungen zurück.

Wenn in die Bewertung eines Finanzinstruments nicht beobachtbare Parameter einfließen, ist der ermittelte beizulegende Zeitwert zwar der beste Schätzwert gemäß einer Ermessensentscheidung der Bank, aber insoweit subjektiv, als auch alternative Möglichkeiten für die Parameterwahl vorliegen können, die nicht durch beobachtbare Marktdaten widerlegt werden können.

Die Finanzkrise hat dazu geführt, dass am Interbankemarkt vermehrt besicherte Derivate (mit Sicherheitenvertrag, z. B. CSA) abgeschlossen werden. Damit einher geht auch eine explizite Berücksichtigung der Besicherung bei der Bewertung von OTC-Derivaten.

Die Wertpapiere des Handelsbestands werden in wesentlichen Teilen über liquide Marktpreise bewertet. Liegt kein aktueller Kurs von einem liquiden Markt vor, erfolgt die Bewertung verzinslicher Wertpapiere mittels der Discounted-Cashflow-Methode anhand rating- und sektorabhängiger Zinskurven, die aus Marktdaten verzinslicher Wertpapiere abgeleitet werden.

Börsengehandelte Derivate werden ebenfalls über Börsenkurse bewertet. Liegt kein aktueller Kurs vor, erfolgt eine Bewertung über anerkannte Bewertungsmodelle (bspw. Black Scholes für europäische Optionen), die allenfalls in unwesentlichem Umfang auf nicht beobachtbaren Parameterschätzungen basieren.

8. Wertpapiere

Unsere Wertpapiere (Aktivpositionen 5 und 6), die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen zu Bewertungszwecken nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagebestand und Liquiditätsreserve.

Da bei Wertpapieren des Anlagebestands eine dauerhafte Halteabsicht besteht, bewerten wir diese zum gemilderten Niederstwert. Die entsprechenden Wertpapiere weisen wir bei voraussichtlich vorübergehenden Wertminderungen demnach mit ihren Anschaffungskosten aus, wobei wir Wertminderungen als voraussichtlich vorübergehend ansehen, wenn diese nicht als Hinweis auf zukünftige Störungen der Zins- und Kapitalbedienung zu werten sind. Dies ist bei Wertminderungen der Fall, die z. B. durch Veränderungen des Zinsniveaus verursacht sind. Dadurch vermeiden wir den Ausweis von Erfolgsvolatilitäten, der aufgrund der Kurzfristigkeit der verursachenden Wertschwankungen wirtschaftlich nicht gerechtfertigt wäre. Wir haben im Rahmen des Risikovorsorgeprozesses für Wertpapiere umfangreiche Kriterien (Trigger Events) definiert, um mögliche dauerhafte Wertminderungen zu identifizieren. Diese Ermittlungen finden quartalsweise statt. Hierbei werden alle betrachteten Wertpapiere nebst eventueller Deckungsmassen/Underlyings einer Analyse und einem zweistufigen Votierungsprozess unterzogen. Diese Analyse beinhaltet in Abhängigkeit von der Assetklasse des Wertpapiers die Mitbeziehung weiterer Indikatoren (z. B. externe Ratings, Ermittlung der Übersicherung bei mezzaninen Tranchen, Cashflow-Analysen). Sofern diese Einzelfallanalyse den Trigger

Event wirtschaftlich nicht bestätigt bzw. gar kein Trigger Event festgestellt wurde, liegt keine dauerhafte Wertminderung vor. Bei Vorliegen von voraussichtlich dauerhaften – das heißt in der Regel bonitätsinduzierten – Wertminderungen nehmen wir Abschreibungen auf den niedrigeren Börsenkurs, Marktkurs oder beizulegenden Wert vor.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve bewerten wir nach dem strengen Niederstwertprinzip. Demnach weisen wir die Wertpapiere unabhängig von der Dauerhaftigkeit einer Wertminderung zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Börsenkurs, Marktkurs oder beizulegenden Wert aus.

Zur bilanziellen Behandlung und Abbildung von Sicherungsbeziehungen verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Anhangangabe Nr. 13.

Zinsen aus dem gesamten Wertpapiereigenbestand weisen wir unter den Zinserträgen aus. Dabei werden anteilige Zinsen periodengerecht abgegrenzt. Bewertungsergebnisse und realisierte Kurserfolge werden bei Wertpapieren des Anlagebestands dem Finanzanlageergebnis (Position Nr. 13 der Gewinn- und Verlustrechnung), bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve dem Risikoergebnis (Position Nr. 12 der Gewinn- und Verlustrechnung) zugerechnet.

Dividenden und sonstige Ausschüttungen stellen wir in die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ein.

Im Geschäftsjahr gab es keine Umwidmungen zwischen Handelsbestand, Liquiditätsreserve und/oder Anlagebestand.

9. Finanzinstrumente des Handelsbestands

Dem Handelsbestand (Aktivposition 6a und Passivposition 3a) ordnen wir alle Finanzinstrumente zu, die wir mit der Absicht erworben oder veräußert haben, einen kurzfristigen Eigenhandelserfolg zu erzielen. Hierunter fallen neben Wertpapieren insbesondere derivative Finanzinstrumente, aber auch bestimmte Forderungen (z. B. Schuldscheindarlehen). Wertpapiere, Forderungen und Derivate mit einem positiven beizulegenden Zeitwert werden unter dem Handelsbestand auf der Aktivseite (Position 6a), Derivate mit einem negativen beizulegenden Zeitwert unter dem Handelsbestand auf der Passivseite (Position 3a) der Bilanz ausgewiesen. Die Kriterien für die Zuordnung zum Handelsbestand haben sich im Geschäftsjahr nicht geändert. Sämtliche Finanzinstrumente des Handelsbestands bewerten wir zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags. Bei Finanzinstrumenten ohne verfügbare Börsen- oder Marktkurse wird ein beizulegender Zeitwert anhand von anerkannten Bewertungsmodellen ermittelt (vgl.

auch Anhangangabe Nr. 7). Zur Berücksichtigung von Kontrahentenrisiken aus Derivaten im Handelsbestand bilden wir sogenannte Credit Valuation Adjustments, um die wir den aktivi-schen Handelsbestand reduzieren. Außerdem bilden wir Debt Valuation Adjustments, um die wir den passivischen Handelsbestand reduzieren.

Fundingkosten und -vorteile, die bei Stellung bzw. Empfang von Cash Collateral im Rahmen der Absicherung eines uncollateralisierten OTC-Derivats mit einem collateralisierten OTC-Derivat entstehen, wird über sogenannte Funding Valuation Adjustments Rechnung getragen.

Der Risikoabschlag stellt ein nach finanzmathematischen Methoden ermitteltes Verlustpotenzial (Value at Risk) dar und basiert auf sämtlichen Positionen des Handelsbestands der Hamburg Commercial Bank AG. Der Value at Risk (VaR) ist dabei so bemessen, dass ein potenzieller Verlust aus diesen Positionen innerhalb einer Haltedauer von zehn Tagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% nicht überschritten wird. Der

Beobachtungszeitraum für den VaR beträgt 250 Handelstage. Der VaR-Abschlag wird unter Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den einzelnen Geschäften des Handelsbestands ermittelt. In der Regel wird der Risikoabschlag vom Handelsbestand auf der Aktivseite der Bilanz vorgenommen. In den Ausnahmefällen, in denen der Handelsbestand auf der Passivseite größer ist als auf der Aktivseite der Bilanz, wird stattdessen ein Risikozuschlag unter dem Handelsbestand der Passivseite ausgewiesen.

Erträge und Aufwendungen (laufende Erträge und Aufwendungen, realisierte und unrealisierte Bewertungserträge und -aufwendungen) aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden grundsätzlich im Nettoertrag bzw. Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen. Ausgenommen hiervon sind die laufenden Erträge und Aufwendungen aus Wertpapieren und Forderungen. Diese werden in Überein-

stimmung mit der internen Steuerung der Hamburg Commercial Bank AG unter den Zinserträgen, den Zinsaufwendungen bzw. den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen.

In jedem Jahr, in dem die Hamburg Commercial Bank AG einen Nettoertrag des Handelsbestands ausweist, werden 10% dieses Nettoertrags dem Sonderposten Fonds für allgemeine Bankrisiken (Passivposition 9) zugeführt. Auflösungen dieses Postens sind nur möglich, um Nettoaufwendungen des Handelsbestands auszugleichen oder soweit der Posten den Betrag von 50% des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands überschreitet. Aufwendungen aus der Zuführung und Erträge aus der Auflösung des Postens werden im Nettoertrag bzw. Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden dem Sonderposten 0 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) aus dem Nettoerfolg des Handelsbestands zugeführt.

10. Bilanzielle Nettodarstellung

Wir führen eine Saldierung von beizulegenden Zeitwerten von außerbörslich gehandelten Derivaten des Handelsbestands und Barsicherheiten durch, für die unter einem Rahmenvertrag mit Sicherheitenvertrag eine tägliche Bewertung mit einer täglichen Sicherheitenleistung vorgenommen wird. Auf

die Darstellung des Nettoergebnisses des Handelsbestands hat die Saldierung keine Auswirkungen. Vergleiche dazu auch Anhangangabe Nr. 65.

11. Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente bilanzieren und bewerten wir nach den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften. Den Abschluss und die Bilanzierung interner Geschäfte haben wir an die Einhaltung einheitlich festgelegter Bedingungen geknüpft. Insbesondere müssen die Konditionen marktgerecht ausgestaltet sein.

Den Ausweisvorschriften des IDW RS BFA 6 folgend nehmen wir einen Ausweis von Erträgen und Aufwendungen aus Optionsgeschäften des Nichthandelsbestands unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstigen betrieblichen Aufwendungen vor. Erträge und Aufwendungen aus Zinsbegrenzungsvereinbarungen weisen wir unter den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen aus. Kreditderivate des Nichthandelsbestands bilanzieren wir entsprechend der Stellungnahme IDW RS BFA 1. Für Credit Default Swaps, bei denen die Hamburg Commercial Bank AG die Position eines Sicherungsgebers einnimmt und die nicht einer Bewertungseinheit i. S. v. § 254 HGB zugeordnet sind, finden grundsätzlich die Regeln für gestellte Kreditsicherheiten Anwendung. Um dem Ausfallrisiko am Bilanzstichtag Rechnung zu tragen, erfolgt die Bildung einer Rückstellung in Höhe des negativen beizulegenden Zeitwerts, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich ist.

Aus der Bilanzierung der internen Derivate resultieren im Geschäftsjahr ein Zinsertrag in Höhe von 1.010 Mio. € (Vorjahr: 828 Mio. €), ein Zinsaufwand in Höhe von 825 Mio. € (Vorjahr: 743 Mio. €), ein Sonstiger betrieblicher Ertrag in Höhe von 41 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) und ein Sonstiger betrieblicher Aufwand in Höhe von 12 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €). Gegenläufige Effekte werden im Nettoergebnis des Handelsbestands ausgewiesen.

Erworbene bzw. geschriebene Optionen, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, bilanzieren wir in Höhe der gezahlten bzw. erhaltenen Optionsprämie unter den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten. Dem Niederstwert- bzw. dem Imparitätsprinzip tragen wir gegebenenfalls durch Abschreibungen oder Bildung von Rückstellungen Rechnung.

Bei Finanzinstrumenten mit Margin System (Futures und OTC-Derivate) werden geleistete bzw. erhaltene Initial-Margin-Zahlungen unter den Sonstigen Vermögensgegenständen (vgl. Anhangangabe Nr. 32) bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten (vgl. Anhangangabe Nr. 42) ausgewiesen. Gleiches gilt für Variation-Margin-Zahlungen aus dem Anlagebuch. Schwebende Gewinne und Verluste aus offenen Positionen des aktiven und

passiven Handelsbestands werden bilanziell mit den geleisteten/erhaltenen Variation-Margin-Zahlungen genettet. Die Ergebnisse spiegeln sich im Nettoergebnis des Handelsbestands wider.

Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit künftiger Zahlungsströme aus Derivaten und somit auch ihre beizulegenden Zeitwerte sind mit Unsicherheiten behaftet. Die wesentlichen Bedingungen, die hierauf Einfluss haben, sind:

- die zukünftige Entwicklung von Zinssätzen, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen, Bonitätsindizes und anderen Marktpreisen,
- die zukünftige Schwankungsbreite (Volatilität) dieser Preise,
- das Ausfallrisiko der jeweiligen Gegenpartei.

12. Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte bilanzieren wir entsprechend der Stellungnahme IDW RS HFA 22. Bei strukturierten Produkten, die zum beizulegenden Zeitwert oder zum strengen Niederwertprinzip bewertet werden, wird keine getrennte Bilanzierung vorgenommen. Bei strukturierten Vermögensgegenständen, deren Bewertung zum gemilderten Niederwertprinzip

erfolgt, werden die derivativen Komponenten und der Basisvertrag separat bilanziert. Die getrennten derivativen Komponenten werden grundsätzlich in Bewertungseinheiten (vgl. auch Anhangangabe Nr. 13) einbezogen. Hiervon abweichend werden die derivativen Komponenten aus Equity-gelinkten strukturierten Produkten einzeln imparitätisch bewertet.

13. Abbildung von Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheiten

Sicherungsbeziehungen, bei denen die eindeutige Zuordnung von Grundgeschäften zu Sicherungsinstrumenten im Risikomanagement nachvollziehbar dokumentiert ist und die die Voraussetzungen für die Anwendung von § 254 HGB erfüllen, bilanzieren wir entsprechend der Stellungnahme IDW RS HFA 35 als Bewertungseinheiten i. S. d. § 254 HGB, sofern eine vollständige Einbeziehung der Geschäfte mit den entsprechenden Wertentwicklungen in die Bewertung des Bankbuches nach IDW RS BFA 3 nicht erfolgen kann. Vor dem Hintergrund der Inanspruchnahme von Ansatz- und Bewertungsvereinfachungen sind im vergangenen Geschäftsjahr entsprechende Mikro-Bewertungseinheiten aufgelöst und dann ausschließlich in die Bewertung des Bankbuches nach IDW RS BFA 3 einbezogen worden. Grundgeschäfte im Rahmen von Bewertungseinheiten sind Vermögensgegenstände und Schulden in Form von Wertpapieren und verbrieften Verbindlichkeiten sowie derivative Finanzinstrumente. Sicherungsinstrumente sind derivative Finanzinstrumente. Abgesicherte Risiken können alle Arten von Marktrisiken sein. Der weit überwiegende Teil der Bewertungseinheiten hat allerdings die Absicherung von Zinsrisiken zum Gegenstand. Die eindeutige Zuordnung von Grundgeschäft und zugehörigem Sicherungsinstrument, die Bestimmung des abgesicherten Risikos sowie die Risikomanagementstrategie, Angaben zur prospektiven Wirksamkeit und zu Methoden zur Feststellung der Wirksamkeit werden bei Vorliegen von bilanziellen Sicherungsbeziehungen dokumentiert. Darüber hinaus wird in der Dokumentation auch die Durchhalteabsicht festgehalten bzw. der Zeitraum erfasst, für den die Sicherungsbeziehung aufrechterhalten werden soll.

Grundsätzlich besteht die Absicht, alle Sicherungsbeziehungen für die volle Restlaufzeit der Geschäfte aufrechtzuerhalten. In Einzelfällen werden Sicherungsbeziehungen nur für eine bestimmte Laufzeit von Grundgeschäften und/oder Sicherungsinstrumenten designiert.

Wir bilden sowohl Mikro- als auch Portfolio-Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheiten ab.

Eine Mikro-Sicherungsbeziehung liegt vor, wenn ein bestimmtes Risiko aus einem einzelnen Grundgeschäft durch ein einzelnes Sicherungsinstrument abgesichert wird. Eine Portfolio-Sicherungsbeziehung liegt vor, wenn ein bestimmtes Risiko aus einem Portfolio von gleichartigen Grundgeschäften mit mehreren gleichartigen Sicherungsinstrumenten abgesichert wird. Für Mikro-Bewertungseinheiten wird systemseitig die Klammerung als zusammengehörige Einheit bereits im Handelssystem bei Geschäftsabschluss vorausgesetzt. Es handelt sich hierbei um perfekte Sicherungsbeziehungen, bei denen die wertbestimmenden Parameter zwischen dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts und dem absichernden Teil des Sicherungsinstruments übereinstimmen (z. B. Währung, Nominalbetrag, Zinssatz, Zinszahlungstermine, Laufzeit). Wird ein Wertpapierportfolio von gleichartigen festverzinslichen Wertpapieren mit mehreren Zinsswaps gegen das Zinsänderungsrisiko abgesichert, kommt diese Sicherungsbeziehung für die Abbildung als Portfolio-Bewertungseinheit infrage. Wir bilden Portfolio-Bewertungseinheiten für entsprechende Wertpapierportfolios der Liquiditätsreserve.

Die Abbildung der als Bewertungseinheiten bilanzierten Sicherungsbeziehungen erfolgt zweistufig. In der ersten Stufe werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Wert-

änderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte einer Bewertungseinheit ermittelt. Wir wenden die sogenannte Einfrierungsmethode an. Die Wertänderungen werden weder im bilanziellen Wertansatz der Grundgeschäfte bzw. Sicherungsinstrumente noch in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Verlustüberhänge aus der Saldierung dieser Wertänderungen werden nach dem Imparitätsprinzip als nicht realisierter Verlust aufwandswirksam in eine Drohverlustrückstellung eingestellt, die unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen wird. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt der Ausweis für Bestände der Liquiditätsreserve bei Zuführungen unter den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft bzw. bei Auflösungen unter den Erträgen aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft. Für sonstige Bestände erfolgt der Ausweis unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen. In der zweiten Stufe wird die residuale Zeitwertänderung der Grund- und Sicherungsgeschäfte einzelgeschäftsbezogen ermittelt. Hierbei handelt es sich um die Zeitwertänderung, die den nicht abgesicherten Risiken zuzuordnen ist. Diese wird im Rahmen einer imparitätischen Einzelbewertung nach den allgemeinen Bilanzierungsvorschriften abgebildet. Für Bestände der Liquiditätsreserve erfolgt der Ausweis von Verlustüberhängen der zweiten Stufe analog zur ersten Stufe.

Die prospektive und retrospektive Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung wird mindestens jährlich zum Jahresabschluss nachgewiesen und dokumentiert. Für Mikro-Sicherungsbeziehungen erfolgt der prospektive Nachweis der Wirksamkeit mittels der Critical-Term-Match-Methode. Im

Rahmen dieses Nachweises wird die Übereinstimmung der dem abgesicherten Risiko zuzuordnenden wertbestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft nachgewiesen. Bei Übereinstimmung ist davon auszugehen, dass sich die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Wertänderungen über die volle Restlaufzeit bzw. die designierte Laufzeit der Geschäfte ausgleichen werden. Für Portfolio-Sicherungsbeziehungen erfolgt der prospektive Nachweis der Wirksamkeit quantitativ mittels laufzeitbandabhängiger Sensitivitätsanalysen in Bezug auf das abgesicherte Risiko. Bei entsprechendem Ausgleich der Sensitivitäten von Grund- und Sicherungsgeschäften in den relevanten Laufzeitbändern kann davon ausgegangen werden, dass sich die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Wertänderungen über die volle Restlaufzeit der Geschäfte weitgehend ausgleichen werden. Die retrospektive Messung der Wirksamkeit erfolgt grundsätzlich sowohl für Mikro- als auch für Portfolio-Sicherungsbeziehungen rechnerisch, indem die dem abgesicherten Risiko zuzuordnende, seit Designation der Sicherungsbeziehung kumulierte Wertänderung der Grundgeschäfte zu der der Sicherungsinstrumente ins Verhältnis gesetzt wird.

BETRAG DER IN BEWERTUNGSEINHEITEN EINBEZOGENEN GRUNDGESCHÄFTE UND SICHERUNGSMINSTRUMENTE

Die folgende Tabelle gibt den Buchwert für in Bewertungseinheiten einbezogene Vermögensgegenstände und Schulden je Bilanzposten an. In Bewertungseinheiten einbezogene derivative Finanzinstrumente sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert unter den Positionen Positive Marktwerte Derivate bzw. Negative Marktwerte Derivate angegeben.

Grundgeschäfte

(Tsd. €)	31.12.2019		31.12.2018	
	Mikro-Bewertungseinheiten	Portfolio-Bewertungseinheiten	Mikro-Bewertungseinheiten	Portfolio-Bewertungseinheiten
Aktivseite				
Forderungen an Kunden	-	-	861.102	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	3.770.911	375.747	6.454.843
Passivseite				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	43.507	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	-	935.490	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	31.407	-	90.283	-
Positive Marktwerte Derivate	-	-	22.894	-
Negative Marktwerte Derivate	253	-	131.930	-

Sicherungsinstrumente

(Tsd. €)	31.12.2019		31.12.2018	
	Mikro-Bewertungseinheiten	Portfolio-Bewertungseinheiten	Mikro-Bewertungseinheiten	Portfolio-Bewertungseinheiten
Positive Marktwerte Derivate	721	453	373.233	340
Negative Marktwerte Derivate	88	137.758	597.483	229.355

Bezogen auf die zugrundeliegenden Nominalwerte werden bei ca. 99% der Bewertungseinheiten Zinsrisiken abgesichert. Bei den sonstigen Risiken handelt es sich im Wesentlichen um Währungsrisiken.

HÖHE DER ABGESICHERTEN RISIKEN IN BEWERTUNGSEINHEITEN

Die folgende Tabelle gibt den wirksamen Teil der den abgesicherten Risiken zuzurechnenden Wertänderungen kumulativ seit Designation der Bewertungseinheit an.

Grundgeschäfte

(Tsd. €)	31.12.2019				31.12.2018			
	Mikro-Bewertungseinheiten		Portfolio-Bewertungseinheiten		Mikro-Bewertungseinheiten		Portfolio-Bewertungseinheiten	
	Positive Wert-änderung	Negative Wert-änderung	Positive Wert-änderung	Negative Wert-änderung	Positive Wert-änderung	Negative Wert-änderung	Positive Wert-änderung	Negative Wert-änderung
Aktivseite								
Forderungen an Kunden	-	-	-	-	356.629	-	-	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	96.613	-	165.585	-	140.309	-
Passivseite								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	-	-	-	2.929	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	-	-	-	705	131.996	-	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	525	-	-	-	3.139	-	-
Derivate	10	230	-	-	11.677	23.282	-	-

Den positiven Wertänderungen der Grundgeschäfte stehen entsprechende negative Wertänderungen der Sicherungsinstrumente gegenüber, für die keine Drohverlustrückstellungen gebildet wurden, bzw. den negativen Wertänderungen

der Grundgeschäfte stehen entsprechende positive Wertänderungen bei den Sicherungsgeschäften gegenüber.

14. Abbildung von zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs

Die verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs haben wir durch eine Berechnung auf Grundlage der barwertigen Betrachtungsweise nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 nachgewiesen. In die Berechnung haben wir alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands einbezogen. Der Berechnung wurde als Saldierungsbereich – entsprechend dem Refinanzierungszusammenhang – das gesamte Bankbuch zugrunde gelegt. Im Rahmen der Berechnung haben wir

den handelsrechtlichen Buchwerten der bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte des Bankbuchs die zinsinduzierten Barwerte gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss der Barwerte über die Buchwerte die barwertig ermittelten Risikokosten und Verwaltungskosten abgezogen.

Ergibt sich aus der Berechnung ein negativer Saldo, wird dieser Betrag aufwandswirksam als Drohverlustrückstellung

eingestellt, die unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach den Ergebnissen der Berechnung war zum 31. Dezember 2019 keine Rückstellung zu bilden.

Für derivative Finanzinstrumente, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind und die weder in eine Bewertungs-

einheit einbezogen noch im Saldierungsbereich der verlustfreien Bewertung berücksichtigt werden und auch nicht unter die besondere Deckung fallen, erfolgt eine imparitatische Einzelbewertung.

15. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen setzen wir zu Anschaffungskosten an. Bei Vorliegen von voraussichtlich dauernden – in der Regel bonitätsinduzierten – Wert-

minderungen nehmen wir Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vor.

16. Immaterielle Anlagewerte

Unter den Immateriellen Anlagewerten wird selbst erstellte und erworbene Software bilanziert. Selbst erstellte Software wird in Höhe der bei ihrer Entwicklung anfallenden Herstellungskosten angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen die Aufwendungen, die der Entwicklung der Software direkt zugeordnet werden können (sog. Entwicklungskosten). Aufwendungen, die der Entwicklung der Software nicht direkt zugeordnet werden können (sog. Forschungskosten), werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen, sondern im Jahr ihrer Entstehung ergebniswirksam erfasst. Im Geschäftsjahr sind bei der Erstellung von Software Entwicklungskosten in Höhe von 0 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) und wie im Vorjahr keine Forschungskosten angefallen.

Erworbene Software wird zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die Immateriellen Anlagewerte werden planmäßig linear abgeschrieben. Für erworbene Standardsoftware wird eine Nutzungsdauer von fünf Jahren zugrunde gelegt. Bei selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen beträgt die Abschreibungsdauer zehn Jahre, sofern die voraussichtliche Nutzungsdauer nicht verlässlich geschätzt werden kann. Soweit voraussichtlich dauernde Wertminderungen eingetreten sind, nehmen wir außerplanmäßige Abschreibungen vor. Bestehen die Gründe hierfür nicht mehr, werden Zuschreibungen bis höchstens zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen.

17. Sachanlagen

Unsere Sachanlagen bewerten wir zu Anschaffungskosten. Handelt es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände, nehmen wir planmäßige lineare Abschreibungen vor, wobei folgende Nutzungsdauern zugrunde gelegt werden:

Sachanlagegruppe	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	50
Einbauten in Gebäuden Dritter	Die Ermittlung der Nutzungsdauer erfolgt jeweils in Abhängigkeit von der Restlaufzeit des Mietverhältnisses.
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3-15
Leasingvermögen	Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer
Geringwertige Wirtschaftsgüter ab 250,00 € bis 1.000,00€	5

Bei Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens nehmen wir außerplanmäßige Abschreibungen vor, soweit voraussichtlich dauernde Wertminderungen eingetreten sind. Entfallen die Gründe hierfür, werden Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der (fortgeführten) Anschaffungskosten vorgenommen.

Nachträglich anfallende Anschaffungskosten werden aktiviert und gemäß dem angepassten Abschreibungsplan abgeschrieben. Aufwand zur Erhaltung von Sachanlagen wird periodengerecht abgegrenzt.

Sachanlagevermögen mit einem Kaufpreis von bis zu 250,00 € wird entsprechend der steuerlichen Vorgehensweise im Jahr des Zugangs als Aufwand erfasst.

18. Latente Steuern

Latente Steuern berechnen sich aus den unterschiedlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden in Handels- und Steuerbilanz. Latente Steuern setzen wir auf Differenzen an, die sich in künftigen Geschäftsjahren voraussichtlich ausgleichen und somit zu künftigen Steuerbeder-entlastungen führen. Aktive latente Steuern setzen wir außerdem auf steuerliche Verlustvorträge an, soweit die Realisierung der Steuerentlastung aus dem Verlustvortrag innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwarten ist. Für die Gesamtbank gilt ein Gesamtsteuersatz von 31,98 %. Eine Abzinsung der latenten Steuern nehmen wir vorschriftsmäßig nicht vor. Die aktiven und die passiven latenten Steuern werden unverrechnet in der Bilanz angesetzt (Aktivposition 14 und Passivposition 6a).

Zu jedem Bilanzstichtag beurteilt die Hamburg Commercial Bank AG, ob die Realisierbarkeit künftiger Steuervorteile für den Ansatz aktiver latenter Steuern hinreichend wahrscheinlich ist. Dies erfordert vom Management u. a. die Beurteilung der Steuervorteile, die sich aus den zur Verfügung stehenden Steuerstrategien und dem künftigen zu versteuernden Einkommen ergeben, sowie die Berücksichtigung weiterer positiver und negativer Faktoren. Die ausgewiesenen aktiven latenten Steuern könnten sich verringern, falls die Schätzungen der geplanten steuerlichen Einkommen und die durch zur Verfügung stehende Steuerstrategien erzielbaren Steuervorteile gesenkt werden oder falls Änderungen der aktuellen Steuergesetzgebung den zeitlichen Rahmen oder den Umfang der Realisierbarkeit künftiger Steuervorteile beschränken.

19. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten setzen wir mit dem Erfüllungsbetrag an. Agien bzw. Disagien stellen wir in die passiven bzw. aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ein und lösen sie über die

Laufzeit linear auf. Anteilige Zinsen grenzen wir periodengerecht ab und weisen sie in den entsprechenden Verbindlichkeitenposten aus.

20. Rückstellungen

Rückstellungen bewerten wir mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden grundsätzlich mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der am Bilanzstichtag geltenden Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) ermittelten und bekannt gegebenen durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst. Erträge und Aufwendungen aus der Ab- bzw. Aufzinsung von Rückstellungen weisen wir im Sonstigen betrieblichen Ergebnis (vgl. auch Anhangangaben Nr. 52 und 53) aus.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden von unabhängigen Versicherungsmathematikern nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Dabei werden die unmodifizierten Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck als biometrische Rechnungsgrundlagen verwendet. Bei der Ermittlung der Verpflichtungen wurden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

	2019	2018
Gehaltsdynamik	2,0 %	2,0 %
Karrieredynamik	0,5 %	0,5 %
Rentendynamik		
Dienstvereinbarung 1 / Alte Versorgungsverordnung	individuell	individuell
Neue Versorgungsverordnung	2,0 %	2,0 %
Dienstvereinbarung 4	2,0 %	2,0 %
Fluktuation		
Alter bis 30	6,0 %	6,0 %
Alter 30-55	linear auf 0 % fallend	linear auf 0 % fallend
Alter ab 56	0,0 %	0,0 %
Pensionierungsalter	gem. AGAnpassG 2007	gem. AGAnpassG 2007

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB (Wahlrecht) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre

abgezinst, der sich bei einer angenommenen Duration von 15 Jahren ergibt. Der zum Abschlussstichtag verwendete Rechnungszins beträgt 2,71% p.a. (Vorjahr: 3,21% p.a.). Der nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag zum Sieben-Jahres-Durchschnittzinssatz von 1,97% p.a. (Vorjahr: 2,32% p.a.) beträgt zum 31. Dezember 2019 103 Mio. € (Vorjahr: 116 Mio. €) (vgl. Anhangangabe Nr. 58).

Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (De-

ckungsvermögen), haben wir mit ihrem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 7 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) bewertet; dieser entspricht auch den fortgeführten Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände. Die mit den Aufwendungen verrechneten Erträge aus dem Deckungsvermögen betragen in der Berichtsperiode 0,1 Mio. €. Das Deckungsvermögen haben wir in gleicher Höhe mit den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen verrechnet. Die verrechneten Schulden haben zum 31. Dezember 2019 einen Erfüllungsbetrag in Höhe von 10 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €).

21. Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß § 256a HGB i. V. m. § 340h HGB sowie der Stellungnahme IDW RS BFA 4.

Die Währungsumrechnung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands ist impliziter Bestandteil der Bewertung dieser Geschäfte (vgl. auch Anhangangabe Nr. 9).

Die übrigen Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und schwebenden Geschäfte einschließlich der Finanzinstrumente des Nichthandelsbestands werden zum Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet. Da Devisentermingeschäfte der Absicherung von zinstragenden Positionen dienen, spalten wir den vereinbarten Terminkurs in Kassakurs und Swapstellen und verteilen die Swapstellen über die Laufzeit des Geschäfts; die entsprechenden Aufwendungen und Erträge werden im Zinsergebnis ausgewiesen. Positive und negative Kassakursdifferenzen aus schwebenden Geschäften werden innerhalb derselben Währung verrechnet und als Ausgleichsposten unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Soweit die Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und schwebenden Geschäfte durch andere Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten oder schwebende Geschäfte besonders gedeckt sind, werden sämtliche Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Alle Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und schwebenden Geschäfte in derselben Währung sind grundsätzlich besonders gedeckt, da das Wäh-

rungsrisiko über eine Währungsposition je Fremdwährung gesteuert wird, die einzelnen Währungsposten in die entsprechende Währungsposition übernommen werden und sich die Positionen bzw. die Geschäfte in einer Fremdwährung betragsmäßig entsprechen. Darüber hinaus betrachten wir auch deckungsgleiche Fremdwährungsgeschäfte, die nicht unter die Steuerung einer Währungsposition fallen, als besonders gedeckt. Liegt in Ausnahmefällen die besondere Deckung nicht vor (z. B. bei akut ausfallgefährdeten Aktiva) und übersteigt die Restlaufzeit der entsprechenden Geschäfte ein Jahr, erfolgt eine imparitätische Bewertung. Unrealisierte Erträge aus der Währungsumrechnung werden nur insoweit erfasst, als die Anschaffungskosten von Vermögensgegenständen nicht überschritten oder der Erfüllungsbetrag von Verbindlichkeiten nicht unterschritten wird. Bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr erfassen wir bei entsprechenden Geschäften unrealisierte Erträge auch, wenn diese nicht besonders gedeckt sind. Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung von Positionen des Nichthandelsbestands werden unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Bei Abschlüssen von einzubeziehenden Einheiten, die in fremder Währung aufgestellt wurden, rechnen wir Vermögenswerte und Schulden zum entsprechenden EZB-Mittelkurs am Abschlussstichtag um. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge werden Durchschnittskurse der Berichtsperiode verwendet.

22. Bilanzierung der Restrukturierung

Restrukturierungsrückstellungen werden entsprechend den Vorschriften des § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 HGB gebildet, soweit der Bank aus einem Restrukturierungsprogramm Verpflichtungen bzw. Verpflichtungsüberhänge entstanden sind, denen sie sich nicht entziehen kann. Die Bank weist sowohl die Rückstellungen aus angekündigten Personalmaßnahmen als auch Rückstellungen

aus Sachkostenmaßnahmen unter den anderen Rückstellungen aus. Sobald die Verpflichtung z. B. durch unterzeichnete Verträge hinreichend sicher und quantifizierbar ist, erfolgt grundsätzlich eine Umbuchung in Sonstige Verbindlichkeiten bzw. in die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Im Zusammenhang mit der erfolgreichen Privatisierung am 28. November 2018 hat die Hamburg Commercial Bank AG ein umfangreiches Restrukturierungsprogramm beschlossen, das den geplanten Abbau von Mitarbeitern sowie umfangreiche Projekte zur Unterstützung der Neuaufstellung

der Bank beinhaltet. Im Dezember 2019 wurde ein weiteres Programm beschlossen, das den weiteren Abbau von Mitarbeitern vorsieht.

Der Erfolgsausweis wird im außerordentlichen Ergebnis vorgenommen und dort in seinen Einzelheiten erläutert.

Angaben zu Bilanzaktiva

23. Verbundene Unternehmen

In den nachfolgenden Bilanzpositionen sind Forderungen an verbundene Unternehmen in der angegebenen Höhe enthalten:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Forderungen an Kreditinstitute	455.427	493.334
Forderungen an Kunden	182.345	341.056
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Anleihen und Schuldverschreibungen	22.884	13.007

24. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind in folgenden Bilanzpositionen enthalten:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Forderungen an Kreditinstitute	611	202
Forderungen an Kunden	9.233	9.838

25. Nachrangige Vermögensgegenstände

Vermögensgegenstände sind als nachrangig auszuweisen, wenn sie im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen. Nachrangige Vermögensgegenstände weisen wir in folgenden Bilanzpositionen aus:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Forderungen an Kreditinstitute		
andere Forderungen	66.355	61.112
Forderungen an Kunden	47.655	60.164
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Anleihen und Schuldverschreibungen	9.464	-

26. Restlaufzeiten

Die nachstehend aufgeführten Bilanzpositionen gliedern sich nach ihren Restlaufzeiten wie folgt:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Forderungen an Kreditinstitute		
andere Forderungen		
bis 3 Monate	194.039	488.918
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	606.421	898.434
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	30.537	73.143
mehr als 5 Jahre	408.847	407.195
Forderungen an Kunden		
bis 3 Monate	3.347.566	3.640.012
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.945.003	3.985.659
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	14.469.294	15.586.942
mehr als 5 Jahre	7.006.463	8.299.836
mit unbestimmter Laufzeit	8.670	8.894
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
im Folgejahr fällig	1.765.951	2.216.200

27. Börsenfähige Wertpapiere

(Tsd. €)	Börsennotiert		Nicht börsennotiert		Summe	
	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.294.034	9.545.246	663.578	953.518	7.957.612	10.498.764
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7.158	8.052	4.581	772	11.739	8.824
Beteiligungen	-	-	7.750	3.407	7.750	3.407
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	82.590	46.890	82.590	46.890

28. Nicht mit dem Niederstwert bewertete Börsenfähige Wertpapiere

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Buchwert der zum gemilderten Niederstwert bewerteten Wertpapiere	523.559	624.593
Buchwert der Wertpapiere, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden	-	85.482
Marktwert der Wertpapiere, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden	-	84.727
Stille Lasten	-	755
davon Stille Lasten von Wertpapieren, die nicht Bestandteil einer Bewertungseinheit sind	-	755
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Buchwert der zum gemilderten Niederstwert bewerteten Wertpapiere	513	768

Die in der vorgenannten Tabelle angegebenen Stillen Lasten ergeben sich aus der Differenz von Marktwert und Buchwert ohne Berücksichtigung der Effekte aus Bewertungseinheiten. Etwaige Sicherheiten oder Garantien sind bei der Ermittlung der Stillen Lasten ebenfalls nicht berücksichtigt worden.

Per 31. Dezember 2019 betragen die Stillen Lasten für Wertpapiere in Bewertungseinheiten, die dem nicht abgesicherten Risiko (überwiegend aus der Bonität des Emittenten) zuzurechnen sind, 0 Mio. € (Vorjahr: 49 Mio. €). Aufgrund der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip erfolgt keine Buchung des nicht abgesicherten Risikos. Hierbei sind auch Stille Lasten im Hinblick auf das nicht abgesicherte Risiko bei Wertpapieren enthalten, die ohne Berücksichtigung der Bewertungseinheit eine Stille Reserve ausweisen würden.

Sofern bei Wertpapieren keine dauerhaften, sondern voraussichtlich vorübergehende und damit i. d. R. nicht bonitätsinduzierte Wertminderungen vorlagen, ist eine Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert nicht erfolgt (vgl. Anhangangabe Nr. 8).

Stille Lasten in Wertpapieren liegen zum Bilanzstichtag nicht vor. „Trigger Events“ lagen weder im Berichtsjahr noch im Vorjahr vor. Im Vorjahr war der Bestand der stillen Lasten bei 755 Tsd. € mit Rating schlechter als Investment Grade.

29. Handelsbestand (aktiv)

Der Handelsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Derivative Finanzinstrumente	1.270.922	1.255.840
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	254.349	903.890
Sonstige Vermögensgegenstände	108	242
Risikoabschlag	-6.715	-3.391
Summe	1.518.664	2.156.581

30. Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen gliedert sich nach den betreffenden Bilanzpositionen wie folgt:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Forderungen an Kunden	2.464	3.220
Summe	2.464	3.220

31. Anlagespiegel

Entwicklung des Anlagevermögens

(Tsd. €)	1.1.2019		2019			31.12.2019	31.12.2019	31.12.2019	31.12.2018
	Histo- rische Anschaf- fungs- kosten	Zu- gänge	Ab- gänge	Umbu- chun- gen	Wechsel- kurs- ände- rungen	Histo- rische Anschaf- fungs- kosten	Kumu- lierte Abschrei- bungen	Buchwert	Buchwert
Wertpapiere	661.198	355.381	199.874	-	-1.008	815.697	282.162	533.535	657.282
Beteiligungen	85.829	-	-	-	-	85.829	73.992	11.837	7.496
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.297.219	600	-	-	10.258	1.308.077	649.721	658.356	646.924
Grundstücke und Gebäude	83.083	362	-	2.393	-	85.838	12.932	72.906	71.773
Betriebs- und Geschäftsausstattung	54.727	2.463	1.125	-	-	56.065	49.985	6.080	6.239
Anlagen im Bau	2.392	104	-	-2.393	-	103	-	103	2.392
Immaterielles Anlagevermögen	162.060	1.495	1.303	-	-	162.252	156.511	5.741	7.168
Summe	2.346.508	360.405	202.302	-	9.250	2.513.861	1.225.303	1.288.558	1.399.274

Entwicklung der Abschreibungen

(Tsd. €)	1.1.2019			2019			31.12.2019	
	Kumulierte Abschreibungen	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Änderung der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit Zugängen	Änderung der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit Abgängen	Änderung der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit Umbuchungen	Wechselkursänderungen	Kumulierte Abschreibungen
Wertpapiere	3.916	282.135	-	-	3.889	-	-	282.162
Beteiligungen	78.333	2	4.343	-	-	-	-	73.992
Anteile an verbundenen Unternehmen	650.295	-	-	-	-	-	-574	649.721
Grundstücke und Gebäude	11.310	1.622	-	-	-	-	-	12.932
Betriebs- und Geschäftsausstattung	48.488	2.385	-	-	888	-	-	49.985
Immaterielles Anlagevermögen	154.892	2.921	-	-	1.302	-	-	156.511
Summe	947.234	289.065	4.343	-	6.079	-	-574	1.225.303

Im ausgewiesenen Grundvermögen sind im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude

mit einem Buchwert von 73 Mio. € (Vorjahr: 72 Mio. €) enthalten.

32. Sonstige Vermögensgegenstände

Im Wesentlichen sind folgende Posten hier ausgewiesen:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Initial und Variation Margin aus OTC-Derivaten (vgl. Anhangangabe Nr. 11)	1.192.195	1.185.426
Forderungen an Finanzbehörden	64.454	34.640
Mieterdarlehen	44.432	40.601
Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen und aus Dividenden	40.365	7.922
Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsumrechnung	37.516	23.934
Gezahlte Prämien aus Optionsgeschäften und Zinsbegrenzungsvereinbarungen	9.013	8.047
Swapabgrenzungen aus Devisentermingeschäften	42	1.622

33. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als wesentliche Posten sind im Ausweis enthalten:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Disagioabgrenzungen aus dem Emissionsgeschäft	11.556	22.375
Agioabgrenzungen aus Forderungen	62	4.875
Rechnungsabgrenzungsposten aus Derivaten	5.237	8.885
Disagioabgrenzungen aus Verbindlichkeiten	1.515	2.215

34. Aktive latente Steuern

Die im Geschäftsjahr ausgewiesenen Aktiven latenten Steuern ergeben sich aus folgenden Bilanzpositionen:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Aktiva		
Forderungen an Kunden	249.322	266.019
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23.221	26.955
Beteiligungen	3.298	3.673
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.596	1.588
Immaterielle Anlagewerte	-	61
Sachanlagen	10.491	10.670
Sonstige Vermögensgegenstände	2.209	2.200
Rechnungsabgrenzungsposten	901	1.010
Passiva		
Sonstige Verbindlichkeiten	1.088	291
Rückstellungen	234.808	173.580
Verlustvorträge	111.881	168.780
Summe	638.815	654.827

Die Aktiven latenten Steuern haben sich im Geschäftsjahr um 16 Mio. € vermindert.

Die Aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge entfallen i. H. v. circa 107 Mio. € auf das Head Office und in Höhe von 5 Mio. € auf Verlustvorträge der Betriebsstätte Luxemburg.

Im Rahmen der Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern ergibt sich zum Ende des Geschäftsjahres gegenüber dem Vorjahr unverändert keine Wertberichtigung auf temporäre Bewertungsunterschiede.

35. Echte Pensionsgeschäfte

Als Pensionsgeber echter Pensionsgeschäfte haben wir Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 0 Mio. € (Vorjahr: 152 Mio. €) unter gleichzeitiger Vereinbarung des Rückkaufs veräußert. Die Vermögensgegenstände weisen wir weiterhin

in unserer Bilanz aus, die erhaltenen Gegenwerte werden unter den entsprechenden Verbindlichkeitspositionen ausgewiesen.

36. Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Neben den in Pension gegebenen Vermögensgegenständen (vgl. Anhangangabe Nr. 35) und den als Deckungsmasse für begebene Schuldverschreibungen dienenden Forderungen (vgl. Anhangangabe Nr. 67) haben wir weitere Vermögenswerte als Sicherheit übertragen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Wertpapiere, die zur Teilnahme an Börsen- und Clearingeinrichtungen sowie für Refinanzierungsmittel bei Zentralnotenbanken und der Eurex als Sicherheit hinterlegt wurden, und um Schuldscheindarlehen und Kreditforderungen, die zur Besicherung von Mittelaufnahmen bei Notenbanken und anderen Kreditinstituten sicherungshalber abgetreten wurden.

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	7.195.452	7.916.628
davon für		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.691.949	6.425.381
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	311.308	305.821
Handelsbestand passiv	1.192.195	1.185.426

Angaben zu Bilanzpassiva

37. Verbundene Unternehmen

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind in den nachstehenden Bilanzpositionen enthalten:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	667.825	699.610
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	638.969	615.829

38. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind in folgenden Bilanzpositionen enthalten:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	1.518
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11.169	14.291

39. Restlaufzeiten

Die nachstehend aufgeführten Bilanzpositionen gliedern sich nach ihren Restlaufzeiten wie folgt:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis 3 Monate	433.562	820.180
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	791.038	880.720
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.605.858	2.246.099
mehr als 5 Jahre	1.510.095	1.798.952
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis 3 Monate	5.096.463	6.788.548
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.473.188	6.024.292
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.669.565	4.184.303
mehr als 5 Jahre	4.206.798	3.485.437
Verbriefte Verbindlichkeiten		
begebene Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig	2.054.689	2.966.452

40. Handelsbestand (passiv)

Der Handelsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Derivative Finanzinstrumente	981.419	1.162.570
Verbindlichkeiten	140	275
Summe	981.559	1.162.845

41. Treuhandverbindlichkeiten

Die Treuhandverbindlichkeiten verteilen sich auf folgende Bilanzpositionen:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37	38
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.427	3.182
Summe	2.464	3.220

42. Sonstige Verbindlichkeiten

In dieser Bilanzposition sind im Wesentlichen die folgenden Posten enthalten:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Sicherheitsleistungen für Schuldübernahmen	331.089	423.181
Variation Margin aus OTC-Derivaten	239.805	239.343
Anteilige Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten, Genusssrechtskapital und Stille Einlagen	85.540	84.202
Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	53.390	29.420
Verbindlichkeiten aus dem Personalbereich	40.013	4.175
Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführungsverträgen/Verlustausgleichsverpflichtungen und aus Dividenden	8.201	15.878
Steuerverbindlichkeiten	6.279	4.303

43. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen enthalten:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Abgrenzungen aus vorschüssigen Kreditprovisionen	57.416	50.993
Rechnungsabgrenzungsposten aus Derivaten	5.080	8.327
Disagioabgrenzungen aus Forderungen	5.927	1.658
Agioabgrenzungen aus dem Emissionsgeschäft	5.788	6.065

44. Passive latente Steuern

Die im Geschäftsjahr ausgewiesenen Passiven latenten Steuern ergeben sich aus folgenden Bilanzpositionen:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Aktiva		
Anteile an verbundenen Unternehmen	949	497
Immaterielle Anlagewerte	64	169
Sachanlagen	10.957	10.723
Sonstige Vermögensgegenstände	645	127
Passiva		
Rechnungsabgrenzungsposten	1.980	371
Rückstellungen	2.733	2.722
Summe	17.328	14.609

Die Passiven latenten Steuern haben sich im Geschäftsjahr um circa 3 Mio. € erhöht.

45. Andere Rückstellungen

Unter den anderen Rückstellungen werden im Wesentlichen folgende Posten ausgewiesen:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Restrukturierungsmaßnahmen	224.780	280.952
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	145.900	-
Prozessrisiken und Prozesskosten	138.231	242.441
Regulatorische Aufwendungen	55.481	46.712
Kreditgeschäft	55.246	50.886
Personalaufwendungen	49.081	33.774
Ausstehende Rechnungen	45.168	42.935
Wertpapiergeschäfte und Finanzderivate	36.593	38.777
Aufwendungen der Transformation	22.216	3.680
Archivierungskosten	4.697	4.542
Bearbeitungsgebühren bei gewerblichen Krediten	3.932	4.452
Zinsen auf Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer	-	915

Die Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen betreffen mit 166 Mio. € (Vorjahr: 246 Mio. €) den Personalaufwand und mit 59 Mio. € (Vorjahr: 35 Mio. €) den Sachaufwand. Die Rückstellungen wurden im Wesentlichen im Zusammenhang mit den umfangreichen Restrukturierungsprogrammen aus der Privatisierung bzw. der Transformation der Hamburg Commercial Bank AG gebildet.

Der Rückgang der Rückstellungen für Prozessrisiken und Prozesskosten betrifft reduzierte Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Klagen einzelner bzw. Gruppen von Investoren in Hybride Finanzinstrumente sowie die Teilauflösung einer Rückstellung für ein Prozessrisiko aus dem Kreditgeschäft.

46. Nachrangige Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten wurden in Form von Schuld-scheindarlehen, Namens- oder Inhaberschuldverschreibungen ausgegeben und lauten auf EUR und USD. Die Ursprungslaufzeiten reichen von unter zehn Jahren bis

zu 40 Jahren. Die Verzinsung liegt zwischen 0 % p. a. und 6,51 % p. a.

Einzelpositionen, die 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen:

(Mio. €)	Währung	Zinssatz	Fälligkeit	Kündigungsrechte
127	USD	2,33 %	21. März 2031	keine

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind grundsätzlich so ausgestaltet, dass die Voraussetzungen des Art. 63 Capital Requirements Regulation (CRR) zur Anrechnung als Ergänzungskapital erfüllt werden. In Höhe von 128 Mio. € (Vorjahr:

100 Mio. €) werden nachrangige Verbindlichkeiten vor Ablauf von zwei Jahren fällig. Die Zinsaufwendungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich im Geschäftsjahr 2019 auf 16 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €).

47. Fonds für allgemeine Bankrisiken

In der Berichtsperiode erfolgten Einstellungen aus dem Nettoerfolg des Handelsbestands i. H. v. 0 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) sowie keine sonstige Einstellungen in den

Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. §340g HGB (Vorjahr: 0 Mio. €).

48. Eigenkapital

Das Gezeichnete Kapital setzt sich gemäß §25 Abs. 1 Rech-KredV aus dem Grundkapital der Hamburg Commercial Bank AG und den Stillen Einlagen zusammen.

Das Grundkapital der Hamburg Commercial Bank AG beträgt 3.018 Mio. € und ist in 301.822.453 auf den Namen lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von jeweils 10,00 € eingeteilt. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Zum 31. Dezember 2019 halten wie im Vorjahr mehrere von Cerberus Capital Management L.P., New York, initiierte Fonds mittelbar über drei Akquisitionsgesellschaften (Promontoria Holding 221 B.V. 9,89 %, Promontoria Holding 231 B.V. 13,88 % und Promontoria Holding 233 B.V. 18,73 %) einen Stimmrechtsanteil von insgesamt 42,50 %. Von J.C. Flowers & Co LLC, New York, beratene Fonds verfügen mittelbar über die JCF IV Neptun Holdings S.à r.l. als Akquisitionsgesellschaft über einen Anteil von 35,00 %. Zudem ist ein von Golden Tree Asset Management LP, New York, initiiertes Fonds mittelbar über die GoldenTree Asset Management Lux S.à r.l. als Akquisitionsgesellschaft mit einem Anteil von 12,50 % und die Centaurus Capital LP, Houston, mittelbar über die Chi Centauri LLC als Akquisitionsgesellschaft mit einem Anteil von 7,50 % an der Hamburg Commercial Bank AG beteiligt. Der

verbleibende Anteil von 2,50 % wird von der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft, Wien, gehalten.

Die JCF IV Neptun Holdings S.à r.l., Luxemburg, hat uns im November 2018 mitgeteilt, dass ihr gemäß § 20 Abs. 1 AktG unmittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien der Hamburg Commercial Bank AG gehört. Daneben haben folgende Gesellschaften und natürliche Personen im November 2018 mitgeteilt, dass ihnen mittelbar gemäß § 20 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 i.V.m. § 16 Abs. 4 AktG mehr als der vierte Teil der Aktien an der Hamburg Commercial Bank AG gehören:

- JCF IV Europe S.à r.l.,
- J.C. Flowers IV L.P.,
- JCF Associates IV L.P.,
- JCF Associates IV Ltd.,
- Herr James Christopher Flowers,
- Herr Stephen A. Feinberg.

Eigene Aktien hält weder die Hamburg Commercial Bank AG selbst noch ein von ihr abhängiges oder in Mehrheitsbesitz stehendes Unternehmen. Eine wechselseitige Beteiligung im Sinne des §19 AktG besteht nicht.

Die Bedingungen der Stillen Einlagen erfüllen die Voraussetzungen des Art. 484 Abs. 4 CRR i. V. m. Art. 486 Abs. 3 und 5 CRR i. V. m. § 31 Solvabilitätsverordnung (SolvV) und können daher während der dort genannten Übergangsfristen und bis zu den dort genannten Höchstgrenzen als zusätzliches Kernkapital angerechnet werden. Darüber hinaus erfüllen einige der Stillen Einlagen die Voraussetzungen des Art. 63 CRR zur Anrechnung als Ergänzungskapital. Die Bestimmungen sehen unter anderem vor, dass die Stillen Einlagen nachrangig gegenüber anderen Verbindlichkeiten sind.

Für die in 2018 zum 31. Dezember 2020 gekündigten Stillen Einlagen entfällt die regulatorische Anrechnung als AT1 bzw. T2 Kapital für die regulatorischen Kapitalquoten im Rahmen der CRR und SREP Vorgaben.

Bei Feststellung eines Jahresfehlbetrags bzw. eines Bilanzverlusts für das laufende Geschäftsjahr dürfen keine Ausschüttungen auf Stille Einlagen vorgenommen werden. Außerdem müssen diese Eigenkapitalinstrumente am Bilanzverlust bzw. am Jahresfehlbetrag beteiligt werden. Im Geschäftsjahr 2019 haben die Stillen Einlagen i. H. v. 236 Mio. € (Vorjahr: 327 Mio. €) am Verlust der Bank teilgenommen. Der Bestandsrückgang in der Position Stille Einlagen resultiert insbesondere aus im Berichtsjahr erfolgten Tilgungen und Rückkäufen bilateraler Stiller Einlagen sowie kapitalmarktnotierter SPARC-Wertpapiere. Stille Beteiligungen, die gegenüber SPVs gegeben worden waren, wurden nicht getilgt. Die Buchwerte der am Kapitalmarkt notierten Hybridinstrumente belaufen sich infolge von Verlustbeteiligungen auf 8,1 % des ursprünglichen Nominalwerts.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

49. Aufgliederung von Ertragspositionen nach geografischen Märkten

(Tsd. €)	2019			2018		
	Deutschland	Übriges Europa	Asien	Deutschland	Übriges Europa	Asien
Zinserträge	2.150.654	12.805	25.942	2.197.289	87.252	23.843
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	32.891	-	-	41.028	262	-
Provisionserträge	73.293	2.225	1.455	79.930	2.521	524
Nettoergebnis des Handelsbestands	-3.600	-	-182	32.379	-	1.031
Sonstige betriebliche Erträge	283.188	1.059	211	164.820	5.631	617

50. Zinsüberschuss

Im Zinsüberschuss sind Einmalerfolge aus der Veräußerung von Forderungen in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 55 Mio. €) enthalten.

51. Provisionsergebnis

Das Provisionsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

(Tsd. €)	2019	2018
Kreditgeschäft	32.099	32.580
Zahlungs- und Auslandsgeschäft, dokumentäres Geschäft	17.144	18.137
Bürgschaftsgeschäft	9.568	-180.473
Wertpapiergeschäft	-195	871
Sonstiges	-198	-3.415
Summe	58.418	-132.300

Per 31. Dezember 2018 sind in dem auf das Bürgschaftsgeschäft entfallenden Provisionsergebnis Aufwendungen für die im Dezember 2018 beendete Garantie der HSH Finanzfonds AöR i. H. v. 165 Mio. € enthalten. Der aus einer synthetischen Verbriefungstransaktion resultierende Prämienaufwand i.H.v. 25 Mio. € wurde ebenfalls hier ausgewiesen. In 2019 waren beide Transaktionen nicht mehr enthalten.

52. Sonstige betriebliche Erträge

Unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen werden im Geschäftsjahr folgende wesentliche Posten erfasst:

(Tsd. €)	2019	2018
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Prozessrisiken	127.869	-
Erträge aus vereinnahmten Optionsprämien sowie erhaltenen Ausgleichszahlungen für Optionen im Nichthandelsbestand	56.329	4.445
Erträge aus Rechtsstreitigkeiten	30.245	5.329
Kostenumlagen und Aufwandserstattungen	25.547	31.599
Erträge aus der Auflösung von übrigen Rückstellungen	18.282	35.084
Zinserträge aus Forderungen an das Finanzamt	3.985	7.044
Erträge aus der Auflösung von Drohverlustrückstellungen aus Bewertungseinheiten (vgl. Anhangangabe Nr. 13)	1.384	5.040
Devisenertrag aus nicht besonders gedeckten Geschäften	-	60.190

Die Erträge aus der Auflösung von übrigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Auflösungen von Rückstellungen für Prozessrisiken, vgl. auch Anhangangabe Nr. 45.

53. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten folgende wesentliche Posten:

(Tsd. €)	2019	2018
Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen außerhalb des Kreditgeschäfts	90.095	80.350
Aufwendungen aus gezahlten Optionsprämien sowie Ausgleichszahlungen für Optionen im Anlagebestand	54.534	-
Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen für Prozessrisiken	40.563	138.002
Verauslagte Aufwendungen für Transaktionshonorare, Rechtskosten, Servicing	17.752	24.973
Aufwendungen aus der Bildung von übrigen Rückstellungen	13.477	5.207
Devisenaufwand aus nicht besonders gedeckten Geschäften	2.434	-

In den Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen ist neben dem Aufwand aus der Veränderung des Zehn-Jahres-Durchschnittszinssatzes in Höhe von 60 Mio. € (Vorjahr: 51 Mio. €) auch der Zinsaufwand aus Abzinsung in Höhe von 25 Mio. € (Vorjahr: 29 Mio. €) enthalten.

54. Außerordentliches Ergebnis

Das Außerordentliche Ergebnis beinhaltet Restrukturierungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Bank in Höhe von 80 Mio. € (Vorjahr: 345 Mio. €). Davon betreffen 14 Mio. € (Vorjahr: 67 Mio. €) Aufwendungen für die Privatisierung der Bank. Auf Transformationsaufwendungen entfallen 29 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €).

Dagegen stehen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen aus vorherigen Restrukturierungsprogrammen. Zur Bilanzierung der Restrukturierung verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Anhangangabe Nr. 22.

Die Hamburg Commercial Bank AG hat im Rahmen der Restrukturierung und Optimierung ihrer Kapitalstruktur (Liability Management Exercise) im Berichtsjahr in wesentlichem Umfang Hybridkapitalinstrumente erworben.

Dies betrifft sowohl bilateral mit institutionellen Investoren kontrahierte als auch am internationalen Kapitalmarkt platzierte Hybridinstrumente, die zur Finanzierung von Stillen Beteiligungen an der Hamburg Commercial Bank AG ausgegeben wurden.

Gegen Ende des Geschäftsjahres 2018 hatte die Bank alle zu diesem Zeitpunkt ausstehenden Instrumente mit einem Gesamtnominal von zu diesem Zeitpunkt ca. 2.300 Mio. € gekündigt. Einzelne bzw. Gruppen von Investoren in Hybridinstrumente hatten u. a. in diesem Zusammenhang Klagen gegen die Bank eingereicht.

Im Dezember 2019 hat die Bank einen außergerichtlichen Vergleich (Private Settlement) mit einer großen Klägergruppe geschlossen, so dass kapitalmarktnotierte Hybridinstrumente

mit einem zum Transaktionszeitpunkt umgerechneten Nominalbetrag von ca. 1.150 Mio. € von der Klägergruppe gegen Zahlung eines Vergleichspreises zuzüglich einer Kostenerstattung sowie einer Einigungsgebühr an die Hamburg Commercial Bank AG übertragen wurden. Die Klage wurde Anfang 2020 zurückgenommen.

Des Weiteren hat die Hamburg Commercial Bank im Dezember 2019 ein öffentliches Kaufangebot (Public Tender Offer) veröffentlicht, das sich an die noch verbliebenen Gläubiger kapitalmarktnotierter Hybridinstrumente gerichtet hat, und im Januar 2020 beendet wurde. Die Bank hat daraufhin weitere Hybridinstrumente mit einem Nominalbetrag von ca. 383 Mio. € nach dem Bilanzstichtag zurückerworben.

Darüber hinaus ist es im Berichtsjahr sowie bis Mitte März 2020 auch zum Rückkauf wesentlicher Teile der bilateral kontrahierten Stillen Beteiligungen gekommen.

Das außerordentliche Ergebnis betrifft mit 282 Mio. € Abschreibungen auf am internationalen Kapitalmarkt platzierte Hybridinstrumente, mit 50 Mio. € Aufwendungen aus Tilgungsverlusten von SPARC-Wertpapieren, mit 33 Mio. € Aufwendungen aus Tilgungsverlusten bilateraler Stillen Einlagen sowie mit 146 Mio. € die Dotierung einer Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften im Zusammenhang mit dem Rückkauf einer Stillen Einlage sowie kapitalmarktnotierter Hybridinstrumente, deren verbindlicher Transfer im Geschäftsjahr 2020 erfolgen wird.

55. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag setzen sich wie folgt zusammen:

(Tsd. €)	2019	2018
Latente Ertragsteuern	-18.731	178.027
aus temporären Differenzen	38.168	26.689
aus Verlustvorträgen	-56.899	151.338
Laufende Ertragsteuern	37.896	15.832
Summe	19.165	193.859

Der latente Steueraufwand in Höhe von 19 Mio. € (Vorjahr: Ertrag 178 Mio. €) im Berichtsjahr ergibt sich aus einem Ertrag aus latenten Steuern auf temporäre Differenzen von 38 Mio. € (Vorjahr: 27 Mio. €) und einem gegenläufigen Aufwand aus latenten Steuern auf Verlustvorträge von 57 Mio. € (Vorjahr: Ertrag 151 Mio. €). Der Ertrag aus latenten Steuern auf temporäre Differenzen entfällt vollständig auf das Head Office. Der Aufwand aus latenten Steuern auf Verlustvorträge betrifft mit 52 Mio. € das Head Office und mit 10 Mio. € die Betriebsstätte Singapur. In der Betriebsstätte Luxemburg ergab sich ein Ertrag aus latenten Steuern auf Verlustvorträge von 5 Mio. €.

Die laufenden Ertragsteuern in Höhe von 38 Mio. € entfallen weitestgehend auf einen Steuerertrag für Vorjahre. Dieser ergab sich überwiegend aus der Veranlagung der Hamburg Commercial Bank AG für 2017.

56. Erträge aus Verlustübernahme

Die Erträge aus Verlustübernahme resultieren aus der Verlustpartizipation der Stillen Einlagen i. H. v. 236 Mio. € (Vorjahr: 327 Mio. €).

57. Honorare und Tätigkeiten des Abschlussprüfers

TÄTIGKEITEN DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den Jahres- und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2019 der Hamburg Commercial Bank geprüft und verschiedene Jahresabschlussprüfungen bei Tochterunternehmen durchgeführt. Zudem erfolgten die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichts zum 30. Juni 2019, die Prüfung nach § 89 WPHG, die Erteilung von Comfort Letter nach IDW PS 910 sowie in geringem Umfang bestimmte Leistungen für Bestätigungen für Sicherungseinrichtungen. Darüber hinaus wurden Schulungsmaßnahmen durchgeführt.

HONORARE DES ABSCHLUSSPRÜFERS I.S.D. IDW RS HFA 36 N. F.

Die Hamburg Commercial Bank AG wird als Mutterunternehmen in den Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank AG einbezogen. Daher wird hier gemäß den Regelungen in § 285 Nr. 17 HGB auf die Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers verzichtet und auf die entsprechenden Angaben im Konzernabschluss verwiesen.

58. Ausschüttungsgesperrte Beträge

Frei verfügbare Rücklagen sind in Höhe von 725 Mio. € (Vorjahr: 757 Mio. €) für eine Ausschüttung gesperrt. Dieser Betrag resultiert mit weniger als 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) aus der Aktivierung selbst erstellter immaterieller Anlagewerte abzüglich der hierfür gebildeten Passiven latenten Steuern. 621 Mio. € (Vorjahr: 640 Mio. €) entsprechen dem Betrag, um

den die in der Bilanz angesetzten Aktiven latenten Steuern die sonstigen Passiven latenten Steuern übersteigen. 103 Mio. € (Vorjahr: 116 Mio. €) entfallen auf den Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB im Zusammenhang mit dem Diskontierungssatz für Pensionsrückstellungen.

Sonstige Angaben

59. Leasinggeschäft

Auf das Leasinggeschäft entfallende Vermögensgegenstände sind mit 57 Mio. € (Vorjahr: 73 Mio. €) in den Forderungen an

Kunden enthalten. Verbindlichkeiten aus dem Leasinggeschäft werden mit 17 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €) unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen.

60. Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Als Eventualverbindlichkeiten werden vertraglich eingegangene Verpflichtungen ausgewiesen, deren Realisierung zum Abschlussstichtag nicht wahrscheinlich ist. Die Position umfasst überwiegend Bürgschaften aus dem Kreditgeschäft, die eine rechtlich mögliche Inanspruchnahme beinhalten, mit deren Eintritt aber nicht konkret zu rechnen ist. Unter den anderen Verpflichtungen sind unwiderrufliche Kreditzusagen erfasst. Avalkredite und unwiderrufliche Kreditzusagen unterliegen dem Risikovorsorgeprozess der Bank (vgl. Anhangangabe Nr. 6). Dabei werden die betreffenden Engagements anhand bestimmter Kriterien laufend hinsichtlich des Bestehens akuter Ausfallrisiken überwacht. Bestehen danach Hinweise darauf, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers eine vollständige Rückzahlung des Kredits nicht erwarten lassen, und droht eine Inanspruchnahme aus der Bürgschaft, wird dem Ausfallrisiko durch Bildung einer Rückstellung Rechnung getragen. Rückstellungen werden außerdem für unwiderrufliche Kreditzusagen gebildet, wenn eine

Inanspruchnahme wahrscheinlich ist und der Schuldner aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten voraussichtlich nicht in der Lage sein wird, den zugesagten Kreditbetrag ganz oder teilweise zurückzuzahlen. Gebildete Rückstellungen werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen; die Eventualverbindlichkeiten bzw. anderen Verpflichtungen werden in Höhe des zurückgestellten Betrags gekürzt. Insoweit besteht für die Bank aus den unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen zum Abschlussstichtag kein akutes Kreditrisiko.

Bei den Eventualverbindlichkeiten bestehen keine Verbindlichkeiten von wesentlicher Bedeutung.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen betreffen im Wesentlichen inländische Kunden mit 4.679 Mio. € (Vorjahr: 5.827 Mio. €) und ausländische Kunden mit 2.015 Mio. € (Vorjahr: 1.587 Mio. €).

Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen bestehen zum 31. Dezember 2019 wie im Vorjahr nicht.

61. Patronatserklärungen

Die Hamburg Commercial Bank AG trägt – abgesehen vom politischen Risiko – dafür Sorge, dass das verbundene Unternehmen HCOB Securities S.A., Luxemburg, seine Verpflichtungen erfüllen kann.

Ferner hat sich die Hamburg Commercial Bank AG verpflichtet, die HCOB Residual Value Ltd., Hamilton, – abgesehen vom politischen Risiko – finanziell so auszustatten, dass

diese stets in der Lage ist, ihren fälligen Verpflichtungen nachzukommen, die während der Beteiligung der Hamburg Commercial Bank AG an der HCOB Residual Value Ltd. eingegangen wurden.

62. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die im Folgenden genannten Geschäfte beinhalten Zahlungsverpflichtungen aus nicht bilanzierungsfähigen schwebenden Verträgen oder Dauerschuldverhältnissen sowie sonstige finanzielle Verpflichtungen, die sich wesentlich auf die künftige Finanzlage der Hamburg Commercial Bank AG auswirken können.

Nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) ist das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe verpflichtet, bis zum 3. Juli 2024 ein gesetzlich vorgeschriebenes Zielvolumen aufzubringen. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe berechnet hierfür jährlich das auf das einzelne Mitgliedsinstitut allokierte, anteilige Zielvolumen bis zum

31. Mai des laufenden Jahres anhand von Daten des 31. Dezember des Vorjahres und leitet daraus den jährlichen Beitrag je Mitgliedsinstitut ab. Die Beitragserhebung erfolgt vor dem 30. September eines jeden Jahres. Die Hamburg Commercial Bank AG hat in den Vorjahren einen Teil ihrer Beitragsverpflichtungen als unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung (insgesamt 6 Mio. €, Vorjahr: 6 Mio. €) erbracht. Über die jährlichen o.g. Mitgliedsbeiträge hinaus können – z. B. im Rahmen eines Entschädigungsfalls – Sonderbeiträge oder Zusatzbeiträge bei Eintritt eines Stützungsfalls erhoben werden. Bis zum Ausscheiden aus dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe zum Jahresende 2021 und dem dann vorgesehenen nahtlosen Übergang der Hamburg Commercial Bank AG in das Einlagensicherungssystem der privaten Banken besteht somit die Pflicht, potenziell vom Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe erhobene Sonderbeträge oder Zusatzbeiträge zu leisten, die insoweit ein Risiko im Hinblick auf die Finanzlage der Hamburg Commercial Bank AG darstellen.

Mit Übernahme der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie (BRRD) in deutsches Recht ist zum 1. Januar 2015 eine neue Rechtsgrundlage zur Ermittlung der Bankenabgabe in Kraft getreten. Bis zum 1. Januar 2024 soll das Zielvolumen des

EU-weiten Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) durch Beiträge der europäischen Banken erreicht werden. Die laufende Abgabe wird von der Aufsicht zum 31. Mai eines jeden Jahres ermittelt und ist bis 30. Juni zu zahlen. Nacherhebungen sind nicht vorgesehen.

Aus langfristigen Leasingverträgen über betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude bestehen Verpflichtungen in Höhe von 31 Mio. € (Vorjahr: 36 Mio. €). Aus Leasingverträgen für IT-Dienstleistungen ergeben sich weitere Verpflichtungen in Höhe von 42 Mio. € (Vorjahr: 77 Mio. €).

Aus einem Beteiligungsverkauf resultieren Verpflichtungen zum Ankauf von Fondsanteilen zum Marktpreis in Höhe von nominal bis zu 8 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €).

Aus Kostenübernahmeverträgen gegenüber zwei verbundenen Unternehmen ergibt sich eine Zahlungsverpflichtung in Höhe von maximal 2 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).

Des Weiteren besteht gemeinsam mit den anderen ehemaligen Gesellschaftern der DekaBank Deutsche Girozentrale für diese eine Haftung im Rahmen der früheren Trägerfunktion. Diese gilt für Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 begründet wurden, unabhängig von ihrer Laufzeit.

Über die genannten Verpflichtungen hinaus bestehen keine wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

63. Angaben zum Anteilsbesitz

Die folgende Aufstellung enthält Angaben zu den Unternehmen, gegenüber denen die Hamburg Commercial Bank AG unmittelbar oder mittelbar eine Beteiligung hält:

Verbundene Unternehmen – Kreditinstitute Ausland

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
1	HCOB Securities S.A., Luxemburg, Luxemburg	100,00	100,00	EUR	198.500.000,00	-

Verbundene Unternehmen – Sonstige Unternehmen Inland

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
2	BINNENALSTER-Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	244.900,67	-8.595,83
3	Bu Wi Beteiligungsholding GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	26.294,51	5.091,65
4	CAPCELLENCE Dritte Fondsbeteiligung GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	2.462.752,86	2.414.441,52
5	CAPCELLENCE Erste Fondsbeteiligung GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	854.271,23	252.547,14
6	CAPCELLENCE Holding GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	114.315.226,11	2.434.102,98
7	Capcellence Vintage Year 06/07 Beteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	83,33	99,91	EUR	-1.056,95	88.494,90
8	Capcellence Vintage Year 07/08 Beteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	90,91	99,99	EUR	1.457.581,02	381.959,21
9	CAPCELLENCE Vintage Year 11 Beteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	83,33	99,99	EUR	3.325.462,74	-782.016,09
10	CAPCELLENCE Vintage Year 13 Beteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	83,33	99,47	EUR	-33.864,76	221.517,54
11	CAPCELLENCE Vintage Year 16 Beteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	83,33	99,99	EUR	14.657.525,21	36.447,17
12	CAPCELLENCE Vintage Year 16 Beteiligungen GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	226,47	-10.514,88
13	CAPCELLENCE Zweite Fondsbeteiligung GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	5.523.646,87	561.046,74
14	GmbH Altstadt Grundstücksgesellschaft, Mainz ¹⁾	89,90	89,90	EUR	-137.862,92	102.054,19
15	HCOB Auffang- und Holdinggesellschaft mbH & Co. KG, Hamburg	100,00	100,00	EUR	2.504.117,11	182.431,86
16	HCOB Care+Clean GmbH, Hamburg ^{1) 3)}	51,00	51,00	EUR	25.000,00	-119.580,74
17	HCOB Facility Management GmbH, Hamburg ²⁾	100,00	100,00	EUR	205.600,00	-8.022.657,66
18	HCOB Gastro+Event GmbH, Hamburg ^{1) 3)}	100,00	100,00	EUR	25.000,00	-2.611.195,94
19	HCOB Move+More GmbH, Kiel ^{1) 3)}	51,00	51,00	EUR	25.000,00	162.819,47
20	HCOB Private Equity GmbH, Hamburg ²⁾	100,00	100,00	EUR	550.000,00	-6.473.506,74
21	HGA New Office Campus-Kronberg GmbH & Co. KG, Hamburg ⁷⁾	56,44	56,44	EUR	10.674.163,21	-448.692,74
22	Lyceum Capital Fund 2000 (Number Five) GmbH & Co. KG, Stuttgart ^{1) 5)}	80,00	0,00	EUR	-240.902,29	-
23	PERIMEDES GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	33.934,75	2.743,94

Verbundene Unternehmen – Sonstige Unternehmen Ausland

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
24	Asian Capital Investment Opportunities Limited, Hongkong, Hongkong ¹⁾	51,00	51,00	USD	114,00	-
25	Avia Management S.à r.l., Luxemburg, Luxemburg	100,00	100,00	EUR	-39.762,86	-34.116,44
26	European Capital Investment Opportunities Limited, St. Helier, Jersey ¹⁾	51,00	51,00	EUR	124,00	-101,00
27	HCOB Finance (Guernsey) Limited, St. Peter Port, Guernsey	100,00	100,00	EUR	409.491,00	63.327,00
28	HCOB Funding II, George Town, Cayman Islands ⁷⁾	56,33	100,00	USD	654.305.988,00	36.276.800,00
29	HCOB Residual Value Ltd., Hamilton, Bermuda	100,00	100,00	USD	3.984.199,00	61.168,00
30	HCOB Structured Situations Limited, St. Helier, Jersey ⁶⁾	100,00	100,00	USD	346.449,00	- 68,00
31	Neptune Finance Partner II S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg ⁹⁾	100,00	100,00	USD	62.763,63	-
32	Neptune Finance Partner S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	100,00	100,00	USD	73.894,70	-
33	Next Generation Aircraft Finance 2 S.à.r.l., Findel, Luxemburg ¹⁾¹⁰⁾	49,00	49,00	EUR	350.483,00	5.999.150,00
34	Next Generation Aircraft Finance 3 S.à.r.l., Findel, Luxemburg ¹⁾¹⁰⁾	49,00	49,00	EUR	194.992,00	6.937.986,00
35	NORDIC BLUE CONTAINER V LIMITED, Majuro, Marshallinseln	100,00	100,00			⁴⁾
36	RESPARCS Funding Limited Partnership I, Hongkong, Hongkong ¹⁾	0,01	100,00	USD	-1.448.153,00	-5.276,00
37	RESPARCS Funding II Limited Partnership, St. Helier, Jersey ¹⁾	0,01	100,00	EUR	134.803,00	26.224,00

Beteiligungen

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
38	4Wheels Management GmbH, Düsseldorf ¹⁾	68,75	40,00	EUR	3.421.251,39	-1.801.378,92
39	AGV Irish Equipment Leasing No. 7 Limited, Dublin, Irland ¹⁷⁾	49,00	49,00	USD	20.674,00	-21.122,00
40	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	1,33	1,33	EUR	246.672.103,15	12.040.000,00
41	CapVis Equity III L.P., St. Helier, Jersey ¹⁷⁾	2,50	0,00	EUR	266.051.522,00	59.349.078,00
42	CVC European Equity Partners V (A) L.P., St. Helier, Jersey ¹⁾	0,45	0,00	EUR	1.554.494.446,00	13.387.706,00
43	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	2,51	2,51	EUR	195.780.239,38	17.077.943,19
44	EDD AG, Düsseldorf	0,89	0,89	EUR	22.491.403,37	-5.300.916,61
45	FSP CAPCELLENCE Beteiligungs GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	40,00	EUR	14.919.001,00	-74.529,84
46	GB Deutschland Fund GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	4,69	0,00	EUR	17.615.131,70	5.578.503,15
47	GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main	15,77	15,77	EUR	2.891.543,84	-61.301,09
48	GLB-Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	15,80	15,80	EUR	55.665,10	1.957,27
49	Global Format GmbH & Co. KG, München	28,57	28,57	EUR	1.949.701,82	1.609,10
50	Hamburgische Grundbesitz und Anlage GmbH & Co. Objekte Hamburg und Potsdam KG, Hamburg	5,15	5,16	EUR	5.146.250,55	-5.057.235,16
51	HGA Objekt München GmbH & Co. KG, Hamburg	5,23	5,23	EUR	3.627.083,87	51.073.030,04
52	HGA Objekt Stuttgart GmbH & Co. KG, Hamburg	7,25	7,26	EUR	11.290.663,07	2.426.005,62
53	HGA Objekte Hamburg und Hannover GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	5,09	EUR	6.998.855,32	485.747,52
54	Hines European Development Fund Limited Partnership, Wilmington, USA ¹⁾	9,90	9,90	EUR	61.417.000,00	61.000,00
55	Next Commerce Accelerator Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Hamburg	9,90	9,90	EUR	1.953.973,40	-66.026,60
56	Next Commerce Accelerator GmbH, Hamburg	16,67	16,67	EUR	95.219,58	57.910,50
57	RSU Rating Service Unit GmbH & Co KG, München	13,60	13,60	EUR	11.330.787,18	-2.244.749,73
58	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (S.W.I.F.T. SCRL), La Hulpe, Belgien	0,04	0,04	EUR	407.529.000,00	33.513.000,00
59	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main	7,69	7,69	EUR	4.615.567,94	-28.767,74
60	Vofü-Fonds I Hamburgische Grundbesitz und Anlage GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	5,09	EUR	693.471,57	1.534.158,51

¹⁾ Mittelbar gehalten.

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

³⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der HCOB Facility Management GmbH.

⁴⁾ Keine Daten vorhanden.

⁵⁾ Es liegen Daten nur zum 29. Februar 2016 vor.

⁶⁾ Es liegen Daten nur zum 31. Dezember 2016 vor.

⁷⁾ Es liegen Daten nur zum 31. Dezember 2017 vor.

⁸⁾ Es liegen Daten nur zum 31. Juli 2018 vor.

⁹⁾ Es liegen Daten nur zum 9. Dezember 2018 vor.

¹⁰⁾ Aufgrund vertraglicher Regelungen handelt es sich bei dieser Gesellschaft um ein verbundenes Unternehmen, obwohl die Hamburg Commercial Bank AG nicht die Mehrheit der Stimmrechte hält.

Devisenkurse für 1€ zum 31. Dezember 2019

USA	USD	1,1234
-----	-----	--------

Die Hamburg Commercial Bank AG ist unbeschränkt haftende Gesellschafterin der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main.

Es bestehen keine Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die fünf Prozent der Stimmrechte überschreiten.

64. Angaben zu fremden Währungen

Die Beträge der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden stellen sich zum Abschlussstichtag wie folgt dar:

(Tsd. €)	31.12.2019	31.12.2018
Vermögensgegenstände	7.887.432	6.471.228
Schulden	4.105.459	4.910.327

65. Angaben zur Bilanziellen Nettodarstellung

Aus der vorgenommenen Saldierung von beizulegenden Zeitwerten außerbörslich gehandelter Derivate des Handelsbestands mit den gestellten und erhaltenen Barsicherheiten ergaben sich hinsichtlich der in die Saldierung einbezogenen Geschäfte folgende Effekte:

(Tsd. €)	31.12.2019			31.12.2018		
	Wert vor Verrechnung	Verrechnung	Wert nach Verrechnung	Wert vor Verrechnung	Verrechnung	Wert nach Verrechnung
Handelsbestand (aktiv)						
darunter: derivative Finanzinstrumente	1.454.691	1.453.321	1.370	2.318.207	2.264.014	54.193
Sonstige Vermögensgegenstände	1.817.855	871.369	946.486	1.660.708	630.437	1.030.271
Summe Aktiva	3.272.546	2.324.690	947.856	3.978.915	2.894.451	1.084.464
Handelsbestand (passiv)						
darunter: derivative Finanzinstrumente	1.981.158	1.956.269	24.889	2.536.341	2.494.924	41.417
Sonstige Verbindlichkeiten	572.186	368.421	203.765	620.802	399.527	221.275
Summe Passiva	2.553.344	2.324.690	228.654	3.157.143	2.894.451	262.692

66. Derivategeschäft

Nachfolgend stellen wir das Geschäft der Hamburg Commercial Bank AG mit derivativen Finanzinstrumenten (Termingeschäfte im Sinne des § 36 RechKredV) zum Bilanzstichtag dar.

Die Geschäfte des Nichthandelsbestands dienen im Wesentlichen der Abdeckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen. Die nachstehende Darstellung des Nichthandelsbestands erfolgt ohne die Derivate, die Bestandteil von bilanziellen Bewertungseinheiten sind (per 31. Dezember 2019 beträgt das Nominalvolumen dieser Derivate 29 Mio. € (Vorjahr: 3.491 Mio. €)).

Die nachstehenden Tabellen zeigen neben den Nominalbeträgen der Kontrakte mit Geschäftspartnern außerhalb der Hamburg Commercial Bank AG, aufgegliedert in Zinsrisiken, Zins- und Währungsrisiken, Währungsrisiken und sonstige Preisrisiken, auch die Laufzeitstruktur sowie die Kontrahentengliederung. Weiterhin enthalten die nachfolgenden Darstellungen auch die Angaben zu den nicht abgewickelten fremdwährungsbezogenen, zinsabhängigen und sonstigen Termingeschäften nach § 36 RechKredV.

I. Darstellung der Volumina und der Marktwerte

Handelsbestand

(Mio. €)	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Zinsswaps	53.333	126.848	2.461	3.190	1.841	2.347
FRA	-	937	-	-	-	-
Swaption						
Käufe	3.321	2.358	25	61	13	16
Verkäufe	3.201	3.460	11	8	102	117
Caps, Floors	11.104	13.146	16	24	41	45
Börsenkontrakte	419	238	-	-	-	-
Sonstige Zinstermingeschäfte	112	136	14	14	18	19
Zinsrisiken	71.490	147.123	2.527	3.297	2.015	2.544
Zins-/Währungsswaps	3.990	6.511	49	58	17	42
Zins- und Währungsrisiken	3.990	6.511	49	58	17	42
Devisentermingeschäfte	856	1.503	7	38	7	28
Devisenoptionen						
Käufe	66	178	3	7	-	-
Verkäufe	9	128	-	-	-	2
Währungsrisiken	931	1.809	10	45	7	30
Börsenkontrakte	5	10	-	-	-	-
Aktien und sonstige Preisrisiken	5	10	-	-	-	-
Sicherungsnehmer	67	54	11	13	-	-
Kreditderivate	67	54	11	13	-	-
Strukturierte Produkte	1.347	1.728	124	105	211	199
Summe	77.830	157.235	2.721	3.518	2.250	2.815

Nichthandelsbestand

(Mio. €)	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Zinsswaps	3.721	2.921	239	119	918	511
Swaption						
Käufe	-	900	-	1	-	-
Verkäufe	100	650	-	1	-	-
Caps, Floors	20	6	-	-	-	-
Börsenkontrakte	-	526	-	-	-	-
Sonstige Zinstermingeschäfte	-	12	-	-	-	-
Zinsrisiken	3.841	5.015	239	121	918	511
Zins-/Währungsswaps	77	64	-	-	32	30
Zins- und Währungsrisiken	77	64	-	-	32	30
Devisentermingeschäfte	4.245	1.945	31	27	23	3
Währungsrisiken	4.245	1.945	31	27	23	3
Aktienoptionen						
Käufe	10	5	-	-	-	-
Aktien-/Indexbezogene Swaps	26	54	10	10	-	-
Aktien und sonstige Preisrisiken	36	59	10	10	-	-
Sicherungsgeber	-	13	-	-	-	-
Sicherungsnehmer	-	-	-	-	-	-
Kreditderivate	-	13	-	-	-	-
Strukturierte Produkte	1.031	609	124	21	99	122
Summe	9.230	7.705	404	179	1.072	666

II. Kontrahentengliederung

Handels- und Nichthandelsbestand

(Mio. €)	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Banken in der OECD	50.362	65.894	1.465	1.396	2.463	2.184
Banken außerhalb der OECD	59	56	1	1	1	-
Nichtbanken (inkl. Börsen)	32.941	94.767	1.407	2.068	525	1.048
Öffentliche Stellen	3.698	4.223	252	232	333	249
Summe	87.060	164.940	3.125	3.697	3.322	3.481

III. Fristengliederung

Handels- und Nichthandelsbestand Nominalwerte

(Mio. €)	Zinsrisiken		Bonitätsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Strukturierte Produkte	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018
Restlaufzeit										
bis 3 Monate	4.848	11.881	-	-	4.775	2.986	8	12	37	251
bis 1 Jahr	9.622	26.459	-	13	380	743	24	21	59	172
bis 5 Jahre	39.183	75.574	-	-	21	25	9	36	453	129
über 5 Jahre	25.745	44.799	67	54	-	-	-	-	1.829	1.785
Summe	79.398	158.713	67	67	5.176	3.754	41	69	2.378	2.337

IV. Buchwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Nichthandelsbestands

Derivate des Nichthandelsbestands werden als schwebende Geschäfte grundsätzlich nicht bilanziert. Ausnahmen ergeben sich dann, wenn die Hamburg Commercial Bank AG als Käufer Optionsprämien gezahlt oder als Verkäufer Optionsprämien erhalten hat. Diese werden unter den Sonstigen Vermögensgegenständen aktiviert bzw. unter den Sonstigen Verbindlichkeiten passiviert. Darüber hinaus kann es zum Ansatz von

Drohverlustrückstellungen kommen, wenn sich aus der Einzelbewertung von Derivaten negative Marktwerte ergeben. Weiterhin werden für Devisengeschäfte bilanzielle Ausgleichsposten erfasst. Per 31. Dezember 2019 beträgt der Nettobetrag der in den Sonstigen Vermögensgegenständen erfassten Ausgleichsposten 38 Mio. € (Vorjahr: 24 Mio. €) und der in den Sonstigen Verbindlichkeiten erfassten Ausgleichsposten 53 Mio. € (Vorjahr: 29 Mio. €).

(Mio. €)	Gezahlte Optionsprämien		Erhaltene Optionsprämien	
	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Zinskontrakte	1	1	-	1
Aktien- und sonstige Kontrakte	8	7	-	-
Summe	9	8	-	1

Für derivative Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands, bei denen eine effektive Sicherungsbeziehung nicht

nachweisbar war, haben wir Drohverlustrückstellungen in Höhe von 17 Mio. € (Vorjahr: 17 Mio. €) gebildet.

67. Angaben gemäss §28 Pfandbriefgesetz

Der Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekenspfandbriefe, Öffentlichen Pfandbriefe und Schiffspfandbriefe sowie die entsprechenden Deckungsmassen stellen

sich jeweils in Höhe des Nennwerts, des Barwerts und des Risikobarwerts gemäß PfandBarwertV¹⁾ wie folgt dar:

(Mio. €)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress	
	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Hypothekenspfandbriefe	4.188	4.786	4.296	4.920	4.204	4.920
Deckungsmasse	4.647	5.203	5.009	5.575	4.885	5.567
davon: Derivate	-	-	-	-	-	-
Überdeckung	459	417	713	655	681	647

(Mio. €)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress	
	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Öffentliche Pfandbriefe	2.320	2.996	2.759	3.452	2.608	3.316
Deckungsmasse	2.495	3.213	3.214	3.817	2.948	3.548
davon: Derivate	-	-	-	-	-	-
Überdeckung	175	217	455	365	340	232

(Mio. €)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress	
	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Schiffspfandbriefe	1.843	119	1.863	124	1.906	122
Deckungsmasse	2.256	1.789	2.419	1.916	2.256	1.723
davon: Derivate	-	-	-	-	-	-
Überdeckung	413	1.670	556	1.792	350	1.601

Zusammensetzung der weiteren Deckungswerte

(Mio. €)	Forderungen i. S. d. § 19 (1) Nr. 2 PfandBG				Forderungen i. S. d. § 19 (1) Nr. 3 PfandBG	Hypothekenspfandbriefe Summe
	Ausgleichsforderungen	Gesamt	dav. gedeckte Schuldverschreibungen			
Eingetragene Forderungen 2019						
Bundesrepublik Deutschland	-	5	-	150		155
Summe	-	5	-	150		155

¹⁾ Verordnung über die Sicherstellung der jederzeitigen Deckung von Hypothekenspfandbriefen, Öffentlichen Pfandbriefen und Schiffspfandbriefen nach dem Barwert und dessen Berechnung bei Pfandbriefbanken vom 14. Juli 2005.

(Mio. €)	Forderungen i. S. d. § 19 (1) Nr. 2 PfandBG			Hypotheken- pfandbriefe	
	Ausgleichs- forderungen	Gesamt	dav. gedeckte Schuldver- schreibungen	Forderungen i. S. d. § 19 (1) Nr. 3 PfandBG	Summe
Eingetragene Forderungen 2018					
Bundesrepublik Deutschland	-	15	-	571	586
Summe	-	15	-	571	586

Forderungen, die die Begrenzungen des § 19 Absatz 1 des Pfandbriefgesetzes überschreiten, gab es wie im Vorjahr nicht.

(Mio. €)	Forderungen i. S. d. § 20 (2) Nr. 2 PfandBG			Öffentliche Pfandbriefe	
	Ausgleichs- forderungen	Gesamt	dav. gedeckte Schuldver- schreibungen		Summe
Eingetragene Forderungen 2019					
Bundesrepublik Deutschland	-	-	-		-
Summe	-	-	-		-

(Mio. €)	Forderungen i. S. d. § 20 (2) Nr. 2 PfandBG			Öffentliche Pfandbriefe	
	Ausgleichs- forderungen	Gesamt	dav. gedeckte Schuldver- schreibungen		Summe
Eingetragene Forderungen 2018					
Bundesrepublik Deutschland	-	-	-		-
Summe	-	-	-		-

Forderungen, die die Begrenzungen des § 20 Absatz 2 des Pfandbriefgesetzes überschreiten, gab es wie im Vorjahr nicht.

(Mio. €)	Forderungen i. S. d. § 26 (1) Nr. 3 PfandBG			Schiffs- pfandbriefe	
	Ausgleichs- forderungen	Gesamt	dav. gedeckte Schuldver- schreibungen	Forderungen i. S. d. § 26 (1) Nr. 4 PfandBG	Summe
Eingetragene Forderungen 2019					
Bundesrepublik Deutschland	-	-	-	70	70
Summe	-	-	-	70	70

(Mio. €)	Forderungen i. S. d. § 26 (1) Nr. 3 PfandBG			Schiffs- pfandbriefe	
	Ausgleichs- forderungen	Gesamt	dav. gedeckte Schuldver- schreibungen	Forderungen i. S. d. § 26 (1) Nr. 4 PfandBG	Summe
Eingetragene Forderungen 2018					
Bundesrepublik Deutschland	-	-	-	30	30
Summe	-	-	-	30	30

Forderungen, die die Begrenzungen des §26 Absatz 1 des Pfandbriefgesetzes überschreiten, gab es wie im Vorjahr nicht.

Die im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen, Öffentlichen Pfandbriefe und Schiffspfandbriefe sowie die entsprechenden Deckungsmassen weisen folgende Laufzeitstruktur auf:

(Mio. €)	Hypothekendarlehen		Deckungsmasse	
	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Nennwert				
bis 6 Monate	163	257	392	329
mehr als 6 Monate bis 12 Monate	554	641	330	240
mehr als 12 Monate bis 18 Monate	71	163	211	190
mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	575	554	230	577
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.090	646	658	513
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.425	1.090	781	748
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	310	1.425	538	733
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	-	10	1.488	1.847
mehr als 10 Jahre	-	-	19	26
Summe	4.188	4.786	4.647	5.203

(Mio. €)	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungsmasse	
	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Nennwert				
bis 6 Monate	156	302	39	178
mehr als 6 Monate bis 12 Monate	356	9	90	266
mehr als 12 Monate bis 18 Monate	421	168	84	34
mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	27	551	151	218
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	325	602	281	289
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	30	325	158	270
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	103	30	93	254
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	580	624	693	712
mehr als 10 Jahre	322	385	906	992
Summe	2.320	2.996	2.495	3.213

(Mio. €)	Schiffspfandbriefe		Deckungsmasse	
	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Nennwert				
bis 6 Monate	15	20	220	223
mehr als 6 Monate bis 12 Monate	310	15	252	185
mehr als 12 Monate bis 18 Monate	30	15	247	264
mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	300	10	292	228
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	415	30	471	340
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	523	5	460	231
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	250	23	137	232
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	-	-	177	86
mehr als 10 Jahre	-	-	-	-
Summe	1.843	118	2.256	1.789

Die Anteile der festverzinslichen Deckungswerte an der entsprechenden Deckungsmasse sowie die Anteile der festverzinslichen Pfandbriefe an den zu deckenden Verbindlichkeiten ergeben sich wie folgt:

(in %)	Hypothekendarfandbriefe	
	31.12.2019	31.12.2018
Anteil der festverzinslichen Deckungsmasse	46	47
Anteil der festverzinslichen Pfandbriefe	92	98

(in %)	Öffentliche Pfandbriefe	
	31.12.2019	31.12.2018
Anteil der festverzinslichen Deckungsmasse	94	91
Anteil der festverzinslichen Pfandbriefe	96	96

(in %)	Schiffspfandbriefe	
	31.12.2019	31.12.2018
Anteil der festverzinslichen Deckungsmasse	5	3
Anteil der festverzinslichen Pfandbriefe	4	62

Die folgenden Tabellen zeigen den Nettobarwert je Fremdwahrung:

(Mio. €)	Hypothekendarfandbriefe	
	31.12.2019	31.12.2018
Fremdwahrung		
CHF	1	1
GBP	58	81
SEK	7	9

(Mio. €)	Öffentliche Pfandbriefe	
	31.12.2019	31.12.2018
Fremdwahrung		
CHF	110	- 122
JPY	25	25

(Mio. €)	Schiffspfandbriefe	
	31.12.2019	31.12.2018
Fremdwahrung		
JPY	7	8
USD	2.249	1.744

Die zur Deckung von Hypothekendarfandbriefen, Öffentlichen Pfandbriefen und Schiffspfandbriefen verwendeten Forderungen gliedern sich nach Größenklassen wie folgt:

(A) Hypothekenregister

(Mio. €)	Deckungshypotheken	
	31.12.2019	31.12.2018
Nennwert		
bis 300 Tsd. €	18	18
mehr als 300 Tsd. € bis 1 Mio. €	60	81
mehr als 1 Mio. € bis 10 Mio. €	1.078	1.351
mehr als 10 Mio. €	3.336	3.167
Summe	4.492	4.617

(B) Öffentlicher Pfandbrief

(Mio. €)	Deckungshypotheken	
	31.12.2019	31.12.2018
Nennwert		
bis 10 Mio. €	102	140
mehr als 10 Mio. € bis 100 Mio. €	1.338	1.272
mehr als 100 Mio. €	1.055	1.801
Summe	2.495	3.213

(C) Schiffsregister

(Mio. €)	Deckungshypotheken	
	31.12.2019	31.12.2018
Nennwert		
bis 500 Tsd. €	-	1
mehr als 500 Tsd. € bis 5 Mio. €	253	250
mehr als 5 Mio. €	1.933	1.508
Summe	2.186	1.759

Die Verteilung der zur ordentlichen Deckung von Hypothekendarfandbriefen verwendeten Forderungen nach den Staaten, in denen die Grundstückssicherheiten liegen, sowie nach der Nutzungsart der Objekte stellt sich wie folgt dar:

(Mio. €)	Deckungshypotheken	
	31.12.2019	31.12.2018
wohnwirtschaftlich genutzt	828	881
gewerblich genutzt	3.664	3.736

(Mio. €)										
2019	Eigen- tums- woh- nungen	Ein- und Zwei- familien- häuser	Mehr- familien- häuser	Büro- gebäude	Handels- gebäude	Industrie- gebäude	Sonstige gewerb- lich genutzte Gebäude	Unfertige noch nicht ertrags- fähige Neubau- ten	Bauplätze	Summe
Bundesrepublik Deutschland	-	4	746	1.258	1.242	3	718	360	35	4.366
Großbritannien/ Nordirland/ Brit. Kanalinseln	-	-	-	-	54	-	-	-	-	54
Niederlande	-	-	-	34	23	-	-	8	-	65
Schweden	-	-	-	-	7	-	-	-	-	7
Summe	-	4	746	1.292	1.326	3	718	368	35	4.492

(Mio. €)										
2018	Eigen- tums- woh- nungen	Ein- und Zwei- familien- häuser	Mehr- familien- häuser	Büro- gebäude	Handels- gebäude	Industrie- gebäude	Sonstige gewerb- lich genutzte Gebäude	Unfertige noch nicht ertrags- fähige Neubau- ten	Bauplätze	Summe
Bundesrepublik Deutschland	-	4	846	1.308	1.277	3	743	318	21	4.520
Großbritannien/ Nordirland/ Brit. Kanalinseln	-	-	-	80	-	-	-	-	-	80
Niederlande	-	-	-	8	-	-	-	-	-	8
Schweden	-	-	-	-	9	-	-	-	-	9
Summe	-	4	846	1.396	1.286	3	743	318	21	4.617

(Mio. €)		31.12.2019	31.12.2018
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen		-	-
Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt		-	-

Weitere Kennzahlen der ordentlichen Deckungswerte der Hypothekendarlehen:

		31.12.2019	31.12.2018
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 (1) PfandBG überschreiten	Mio. €	-	-
volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderung	in Jahren	4	4
durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	in %	57	57

Die folgenden Tabellen zeigen die Aufteilung des Gesamtbetrags der zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendeten Forderungen nach den Schuldnern sowie den Staaten, in denen die Schuldner ihren Sitz haben:

(Mio. €)

	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Sonstige		Summe	Davon erhaltene Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung
	geschuldet	gewährleistet	geschuldet	gewährleistet	geschuldet	gewährleistet	geschuldet	gewährleistet		
2019										
Bundesrepublik Deutschland	70	158	1.163	28	518	58	45	72	2.112	172
Belgien	250	-	-	7	-	-	-	-	257	-
Italien	-	-	4	-	-	-	-	-	4	-
Polen	25	-	-	-	-	-	-	-	25	-
Schweiz	-	-	96	-	-	-	1	-	97	-
Summe	345	158	1.263	35	518	58	46	72	2.495	172

(Mio. €)

	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Sonstige		Summe	Davon erhaltene Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung
	geschuldet	gewährleistet	geschuldet	gewährleistet	geschuldet	gewährleistet	geschuldet	gewährleistet		
2018										
Bundesrepublik Deutschland	70	12	1.511	327	486	62	150	123	2.741	153
Belgien	250	-	-	8	-	-	-	-	258	-
Italien	-	-	8	-	-	-	-	-	8	-
Polen	24	-	-	-	-	-	-	-	24	-
Schweiz	-	-	93	-	-	-	-	-	93	-
Österreich	-	44	-	-	-	-	-	-	44	-
EU-Institutionen	-	-	-	-	-	-	45	-	45	-
Summe	344	56	1.612	335	486	62	195	123	3.213	153

Auf diese Forderungen entfallen folgende Rückstände:

(Mio. €)	Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige	Summe
2019					
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen	-	-	-	-	-
Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	-	-	-	-	-

(Mio. €)	Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige	Summe
2018					
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen	-	-	-	1	1
Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	-	-	-	9	9

Die zur Deckung von Schiffspfandbriefen verwendeten Forderungen verteilen sich wie folgt auf die Staaten, in denen die beliebigen Schiffe registriert sind:

(Mio. €)	31.12.2019		31.12.2018	
	Seeschiffe	Binnenschiffe	Seeschiffe	Binnenschiffe
Bahamas	37	-	45	-
Belgien	5	-	-	-
Bundesrepublik Deutschland	479	-	448	-
Dänemark	75	-	-	-
Gibraltar	3	-	-	-
Griechenland	91	-	92	-
Großbritannien/Nordirland/Brit. Kanalinseln	28	-	-	-
Hongkong	123	-	55	-
Liberia	491	-	432	-
Malta	195	-	134	-
Marshallinseln	359	-	264	-
Panama	113	-	112	-
Schweden	-	-	20	-
Singapur	73	-	37	-
Zypern	114	-	120	-
Summe	2.186	-	1.759	-

Auf diese Forderungen entfallen folgende Rückstände:

(Mio. €)	31.12.2019	31.12.2018
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen	-	-
Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	-	-

Die Zahl der Zwangsversteigerungen, Zwangsverwaltungen und zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke und Schiffe, bezogen auf die zur Deckung verwendeten Forderungen, zeigt folgende Tabelle:

(Anzahl) 2019	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich	Seeschiffe	Binnenschiffe	Summe
Anhängige Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen	-	-	-	-	-
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	-	-	-	-	-
Zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke/Schiffe	-	-	-	-	-

(Anzahl) 2018	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich	Seeschiffe	Binnenschiffe	Summe
Anhängige Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen	-	-	-	-	-
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	-	-	-	-	-
Zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke/Schiffe	-	-	-	-	-

Der Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldern zu entrichtenden Zinsen und der im Geschäftsjahr erfolgten Rückzahlungen stellt sich wie folgt dar:

(Mio. €) 2019	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich	Seeschiffe	Binnenschiffe	Summe
Gesamtbetrag der Rückstände auf zu leistende Zinsen	-	-	-	-	-

(Mio. €) 2018	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich	Seeschiffe	Binnenschiffe	Summe
Gesamtbetrag der Rückstände auf zu leistende Zinsen	-	-	-	-	-

Von den Forderungen an Kreditinstitute dienen 52 Mio. € (Vorjahr: 163 Mio. €) und von den Forderungen an Kunden dienen 11.735 Mio. € (Vorjahr: 11.042 Mio. €) der Deckung für begebene Schuldverschreibungen.

68. Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter

Die durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter haben wir auf der Grundlage der jeweiligen Stände zum Quartalsende und nach Köpfen berechnet:

	2019			2018		
	Männlich	Weiblich	Summe	Männlich	Weiblich	Summe
Vollzeitbeschäftigte	814	299	1.113	893	324	1.217
Teilzeitbeschäftigte	65	329	394	87	370	457
Summe	879	628	1.507	980	694	1.674
Auszubildende	11	9	20	15	14	29

69. Corporate Governance

Die Hamburg Commercial Bank AG unterstützt die Ziele des Deutschen Corporate Governance Kodex und hat als nicht börsennotiertes Unternehmen auf freiwilliger Basis die Regeln des Kodex anerkannt. Vorstand und Aufsichtsrat der Hamburg Commercial Bank AG haben eine Entsprechenserklärung im

Sinne des § 161 AktG abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der Hamburg Commercial Bank AG veröffentlicht. Die Entsprechenserklärung ist nicht Bestandteil dieses Anhangs.

70. Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die Hamburg Commercial Bank richtet sich bei der Vergütung des Managements in Schlüsselpositionen nach der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV). Die fixe Vergütung des Vorstands beinhaltet neben dem Jahresfestgehalt einen Beitrag zur Altersversorgung in Höhe von bis zu 20 % des Jahresfestgehalts, sonstige Nebenleistungen sowie angemessene Sachbezüge.

Langfristiges variables Vergütungsprogramm einschließlich anteilsbasierter Vergütung

Zusätzlich erhält jedes Mitglied des Vorstands eine erfolgsabhängige variable Vergütung. Im Rahmen dieser erhält der Vorstand 50 % seines jährlichen Bonus für die vereinbarten Leistungsjahre in bar (Cash Bonus) und 50 % in Form von Aktien (Share Bonus) an der Hamburg Commercial Bank AG.

Die Auszahlung des Cash Bonus und die Übertragung der Aktien erfolgt zu 40 % im Folgejahr des jeweiligen Leistungszeitraums, während 60 % einer deferral period von bis zu sieben Jahren unterliegen.

Der Aufsichtsrat der Bank legt anhand einer unabhängigen Bewertung für das jeweilige Leistungsjahr fest, zu welchem Kurs der in Euro erdiente Share Bonus in Aktien der Bank umgewandelt wird.

In den folgenden Angaben ist nicht reflektiert, dass der Vorstand vor dem Hintergrund der Entwicklung der Corona-Krise in 2020 beschlossen hat auf insgesamt 30 % seiner variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2019 verzichten zu wollen. Die folgende Tabelle zeigt die Bezüge aktiver und früherer Organmitglieder. Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder beinhalten kurzfristig fällige Leistungen, Zahlungen an Versorgungseinrichtungen sowie Bezüge aus aktienbasierter Vergütung. Die Bezüge an den Aufsichtsrat bestehen aus den Zuführungen zu den Rückstellungen für die Tätigkeit als Aufsichtsrat im Geschäftsjahr ohne Umsatzsteuer. Nähere Erläuterungen dazu siehe unten.

Organbezüge

(Tsd. €)	2019	2018
Gesamtbezüge aktiver Organmitglieder		
Vorstand	15.518	3.166
Aufsichtsrat	3.173	461
Gesamt	18.691	3.627
Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebener		
Vorstand	2.809	2.989

Zum 31. Dezember 2019 wurden für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene insgesamt 49.026 Tsd. € (Vorjahr: 46.712 Tsd. €) an Pensionsverpflichtungen zurückgestellt.

Vorschüsse, Kredite und sonstige Haftungsverhältnisse bestanden zum 31. Dezember 2019 wie auch im Vorjahr weder gegenüber Vorstandsmitgliedern noch gegenüber Mitgliedern des Aufsichtsrats. Im Berichtsjahr 2019 wurden keine Neukredite an Vorstand oder Aufsichtsratsmitglieder gewährt.

Tilgungen für Darlehen durch Mitglieder des Aufsichtsrats belaufen sich 2019 auf insgesamt 0 Tsd. € (Vorjahr: 54 Tsd. €).

Offenlegung der Aufsichtsratsvergütung

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit in einem Geschäftsjahr eine Vergütung, die nach Abschluss des Geschäftsjahres ohne weiteren Beschluss der Hauptversammlung geleistet wird. Im Berichtsjahr 2019 kam demzufolge die Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2018 zur Auszahlung. Für die Vergütung für das Berichtsjahr 2019 sind im Jahresabschluss 2019 entsprechende Rückstellungen gebildet worden.

Das Vergütungssystem für die Aufsichtsratsvergütung orientierte sich an den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex. Das bis zum 11. März 2019 geltende Vergütungssystem stellte sich nach dem Beschluss der Hauptversammlung der HSH Nordbank AG vom 23. Mai 2014 folgendermaßen dar und galt auch für die Amtsperiode des Aufsichtsrats in der Zeit vom 28. November 2018 bis einschließlich 11. März 2019:

Vergütungssystem bis zum 11. März 2019

(€)	Gremium	Funktion	Fixer Bestandteil	Sitzungsgeld
Aufsichtsrat		Vorsitz	25.000	250
		Stellv. Vorsitz	18.000	250
		Mitglied	11.000	250
Risikoausschuss		Vorsitz	15.000	250
		Mitglied	7.000	250
Präsidialausschuss		Vorsitz	15.000	250
		Mitglied	7.000	250
Prüfungsausschuss		Vorsitz	15.000	250
		Mitglied	7.000	250
Vergütungskontrollausschuss		Vorsitz	12.000	250
		Mitglied	5.000	250

Der nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 zu bildende Vermittlungsausschuss erhielt keine gesonderte Vergütung. Seit dem Wechsel in die Drittelbeteiligung am 12. März 2019 gibt es keinen Vermittlungsausschuss mehr. Darüber hinaus erhielten die Mitglieder des Aufsichtsrats ggf. zu zahlende Umsatzsteuer sowie ihre Auslagen erstattet.

Seit dem 12. März 2019 ist ein neuer Aufsichtsrat im Amt, für den die Hauptversammlung am 12. März 2019 in einer außerordentlichen Sitzung ein neues Vergütungssystem verabschiedet hat. Das neue Vergütungssystem gilt seit dem 12. März 2019:

Vergütungssystem ab 12. März 2019

(€)	Vergütung
Aufsichtsratsmitglied	200.000
zusätzlich	
Aufsichtsratsvorsitz	450.000
Vorsitz eines Ausschusses	200.000
Mitglied eines Ausschusses	15.000

Die maximale Vergütung beträgt 850 Tsd. €. Die Vergütung erfolgt pro rata temporis nach der Mitgliedschaft in den Gremien und wird direkt nach dem Ende eines Geschäftsjahres ausgezahlt.

In der Berichtsperiode wurde von dem im Geschäftsjahr 2018 zurückgestellten Betrag (1.000 Tsd. €, davon Umsatzsteuer: 160 Tsd. €) 546 Tsd. € an die Aufsichtsratsmitglieder ausgezahlt. Darin sind 85 Tsd. € Umsatzsteuer enthalten. Der im Vorjahr zurückgestellte Betrag antizipierte, dass die Änderung des Vergütungssystems, die am 12. März 2019 in Kraft trat, bereits 2018 wirksam werden würde.

Für die Aufsichtsratsstätigkeit im Berichtsjahr sind 3.747 Tsd. € (davon Umsatzsteuer: 598 Tsd. €) zurückgestellt worden. Die Anfang des Jahres 2020 ausgezahlte Vergütung

(ohne Umsatzsteuer) verteilt sich auf die Aufsichtsratsmitglieder wie folgt:

(€)	Fixe Vergütung		Sitzungsgeld		Gesamt	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018
Mitglieder des Aufsichtsrats						
Juan Rodríguez Inciarte, Vorsitz (ab 28. November 2018)	696.959	4.701	500	1.250	697.459	5.951
Dr. Thomas Mirow, Vorsitz (bis 28. November 2018)	-	53.666	-	5.250	-	58.916
Olaf Behm, stellv. Vorsitz (bis 12. März 2019)	182.205	44.000	500	7.500	182.705	51.500
Klaus Heinemann, stellv. Vorsitz (ab 12. März 2019)	335.411	-	-	-	335.411	-
Simone Graf, stellv. Vorsitz (ab 28. August 2019)	179.521	30.000	500	6.250	180.021	36.250
Geoffrey Adamson ²⁾ (ab 28. November 2018)	-	-	-	-	-	-
Peter Axmann (bis 12. März 2019)	3.452	18.000	250	2.750	3.702	20.750
Michael Christner ²⁾ (28. November 2018 - 31. August 2019)	-	-	-	-	-	-
Oliver Dircks (ab 12. März 2019)	173.767	-	-	-	173.767	-
Bert Ehlers (ab 12. März 2019)	173.767	-	-	-	173.767	-
Christopher J. Flowers ²⁾ (ab 28. November 2018)	-	-	-	-	-	-
Allen Gibson (ab 28. November 2018)	190.301	2.079	250	1.000	190.551	3.079
Manuel González Cid ²⁾ (ab 28. November 2018)	-	-	-	-	-	-
Silke Grimm (bis 28. November 2018)	-	14.553	-	1.250	-	15.803
Cornelia Hintz (bis 12. März 2019)	2.110	11.000	250	2.250	2.360	13.250
Stefan Jütte (bis 28. November 2018)	-	23.649	-	3.000	-	26.649
Dr. Rainer Klemmt-Nissen (bis 28. November 2018)	-	27.288	-	5.250	-	32.538
Chad Leat (ab 28. November 2018)	340.397	2.351	250	500	340.647	2.851
Rieka Meetz-Schawaller	177.219	18.000	250	3.500	177.469	21.500
Bert Michels (bis 12. März 2019)	3.452	18.000	250	3.250	3.702	21.250
Dr. David Morgan ¹⁾ (bis 28. November 2018)	-	16.373	-	2.500	-	18.873
Mark Neporent ²⁾ (ab 28. November 2018)	-	-	-	-	-	-
Dr. Philipp Nimmermann (bis 28. November 2018)	-	33.655	-	5.000	-	38.655
Stefan Schlatermund	177.219	18.000	250	3.000	177.469	21.000
Klaus-Dieter Schwettscher (bis 12. März 2019)	2.110	11.000	250	2.250	2.360	13.250
Elke Weber-Braun (bis 28. November 2018)	-	23.649	-	2.250	-	25.899
Mark Werner (ab 28. November 2018)	178.562	2.260	250	500	178.812	2.760
Stephan Wilcke (ab 12. März 2019)	173.767	-	-	-	173.767	-
Paulus de Wilt (ab 28. November 2018)	178.753	2.351	250	500	179.003	2.851
Jörg Wohlers (bis 28. November 2018)	-	22.740	-	4.250	-	26.990
Peter Yordán ²⁾ (ab 1. September 2019)	-	-	-	-	-	-
Gesamt	3.168.972	397.315	4.000	63.250	3.172.972	460.565

¹⁾ Beträge vor Abzug der Aufsichtsratssteuer und des Solidaritätszuschlags.

²⁾ Verzicht auf Aufsichtsratsvergütung

Beratungs- und Vermittlungsleistungen sowie andere persönliche Leistungen für die Bank wurden durch die Mitglieder

des Aufsichtsrats auch im Jahr 2019 nicht erbracht. Entsprechend wurden keine zusätzlichen Vergütungen gewährt.

71. Mandate in Aufsichtsgremien

Zum Abschlussstichtag bestanden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften bzw. Kreditinstituten:

(a) Mitglieder des Vorstand

IAN BANWELL

HCOB Securities S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Aufsichtsrats

CHRISTOPHER BRODY

HCOB Securities S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats

ULRIK LACKSCHEWITZ

HCOB Securities S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats

(b) Mitarbeiter

JUTTA ARLT

AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt
Mitglied des Aufsichtsrats

PETER AXMANN

Sprinkenhof GmbH, Hamburg
Mitglied des Aufsichtsrats

MASHAL BÖSCH

HCOB Securities S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats

JAN LÜHRS-BEHNKE

HCOB Securities S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats

YORAM MATALON

AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt
Mitglied des Aufsichtsrats

KATRIN WÄCHTER

Technosis AG, Hamburg
Mitglied des Aufsichtsrats

72. Der Aufsichtsrat der Hamburg Commercial Bank AG

JUAN RODRÍGUEZ INCIARTE, MADRID

Vorsitzender
CEO von Sareema Inversiones S.A.

SIMONE GRAF, ALTENHOLZ

Stellvertretende Vorsitzende ab 28. August 2019
Mitarbeiterin der Hamburg Commercial Bank AG

OLAF BEHM, HAMBURG

Stellvertretender Vorsitzender bis 12. März 2019
Mitarbeiter der Hamburg Commercial Bank AG

KLAUS HEINEMANN, PALMA DE MALLORCA

Stellvertretender Vorsitzender ab 12. März 2019 bis 28. August 2019
Gründungspartner und Geschäftsführer HH Kapital B.V.
(ab 12. März 2019)

GEOFFREY ADAMSON, NEW YORK

Partner GoldenTree Asset Management

PETER AXMANN, HAMBURG

Mitarbeiter der Hamburg Commercial Bank AG
(bis 12. März 2019)

MICHAEL CHRISTNER, ANDORRA

Managing Director J.C. Flowers & Co. UK LLP
(bis 31. August 2019)

OLIVER DIRCKS, KIEL

Mitarbeiter der Hamburg Commercial Bank AG
(ab 12. März 2019)

BERT EHLERS, SEEVETAL

Mitarbeiter der Hamburg Commercial Bank AG
(ab 12. März 2019)

JAMES CHRISTOPHER FLOWERS, NEW YORK

Gründer und Managing Director J.C. Flowers & Co. LLC

ALLEN GIBSON, COLUMBUS

Chief Investment Officer Centaurus Capital LP

MANUEL GONZÁLEZ CID, MADRID

Senior Advisor Cerberus Global Investment Advisors, LLC

CORNELIA HINTZ, DORTMUND

Landesbeamtensekretärin ver.di-Landesbezirk Nordrhein-
Westfalen
(bis 12. März 2019)

CHAD LEAT, NEW YORK

Financial Advisor

RIEKA MEETZ-SCHAWALLER, KIEL

Mitarbeiterin der Hamburg Commercial Bank AG

BERT MICHELS, HAMBURG

Mitarbeiter der Hamburg Commercial Bank AG
(bis 12. März 2019)

MARK NEPORENT, ARMONK

Chief Operating Officer, Senior Legal Officer and
Senior Managing Director Cerberus Capital Management, L.P.

STEFAN SCHLATERMUND, HAMBURG

Mitarbeiter der Hamburg Commercial Bank AG

KLAUS-DIETER SCHWETTSCHER, REINBEK

Beauftragter des ver.di-Bundesvorstands
(bis 12. März 2019)

MARK WERNER, NEW YORK

Financial Advisor

STEPHAN WILCKE, LONDON

Unabhängiger Berufsaufsichtsrat
(ab 12. März 2019)

PAULUS DE WILT, BREUKELEN

Chief Executive Officer NIBC Bank NV

PETER YORDÁN, LONDON

Managing Director J.C. Flowers & Co. LLC
(ab 1. September 2019)

(a) Mitglieder des Risikoausschusses**CHAD LEAT**

Vorsitzender

GEOFF ADAMSON**OLAF BEHM**

(bis 12. März 2019)

MICHAEL CHRISTNER

(bis 31. August 2019)

ALLEN GIBSON**BERT EHLERS**

(ab 12. März 2019)

SIMONE GRAF

(bis 12. März 2019)

STEFAN SCHLATERMUND**MARK WERNER****PETER YORDÁN**

(ab 1. September 2019)

(b) Mitglieder des Prüfungsausschusses**KLAUS HEINEMANN**

Vorsitzender

(ab 12. März 2019)

PAULUS DE WILT

Vorsitzender

(bis 12. März 2019)

PETER AXMANN

(bis 12. März 2019)

OLAF BEHM**OLIVER DIRCKS**

(ab 12. März 2019)

MANUEL GONZÁLEZ CID**BERT MICHELS**

(bis 12. März 2019)

MARK WERNER

(bis 12. März 2019)

**(c) Mitglieder des Präsidial-/
Nominierungsausschusses****JUAN RODRÍGUEZ INCIARTE**

Vorsitzender

OLAF BEHM

(bis 12. März 2019)

MICHAEL CHRISTNER

(bis 31. August 2019)

MANUEL GONZÁLEZ CID**SIMONE GRAF**

(ab 12. März 2019)

PETER YORDÁN

(ab 1. September 2019)

**(d) Mitglieder des
Vergütungskontrollausschusses****JUAN RODRÍGUEZ INCIARTE**

Vorsitzender

MICHAEL CHRISTNER

(bis 12. März 2019)

ALLEN GIBSON**SIMONE GRAF**

(bis 12. März 2019)

RIEKA MEETZ-SCHAWALLER

(ab 12. März 2019)

STEPHAN WILCKE

(ab 12. März 2019)

(e) Mitglieder des Vermittlungsausschusses(bis 12. März 2019; ab 12. März 2019 Drittelbeteiligung
und kein Vermittlungsausschuss mehr)**JUAN RODRÍGUEZ INCIARTE**

Vorsitzender

OLAF BEHM**MICHAEL CHRISTNER****RIEKA MEETZ-SCHAWALLER**

73. Die Mitglieder des Vorstands der Hamburg Commercial Bank AG

STEFAN ERMISCH

Jahrgang 1966
Chief Executive Officer (CEO)

ULRIK LACKSCHEWITZ

Jahrgang 1968
Chief Risk Officer (CRO)
Deputy CEO

IAN BANWELL

Jahrgang 1963
(seit 1. April 2019)
Chief Operation Officer (COO)

DR. NICOLAS BLANCHARD

Jahrgang 1968
Chief Clients and Products Officer (CCO)

CHRISTOPHER BRODY

Jahrgang 1968
(seit 1. Juli 2019)
Chief Investment Officer (CIO)

OLIVER GATZKE

Jahrgang 1968
Chief Financial Officer (CFO)
Chief Technical Officer (CTO)

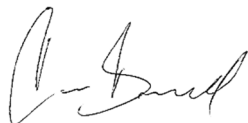
Hamburg, den 30. März 2020



Stefan Ermisch



Ulrik Lackschewitz



Ian Banwell



Dr. Nicolas Blanchard



Christopher Brody



Oliver Gatzke

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Hamburg Commercial Bank AG, Hamburg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der Hamburg Commercial Bank AG, Hamburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Hamburg Commercial Bank AG, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB und § 315d HGB haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- 1 Restrukturierungsrückstellungen im Kontext des strategischen Programms "Reset & Go"
- 2 Bilanzierungsfragen im Zusammenhang mit Hybridkapitalinstrumenten
- 3 Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- ① Sachverhalt und Problemstellung
- ② Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- ③ Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

① **Restrukturierungsrückstellungen im Kontext des strategischen Programms "Reset & Go"**

- ① Die Hamburg Commercial Bank AG hat im Geschäftsjahr 2019 die Transformationsagenda „Reset & Go“ weiter umgesetzt, die das übergeordnete Ziel verfolgt, die Rentabilität der Bank zu erhöhen. Im Rahmen der neuen Strategie fokussiert sich die Gesellschaft auf zukünftige Kundenanforderungen, die Gestaltung bankübergreifender Geschäftsmodelle und den Einsatz neuer IT-Lösungen. Hierzu wurde auch ein Ziel-Betriebsmodell auf reduzierter Kostenbasis definiert, das unter anderem einen nennenswerten Personalabbau vorsieht. Anfang 2019 wurde ein Sozialplan beschlossen und es wurden Abfindungs- und Vorruhestandsvereinbarungen mit den betroffenen Mitarbeitern getroffen.

Im Dezember 2019 wurden die Mitarbeiter der Bank über einen weiteren Personalabbau informiert. Im Zusammenhang mit diesen weiteren geplanten Personalabbaumaßnahmen hat die Gesellschaft in 2019 aufwandswirksam weitere Restrukturierungsrückstellungen gebildet. Zum 31. Dezember 2019 betragen die Rückstellungen für Restrukturierung insgesamt € 225 Mio. Davon betreffen € 166 Mio Rückstellungen für Personalabbaumaßnahmen. Aus unserer Sicht war dieser Sachverhalt von besonderer Bedeutung für unsere Prüfung, da die Restrukturierungsrückstellungen zum einen betragsmäßig von wesentlicher Bedeutung sind und zum anderen die Bewertung auf Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter beruht.

- ② Für ungewisse Verbindlichkeiten sind Rückstellungen nach § 249 Abs. 1 S. 1 HGB zu bilden. Hierfür muss eine Außenverpflichtung vorliegen, die im Geschäftsjahr rechtlich oder wirtschaftlich verursacht wurde, und es muss ernsthaft mit einer Inanspruchnahme gerechnet werden. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem das Vorliegen der einzelnen Ansatzkriterien sowie die sachgerechte Bewertung der Restrukturierungsrückstellung beurteilt. Hierzu haben wir uns entsprechende Nachweise von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft vorlegen lassen und diese gewürdigt. Wir konnten uns davon überzeugen, dass dieser Sachverhalt sowie die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen für den Ansatz und die Bewertung einer Restrukturierungsrückstellung hinreichend dokumentiert und begründet sind. Die Bewertung erfolgt innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.

- ③ Die Angaben der Gesellschaft zu den Rückstellungen sind im Anhang des Jahresabschlusses in Abschnitt 22 „Bilanzierung der Restrukturierung“ und in Abschnitt 45 „Andere Rückstellungen“ enthalten.

② **Bilanzierungsfragen im Zusammenhang mit Hybridkapitalinstrumenten**

- ① Die Hamburg Commercial Bank AG ist Partei verschiedener Verträge zur Errichtung Stiller Gesellschaften, durch die sich Investoren jeweils als Stiller Gesellschafter am Handelsgewerbe der Bank beteiligt haben („Hybridkapitalgeber“). Dabei handelt es sich sowohl um bilateral mit institutionellen Investoren kontrahierte als auch am Kapitalmarkt - teilweise über Special Purpose Vehikel (SPV) - in Form von Schuldverschreibungen platzierte Hybridkapitalinstrumente. Als Maßnahme zur Kapitalrestrukturierung und -optimierung (sogenannte „Liability Management Exercise“) hat die Bank in 2018 alle ausstehenden Stillen Einlagen mit Wirkung zum 31. Dezember 2020 gekündigt. In Folge der Kündigung werden diese Stillen Einlagen gemäß ihren vertraglichen Bestimmungen spätestens im Geschäftsjahr 2021 zurückgezahlt. Die Bank hat darauf hingewiesen, dass die Rückzahlung voraussichtlich zu einem deutlich unterhalb des Nominalwertes liegenden Wert erfolgen wird. In diesem Zusammenhang werden gegen die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich Ansprüche geltend gemacht, die unter anderem die Wiederauffüllung der Instrumente, die Nachholung von ausgefallenen Gewinnbeteiligungen und die Unwirksamkeit von Kündigungen umfassen. Die Bank hat im Geschäftsjahr sowie nach dem Bilanzstichtag Einigungen mit einer Vielzahl von Hybridkapitalgebern über die Beendigung der Stillen Einlagen beziehungsweise den Ankauf der Hybridkapitalinstrumenten erzielt. Im Gegenzug wurden die geltend gemachten Ansprüche von den entsprechenden Hybridkapitalgläubigern zurückgenommen.

Die vorgenannten Maßnahmen haben Auswirkungen auf die Bilanzposten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Rückstellungen und

die unter dem Eigenkapital ausgewiesenen Stillen Einlagen. In diesem Zusammenhang haben sich Ansatz- und Bewertungsfragen ergeben, die in hohem Maße auf Annahmen und Ermessensentscheidungen der gesetzlichen Vertreter beruhen. Daher waren diese Sachverhalte für unsere Prüfung von besonderer Bedeutung.

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem die von der Gesellschaft eingerichteten Prozesse zur Bewertung von Wertpapieren sowie zur Erfassung und Risikoeinschätzung von Rechtsstreitigkeiten beurteilt. Diese Beurteilung umfasste auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit der für die Wertfindung der Schuldverschreibungen und der Bemessung der Rückstellungen relevanten Unternehmensplanung der Bank sowie den wesentlichen Rechtsrisiken einschließlich der Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Hybridkapitalgebern. Unsere Beurteilung berücksichtigte die im Rahmen unserer regelmäßigen Gespräche mit der Rechtsabteilung der Bank erlangten Erkenntnisse sowie die uns schriftlich zur Verfügung gestellten Einschätzungen des jeweiligen Verfahrensausgangs. Darüber hinaus haben wir Rechtsanwaltsbestätigungen eingeholt.

Wir konnten uns auf Basis der von uns durchgeführten Prüfungshandlungen insgesamt von der Angemessenheit und Wirksamkeit des eingerichteten Internen Kontrollsystems zur Erfassung und Risikoeinschätzung von Rechtsstreitigkeiten sowie zur Bewertung der Wertpapiere überzeugen. Die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen und vorgenommenen Einschätzungen sind aus unserer Sicht für die Darstellung des Sachverhaltes sowie die damit einhergehenden bilanziellen Effekte hinreichend nachvollziehbar und vertretbar.

- ③ Die Bewertung der Wertpapiere wird im Anhang des Jahresabschlusses in Abschnitt 8 „Wertpapiere“ erläutert, die Bewertung der Rückstellungen im Abschnitt 45 „Andere Rückstellungen“. Die Bilanzierung der Stillen Einlagen wird im Abschnitt 48 „Eigenkapital“ dargestellt.

③ Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft

- ① Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ Kreditforderungen in Höhe von € 29.777 Mio ausgewiesen. Für das Kreditportfolio besteht zum 31. Dezember 2019 eine bilanzielle Risikovorsorge bestehend aus Einzel- und Pauschalwertberichtigungen. Die Bemessung der

Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft wird insbesondere durch die Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, die Struktur und Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftliche Einflussfaktoren bestimmt. Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bei den Kundenforderungen entspricht der Differenz zwischen dem noch ausstehenden Kreditbetrag und dem niedrigeren Wert, der ihm am Abschlussstichtag beizulegen ist. Bestehende Sicherheiten werden berücksichtigt. Im Geschäftsjahr 2019 wurde von der Möglichkeit der vorzeitigen Anwendung des Rechnungslegungsstandards IDW RS BFA 7 Gebrauch gemacht und bei der Bemessung der Pauschalwertberichtigung auf die IFRS 9-Methodik umgestellt. Die Änderungen der Bewertungsmethodik führte zu einer Erhöhung der Pauschalwertberichtigungen um € 55 Mio. Bei der Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen sind zusätzlich im Rahmen von sogenannten Model Overlays bewertungsrelevante Risikofaktoren berücksichtigt worden. Die Wertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft sind zum einen betragsmäßig für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft von hoher Bedeutung und zum anderen mit erheblichen Ermessensspielräumen der gesetzlichen Vertreter verbunden. Darüber hinaus haben die angewandten, mit wesentlichen Unsicherheiten behafteten Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Bildung bzw. die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen. Vor diesem Hintergrund war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst die Angemessenheit der Ausgestaltung der Kontrollen im relevanten internen Kontrollsystem der Gesellschaft beurteilt und die Funktionsfähigkeit der Kontrollen getestet. Dabei haben wir die Geschäftsorganisation, die IT-Systeme und die relevanten Bewertungsmodelle berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Kundenforderungen, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis von Stichproben von Kreditengagements beurteilt. Dabei haben wir unter anderem die vorliegenden Unterlagen der Gesellschaft bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Werthaltigkeit der entsprechenden Sicherheiten gewürdigt. Bei Objektsicherheiten, für die uns die Gesellschaft Wertgutachten vorgelegt hat, haben wir uns ein Verständnis über die zugrunde liegenden Ausgangsdaten, die angewandten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Ferner haben wir zur Beurteilung der vorgenommenen Einzel- und Pauschalwertberichtigung (nach IDW RS BFA 7) die von

der Gesellschaft angewandten Berechnungsmethoden sowie die zugrundeliegenden Annahmen und Parameter gewürdigt. Die Berücksichtigung weiterer bewertungsrelevanter Risikofaktoren haben wir auf Basis der gegenwärtigen wirtschaftlichen Unsicherheiten auf Angemessenheit beurteilt. Auf Basis der von uns durchgeführten Prüfungshandlungen konnten wir insgesamt von der Angemessenheit der bei der Überprüfung der Werthaltigkeit des Kreditportfolios von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen sowie der Angemessenheit und Wirksamkeit der implementierten Prozesse der Gesellschaft überzeugen.

- ③ Die Angaben der Gesellschaft zur Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft sind im Anhang des Jahresabschlusses in Abschnitt 6 „Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft (Risikovorsorge)“ enthalten.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB und § 315d HGB.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Finanzberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks, und den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b Abs. 3 HGB und § 315b Abs. 3 HGB.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die

internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets auf-

deckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfol-

gerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN**Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO**

Wir wurden von der Hauptversammlung am 23. Mai 2019 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 28. Mai 2019 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2018 als Abschlussprüfer der Hamburg Commercial Bank AG, Hamburg, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Lothar Schreiber.

Hamburg, den 1. April 2020

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Lothar Schreiber
Wirtschaftsprüfer

ppa. Tim Brücken
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hamburg Commercial Bank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und

die Lage der Hamburg Commercial Bank AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Hamburg Commercial Bank AG beschrieben sind.

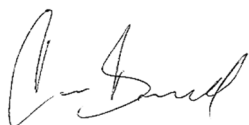
Hamburg, den 30. März 2020



Stefan Ermisch



Ulrik Lackschewitz



Ian Banwell



Dr. Nicolas Blanchard



Christopher Brody



Oliver Gatzke

Kontakt

Hamburg Commercial Bank AG Gerhart-
Hauptmann-Platz 50
20095 Hamburg
Telefon 040 3333-0
info@hcob-bank.com
www.hcob-bank.de

Investor Relations

Telefon 040 3333-11500/-25421 investor-
relations@hcob-bank.com

Presse- & Öffentlichkeitsarbeit

Telefon 040 3333-12973
Fax 040 3333-34224
presse@hcob-bank.com

Marketing & Digitale Medien

Telefon 040 3333-14136
Fax 040 3333-34224
marketing@hcob-bank.com

Impressum

Konzept und Design

Factor, www.factor.partners

Produktion

Inhouse produziert mit AMANA
Consulting GmbH

Druckerei

Hamburg Commercial Bank AG

Hinweis

Wenn bei bestimmten Begriffen, die sich auf Personengruppen beziehen, teilweise nur die männliche Form genannt wird, so ist dies nicht geschlechterspezifisch gemeint, sondern geschieht ausschließlich aus Gründen der besseren Lesbarkeit.

Dieser Finanzbericht wurde am 16. April 2020 veröffentlicht und steht im Internet unter www.hcob-bank.de zum Download zur Verfügung.

Der Finanzbericht erscheint auch in englischer Sprache.

Vorbehalt der Zukunftsaussagen

Dieser Finanzbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Diese Aussagen basieren auf unseren Einschätzungen und Annahmen sowie auf Schlussfolgerungen aus uns zum jetzigen Zeitpunkt vorliegenden Informationen aus Quellen, die wir als zuverlässig erachten. Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten sämtliche Informationen, die nicht lediglich historische Fakten wiedergeben, einschließlich Informationen, die sich auf mögliche oder erwartete zukünftige Wachstumsaussichten und zukünftige wirtschaftliche Entwicklungen beziehen.

Solche zukunftsgerichteten Aussagen stützen sich auf eine Reihe von Annahmen, die sich auf zukünftige Ereignisse beziehen, und hängen ab von Ungewissheiten, Risiken und anderen Faktoren, von denen eine Vielzahl außerhalb der Möglichkeit unserer Einflussnahme steht. Entsprechend können tatsächliche Ereignisse erheblich von den zuvor getätigten zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Angesichts dessen sollten Sie sich niemals in unangemessener Weise auf zukunftsgerichtete Aussagen verlassen. Wir können keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Aussagen oder das tatsächliche Eintreten der hier gemachten Vorhersagen übernehmen. Des Weiteren übernehmen wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Information. Darüber hinaus stellt die in diesem Finanzbericht enthaltene Information insbesondere kein Angebot zum Kauf oder Verkauf für jedwede Art von Wertpapieren der Hamburg Commercial Bank AG dar.

Hamburg Commercial Bank AG

Gerhart-Hauptmann-Platz 50
20095 Hamburg